



# Landtag von Baden-Württemberg

18. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 8. Februar 2007 • Haus des Landtags

Beginn: 9:33 Uhr

Mittagspause: 12:14 bis 13:32 Uhr

Schluss: 18:49 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . . 991

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs  
der Landesregierung – **Gesetz über die Feststellung  
des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg  
für die Haushaltsjahre 2007/08 (Staatshaushaltsge-  
setz 2007/08 – StHG 2007/08)**

### a) Einzelplan 01: Landtag

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus-  
schusses – Drucksache 14/801 . . . . . 991

Abg. Joachim Kößler CDU . . . . . 991

Abg. Reinhold Gall SPD . . . . . 992

Abg. Theresia Bauer GRÜNE . . . . . 993

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . . 995

Beschluss . . . . . 996

### b) Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus-  
schusses – Drucksache 14/814 . . . . . 997

Abg. Klaus Tappeser CDU . . . . . 997

Abg. Martin Rivoir SPD . . . . . 998

Abg. Theresia Bauer GRÜNE . . . . . 1001

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP . . . . . 1002

Minister Dr. Peter Frankenberg . . . . . 1004

Abg. Christoph Palm CDU . . . . . 1008

Abg. Helen Heberer SPD . . . . . 1009

Abg. Jürgen Walter GRÜNE . . . . . 1010

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . . 1012

Staatssekretär Dr. Dietrich Birk . . . . . 1013

Beschluss . . . . . 1015

### c) Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus-  
schusses – Drucksache 14/804 . . . . . 1018

Abg. Volker Schebesta CDU . . . . . 1018

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD . . . . . 1020

Abg. Renate Rastätter GRÜNE . . . . . 1022

Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP . . . . . 1025

Minister Helmut Rau . . . . . 1028

Abg. Sabine Kurtz CDU . . . . . 1032

Abg. Norbert Zeller SPD . . . . . 1033

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE . . . . . 1035

Abg. Elke Brunnemer CDU . . . . . 1037

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . . 1037

Staatssekretär Georg Wacker . . . . . 1038

Beschluss . . . . . 1041

Abg. Renate Rastätter GRÜNE (persönliche Er-  
klärung) . . . . . 1043

### d) Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus-  
schusses – Drucksache 14/807 . . . . . 1043

Abg. Veronika Netzhammer CDU . . . . . 1043

Abg. Claus Schmiedel SPD . . . . . 1046

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE . . . . . 1050

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . . 1053

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU . . . . . 1057

Abg. Franz Untersteller GRÜNE . . . . . 1058

Minister Ernst Pfister . . . . . 1060

Beschluss . . . . . 1065

e) **Einzelplan 05: Justizministerium**

	Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP . . . . .	1072
	Minister Dr. Ulrich Goll . . . . .	1075
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/805 . . . . .	Abg. Rainer Stickelberger SPD . . . . .	1081
	Beschluss . . . . .	1081
Abg. Dr. Klaus Schüle CDU . . . . .		1066
Abg. Rainer Stickelberger SPD . . . . .		1068
Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE . . . . .	Nächste Sitzung . . . . .	1070 1082

## Protokoll

über die 18. Sitzung vom 8. Februar 2007

Beginn: 9:33 Uhr

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 18. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Krank gemeldet ist Herr Abg. Junginger.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt sind Frau Ministerin Dr. Stolz und Herr Minister Professor Dr. Reinhart.

(Unruhe)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

**Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2007/08 (Staatshaushaltsgesetz 2007/08 – StHG 2007/08)**

Ich rufe **Buchstabe a** der Tagesordnung auf:

**Einzelplan 01: Landtag – Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/801**

**Berichtersteller: Abg. Joachim Kößler**

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 01 – Landtag – eine Gesamtrededzeit von fünf Minuten je Fraktion festgesetzt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Als Berichtersteller wünscht Herr Abg. Kößler das Wort nicht. Aber ich erteile ihm im Rahmen der Aussprache nun das Wort. – Herr Abg. Kößler.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Guter Mann!)

**Abg. Joachim Kößler** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Gesamtausgaben des Landtags belaufen sich im Jahr 2007 auf 44,7 Millionen € und im Jahr 2008 auf 44,4 Millionen €. Die Ausgaben sind also insgesamt um rund 2 Millionen € höher als im Jahr 2006. Ursache für die Erhöhung sind die allgemeinen Steigerungen der Personalkosten, die wiederum 74 % der Gesamtausgaben des Landtags ausmachen.

Insgesamt betragen die Personalausgaben in den Jahren 2007 und 2008 jeweils rund 34 Millionen €. Etwa die Hälfte davon wird für die 139 Abgeordneten, also für uns, und die ausgeschiedenen Abgeordneten und deren Hinterbliebenen ausgegeben. Die Aufwendungen für die ehemaligen Abgeordneten

und ihre Hinterbliebenen machen 70 % der Abgeordnetenentschädigungen aus. Dies hat sicherlich nicht nur mit der Höhe der Altersentschädigung etwas zu tun, sondern natürlich auch mit der demografischen Entwicklung. Unsere Kollegen, die ausgeschieden sind, leben länger, und wir freuen uns darüber.

Die Sachausgaben sind mit 11 Millionen € im Jahr 2007 und 10,7 Millionen € im Jahr 2008 nahezu gleich geblieben. Etwa 6,1 Millionen € entfallen auf die Zuschüsse für die Fraktionen und die Ausgaben nach dem Parteiengesetz. Die Fraktionszuschüsse sind nur moderat um 1 % gestiegen.

Lassen Sie mich zu den Sachausgaben einige Bemerkungen machen. Trotz aller Sparsamkeit wäre es meines Erachtens sinnvoll, nach Lösungen zu suchen, damit im Sommer die Abgeordneten und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Landtag keine Saunagänge absolvieren müssen, wenn sie nicht im Wahlkreis arbeiten wollen.

(Beifall der Abg. Helmut Walter Rüeck und Dr. Stefan Scheffold CDU)

Oder anders ausgedrückt: Einige Hitzegrade weniger in den Büros der Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wären in den Sommermonaten ganz wünschenswert und bestimmt der Arbeitsfreude förderlich.

Ein Zweites noch: Langfristig – ich wiederhole: langfristig – würde Tageslicht in diesem Plenarsaal sicherlich zur Erhellung und zur Arbeitsfreude beitragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Insgesamt, meine Damen und Herren, ist unser Parlament das kostengünstigste aller Länderparlamente in der ganzen Bundesrepublik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Reinhold Gall SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hört, hört!)

Bayern gibt pro Einwohner 6 € aus, Hessen 7 €, Rheinland-Pfalz 7,80 €, Sachsen-Anhalt 12 € und Mecklenburg-Vorpommern 13 €. Wir liegen nach der Berechnung der Landtagsverwaltung bei knapp 4 €.

In diesem Zusammenhang will ich dem Präsidenten, dem Präsidium, der Landtagsverwaltung und vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür danken, dass sie trotz sparsamer Haushaltsführung gute und angenehme Arbeitsbedingungen für uns schaffen.

(Beifall bei der CDU)

(Joachim Kößler)

Meine Damen und Herren, gute und erfolgreiche Aufgabenerfüllung hat nicht unbedingt etwas mit Geld zu tun, sondern mit den Menschen, die sich einer Aufgabe stellen. Der Politikwissenschaftler Max Weber hat in Bezug auf Politik nicht nur vom Bohren dicker Bretter gesprochen. Er hat auch die Voraussetzungen, die ein Politiker mitbringen soll, benannt: Leidenschaft, Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein. Wenn wir in unserem Land erfolgreiche Politik machen und dieses Haus dazu beiträgt, dann muss eine ganze Menge dieser Attribute in diesem Haus vorhanden sein.

Wir werden in nächster Zeit aller Voraussicht nach eine Reform unserer Arbeitsbedingungen verabschieden. Egal, ob wir die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat beschließen, eines scheint mir auf jeden Fall wichtig: Wir brauchen Abgeordnete aus allen Bereichen. Wir brauchen Abgeordnete jeden Alters, und wir brauchen vor allem Abgeordnete, die in ihren Wahlkreisen verwurzelt sind und dort auf die Menschen zugehen können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU:  
Wähle CDU!)

Es gibt verschiedene Modelle, wie Bürger und Politiker miteinander umgehen können: den Top-down-Ansatz von oben nach unten, der für die parlamentarische Demokratie nicht geeignet ist, den Bottom-up-Ansatz, der von unten nach oben geht und der natürlich verlangt, dass sich der Bürger einmischte und dass die Politiker hellhörig für die Interessen der Bürger sind.

Seit einiger Zeit gibt es zudem den sogenannten Biotopansatz. Bei ihm spielt sich Politik im Wesentlichen zwischen den Politikern und den Medien ab. Zuschauer sind die Bürger, und wie beim Tennis drehen sie den Kopf von links nach rechts.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: In Stuttgart eher von rechts nach links! – Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

Wir müssen uns angesichts der geringen Wahlbeteiligung allerdings fragen, wie weit auch wir von diesem Modell noch entfernt sind. Manfred Rommel hat gesagt – ich zitiere –:

*Ich habe den Eindruck, dass das Parlament zu viele Konzessionen an die Medien gemacht hat und deshalb ... die Dialoge seltener und die Monologe zahlreicher geworden sind.*

Damit wir unser Tun dem Bürger besser darstellen können, sollten wir uns im Parlament auf die wesentlichen Fragen konzentrieren und uns so auseinandersetzen, dass wir auch draußen verstanden werden.

Insgesamt können wir natürlich auch dazu beitragen, dass man uns draußen besser wahrnimmt und versteht und unsere Arbeit vielleicht auch besser würdigt, wenn es uns gelingt, mehr Bürgerinnen und Bürger, Schülerinnen und Schüler in diesen Landtag zu bringen, um ihnen unsere Arbeit hautnah zu zeigen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Ich habe mit Besuchergruppen hier im Landtag gute Erfahrungen gemacht. Sie haben gute Eindrücke gewonnen, und wir sollten das verstärken.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Gall.

**Abg. Reinhold Gall SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Einzelplan 01 – Landtag – ist ein ganz bescheidener Teil des Landeshaushalts unseres Bundeslandes, aber unbestritten natürlich ein außerordentlich wichtiger. Hier sind die Gelder veranschlagt, die der Parlamentsbetrieb, die unsere Ebene des demokratischen Staatsaufbaus erfordert. Die Gesamtsumme hat Kollege Kößler eben genannt: 44,6 Millionen €. Das heißt, jeder Baden-Württemberger investiert in die demokratische Instanz Landtag rund 4 € jährlich oder, wenn wir diesen Betrag auf den einzelnen Abgeordneten umrechnen, etwa 3 Cent pro Abgeordneten.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Pro Monat?)

Meine Damen und Herren von der Fraktion der FDP/DVP, dies zeigt, wie groß bei einer Wahlkreisreform das Einsparvolumen durch eine Reduzierung der Wahlkreise eigentlich wäre.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Gleichwohl, meine Damen und Herren, lohnt es sich natürlich, sich diese Zahlen etwas genauer anzuschauen. In den Personalausgaben in Höhe von etwa 34 Millionen € sind nämlich nicht nur, wie manche vermuten mögen, die Diäten der Abgeordneten enthalten, sondern auch die Gehälter des insgesamt 133 Personen starken Personalkörpers der Landtagsverwaltung und zusätzlich noch die des Parlamentarischen Beratungsdienstes – der ja bei Gott nun auch nicht üppig ausgestattet ist, was im Übrigen auch von der Personalausstattung der Abgeordneten zu sagen wäre.

Vor allem sind hierin aber auch die Versorgungslasten des gesamten Personals und die Versorgungslasten der ausgeschiedenen Mandatsträger im Land Baden-Württemberg veranschlagt. Das heißt, wir sind durch die Parlamentsreform in eigener Sache aufgefordert, dieser Entwicklung ein bisschen gegenzusteuern und die Altersabsicherung auf andere Beine zu stellen. Unsere Vorschläge hierzu sind bekannt; an Ihnen liegt es, sie umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will jedoch sagen: Unser Optimismus, meine Damen und Herren, was eine umfassende Parlamentsreform anbelangt, wird von den Regierungsfractionen schon ein wenig strapaziert. Ich denke, ich brauche Sie eigentlich nicht daran zu erinnern, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU ja versprochen bzw. angekündigt hatte, bis zum Herbst des letzten Jahres hierüber Einvernehmen mit den anderen Fraktionen erzielen zu wollen. Ich will deutlich sagen, dass dies bisher nicht gelungen ist. An uns hat es nicht gelegen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oh!)

(Reinhold Gall)

Herr Mappus selbst hat gesagt, er wolle sein Gesellenstück abliefern. Ich muss feststellen: Die Zwischenprüfung ist bisher nicht sehr gelungen, aber noch bleibt Zeit, das Werk vernünftig zu vollenden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist zu befürchten, dass alles andere als ein großer Wurf gelingt, einfach weil die CDU-Fraktion nicht dort steht, wo es der Fraktionsvorsitzende gefordert hat.

Meine Damen und Herren, Sie kennen den amerikanischen Astronauten Neil Armstrong, der einmal gesagt hat:

*Große Gedanken brauchen nicht nur Flügel, sondern auch ein Fahrgestell zum Landen.*

Ich hoffe sehr, dass Sie wenigstens dies Ihrem Fraktionsvorsitzenden gelassen haben

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Guter Mann! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der hat mehr Fahrgestell als die SPD zusammen!)

und dass all die Punkte, die wir jetzt noch zu diskutieren haben, letztendlich nicht in eine Bauchlandung münden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Diskussion über die Parlamentsreform hat auch deutlich gemacht, dass es in der Tat unterschiedliche Auffassungen über die Arbeit des Parlaments gibt. Die Föderalismusreform, aber auch die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg hat die Strukturen der Exekutive deutlich verändert, man könnte sagen, an der einen oder anderen Stelle gar auf den Kopf gestellt. Dies muss natürlich auch Auswirkungen auf die Legislative, also letztlich auf unsere Arbeit haben. Das heißt, der Landtag braucht verstärkte Kontrollrechte, und man darf durchaus die Frage stellen, meine Damen und Herren, ob z. B. Rechtsverordnungen allein der Exekutive überantwortet werden können. Wir sollten uns schon fragen, meine Damen und Herren, ob es richtig ist, dass der Landtag in vielen Bereichen erhebliche Mittel zur Verfügung stellt, die Kriterien für die Mittelvergabe jedoch allein die Exekutive, Behörden und Beamte vor Ort vornehmen, wir als Parlamentarier dann aber häufig die Kritik einzustecken haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

– Dazu möchte ich mir die Bemerkung erlauben: Als diese Feststellung in ähnlicher Weise der heutige Landwirtschaftsminister Hauk gemacht hat, hat auch die rechte Seite geklatscht.

(Beifall des Abg. Karl-Heinz Joseph SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Guter Mann!)

Meine Damen und Herren, das Parlament sollte hier nicht nur das Kontrollrecht ausüben, sondern wesentlich stärker für einen ausgewogenen Mitteleinsatz, z. B. bei der Krankenhausförderung, bei der Verkehrsinfrastruktur oder auch bei Hoch-

wasserschutzeinrichtungen, Sorge tragen, zumindest da auch Verantwortung zeigen können. Ich weiß, das ist freilich keine leichte Aufgabe, keine bequeme Aufgabe, auch eine sehr zeitintensive Aufgabe. Aber ein selbstbewusstes Parlament sollte diese Aufgabe auch übernehmen wollen.

Auch dies sind Themen, meine Damen und Herren, die der Landtag diskutieren sollte. Es wäre hilfreich, wenn der Landtagspräsident diesbezüglich die Initiative ergreifen könnte. Sie sehen also, meine Damen und Herren, engagierten Parlamentariern wird auch künftig die Arbeit im Haus nicht ausgehen, ganz nach dem Motto von Marie von Ebner-Eschenbach:

*Müde macht uns die Arbeit, die wir liegen lassen, nicht die, die wir tun.*

Deshalb nochmals unser Appell, unsere Einladung an Sie alle, den Landtag, das heißt die Landtagsarbeit, die Landtagspolitik attraktiver für die Bürgerinnen und Bürger zu machen, unsere Altersversorgung den Zumutungen anzupassen, die viele Menschen zu akzeptieren haben, Stichwort Eigenvorsorge, den Schwerpunkt unserer Arbeit auch tatsächlich im Landtag zu sehen. Der Tübinger Oberbürgermeister und Grünen-Landtagsabgeordnete Palmer hat dafür im Übrigen ein Negativbeispiel abgegeben, als er zur gleichen Zeit, als wir hier den Haushalt beraten haben, eine große Pressekonferenz in Tübingen abgehalten hat.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wo ist er denn? – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Insgesamt gilt es bei dieser Reform auch – das will ich als letzten Punkt nennen –, die Arbeitsbedingungen der Mandatsträger insgesamt zu verbessern. Wir sind hierzu bereit. An uns allen wird es liegen, diese Vorhaben entsprechend umzusetzen.

Zum Schluss will ich bemerken: Wir stimmen dem Einzelplan 01 zu.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr anständig!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

**Abg. Theresia Bauer GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere lieber Kollege Kößler! Wenn wir über die Finanzierung des Haushaltsplans des Landtags reden, geht es, finde ich, nicht wirklich darum: Sind wir bundesweit das Parlament, das am billigsten zu haben ist? Sind wir das preiswerteste Parlament?

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Natürlich!)

Ich finde, das ist ein sinnloser Wettbewerb. Unser Ehrgeiz sollte einer ganz anderen Frage gelten. Unser Ehrgeiz sollte so etwas wie ein Qualitätswettbewerb sein.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das machen wir seit 50 Jahren oder noch länger! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)



(Theresia Bauer)

Wir sollten uns mit den anderen Parlamenten messen in den Fragen: Welches Parlament ist am stärksten? Nimmt sich das Parlament wirklich ernst? Welches Parlament nimmt seine Aufgaben gegenüber der Regierung selbstbewusst wahr? Welches Parlament schafft es, lieber Kollege Schüle, sich unter Bedingungen der Mediendemokratie selbst zu erneuern und seine Diskussionsform, seine Kultur und auch sein Tempo anzupassen, um sich gegenüber Bürgern und Bürgerinnen verständlich zu machen?

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Nur die Grünen!)

Welches Parlament schafft es, das Misstrauen und die Kluft abzubauen, die zu Bürgern und Bürgerinnen besteht, und mehr Transparenz herzustellen?

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Das sind die Fragen, die uns in der Parlamentsreform bewegen. Sie alle in diesem Haus wissen ja: Wir stecken mittendrin in der Debatte. Wir von grüner Seite wären gern schneller vorangegangen. Wir sind daran interessiert, mit Ihnen allen im Haus zu einer Verständigung und zu einem Ergebnis zu kommen, weil wir ein Interesse daran haben, dass wir eine grundlegende Parlamentsreform auf den Weg bringen mit dem Ziel, dieses Parlament stärker und selbstbewusster zu machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es ist uns völlig bewusst, dass man, wenn man hier über alle Fraktionen hinweg zu einer Einigung kommen will, einen Kompromiss wird erarbeiten müssen. Dass bei einem Kompromiss nicht alle Maximalvorstellungen durchgesetzt werden können, ist eine Voraussetzung dafür. Ich bin zuversichtlich, dass alle konstruktiv daran mitarbeiten werden.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! Hervorragend!)

Deswegen hoffe ich, dass wir bei den nächsten Haushaltsberatungen beim Einzelplan 01 mehr zu reden haben. Da wird sich an den Finanzen und an den Schwerpunkten viel verändern. Wir haben deshalb bei den Beratungen jetzt darauf verzichtet, einzelne Reformbausteine zu beantragen, weil wir den Verlauf der Verhandlungen abwarten wollen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

Ich möchte nur ganz kurz unsere Ziele umreißen, die wir bei der Parlamentsreform verfolgen und an denen wir am Ende messen wollen, ob das Gesamtpaket Sinn ergibt und von uns mitgetragen werden kann.

Das Hauptziel, um das es uns bei dieser Parlamentsreform geht, ist, das Parlament in seiner Handlungsfähigkeit zu stärken sowie in seiner Fähigkeit, gegenüber der Regierung zu agieren, und die parlamentarische Arbeit gegenüber der Öffentlichkeit verständlicher zu machen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Deshalb wollen wir erstens künftig weniger Geld für das Zurruhesetzen von Abgeordneten und mehr Geld für aktive Abgeordnetentätigkeit zahlen.

Wir wollen zweitens, dass das Prinzip der Gewaltenteilung, das demokratische Prinzip der Trennung von Exekutive, Judikative und Legislative, in diesen baden-württembergischen Landtag Einzug hält. Wir freuen uns, dass in der CDU jetzt der Richtungswechsel vollzogen wurde. Wir sind nicht so glücklich darüber, dass Sie sagen, die Umsetzung gehe nicht vor 2016. Von der Sache her, finden wir, ist diese Verzögerung nicht zu rechtfertigen. Wir melden hier schon einmal Gesprächsbedarf an, an welcher Stelle wir vielleicht doch noch ein bisschen mehr Tempo hineinbekommen können.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Ute Vogt SPD)

Wir wollen jedenfalls Ergebnisse dieser Parlamentsreform noch in dieser Legislaturperiode sehen. Wir werden nicht nach der Devise verfahren: „Die angenehmen Seiten setzen wir schnell um, und alles, was eine Zumutung oder eine Belastung ist, schieben wir auf die lange Bank.“ So kann das nicht funktionieren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist wohl wahr!)

Drittens: Wir wollen mehr Transparenz und steuerliche Gleichbehandlung mit normalen Bürgern. Am besten ist das mit der Bruttodiät zu verwirklichen. Das ist auch ein Stück Demokratie, wenn die Menschen draußen verstehen, wie ihre Abgeordneten bezahlt werden. Das bestehende Dickicht aus Diäten und Pauschalen und weiteren Vergünstigungen bei Anrechenbarkeiten, bei Übergängen und beim Ausscheiden aus dem Parlament

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das habe ich gar nicht gewusst!)

gilt es jedenfalls zu lüften und einfacher zu gestalten.

Viertens: Wir wollen die parlamentarische Arbeitsweise erneuern und die Abgeordnetenrechte stärken. Wir sind davon überzeugt, dass wir dann in Zukunft bei Haushaltsberatungen ein aktiveres Parlament vorfinden werden. Wir werden ein Parlament vorfinden, das es nicht hinnimmt, bei einem Haushaltsvolumen von insgesamt 33 Milliarden € ganze 35 Millionen € Änderungsvolumen auf den Weg zu bringen. Diese Änderungsquote liegt im Promillebereich. Das kann nicht sein. Ich glaube, das wird ein Parlament zukünftig nicht mit sich machen lassen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Wilfried Klenk CDU)

In aller Kürze möchte ich hier am Ende noch einmal einen Antrag, den wir aufrechterhalten, zur Sprache bringen. Wir beantragen und möchten Sie darum bitten, sich dem anzuschließen, dass der Landtag ab sofort klimaneutral fliegt und damit ein Signal in Sachen Klimaschutz gibt.

(Beifall des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Abg. Ute Vogt SPD: Das geht gar nicht, klimaneutral fliegen!)

(Theresia Bauer)

Wir wissen, dass dieser Antrag im Finanzausschuss beraten und dort abgelehnt wurde. Aber ich setze hier auf Ihr Umdenken. Spätestens seit Umweltministerin Gönner für ihr eigenes Haus angekündigt hat, dass die Dienstreisen im gesamten Umweltministerium ab sofort klimaneutral gemacht werden, finde ich, kommt dieser Landtag nicht um dieses Signal herum. Damit könnten wir einen konkreten Schritt vorangehen, und wir könnten Vorbild für Bürgerinnen und Bürger in diesem Land sein. Wir könnten das sogar haushaltsneutral umsetzen.

Der Wissenschaftsausschuss war letzte Woche in Indien unterwegs. Ich habe mich informiert: Selbst für die Indien-Informationsreise wäre das Geld im Reisebudget noch vorhanden, um diese im Nachhinein als klimaneutral verbuchen zu können.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was heißt denn klimaneutral? Wie soll das gehen?)

– Klimaneutral geht so: Beim Fliegen entstehen natürlich klimaschädliche Emissionen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Eben!)

Ein kleines Signal des Ausgleichs ist es, wenn man – –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ach so! Also eine Art Ablass! – Heiterkeit bei der SPD)

Es ist ein Unterstützen von konkreten Klimaschutzprojekten, wie sie zertifiziert und anerkannt von gemeinnützigen Organisationen durchgeführt werden. Erkundigen Sie sich einmal bei den Kirchen oder bei Umweltministerin Gönner. Es gibt immer mehr Organisationen, die sich diesem Modell anschließen – die Grünen-Landtagsfraktion übrigens auch. Ich meine, wir vergeben uns dabei nichts. Ich bitte Sie darum, dieses Signal nach außen zu senden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da wäre es doch besser, wir würden mit dem Zug fahren! – Gegenruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Nach Indien?)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Grünen reisen doch so gern! – Gegenruf von der SPD: Mit der Transsibirischen Eisenbahn!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt ausdrücklich „liebe“ gesagt, weil in der Andacht heute Morgen über „Liebe eure Feinde“ gesprochen wurde. Ich glaube aber nicht, dass ich hier in diesem Saal Feinde habe.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann ist es gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das kommt auf die Rede an!)

Gerade diese Aussprache über den Haushalt des Landtags soll der Grund sein, das noch einmal deutlich zu sagen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Trotzdem können Sie uns lieben, trotz der Feinde!)

– Ja, ich habe ja „liebe“ gesagt.

Über die Zahlen ist bereits ausführlich gesprochen worden. Ein Landtag, der seine Hauptaufgabe nur darin sähe, so wenig Geld wie möglich zu kosten, hätte seine Aufgabe allerdings mit Sicherheit verfehlt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn wir nur L’art pour l’art betreiben oder in diesem Falle Politik nur, damit Politik gemacht ist, dann wäre aber jeder einzelne Euro zu viel ausgegeben. Wenn jedoch in diesem Haus wichtige Themen angepackt und umgesetzt werden, die unser Land weiterbringen und den Bürgerinnen und Bürgern nützen, dann sind Investitionen in die Demokratie wichtig und sinnvoll.

Ein kleines Beispiel: Wir haben in dieser Legislaturperiode einen zusätzlichen Ausschuss für Europafragen, den Europaausschuss. Ich halte diesen für außerordentlich wichtig, weil da starke Abhängigkeiten bestehen. Dabei ist auch klar, dass durchaus noch eine gewisse Abstimmung notwendig ist, weil natürlich Dinge, die bisher in anderen Ausschüssen behandelt worden sind, künftig nicht doppelt behandelt werden sollen.

Aber es ist auch das andere Beispiel der Sitzungstechnik vom Kollegen Kößler schon angesprochen worden. Wir haben hier nach wie vor Sitzungssäle, die dem Stand vor 40 Jahren entsprechen. Wenn ich mir anschau, wie heute bei Kongressen und in Wirtschaftsbetrieben getagt wird, dann wird deutlich, dass man eine gewisse Technik braucht, um effizient arbeiten zu können.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wir haben aber Atmosphäre!)

Die Beleuchtung, die Belüftung hier in diesem Saal, das körpergerechte Sitzen – all das sollte in den nächsten zwei Jahren bedacht werden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die Sitze! Die sind schrecklich!)

Ob es allerdings für das Parlament eines Neubaus bedarf, ist eine Frage, die aus meiner Sicht bald geklärt werden sollte, weil sie sich sonst immer vor alles andere stellt. Ich muss für mich hier ganz deutlich sagen: Ich halte einen Neubau nicht für nötig.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Was wir brauchen, ist in der Tat eine Reform der Arbeitsweise des Parlaments. Dabei geht es mir allerdings viel weniger um die äußere Form, also wie oft wir tagen und welche Struktur unsere Tagungen haben, sondern vor allem um Stil und Inhalte.

Ein ganz einfaches Beispiel: Was bedeutet uns hier im Haus z. B. der Begriff „vertraulich“? Gestern hat mir ein Kollege erzählt, dass letzte Woche in einer Zeitung in einem Bericht über das Raucherthema unter anderem aus dem Präsidium zitiert war. Ich habe bisher immer gedacht, die Beratungen des

(Heiderose Berroth)

Präsidiums seien nicht öffentlich und vertraulich zu behandeln. In dem Bericht wurde unter anderem über eine Sprecherin der FDP/DVP referiert. In Klammern sage ich: Nichtraucherin. Nun weiß jeder, dass die FDP/DVP nur eine Frau im Präsidium hat. Dann kann man bitte gleich den Namen dazuschreiben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber wer weiß, dass Sie nicht rauchen? – Heiterkeit)

– Das, Herr Kollege Drexler, hat man dadurch erfahren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das war mir bisher nicht bekannt!)

Jetzt zurück zum Thema. Bei der Frage, wie wir mit dem Nichtraucherschutz umgehen, welche Möglichkeiten wir für Raucher schaffen, sollten wir auch darauf achten, dass die Würde des Parlaments erhalten bleibt.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was hat die Würde mit Rauchen zu tun?)

Es gibt andere Fragen, die heute auch in der „Südwest Presse“ dargestellt sind, und zwar so, als wenn sie bereits geklärt wären. Ich meine, es gibt Beratungsbedarf in den Fraktionen, z. B. ob wir wirklich jede Woche tagen sollten oder ob wir uns nicht mindestens eine Woche im Monat freihalten, damit Fraktionen z. B. auswärtige Termine solide planen und wahrnehmen können.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Montags und freitags!)

Es gibt sinnvolle Vorschläge wie beispielsweise die Schaffung der Möglichkeit einer direkten Befragung der Regierung. Dazu möchte ich aber jetzt keine Einzelheiten ausbreiten.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr richtig!)

Immer dann, wenn jemand etwas Konkretes der Öffentlichkeit mitteilt, setzt er doch damit einen Punkt an eine Stelle, hinter die er nie mehr zurückkehren kann. Wir müssen aber in dieser Frage – das ist mir ein wirklich großes Anliegen – über alle Fraktionen hinweg einvernehmliche Lösungen finden.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Dazu muss jeder auch einen gewissen Kompromiss eingehen können. Da nützt es nichts, wenn jeder gleich seine Wünsche veröffentlicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was wollen Sie jetzt eigentlich?)

Ganz wichtig ist natürlich, Frau Kollegin Bauer, auch der ökologische Aspekt. Sie haben den Klimaantrag jetzt mit Vehemenz noch einmal vertreten. Ich bin gestandene Protestantin und damit gegen Ablasshandel.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? Kein Angriff auf die katholische Kirche hier in diesem Haus!)

Ich glaube nicht, dass wir dem Klima etwas Gutes tun, wenn wir sagen: „Jetzt zahle ich einfach etwas dafür.“ Man kann nicht alles kaufen. Um das Klima richtig zu beeinflussen, können wir auch hier im Landtag – und das wurde im Ausschuss durchaus angesprochen – eine ganze Menge tun. Aber Flugreisen sind nicht dadurch zu verbessern, dass wir ein Entgelt für eine gute Sache abzweigen, sondern Flugreisen finden am besten so wenig wie möglich statt. Dann ist das Klima geschenkt.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ihr Ausschussvorsitzender ist doch nach Indien geflogen!)

Ich persönlich werde diese Frage jedoch in meine Fraktion einbringen. Ich gehe aber davon aus, dass wir diesem Antrag heute nicht zustimmen können.

Die schwierigste Frage ist für mich allerdings: Wie gehen wir in diesem Hause mit der Sache, vor allem aber, wie gehen wir denn miteinander um? Ich möchte noch einmal ermahnen – ich habe es in den letzten Tagen auch wieder beobachtet –: Es kommt immer wieder vor, wenn ein bestimmter Kollege oder eine bestimmte Kollegin zum Rednerpult geht, dass es schon durch die Reihen raunt: „Ach, der schon wieder“ und „Jetzt will die reden“. Das finde ich einfach Kindergarteniveau.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ach nein! Das ist nur bei mir der Fall!)

Ich glaube, wir sollten uns alle einmal überlegen, wie wir das vermeiden. Das muss nicht sein. Man kann auch hier die Würde wahren, und das ist mir ein Anliegen.

Richten wir uns nach den uns zugewiesenen Aufgaben: Gesetzgebung, d. h. Regelung des Zusammenwirkens im Lande, und Kontrolle der Regierung, der wir mit diesem Haushalt das XXL-fache des Landtagshaushalts für ihre Arbeit zur Verfügung stellen.

Wir sollten uns so verstehen, wie Grundgesetz und Landesverfassung dies vorsehen, nämlich als Souverän. Ein gesundes Selbstbewusstsein des Parlaments, eine solide Arbeit wird auch nützlich sein gegen Politikverdrossenheit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 01 – Landtag. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/801.

Ich rufe auf

Kapitel 0101

Landtag

und dazu zunächst den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/901.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

(Unruhe)



(Präsident Peter Straub)

Wer dem Kapitel 0101 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Mit großer Mehrheit ist Kapitel 0101 – Landtag – angenommen.

Wir sind damit am Ende der Beratung des Einzelplans 01.

Ich rufe **Buchstabe b** der Tagesordnung auf:

**Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/814**

**Berichterstatter: Abg. Michael Theurer**

**Berichterstatter für die Bereiche Bibliothekswesen und Kunst: Abg. Michael Föll**

Das Präsidium hat eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Ich gehe davon aus, dass die Berichterstatter das Wort nicht wünschen, und erteile Herrn Abg. Tappeser das Wort. Bitte schön.

**Abg. Klaus Tappeser** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei den Grundsatzreden fiel auf, dass wenig über Forschung und Wissenschaft gesprochen worden ist. Das mag einerseits an der hohen Übereinstimmung hier im Haus über die Wichtigkeit des Komplexes liegen, andererseits aber auch am Erfolg der Wissenschafts- und Forschungspolitik unserer Hochschulen. Gerade der Besuch des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst bei Universitäten und Unternehmen in Indien hat gezeigt: Wir in Baden-Württemberg sind auf dem richtigen Weg, wenn auch noch nicht am Ziel.

Die Möglichkeit, die Prosperität in unserem Land zu erhalten, liegt vor allem in der Kraft unserer Hochschulen, in der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, im Bessersein als die anderen, in der Konkurrenzfähigkeit in einer globalisierten Welt. Beim Finden der Antworten auf die großen internationalen Herausforderungen arbeiten die CDU-Fraktion und die von ihr getragene Landesregierung systematisch in der Wissenschafts- und Forschungspolitik, die eine genuine Landesaufgabe ist.

Solidarpakt I und starke Autonomie der Hochschulen durch das neue Hochschulgesetz waren und sind die ersten wichtigen Bausteine, denen jetzt weitere folgen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Man merkt gleich, dass zur Hochschule gesprochen wird. Denn der Lärmpegel ist höher, und man gleicht sich damit wohl den akademischen Gepflogenheiten an.

Im Doppelhaushalt 2007/2008 werden beim Einzelplan 14 deutliche Schwerpunkte gesetzt. Obwohl auch dieser Einzelplan zum Oberziel beiträgt, die Nullnettoneuverschuldung zu erreichen, ist die Einsparsumme, die dem Wissenschaftsministerium auferlegt worden ist, bemerkenswert. Denn es ist eigentlich eine geringe Summe: Es handelt sich um jeweils rund 20 Millionen € in den Jahren 2007 und 2008. Zugegeben, für einen Einzelnen ist das viel. In einem Zuschussetat von insgesamt 3 Milliarden € ist es jedoch relativ wenig. Daher nehmen wir zur Kenntnis, dass unsere Landesregierung und hof-

fentlich auch unser Parlament gerade nicht mit einem Rasenmäher versuchen, ohne Rücksicht auf Verluste zu sparen, wo es besonders leicht geht – nämlich im Zuschussbereich –, sondern Schwerpunkte setzen.

Einer dieser Schwerpunkte wird in einer Fortsetzung und in einem Ausbau der erfolgreichen Hochschulpolitik deutlich. Prozentual hätte nämlich, wenn der Sparbeitrag dem anderer Etats entsprechen würde, um weit mehr als das Vierfache, nämlich 80 Millionen € jährlich, gekürzt werden müssen. Dem ist nicht so. Inhaltlich hätte man die Fortsetzung des erfolgreichen Solidarpakts infrage stellen können. Dem ist nicht so. Es folgt der Solidarpakt II, der den Hochschulen für acht Jahre Planungssicherheit gibt. Ebenso hätte man an der Bereitstellung des notwendigen Anteils des Landes an der Exzellenzinitiative kritteln können. Dem ist ebenfalls nicht so. Gleiches gilt für das Bundesprogramm „Hochschulpakt 2020“.

Die Ausbaustufen zu einem Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ hätte man weit wegschieben können. In diesem Hohen Haus sind wir uns ja darüber einig, dass Baden-Württemberg das erste Bundesland ist, das sich dieser Herausforderung stellt. Für dieses Wegschieben hätte man übrigens gute Argumente finden können. Wir lasen am 6. Februar, also vorgestern, in der „Stuttgarter Zeitung“, dass der Bildungsexperte Dohmen die Studierendenzahlen bis 2012 nicht bzw. nur marginal steigen sieht.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Er hat das nicht begrüßt!  
– Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Alarmzeichen!)

– Er hat das nicht begrüßt. Aber er hat es weggeschoben. – Wir müssen aber trotzdem bei der Argumentation mit Studierendenzahlen aufpassen. In Zeiten guter Konjunktur haben wir naturgemäß einen weniger großen Run auf die Akademien und Universitäten. Das begrüßen wir nicht – um Himmels willen –, aber es mag der Erklärung dienen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nicht erklären, sondern verändern! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Es werden immer weniger!)

– Es werden dann aber zumindest nach 2012 weniger werden. Das ist leider so. Deshalb wird es umso schwieriger, als Wissenschaftsstandort Deutschland bestehen zu können. Darüber sind wir uns, glaube ich, auch einig, und daran wollen wir alle arbeiten. – Sie hören mir wenigstens zu, das ist ja schon einmal toll.

Noch einige wichtige Bemerkungen zu den hinter dem Entwurf des Haushaltsplans des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst stehenden Leitlinien, also zu den Grundsätzen der Hochschulpolitik.

Bemerkenswert ist zuerst, dass sich diese Politik insoweit deutlich und in positiver Weise von Entwicklungen in anderen Bundesländern unterscheidet. Das liegt besonders an unserem hohen Forschungsanteil. Wir haben unseren Hochschulen im Land ein hohes Maß an Autonomie zugestanden und werden diese weiter ausbauen. Wir haben den Solidarpakt II auf den Weg gebracht und abgesichert. Wir haben die Exzellenzinitiative mit, wie ich glaube, sehr guten Ergebnissen vorangebracht. Mit unseren leistungsfähigen Hochschulen – und

(Klaus Tappeser)

damit meine ich alle diese Einrichtungen – können wir uns in Europa sehen lassen.

Ich gebe zu, dass mich das Abschneiden „meiner“ Universität Tübingen beim letzten Contest nicht gerade froh stimmt. Das liegt vielleicht daran, dass bei den Schwaben „net gschompfe gnuet globt isch“. Wir brauchen solche Lobeshymnen eigentlich nicht. Trotzdem denke ich, dass es des Nachdenkens wert ist. Bei aller Notwendigkeit zur Evaluation, bei allen Rankings und Exzellenzinitiativen meine ich: Dies darf nicht der alleinige Maßstab für gute Lehre und beste Forschung sein. Universität braucht auch Raum und muss Raum schaffen für Anregungen, übergreifendes Denken, vernetztes Diskutieren, Infragestellen und echtes Nachdenken statt wiederholendes Nachdenken. Nur so bleiben wir ein Land der Denker und Tüftler. Nur damit können wir unsere besseren Lebensbedingungen langfristig erhalten, uns höhere Arbeitskosten leisten und bessere Einkommen erzielen.

Pointiert hat das gestern Professor Wertheimer im „Schwäbischen Tagblatt“ gesagt. Ich darf zitieren:

*Nicht mehr Exzellenz oder Nicht-Exzellenz ist die Frage, es geht um Sein oder Nicht-Sein als Universität; als wirkliche Universität, das heißt als Ort vielstimmiger, lebendiger, kritischer Auseinandersetzung. Es geht um Biss, Transparenz und mentale Präsenz.*

Richtig ist zwar, sich auch solchen Vergleichen wie dem Ranking zu stellen, um festzustellen, wo man steht. Richtig ist aber auch, dass die Summe aller Erfolge zählt. Das Niveau an unseren Hochschulen – ich betone: an allen Hochschulen – ist hoch und stimmt. Die Qualität stimmt. Lehre und Forschung made in Baden-Württemberg sind national und international anerkannt.

Meine Damen und Herren, neue Wege sind beschritten worden. Zu diesen neuen Wegen gehört, dass die Hochschulen – siehe „Hochschule 2012“ – befragt worden sind, dass man den Arbeitsmarkt hinterfragt hat und die Betroffenen zu Beteiligten gemacht hat. Unbestritten haben wir festgestellt, dass unsere Hochschulen nicht mehr ausschließlich fachorientiert, sondern künftig viel stärker – teilweise vielleicht sogar uneingeschränkt – problemorientiert aufgestellt werden müssen. Diese Richtung haben wir auch als Grundlage im Solidar-pakt II abgebildet, denn wir wollen nicht nur spitze sein, sondern auch spitze bleiben – in der Breite und auf hohem Niveau.

Nur mit bestausgebildeten, hoch qualifizierten jungen Menschen können wir den schärferen Wettbewerb um die besten Köpfe und Ideen international weiterhin bestehen und damit die Zukunft unseres Landes an der Spitze absichern helfen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich bitte kurz auf den Ihnen vorliegenden Änderungsantrag eingehen, der das Stuttgart Institute of Management and Technology betrifft. Mit diesem Antrag, den die beiden Regierungsfractionen unterstützen, wollen wir den Studierenden dieser Hochschule die Sicherheit geben, ihr Studium vernünftig beenden zu können. Deshalb bitte ich um Zustimmung. Ich glau-

be, Herr Minister, es zeichnet sich für das weitere Vorgehen in dieser Frage auch eine gute Lösung ab.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rivoir.

**Abg. Martin Rivoir SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Vergangenheit ist es oft passiert, dass unsere Beiträge, unsere konstruktive Kritik an der Hochschulpolitik der Landesregierung von der Mehrheit dieses Hauses als Zukunftsverweigerung, als Miesepetrigkeit abgetan wurden. Deshalb sage ich Ihnen heute vor allem anderen: Unter den Umständen, die Herr Frankenberg und seine Vorgänger unseren Hochschulen seit Jahren auferlegen, leisten diese das Bestmögliche. Sie sind wegen dieser Leistung national und oft auch über die deutschen und europäischen Grenzen hinaus anerkannt. Ich danke also allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, allen Studierenden an unseren Hochschulen für ihre Arbeit, ihre Kreativität und ihren Fleiß.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Günther-Martin Pauli CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Da könnte die CDU ruhig auch klatschen! – Gegenruf von der SPD: Einer hat geklatscht! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir nehmen es gefällig zur Kenntnis! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir schaffen die Rahmenbedingungen!)

– Ein Beifall, genau.

Die Frage, die sich aufdrängt, lautet aber, meine Kolleginnen und Kollegen: Wo könnten unsere Hochschulen stehen, wenn sie optimale Bedingungen hätten? Wo könnten sie stehen, wenn ihre Finanzierung sicher, verlässlich und ausreichend wäre?

(Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Wo könnten sie stehen, wenn sie wirkliche Freiheiten hätten und nicht fortwährend von Entscheidungen des Ministeriums abhängig wären? Wo könnten sie stehen, wenn unsere Professorinnen und Professoren nicht permanent in Auswahlverfahren eingebunden wären, deren tatsächlicher Vorteil immer zweifelhafter wird?

Ich will im Rahmen des Haushalts auf drei Punkte eingehen.

Erstens: die Einführung der Studiengebühren. Studiengebühren werden von uns im Hinblick auf das Ziel, möglichst viele junge Menschen möglichst hoch qualifiziert auszubilden, nach wie vor als unsozial und kontraproduktiv abgelehnt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir geben den Universitäten damit aber Freiheit!)

Unsere Vorbehalte gegenüber diesen Studiengebühren sind mehr als berechtigt, da entgegen den Versprechungen des Ministers keinerlei Stipendienwesen aufgebaut wurde und sich

(Martin Rivoir)

das angebotene Modell kreditfinanzierter Studiengebühren zunehmend als Lachnummer erweist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es scheint so, als ob die Abiturientinnen und Abiturienten lieber nicht oder woanders studieren, als sich zu verschulden. Im vorliegenden Doppelhaushalt könnte die drastische Reduzierung des Ansatzes für die BAföG-Zahlungen ein Indiz dafür sein, dass die Regierung damit rechnet, dass weniger junge Menschen mit BAföG-Berechtigung, also Kinder aus weniger wohlhabenden Familien, studieren wollen – ein klarer Beweis für die unsozialen Auswirkungen der Studiengebühren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Hinzu kommt dann noch die unsägliche Debatte über die Verwendung dieser Gebühren. Im Gesetz steht, dass dieses Geld unmittelbar den Studierenden und der Verbesserung ihrer Studienbedingungen zugute kommen muss. Dies war das zentrale Argument bei der politischen Durchsetzung der Studiengebühren. Deshalb wurde der Wissenschaftsminister damals auch nicht müde, die strikte Zweckbindung zu betonen, und auch die Rektoren äußerten sich immer wieder so, dass sie zwar prinzipiell mehr oder weniger gegen diese Gebühren seien, aber wegen der Möglichkeit, eventuell etwas mehr Geld für ihren Studienbetrieb zu bekommen, dann doch zustimmen würden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Heizung!)

Am Ende – so war die Spekulation aller Beteiligten – werden Mittel und Wege gefunden werden, diese regelmäßig fließenden Geldmittel anders zu verwenden. Deswegen – so ist unser Eindruck – sitzen jetzt Dutzende von Verwaltungsbeamten in den Hochschulen und im Ministerium und überlegen sich Wege, um die Studiengebühren über kurz oder lang für alle möglichen Zwecke, z. B. zur Grundfinanzierung, einzusetzen. Das Motto lautet: Papier ist geduldig. Auch die Gewährleistung einer angemessenen Raumtemperatur im Hörsaal ist eine Verbesserung der Studienbedingungen. Über kurz oder lang wird die Bausanierung aus Studiengebühren erfolgen, weil die Studienbedingungen verbessert werden, wenn die Eimer zum Wasserauffangen entfernt werden können, weil das Dach endlich repariert werden konnte.

Meine Damen und Herren, es bleibt dabei: Die Zweckbindung dieser Gebühren ist aus unserer Sicht vorgeschoben. Diese Studiengebühren werden früher oder später in den ganz normalen Haushalt einfließen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Ich will aus aktuellem Anlass auch noch einen Satz zur Datenerhebung sagen. Herr Minister, wir erwarten anschließend von Ihnen eine Erklärung zu diesem Vorgang. Wir fordern Sie nachdrücklich auf, diese Datensammelei einzustellen und rückabzuwickeln. Das erinnert fast ein wenig an die Siebzigerjahre, als man versucht hat, die Daten aller möglichen Leute zu erfassen und diese Leute dann entsprechend zu stigmatisieren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt reicht es aber!)

Das geht in diesem Bundesland nicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kindergarten!)

Ich will auch noch einen Satz dazu sagen. Es sind ja immer zwei mit dabei. Im Endeffekt sind ja auch die Hochschulen und die Rektoren mit dabei. Wir erwarten von den Hochschulrektoren in diesem Zusammenhang auch mehr Mut gegenüber dem „Fürstenthron“.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Mutiger Schritt! Aufrecht!)

Sie sollten auf eine rechtliche Prüfung solcher Angelegenheiten nicht verzichten und auch einmal klar Nein sagen, auch wenn der Minister dann murt.

Nun ein zweites Thema, meine Damen und Herren: das Thema „Hochschule 2012“. Es ist richtig – das wurde auch gesagt –, dass die Landesregierung das Problem der steigenden Studierendenzahlen

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nicht im Griff hat!)

aufgreift und unsere Hochschullandschaften darauf vorbereitet.

Übrigens habe ich den von Ihnen angesprochenen Artikel auch gelesen. Aber unser Thema muss ja nicht sein, einfach auf irgendwelche Entwicklungen zu reagieren und abzuwarten, was kommt. Unser Ziel muss vielmehr sein, möglichst viele und gut qualifizierte Leute an die Universitäten zu bekommen.

(Abg. Klaus Tappeser CDU: Da sind wir uns ja auch einig!)

Deswegen ist dieser Ansatz „Hochschule 2012“ grundsätzlich sicher richtig. Aber die Art und Weise, wie das im Konkreten umgesetzt wird, halte ich für nicht akzeptabel.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Lassen Sie mich das Szenario noch einmal beschreiben: Der Wissenschaftsminister geht gemeinsam mit den IHKs im Land hin und her,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Rauf und runter!)

veranstaltet Regionalkonferenzen zur Erhebung der diversen Wünsche, sortiert sie anschließend im Hinterzimmer des Ministeriums und legt dann im Oktober des vergangenen Jahres einen Entwurf vor, der keinerlei rechtliche Verbindlichkeit hat, sondern vom Staatssekretär im Wissenschaftsausschuss als ein „atmendes Programm“ bezeichnet wurde.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr schöner Begriff!  
– Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das kann man gar nicht oft genug wiederholen!)

Was soll das wohl heißen? Alles verändert sich immer. Wer nachfragt, bekommt den Hinweis: „Alles fließt.“ Niemand bekommt konkrete Informationen.



*Martin Rivoir*)

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: „Atmendes Programm“! Bronchitis!)

Nichts ist konkret. Das Einzige – so haben wir den Eindruck –, was konkret ist, ist der Wille des Ministeriums, seine Vorstellungen durchzusetzen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Lesen Sie doch den Haushalt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Programm „Hochschule 2012“ wird auf absehbare Zeit der massivste Eingriff in die baden-württembergische Hochschullandschaft sein. Dreistellige Millionenbeträge werden hiermit verteilt. Hier wird entschieden, welche Fächer ausgebaut werden und auf welche künftig verzichtet werden muss. Es gibt Anträge auf Errichtung neuer Hochschulstandorte, neue private Hochschulen sind im Entstehen, Schwerpunkte verschieben sich usw. Die Mitwirkung des Landtags – von uns allen; wir haben ja vorhin über unsere Rolle als Parlament debattiert – hat sich bislang darauf beschränkt, auf zwei Konferenzen die Schnittpunkte des Ministers und einen Sack voll freundlicher Reden zu konsumieren.

Ich appelliere heute ausdrücklich an Sie, die Mehrheitsfraktionen: Nehmen auch Sie als Parlamentarier Ihre Aufgabe der begleitenden Kontrolle wahr!

(Beifall bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Richtig! Bravo!)

Sorgen Sie mit uns dafür, dass über die Neugestaltung unserer Hochschullandschaft im Parlament und nicht im Hinterzimmer des Ministeriums entschieden wird!

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau, Herr Tappeser! – Gegenruf des Abg. Klaus Tappeser CDU: Keine Sorge! Deshalb gibt es einen Haushalt, Herr Kollege!)

– Ja, das hat schon mit dem Haushalt zu tun.

(Abg. Klaus Tappeser CDU: Deshalb reden wir hier unter anderem darüber!)

Hier gilt – ich habe es vorhin schon einmal gesagt –: Wir können uns sämtliche Parlamentsreformen sparen, wenn wir hier mehrheitlich nur noch das abnicken, was die Exekutive schon längst entschieden hat.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Ursula Haußmann SPD: Genau! Ist der gut, der Herr Rivoir! Brilliant! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Stehender Beifall!)

Meine Damen und Herren, das Gleiche gilt auch für den Solidarpakt II. Hier werden weitreichende, bis in die nächste Legislaturperiode gültige Randbedingungen für unsere Hochschullandschaft beschlossen. Aber wer beschließt den Pakt? Nicht das Parlament, sondern Ministerium und Hochschulen. Ein Antrag, dass sich das Parlament mit diesem Solidarpakt II beschäftigen soll, wird von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt, und das bei einer Aufgabe, bei der der Landtag im föderalen System tatsächlich noch etwas zu sagen hätte. Meine

Damen und Herren, eine größere Selbstkastration eines Parlaments kann man sich eigentlich nicht vorstellen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Grundsätzlich ist anzumerken, meine Damen und Herren, dass das Instrument eines Solidarpakts sicher richtig und vernünftig ist. Die Frage ist nur, wie man den Pakt schließt und ob man die Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe stattfinden lässt oder ob es sich um ein Diktat der Regierung handelt. Ich bin mir bewusst, dass die Rektoren der Hochschulen und die Direktoren der Berufsakademien diesen zweiten Solidarpakt einhellig begrüßen, weil sie glauben, damit vor diesen Folterwerkzeugen, die ihnen der Wissenschaftsminister gemeinsam mit dem Finanzminister vorgezeigt hat, geschützt zu sein.

Diese „Freude“ der Universitätsrektoren kennen wir aber, und zwar vom Solidarpakt I. Dieser hat die Universitäten 1 500 Stellen gekostet und ihnen dafür angeblich den Verzicht auf weitere Kürzungen garantieren sollen. Dieser erste Solidarpakt hat aber nicht verhindert, dass die Universitäten trotzdem zu weiteren Kürzungen herangezogen worden sind. Das Zauberwort in diesem Zusammenhang heißt globale Minderausgabe. Sie kennen es. Der Pakt ist mit diesem Thema völlig ausgehebelt worden. Die Rektoren mussten zu allem Überfluss auch noch gute Miene zum bösen Spiel machen und kamen ihren Hochschulen gegenüber in Erklärungsnot.

Ich will aus unserer Sicht vier Kritikpunkte am Solidarpakt II nennen. Erstens: Die Energiekosten bleiben außen vor. Zweitens: Die Regierung kann den Pakt einseitig kündigen. Drittens: Die Bausanierung wird den Hochschulen erstmals mit auferlegt. Und viertens – siehe Solidarpakt I –: Das Instrument der globalen Minderausgabe kann nach wie vor eingesetzt werden.

Ich greife den Punkt der Bausanierung heraus. Wir kennen die gigantischen Summen, um die es hier geht. Jetzt sollen die Hochschulen auch hier noch zur Ader gelassen werden, und dies in einer Situation, in der keine Hochschule weiß, wo sie die Eigenmittel für das Programm „Hochschule 2012“ hernehmen soll.

Wie so oft haben Sie, Herr Minister, ein großes Problem und keinen Plan, wie Abhilfe geschaffen werden kann. Eine Vereinbarung zwischen Hochschulen und Regierung, die über einen so langen Zeitraum geht, muss auf diese zentrale Frage eine schlüssige und verbindliche Antwort geben.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte weitere Punkte aufzählen. Ich könnte darüber reden, dass die Hochschulhaushalte seit Jahren nur noch auf Sicht gefahren werden, weil die Variablen immer zahlreicher und unsicherer werden. Ich könnte über den Berichts-, Antrags- und Evaluationsaufwand reden, mit dem unsere Professorinnen und Professoren belegt sind und der ihnen immer mehr Freiheit nimmt und immer weniger Möglichkeiten lässt, ihrer eigentlichen Tätigkeit nachzugehen.

Auch die Umstellung auf die Bachelor- und Masterstruktur wäre zu erwähnen. Sie soll kostenneutral erfolgen. In Wahrheit geht das einfach nicht. Überall werden den Hochschulen neue Verpflichtungen aufgedrückt.



(Martin Rivoir)

Diese Aufzählung kann genügen. Sie zeigt, dass unsere Hochschullandschaft kein pastellfarbenes Teletubby-Land ist und nicht diesem Bild entspricht, das von der Regierung gern gemalt wird.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Wir haben an unseren Hochschulen jede Menge Probleme, die es nicht vertragen, dass die Mehrheitsfraktionen alles abnicken, was aus den Ministerien kommt, und alle anderen Diskussionsbeiträge als störend abwehren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD:  
Genau! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich!  
– Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Meine Damen und Herren, wir bieten bei einer zukunftsgerichteten, auf Diskussionen und Beschlüssen im Parlament basierenden Hochschulpolitik ausdrücklich unsere Unterstützung an. Es wäre hilfreich für die Hochschulen, kein Schaden für die Regierung und letztendlich ein Gewinn für das Parlament, wenn Sie auf dieses Angebot eingehen würden.

Meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, die Sie in einer weiteren Runde bitte auch meiner Kollegin Helen Heberer schenken sollten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD:  
Klasse! Martin, Martin!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

**Abg. Theresia Bauer GRÜNE:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unsere Hochschulen im Land stecken mitten in einem tief greifenden Veränderungsprozess, und sie stehen in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Sie stellen zurzeit sämtliche Studiengänge auf Bachelor und Master um. Sie führen die leistungsorientierte Besoldung für Professoren ein. Sie beteiligen sich am Exzellenzwettbewerb, also an der Profilierung ihrer Forschungsschwerpunkte und -stärken. Wenn sie dabei erfolgreich sind, dann bedeutet das ja nicht nur mehr Geld vom Bund, sondern das heißt nach dem Auslaufen der Anschubfinanzierung in fünf Jahren, dass sie ihre Forschungsleuchttürme aus eigener Kraft am Laufen halten müssen, und zwar genau zu dem Zeitpunkt, wenn der Andrang von neuen Studierenden an den Hochschulen am stärksten sein wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Herausforderung ist groß. Aber die größte von allen ist der Mangel an Studienplätzen. Die zentrale Frage ist, ob es gelingt, der wachsenden Zahl von Abiturienten Zugang zu Studienplätzen zu verschaffen. Unsere Aufgabe hier und heute ist, zu schauen, dass wir die Hochschulen bei dieser Aufgabe nicht alleine lassen. Denn es muss unser gemeinsames Interesse sein, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler von heute dann auch morgen gut studieren können. Das ist keine Zukunftsmusik, kein Zukunftsthema, sondern es geht um unsere Fünft-, Sechst- und Siebtklässler von heute, die, wenn G 8 und G 9 – die doppelten Abiturjahrgänge – zusammenkommen, gemeinsam an die Hochschule kommen.

Es geht also um die Schüler von heute und um ihre Chancen. Und es geht um die Abiturienten von heute. Denn wir stellen

seit Jahren fest, dass es schon jetzt schwieriger geworden ist, einen Studienplatz zu finden. Seit drei Jahren werden kontinuierlich weniger Studienanfängerinnen und -anfänger an unseren Hochschulen zugelassen, obwohl gleichzeitig seit Beginn dieses Jahrhunderts die Zahl der Studienberechtigten kontinuierlich wächst.

Diese Zahlen und diese Entwicklungen, lieber Kollege Tapeser, sind wirklich alarmierend. Die Studierquote geht zurück, und das liegt nicht daran, dass die jungen Menschen nicht studieren wollen, sondern weil über lokale NCs die Zugänge versperrt werden und die Leute inzwischen ins Ausland abwandern. Lesen Sie einmal, was in Österreich und Belgien los ist, in Ländern, in die deutsche Studienanfänger hingehen.

Dies trifft auch auf Baden-Württemberg zu. Wir haben die Zahl der Studienanfängerplätze inzwischen im Umfang der Studierendenzahl einer großen baden-württembergischen Universität zurückgebaut. Anders ausgedrückt: Wir haben mit dem Rückbau der letzten drei Jahre so viel zurückgenommen, wie der komplette Ausbauplan für die nächsten zwei Jahre umfasst: Es sind nämlich 4 000 Anfängerplätze weniger.

Das ist das eigentliche Thema bei diesen Haushaltsberatungen zum Einzelplan 14. Die Frage ist: Was tut das Land, um diese Herausforderungen zu bewältigen, und sind die Weichen wirklich richtig gestellt, um das notwendige Wachstum zu bewerkstelligen? Unsere Antwort ist ein klares Nein.

Die Handschrift, die den Wissenschaftshaushalt prägt, ist nämlich nicht die Handschrift des Masterplans 2012, sondern es ist die Handschrift des Finanzministers, die er in seiner Haushaltsrede mit dem Titel „Kurs halten!“ überschrieben hat. Leitlinie ist also nicht „Aufwuchs“ im Hochschulbereich, sondern die Linie ist: „Weiter so!“

Ich will dabei ausdrücklich betonen: Das, was im vergangenen Jahr als Werbekampagne im ganzen Land unter dem Label „Hochschule 2012“ stattgefunden hat, verdient Anerkennung und Respekt. Baden-Württemberg hat die Thematik in der Tat früher und besser begriffen und zur Diskussion gestellt. Aber die Kongresse, die Veranstaltungen und die bunten Broschüren – das war letztes Jahr. Die Feierstunden sind vorbei, ebenso wie ja auch der Wahlkampf. Die nüchterne Analyse der Haushaltsfakten heute zeigt, Minister Frankenberg: Vielleicht hätten Sie besser die Tour de Ländle sein lassen und dafür die Tour durch die Ministerien gemacht. Denn Sie haben Ihre eigenen Kollegen im Kabinett nicht von diesem Ausbauplan überzeugt. Das, was an Haushaltsplanung hier vorliegt, heißt im Klartext: Die Landesregierung ist nicht bereit, den notwendigen Kurswechsel für die Hochschulen im Haushalt abzubilden.

(Beifall bei den Grünen)

Die Aufgabe, den notwendigen Aufwuchs zu finanzieren, bleibt de facto an den Hochschulen hängen. Hierzu sollen die Einnahmen aus Studiengebühren verwendet werden und das erhoffte frische Geld, das – dreimal dürfen Sie raten, woher es kommt – der Bund zur Verfügung stellt. So schnell ändern sich die Zeiten. Aber das ist ja ein anderes Thema.

(Theresia Bauer)

Nun zum Solidarpakt: Der Solidarpakt ist ein Instrument, das den notwendigen Aufwuchs nicht absichert. Im Gegenteil: Der Solidarpakt II friert die Mittel für die nächsten acht Jahre auf dem Niveau von 2006 ein – minus 4 % zusätzlicher Sparauflage. Das ist der Solidarpakt II. Kommen Sie mir jetzt also nicht mit den Argumenten, es gäbe nun 20 Millionen € zusätzlich und im Jahr 2008 40 Millionen € zusätzlich. Wenn man diesen Aufwuchs zu den Einsparungen der letzten Jahre in Relation setzt – allein im Jahr 2004 sind den Hochschulen 140 Millionen € gekürzt worden, und diese Einsparauflage ist fortgeschrieben worden; wir sind jetzt bei einer Einsparauflage von knapp 200 Millionen € für die Hochschulen –, sieht man, was die versprochenen 150 Millionen € bis zum Jahr 2012 wirklich bedeuten. Sie sind ein Klacks im Vergleich zu dem, was wir tatsächlich leisten müssten.

Hinzugekommen sind – das kann ich jetzt nur kurz anreißen – weitere zusätzliche Belastungen für die Hochschulen und auch für den gesamten Einzelplan 14. Die enormen Heizkosten sind schon erwähnt worden. Das Hochschuldidaktische Zentrum – eine gute Einrichtung – wird künftig von den Hochschulen zu finanzieren sein. Die Umlage für den Studienfonds wird künftig von den Hochschulen zu finanzieren sein, und zwar nicht aus Einnahmen aus Studiengebühren. Die Kosten für die Fusion der Studentenwerke Tübingen und Hohenheim und die fast übersehene Grunderwerbsteuer in Höhe von etwa 1 Million €, die dabei anfällt, sind zusätzlich im Einzelplan 14 zu finanzieren. Die erwähnte Finanzspritze für die private Hochschule SIMT bedeutet zusätzliche Kosten von 1,5 Millionen €. Hinzukommen zusätzliche Kosten für die Forschungseinrichtungen, weil man bundesweit zugesagt hat, hierfür mehr Geld in die Hand zu nehmen, und die Kofinanzierung der Exzellenzinitiative.

All diese zusätzlichen Belastungen bilden sich bislang im Haushalt nicht wirklich ab. Man fragt sich, woher Sie das Geld nehmen, um das zu finanzieren, gar nicht zu reden vom Sanierungsstau im Hochschulbaubereich. Da sind 3 Milliarden € aufgelaufen, wie der Landesrechnungshof festgestellt hat. Es gibt kein Konzept, wie Sie diesen Sanierungsstau abbauen wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Lage in Ihrem Haushalt, Herr Minister, ist de facto so angespannt, dass Sie für die nächsten Jahre weder die leistungsorientierte Mittelvergabe noch die zweite Säule Ihrer Neuen Steuerungsinstrumente für die Hochschulen, die Zielvorgaben, realisieren können. De facto ist dafür kein Geld mehr vorhanden. Das waren die Bestandteile Ihrer neuen Finanzierungs- und Steuerungslogik im neuen Hochschulgesetz. Das ist alles außer Kraft gesetzt, weil es an Geld fehlt.

Herr Minister Frankenberg, Sie kommen mir vor wie ein Skatspieler,

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Können Sie Skat spielen?)

der beim Spielen überreizt hat und während des Spiels feststellt: Ich habe mehr Luschen in der Hand als Trümpfe. Wenn das Spiel verloren geht, zahlen aber dummerweise nicht Sie die Spielschulden, sondern die Hochschulen.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Aber nur, wenn überreizt war!)

– Das können wir gleich noch einmal vertiefen.

Noch ein kurzes Wort zu den Studiengebühren. Sie wissen, wir sind nicht gegen jede Form von Eigenbeteiligung; das waren wir nie. Wir haben aber immer konkrete und gute Gründe vorgebracht, warum wir gegen dieses Studiengebührenmodell der Landesregierung sind. Es gibt wirklich gute Einwände, die zeigen, dass nachzubessern und nachzusteuern ist, um dieses Gebührenmodell sozial verträglicher zu machen.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Das ist sozial verträglich, Frau Kollegin!)

Ich fordere Sie auf, Herr Minister: Stellen Sie sich der Kritik, und bessern Sie bei den Kreditbedingungen nach. 7,2 % Zinsen für den Studienkredit, das liegt über allem, was je diskutiert wurde.

(Abg. Johannes Stober SPD: Deshalb nimmt auch niemand den Kredit auf!)

Wir haben es bei den letzten Haushaltsberatungen angesprochen, und Sie haben uns versprochen, dass es nicht mehr als 6 % werden. Der Kollege Pfisterer hat damals eine Wette mit mir gemacht. Ich werde nachher den Wettgewinn bei ihm einstreichen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Skat spielen und wetten!)

7,2 % Zinsen haben wir heute, und die Grenze nach oben ist offen. Da muss nachgebessert werden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Um was ging es denn?)

– Das behalten wir für uns.

Der Wissenschaftsausschuss war auf einer Reise in Indien und hat dort erfahren, dass in Indien die schon bestehende hohe Zahl der Studienplätze innerhalb von drei Jahren nochmals verdoppelt wird. Dort hat man die Zeichen der Zeit erkannt, und ich meine, wir sollten uns nicht lumpen lassen. Wir sollten das Thema Hochschulausbau beherzt angehen, die entsprechenden Mittel in die Hand nehmen und auch innovative Impulse in dieser Ausbauphase setzen.

Die Devise für den Hochschulbereich darf nicht lauten „Kurs halten!“, sondern die Devise muss heißen: „die Kurve kriegen“, damit wir international nicht demnächst abgehängt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bachmann.

**Abg. Dietmar Bachmann** FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Rivoir,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Oh!)

(Dietmar Bachmann)

in der vergangenen Woche haben Sie uns oft darauf aufmerksam gemacht, dass Albert Einstein in Ulm geboren wurde.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Dann hat die Reise etwas genützt!)

Ich nehme das zum Anlass, in dieser Haushaltsdebatte mit einem Zitat dieses berühmten Landeskindes zu beginnen:

*Die besten Dinge im Leben sind nicht die, die man für Geld bekommt.*

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das stimmt!)

Das gilt nicht nur für alle die Dinge, liebe Kolleginnen und Kollegen, an die Sie jetzt denken mögen, das gilt auch für die Wissenschaft.

Geniale Ideen lassen sich nicht in ein schnödes Verhältnis zu eingesetzten Haushaltsmitteln bringen, Geistesblitze kann man nicht kaufen.

Aber auch Genies brauchen ein Ambiente für ihre Ideen. Mit modernen Geräten ausgestattete Labors,

(Abg. Johannes Stober SPD: Die kosten aber Geld!)

kompetente Mitarbeiter, die ihnen den Rücken freihalten, und eine Bezahlung, die die Sorge um das tägliche Brot nimmt, erleichtern auch dem Genie das Dasein.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wie wahr!)

Kollege Tappeser hat bereits dargestellt, dass die Koalition aus FDP/DVP und CDU den für dieses Ambiente erforderlichen finanziellen Rahmen großzügig bereitstellt.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Klaus Tappeser CDU)

Der neue Solidarpakt gibt allen Hochschulen Planungssicherheit in Bezug auf die staatliche Finanzierung bis zum Jahr 2014. Das Staatshaushaltsgesetz schafft in seinem § 6 hierfür die notwendige Grundlage.

Wir beteiligen uns an der gemeinsamen Exzellenzinitiative von Bund und Ländern. Die Mitfinanzierung für jedes ausgezeichnete Projekt an einer baden-württembergischen Universität, die wir zu leisten haben, leisten wir gern und auch mit einem gewissen Stolz – Stolz auf unsere Hochschulen und, liebe Kolleginnen und Kollegen, Stolz auf die erfolgreiche Hochschulpolitik von CDU und FDP/DVP.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Ja, wir sind stolz auf unsere Erfolge, und wir lassen sie uns weder von Ihnen, lieber Kollege Rivoir, noch von Ihnen, liebe Kollegin Bauer, madigmachen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Oje! Hochmut kommt vor dem Fall! – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Jetzt kommt es raus!)

Mit den Zukunftsoffensiven I bis III haben wir knapp 1,6 Milliarden € aus Privatisierungserlösen in den Forschungsstandort Baden-Württemberg investiert.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Hört, hört!)

Mit der Zukunftsoffensive IV, die der Stärkung der Innovationskraft und der wissenschaftlichen Exzellenz in der Forschung dient, setzen wir diesen Weg mit weiteren 168 Millionen € fort. Besonders stolz sind wir als Liberale gerade auf diese Kraftanstrengung; denn wir sind diejenigen, die stets auf Privatisierung drängen. Wenn es allein nach anderen ginge – liebe Kollegen Stratthaus und Föll –, dann würde der Genuss staatlich angebauten Weins aus Meersburg einen höheren Stellenwert einnehmen als die Exzellenz in der Forschung.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Muss man das jetzt verstehen?)

Gehen Sie öfter einmal einen Wein unseres Kollegen Drautz schlotzen! Sie werden sehen: Gerade im privaten Weinbau gibt es Exzellenz.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das haben wir nachher auf der Tagesordnung!)

Sie werden dann einsehen, dass wir die begrenzten Mittel des Landes mit gutem Gewissen statt in den staatlichen Weinbau in die Forschung stecken sollten,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

und zwar nicht nur in die Forschung am Wein und am Schwein, sondern auch in die Forschung an der Brennstoffzelle und an der Reduzierung des Kohlendioxidgehalts in der Atmosphäre. Es gibt Projekte bei uns in Baden-Württemberg, liebe Kollegin Bauer – da sollten Sie näher hinschauen; die gibt es hier in Stuttgart –, deren Ziel es ist, das Treibhausgas CO<sub>2</sub> unterirdisch zu deponieren.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Das würde den Klimawandel wirklich aufhalten können.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Na, na, na! – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das eine tun und das andere nicht lassen! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Begeisterung bricht aus bei der FDP/DVP! Was ist denn los? – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Wissenschaft ist nicht Forschung allein. Ohne die Vermittlung des Wissens an künftige Generationen, also ohne die Lehre, haben wir keine Zukunft. Wir dürfen uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU und Claus Schmiedel SPD)

*Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben.*

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ein großer Satz, gelassen ausgesprochen!)

– Lieber Kollege Rivoir, das war wieder Albert Einstein.



(Dietmar Bachmann)

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Ja, ich weiß!)

*Wenn die Politik nicht heute damit beginnt, noch vermehrt in Bildung zu investieren ..., ist der künftige wirtschaftliche Abstieg Deutschlands, einschließlich des Landes Baden-Württemberg, in die Drittklassigkeit vorprogrammiert.*

Wo Professor Dr. Franz, der Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, recht hat, da hat er leider recht. Deshalb haben sich CDU und FDP/DVP seine Worte zu Herzen und Geld für die Lehre in die Hand genommen.

Wir begreifen es als Chance und nicht als Last, dass die Nachfrage nach Studienplätzen in den kommenden Jahren deutlich ansteigen wird. Wir werden die Kapazitäten unserer Hochschulen um mindestens 20 % ausbauen. Wir fangen mit diesem Doppelhaushalt damit an.

Bevor die Bund-Länder-Vereinbarung „Hochschulpakt 2020“ zustande kam, hatten nur zwei Länder einen Ausbau der Kapazitäten in Angriff genommen: Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Es muss kein Zufall sein, dass gerade in diesen beiden Ländern die FDP mitregiert.

(Beifall bei der FDP/DVP – Heiterkeit der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU und Theresia Bauer GRÜNE – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Wir sind bereits Spitze. Auch Nordrhein-Westfalen beginnt, sich aus der Kohlezeit von Rot-Grün in das Cyber-Zeitalter von Schwarz-Gelb fortzuentwickeln.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Martin Rivoir SPD: Oje, oje! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Mit dem Kollegen Rüttgers, oder wie? – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja, gerade mit dem!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zahlen für das Programm „Hochschule 2012“ hat Kollege Tappeser bereits genannt. Ich möchte nur noch einmal hervorheben, dass bei uns in Baden-Württemberg diese Bundesmittel zusätzlich in die Hochschulen gesteckt werden. Denn bei aller Einsparpolitik sparen wir eben nicht an der Zukunft. Da setzen wir uns deutlich und gern von der rot-roten Barfußpolitik in Berlin ab.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: So ein Quatsch! – Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

– Im Land Berlin, wohlgemerkt. – Wir halten es in diesem Punkt auch ausnahmsweise einmal nicht mit Einstein, lieber Kollege Rivoir, der einmal sagte: „Wozu Socken? Sie schaffen nur Löcher.“

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Wir in Baden-Württemberg müssen nicht einmal Löcher stopfen. Dank der vorausschauenden Finanzpolitik dieser Koalition haben wir keine Löcher, und deshalb müssen wir unsere Wissenschaftler nicht nackt und barfuß in den Regen stellen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Bei uns wird übrigens auch das Aufkommen aus den Studiengebühren nicht in die allgemeine Finanzmasse des Landes fließen, sondern den Hochschulen für zusätzliche Maßnahmen im Bereich der Lehre zur Verfügung stehen. Bei uns ist der Finanzminister kein Meister im Löcherstopfen, sondern ein fairer Partner der Hochschulen. Hierfür gilt ihm und der gesamten Landesregierung unser Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eigentlich sollte ich jetzt noch etwas zu den Anträgen der Opposition sagen – auch zum SIMT, aber das hat Kollege Tappeser schon getan –, vor allem zum Bildungspaktvorschlag der Grünen. Sei nicht böse, liebe Theresia Bauer, wenn ich das jetzt nicht mehr ausführlich tue. Ihr habt schon das Jahr 2017 in den Antrag geschrieben, weil ihr wahrscheinlich realistischweise davon ausgeht, dass ihr vor 2017 doch nicht in Baden-Württemberg regieren werdet.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Danach auch nicht! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ihr regiert auch nur pro forma!)

Deswegen kann ich bei der nächsten Haushaltsdebatte im Jahr 2009 immer noch darauf eingehen.

Die verbleibende Redezeit benötigen wir, damit Heiderose Berroth Ihnen noch die Erfolge in der Kulturpolitik des Landes schildern kann.

Aber bevor wir dazu kommen, möchte ich noch einmal an die Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen appellieren: Stimmen Sie doch bitte den Kapiteln des Wissenschaftsbereichs in diesem Haushalt zu! Leisten Sie Ihren Beitrag zur Zukunft unseres Landes, indem Sie auch mit Ihrer Stimmabgabe signalisieren: Diese Landesregierung ist im Bereich Wissenschaft und Forschung Spitze. Wir von CDU und FDP/DVP wissen dies auch zu würdigen, und wir danken der Landesregierung für ihre erfolgreiche Arbeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Schade, dass Sie jetzt gar nicht mitgeklatscht haben. Aber, Kollege Rivoir, wie sagte schon Einstein:

*Es ist schwieriger, eine vorgefasste Meinung zu zertrümmern als ein Atom.*

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Norbert Zeller SPD: Das wissen Sie am besten!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich dem Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Professor Dr. Frankenberg.

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unser hochschulpolitisches Credo ist gekennzeichnet von den Begriffen Eigenverantwortung der Institution, Eigenverantwortung des Individuums und von Autonomie. Wir haben



(Minister Dr. Peter Frankenberg)

weitgehend ein wettbewerbliches Hochschulsystem errichtet, und unsere Hochschulen beweisen in den Wettbewerben, dass dies offenbar gelungen ist. Denn die Wettbewerbsfähigkeit, die Eigenverantwortung ist die Voraussetzung für Leistung.

Die Rolle des Landes ist deshalb nicht mehr, die Detailsteuerung vorzunehmen, sondern ist, eine Struktur des Hochschulwesens zu schaffen, das den internationalen und nationalen Herausforderungen gerecht wird – als Basis für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes.

Herr Abg. Metzger – er ist jetzt leider nicht da, um das Lob zu hören – hat im Finanzausschuss richtig ausgeführt: Es geht hier nicht mehr um einen kameralistischen Haushalt, und man sollte den Haushalt auch nicht durch die kameralistische Brille betrachten, sondern man sollte ihn danach bewerten, wie er diesen strategischen Zielen der Hochschulpolitik des Landes gerecht wird.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie hat er ihn denn bewertet?)

Zum Sommersemester 2007 werden im Land erstmals Studiengebühren erhoben. Sie sollen der Verbesserung der Qualität der Lehre zugutekommen. Sie werden aber auch die Einstellung der Lehrenden zu den Studierenden und die Einstellung der Studierenden zum Studium verändern. Die Eigenleistungen der Bürgerinnen und Bürger zu Leistungen, die ihnen vom Staat erbracht werden, sind auch ein Teil der notwendigen Eigenverantwortung von jungen Menschen in unserem Land.

Wir wollen mit dem Doppelhaushalt, den wir vorlegen, einen weiteren großen Schritt zur eigenverantwortlichen, zur wettbewerblichen, zur unternehmerischen Hochschule gehen. Mit dem Solidarpakt, der Planungssicherheit für die nächsten acht Jahre schafft – das ist das wichtigste Instrument einer vorausschauenden Hochschulpolitik –, mit dem Ausbauprogramm 2012 für zusätzliche Studienplätze, mit dem Ausbau des Hochschulcontrollings, von Struktur- und Entwicklungsplänen, der Kosten- und Leistungsrechnung gehen wir weiter weg vom kameralistischen System.

Die Hochschulen werden uns und wir werden Ihnen mehr über das Wesentliche berichten können, nämlich nicht über Details von Ausgaben pro Stelle, sondern über die Leistungen der Hochschulen in Forschung und Lehre. Denn Hochschulpolitik hat immer eine qualitätsorientierte Politik zu sein. Dazu gehört übrigens, Herr Rivoir, dass man nicht nur die Professoren und Professorinnen sorgfältig auswählt, sondern – und das ist eigentlich überall in der Welt so – auch die Studierenden. Ich habe mich schon gewundert, dass Sie das Credo mancher Professoren singen, die Auswahl von Studierenden sei eine unnötige Belastung.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das werden immer mehr! – Abg. Martin Rivoir SPD: Das habe ich nicht gesagt! Das ist ein unnötiges Verfahren!)

– Also wenn wir uns einig sind, dass die Verfahren in der Autonomie der Hochschulen stehen – das ist so –, und Sie das nicht als Belastung empfinden, dann erleichtert mich das schon.

(Heiterkeit der Abg. Stefan Mappus und Dr. Klaus Schüle CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Dann kann ich Ihnen Erleichterung verschaffen!)

Der Solidarpakt I war, glaube ich, eine herausragende Voraussetzung für die gute Entwicklung unserer Hochschulen. Er hat uns den Anstoß gegeben, einen neuen Solidarpakt nicht nur mit den Universitäten, sondern mit allen Hochschulen und den Berufsakademien anzustreben. Der Solidarpakt I ist übrigens, Herr Rivoir, von den Universitäten initiiert worden, damals vor allem von einer Universität, nämlich von der Universität Mannheim.

(Abg. Klaus Tappeser CDU: So ein Zufall! – Abg. Martin Rivoir SPD: Ah! Dann wissen wir ja, wo der „böse Bube“ sitzt!)

– Es gibt Dinge im Leben, die zu geschlossenen Kreisläufen führen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helen Heberer SPD: Die Geschichte ist noch nicht abgeschlossen!)

Warum gelten unsere Universitäten insgesamt als die besten in der Bundesrepublik? Sicherlich war der Solidarpakt daran nicht unbeteiligt. Aber ich werde Ihnen, Herr Rivoir, den Solidarpakt I einmal bei einem Kaffee näher erläutern; denn so einfach, dass 1 500 Stellen abgegeben worden sind, war er nicht.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie haben noch mehr abgeben müssen! – Abg. Martin Rivoir SPD: Keine Sorge! Es sind mehr abgegeben worden!)

500 Stellen sind in einen Innovationspool geflossen. Davon wurden die Berufsakademien und die Fachhochschulen ausgebaut. Es sind 500 Stellen in zusätzliche Investitionsmittel für die Hochschulen geflossen.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Es wurden die HSP-II-Stellen eingerechnet, es wurde das Monrepos-Programm etatisiert. Das müssten Sie alles wissen, wenn Sie den Solidarpakt kennen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das weiß ich!)

– Ah ja. Dann hätten Sie aber anders gerechnet.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das können Sie mit unbeschränkter Redezeit alles darstellen! Ich habe nur zehn Minuten Redezeit!)

– Ich merke schon, Sie kommen zwar aus Ulm, aber Sie können nicht so gut rechnen wie Einstein.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Solidarpakt II dient nun allen Hochschulen. Es ist richtig, ihn mit einem wesentlichen Ziel auf alle Hochschulen und die Berufsakademien auszudehnen, und dieses Ziel ist Planungssicherheit. Wissenschaft braucht einen langen Atem, Wissenschaft braucht Verlässlichkeit. Deshalb ist es richtig,

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

am Ausgangspunkt 2007 den Etat der Hochschulen und der Berufsakademien langfristig zu sichern.

Übrigens werden die notwendigen zusätzlichen Mittel für Tarifsteigerungen wie beim Solidarpakt I gegeben. Es ist also kein vollständig plafonierter Etat. Da an den Berufsakademien, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen die Personalkosten 90 % der Gesamtkosten ausmachen, unterliegen eben 90 % des Etats der Hochschulen durchaus einer Steigerung. Aber es gibt eine Absicherung nach unten, und das ist wesentlich. Damit haben wir eine Leistung erbracht, die in vielen anderen Bundesländern zu erbringen versucht wird, die aber in keinem anderen Land – auch was den Solidarpakt I betrifft – überhaupt erreicht werden konnte.

Die Planungssicherheit ist das Wesentliche. Dazu kommen die Mittel für Tarifsteigerungen, dazu kommen die zusätzlichen Mittel, die das Land für den Erfolg der Hochschulen im Exzellenzwettbewerb gibt, nämlich 25 % der Kosten.

Der Finanzminister möge entschuldigen: Nach der letzten Auswahlrunde der zweiten Exzellenzinitiative habe ich mir gedacht: ein guter Tag für den Wissenschaftsminister, ein schlechter Tag für den Finanzminister. Aber ich weiß, wie unser Finanzminister die Wissenschaft fördern will und fördert. Insofern wird er sich mit uns gefreut haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir werden im Solidarpakt einen Innovationsfonds mit einem Volumen von 15 Millionen € aufbauen; denn dieser Solidarpakt darf uns nicht die Flexibilität einer strategischen Steuerung nehmen. Wir werden das zukünftige System der Hochschulfinanzierung weiterentwickeln. Dazu kommen übrigens auch noch die Mittel für das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“.

Das heißt, der Solidarpakt ist keine reine Plafonierung, sondern er räumt den Hochschulen Freiheit von globalen Minderausgaben, Freiheit von Stellenbesetzungssperren und Finanzierungssicherheit ein, und er gibt ihnen auch die notwendigen zusätzlichen Mittel, etwa im Personalbereich.

Die weiteren Schritte im Sinne einer Globalisierung des Haushalts sind die einer betriebswirtschaftlichen Wirtschaftsführung der Hochschulen. Dies muss letztendlich an allen Hochschulen erfolgen. Die nächsten Hochschulen sind Ulm und Stuttgart, die sich in entsprechender Weise umstellen.

Wir werden die Hochschulfinanzierung in den Hochschulen insgesamt auf mehrjährige Hochschulverträge umstellen, die die Basislast abbilden, und wir werden, Frau Bauer, natürlich auch die Mittel für eine leistungsbezogene Mittelzuweisung haben. Wir werden sie aber nicht mehr ausschließlich und auch nicht mehr in erster Linie an Formeln binden, sondern – wir haben ja gemeinsam in Indien die University Grants Commission kennengelernt, und mir ist das aus Großbritannien genauso bekannt – wir werden einen Teil der leistungsbezogenen Mittel ganz schlicht an das Urteil von Peers binden. Das ist immer noch besser und qualitätsorientierter, als es viele einfache Formeln sein können. Wir werden damit eine Grundfinanzierung, über die man nicht diskutieren muss – die muss da sein –, durch eine andere, in Deutschland zunächst einmal

einmalige Art von leistungsbezogener Finanzierung ergänzen.

Betrachten wir den Solidarpakt weiter. Er betrifft auch die Medizin. Wir haben ja in der letzten Legislaturperiode einen eigenen Solidarpakt Medizin geschlossen. Wir haben ausgezeichnete medizinische Fakultäten und Kliniken. Wir wollen mit diesem Solidarpakt in der Medizin die herausragenden Leistungen in Forschung und Lehre unserer medizinischen Fakultäten erhalten.

Wenn wir nun die andere Seite unseres Haushalts betrachten, sehen wir, dass wir auch mit zur Erreichung des Ziels der Nullnettoneuverschuldung des Landes beitragen. Wir tragen mit Einsparungen von etwa 20 Millionen € pro Jahr dazu bei, davon 8 Millionen € bei den Hochschulen. Aber zu der Vorsorge für die junge Generation gehört nicht nur, dass man ihnen Studienplätze anbietet, gehört nicht nur eine exzellente Ausbildung, sondern gehört auch, dass wir ihnen keinen zu großen Schuldenberg hinterlassen. Denn was hätten sie davon, wenn wir für sie zu viel Geld, das wir nicht haben, ausgeben und sie später dann, wenn sie selbst Politik gestalten wollen, keine Gestaltungsmöglichkeiten mehr haben, weil wir ihnen diese durch unser Schuldenmachen genommen haben? Deshalb tragen wir die Politik des Erreichens des Ziels der Nullnettoneuverschuldung auch als Wissenschafts- und Kunstministerium – wenn auch mit einem etwas bescheideneren Beitrag – voll mit, und dieser bescheidenere Beitrag, den Herr Tappeser erwähnt hat, zeigt, welche Wertschätzung die Landesregierung diesen beiden Bereichen entgegenbringt.

Wir werden übrigens die steigenden Energiekosten zum Teil durch die zusätzlichen 6 Millionen €, die wir in diesem Doppelhaushalt zur Verfügung stellen, ausgleichen. Allerdings habe ich nicht ganz verstanden, dass einige Hochschulen in diesem Winter über exorbitante Kälte geklagt haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist gut! – Abg. Martin Rivoir SPD: Das war die Kälte aus dem Ministerium! Die soziale Kälte des Studiums! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das war kein Naturwissenschaftler! Das waren die geisteswissenschaftlichen Fakultäten!)

– Wahrscheinlich habe ich den Nachteil, dass ich selbst einmal Klimaforscher war und irgendwie gedacht habe: Es ist verdammt mild draußen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber ich habe festgestellt: In Ulm war es besonders kalt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mit dem Programm „Hochschule 2012“ kommen wir durch die Bereitstellung von 20 Millionen € bzw. 40 Millionen € im nächsten Doppelhaushalt unserer Verantwortung nach, die zusätzlichen Studienplätze zu schaffen, die wir für die Bewältigung der steigenden Zahl an Hochschulzugangsberechtigten benötigen. Wir haben diese Initiative als erstes Land aufgegriffen. Ich glaube, es war richtig, die Schaffung von Studienplätzen mit derjenigen Seite abzustimmen, die die Absol-

(Minister Dr. Peter Frankenberger)

venten später aufnehmen muss. Es ist fahrlässig, Studienplätze ohne Rücksicht auf die Berufswelt zu schaffen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben auch eine Verantwortung, Studierende nicht für eine spätere Arbeitslosigkeit studieren zu lassen, sondern sie möglichst in einen Beruf hinein studieren zu lassen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es! Keine akademisch gebildeten Taxifahrer!)

Im Übrigen haben wir, Frau Bauer, keine Studienplatzkapazitäten abgesenkt, sondern die Kapazitätsverordnung regelt eine Höchstlast. Auf diese Höchstlast haben Hochschulen mit der Einführung von Numeri clausi und der Reduzierung ihrer Anfängerzahlen reagiert.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Aber das Ergebnis ist doch genau das gleiche!)

Das halte ich auch für richtig. Denn Hochschulen haben nicht nur die Aufgabe, möglichst viele Studierende auszubilden, sondern sie haben die primäre Aufgabe, sie gut auszubilden. Es gibt eine bestimmte Grenze an Studierenden pro Studienplatz, die verkraftbar ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Aber deswegen dürfen immer weniger rein!)

– Frau Bauer, wir haben eine etwas modernere Orientierung, als Sie von der grünen Seite sie haben. Da bin ich mir mit Herrn Metzger völlig einig: Wir betrachten nicht den Input, sondern den Output.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Werner Pfisterer CDU: Sehr gut! – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das macht die SPD nicht! Da kommt nichts raus! – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Uns kommt es darauf an, die Abbrecherzahlen zu senken – auch durch die Umstellung auf Bachelor und Master. Wir wollen gerade auch die Studienbedingungen verbessern und nicht zu viele Studierende auf einem Studienplatz haben. Hier haben wir die günstigste Relation im ganzen Bundesgebiet. Es nützt uns nichts, wenn viele ein Studium beginnen, aber kaum einer das Studium mit einem Examen abschließt. Mir ist es lieber, wenn 10 % weniger beginnen, dann aber 90 % der Studierenden mit einem Examen abschließen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Ich bin überzeugt davon, dass wir die zusätzlichen Studienplätze brauchen. Wir hatten immer Fluktuationen bei den Studienanfängerzahlen. Wie Herr Kollege Tappeser richtig gesagt hat, war es immer so, dass die Anfängerzahlen in konjunkturell guten Zeiten geringer waren, während in konjunkturell schlechten Zeiten die Studierneigung größer war.

Wenn viele Abiturienten in den Beruf gehen, heißt das übrigens nicht, dass sie nicht später noch studieren. Wir haben

zum Teil plötzlich exorbitant hohe Zulassungszahlen gehabt, wenn neben den Hochschulzugangsberechtigten eines Jahrgangs noch viele Studierwillige, die eine Berufsausbildung absolviert haben, zu studieren begonnen haben.

Wir wollen mit diesem Programm nicht nur Studienplätze schaffen, sondern wollen die gerade für unsere Wirtschaft und Gesellschaft notwendigen Absolventen bereitstellen.

Der Hochschulpakt 2020 mit dem Bund wird unser Programm ergänzen. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das wirklich in Vorleistung getreten ist. Mit dem Hochschulpakt wollten wir zweierlei erreichen – das eine haben wir vollständig, das andere teilweise erreicht.

Wir hatten die Initiative ergriffen, dass auf DFG-Drittmittel unbedingt Overheads geleistet werden müssen. Wir haben durchgesetzt, dass im Hochschulpakt auf die DFG-Drittmittel, allein vom Bund getragen, ein 20-prozentiger Overhead gezahlt wird. Denn bislang leisten wir die Finanzierung der Strom- und der Heizkosten sowie der Räume für Forschungsprojekte, die von Dritten finanziert werden, aus unserem Grundetat. Wir brauchen – wie das jetzt auch die EU verlangt – eine Vollkostenrechnung für die wirklich entstehenden Kosten von Forschungsprojekten.

Im Finanzausschuss hatten wir ja die schöne Diskussion, dass man das – wie, glaube ich, Herr Rivoir meinte – der Wirtschaft nicht zumuten könne.

(Abg. Martin Rivoir SPD: So war es nicht!)

Ich meine, wer bei unseren Hochschulen bestellt, muss auch bezahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das gilt auch für die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Man muss sehen, dass der Bund dafür bis 2010 700 Millionen € zur Verfügung stellt und dass das Land Baden-Württemberg etwa einen 25-prozentigen Anteil an den Drittmitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft hat. Daraus kann man errechnen, was unseren Hochschulen – vor allem unseren Universitäten – zusätzlich an Overheadmitteln zur Verfügung stehen wird. Das möge man bei der Gesamtrechnung des Haushalts auch berücksichtigen.

Die zweite Seite ist die Finanzierung zusätzlicher Studienplätze. Wir haben immer gesagt, dass der reale Zuwachs finanziert werden muss. Das ist auch so gekommen. Aber wir mussten einige Länder – die Stadtstaaten und die ostdeutschen Länder – mit Sonderkonditionen bedienen; denn schließlich war Einstimmigkeit verlangt. Aber hier lautete unser Prinzip: Besser 17 Millionen oder 18 Millionen € bekommen, als wegen eines Scheiterns des Paktes gar nichts zu erhalten.

Für den Exzellenzwettbewerb des Bundes und der Länder haben wir für das Jahr 2007 9 Millionen € und für das Jahr 2008 5 Millionen € an zusätzlichen Landesmitteln vorgesehen. Diese Dinge sind im Haushalt also vorhanden. Wir waren in der ersten Runde mit Karlsruhe erfolgreich. In der zweiten Ausschreibungsrunde sind wir nun mit 22 Forschungsprojekten und Vollarträgen dabei. Zurzeit steht es 2 : 1 für den



(Minister Dr. Peter Frankenberg)

FC Bayern, was die dritte Linie betrifft, nämlich zwei Münchener Universitäten gegen Karlsruhe.

(Zuruf: Das ist aber selten!)

Wir haben jetzt mit Freiburg, Heidelberg und Konstanz drei Elfmeter, und von diesen müssen wir möglichst viele im Netz unterbringen. Dazu werden wir alles tun. Daneben gibt es eine Vielzahl erfolgreicher Anträge an Graduiertenschulen und an Forschungscustern, die jetzt zum Endantrag aufgefördert worden sind, weswegen man sagen kann, dass wir bei dieser Vorauswahl als das absolut erfolgreichste Land abgeschnitten haben. Hierfür ein Dank an unsere Hochschulen, aber auch die Bemerkung: Offenbar war die Hochschulpolitik dieser Landesregierung in den letzten Jahrzehnten so falsch nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Minister Dr. Ulrich Goll: Das ist aber schwäbisch bescheiden!)

Wir werden alles tun, um diesen Anträgen zum Erfolg zu verhelfen. Wir sehen aber auch, dass wir den Rektoraten von Universitäten wie Tübingen und Stuttgart, die jetzt eine richtige Selbstanalyse vorgenommen haben, helfen müssen, um im nächsten Wettbewerb auf den für Baden-Württemberg offenbar üblichen Standard einer Spitzenhochschule zu kommen.

Die Exzellenzinitiative muss übrigens fortgeführt werden. Sie kann nicht nur fünf Jahre dauern; denn man kann Exzellenzcluster, die mehr als Sonderforschungsbereiche sind, nicht nur fünf Jahre fördern. Darüber sind wir uns mit dem Bund, mit Frau Ministerin Schavan einig.

Auf der anderen Seite kann man aber nicht wie Herr Minister Zöllner für alles Mögliche Exzellenzinitiativen fordern. Manchmal habe ich den Eindruck, wir in Deutschland kommen mit dem Wort „Exzellenz“ noch nicht richtig zurecht. Wir wollen so viele Exzellenzinitiativen machen, bis schließlich alle exzellent sind,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja!)

damit niemand mehr sagen muss: „Ich bin nicht exzellent.“ Dafür haben wir aber weder das Geld, noch ist das für die internationale Sichtbarkeit unserer Hochschulen der richtige Weg.

Aus all den angesprochenen Reformen haben wir, hat mein Haus die Konsequenzen gezogen. Wir haben nicht mehr die Detailsteuerung, sondern wir haben eine globale und eine strategische Verantwortung. Deshalb haben wir eine strategische Abteilung geschaffen und die gesamten Hochschulangelegenheiten in einer Abteilung vereinigt. Wir werden in Zukunft den Weg der Autonomie der Hochschulen weitergehen. Wir brauchen auch globale Personalbudgets. Wir müssen von Stellenplänen wegkommen. Für die Mobilität der Professoren in Europa brauchen wir eine andere Pensionsabsicherung, als sie das gegenwärtige Beamtentum bietet.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

– Vielen Dank, Herr Bachmann.

(Heiterkeit)

Wir sind noch längst nicht am Ende der notwendigen Reformen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Hochschulsystems zu erhalten. Dies ist vielmehr eine permanente Aufgabe. Bei aller Freiheit bleibt das Hochschulsystem in der Regel eine Res publica, eine öffentliche Angelegenheit, und dennoch unterliegt es dem Prinzip der Libertas, der Freiheit, nicht nur der Freiheit des Einzelnen nach Artikel 5 des Grundgesetzes, sondern auch der Freiheit der Institutionen. Zu dieser Freiheit gehört auch die Freiheit privater Hochschulen. So wie wir die unternehmerische Hochschule wollen, müssen wir auch den Unternehmer Hochschule akzeptieren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann muss er aber auch pleitegehen können!)

Deshalb sind wir auch dafür, dass wir, wenn ein Unternehmen eine Hochschule übernimmt, nämlich Steinbeis das SIMT, dieses mittragen, wenn dadurch ein Vorteil für das gesamte Land entsteht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie viel Geld haben Sie da bisher hinausgeschmissen?)

– Für Hochschulen schmeißt man nie Geld hinaus.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Outputorientiert!)

Denn Hochschulen sind keine Sache des Profits,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Was? Die 10 Millionen wären an staatlichen Hochschulen besser eingesetzt gewesen!)

sondern Hochschulen dienen ausschließlich der Vermehrung des Wissens und der Zahl der wissenden Köpfe.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Es ist gut, dass bei uns im Hause Wissenschaft und Kunst vereinigt sind. Denn ich glaube, die strategisch richtige Hochschulpolitik zu machen ist eine Kunst, und eine gute Kunstpolitik zu machen ist eine Wissenschaft für sich.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da müsst ihr aber vorher auch noch auf die Uni gehen!)

Über die Kunstpolitik wird Herr Kollege Birk weitere Ausführungen machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palm.

**Abg. Christoph Palm** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Beratung des Kunstetats habe ich mir heute Nacht im Schlaf extra eine besonders kunstvolle Stimme zugelegt. Ich bitte, das zu entschuldigen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie Armer! Da haben Sie ja gar nicht geschlafen!)



(Christoph Palm)

– Frau Haußmann, nicht genug, dass ich hier als OB so langsam nur noch den Status der Duldung erreiche,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Mir kommen die Tränen, Herr Palm!)

jetzt müssen Sie sich auch noch über meine körperlichen Gebrechen lustig machen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Nein, das ist Fürsorge von Frau Haußmann! Sie ist Krankenschwester!)

– Ich hole mir nachher das Hustenbonbon ab.

Erlauben Sie mir ferner zu Beginn meiner Ausführungen die Feststellung, dass Politik keine Kunst macht. Man kann möglicherweise kunstvoll Politik machen. Man kann vor allem aber für die Kunst Politik machen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Oder gegen die Kunst!)

Eine Gesellschaft ohne Kunst ist eine Gesellschaft ohne Seele. Wie wollen Sie eine Wertedebatte führen ohne Kunst? Wie wollen Sie über Integration reden ohne Kunst? Wie wollen Sie über Bildung diskutieren ohne Kunst? Ich betone hier aber ausdrücklich auch, dass die Kunst nicht nur Steigbügelhalter oder Vehikel für andere wichtige gesellschaftliche Bereiche ist. Die Kunst hat auch einen Wert sui generis, einen Wert für sich.

Die Kulturarbeit in unserem Land zeichnet sich generell durch einen hohen Anspruch aus. Nochmals: Die Kunst ist nur nachrangig Prestigefaktor. Wir lernen aus der Kunst für Gegenwart und Zukunft. Ein guter Künstler – so möchte ich behaupten – stellt sich den Herausforderungen seiner Zeit. Wohlgemerkt: Er bedient nicht den Zeitgeist, sondern formuliert seine individuellen Erfahrungen mit der Wirklichkeit und reflektiert darüber in Zeichen und Bildern. Die Künstler machen uns quasi ein Angebot zum Dialog über die Kunst und uns selbst.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

An dieser Stelle gilt mein Dank im Namen der CDU-Fraktion allen Kunschtchaffenden im Land. Sie tragen unbedingt zum guten Miteinander und hohen gesellschaftlichen Niveau in Baden-Württemberg bei.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Politik bietet der Kunst also den Rahmen. Wenn ich vom Rahmen für die Kunst spreche, so ist damit heute natürlich in erster Linie der finanzielle Rahmen gemeint. Verlässlichkeit und Stabilität sind wichtige Faktoren, die wir der Kunst auch in Zeiten strikter Haushaltskonsolidierung bieten wollen. Der Solidarpakt für die Kunst gibt mittelfristige Planungssicherheit. Ich werte es als Erfolg, wenn der Kunsthaushalt 2007/2008 im Vergleich zum Haushaltsjahr 2006 Zuwächse in Höhe von rund 2 Millionen € bzw. 4,3 Millionen € erfährt. Einzelne Verschiebungen durch tarifliche Mehrausgaben und als notwendig erachtete Sachausgaben sind gegeben. Dieses Spannungsfeld konnte im weitgehenden Konsens zwischen den beteiligten Partnern gelöst werden.

Die CDU-Fraktion hat, auch weil wir das Verhältnis zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen behutsam verändern wollen, gemeinsam mit der FDP/DVP-Fraktion mehrere Änderungsanträge gestellt, um die Förderung der Klein- und Figurentheater, die Förderung der soziokulturellen Zentren, die Förderung der kulturellen Bildung vor allem jugendlicher im Theaterbereich sowie die Förderung internationaler Kunstprojekte im Rahmen des Möglichen zu verbessern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Koalitionsvertrag steht, dass der Kunst nicht mehr, aber auch nicht weniger Geld als bisher zur Verfügung gestellt werden soll. Ich freue mich, dass diese Vorgabe leicht überschritten wird und sogar die Verwirklichung eines ganz bedeutenden Hochschulprojekts möglich ist. Die Akademie für Darstellende Kunst ergänzt den wichtigen Bereich zwischen der Filmakademie Ludwigsburg und der Kunstakademie Stuttgart und wird eine zukunftssträchtige, nahezu konkurrenzlose Nische in der europäischen Hochschullandschaft erschließen.

Neben dem zuständigen Fachminister, dem Kunststaatssekretär und den rührigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kunstabteilung des MWK danke ich auch denjenigen, die sich im näheren Umfeld des Landtags um die Unterstützung der Kunst verdient gemacht haben und sicher auch weiterhin verdient machen werden. Ich nenne hier insbesondere den Landeskunstbeirat, die Landesstiftung sowie die Kunststiftung Baden-Württemberg. Hier danke ich als Beiratsvorsitzender stellvertretend für alle ehrenamtlich Engagierten dem Kuratoriumsvorsitzenden, dem Kollegen Dr. Nils Schmid, für die von Beginn an reibungslose, zielorientierte Zusammenarbeit im Sinne der jungen Künstlerinnen und Künstler.

Meine Damen und Herren, nicht ohne Stolz und völlig zu Recht halten wir unser Land für etwas Besonderes. Inhalt der Kunst ist das Besondere. Soll Baden-Württemberg besonders bleiben, so brauchen wir weiterhin Kunst auf besonders hohem Niveau.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, ich würde nun gerne Frau Heberer das Wort erteilen. Allerdings reicht ihr die Redezeit, die ihr der Kollege Rivoir übrig gelassen hat, nur noch aus, um zum Mikrofon zu „hechten“.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Ein Grußwort! – Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Aber da Sie sicherlich wichtige Gedanken vorzutragen haben, darf ich Sie bitten, uns das in drei Minuten wissen zu lassen.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Das war nicht schön vom Kollegen, ihr die Zeit wegzunehmen! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er ist rücksichtslos! Ein Macho!)

**Abg. Helen Heberer SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident – herzlichen Dank für diese Kulanz –, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich im Anschluss an meinen Kollegen Martin Rivoir noch ein Thema in den Blickpunkt rücken, das bei der Beratung des Einzelplans 14 angesprochen werden

(Helen Heberer)

muss, nämlich die Kultur. Das wurde von meinem Vorredner auch schon ausgeführt.

Der Kulturpolitik in unserem Land merkt man immer mehr an, dass sie einem vordergründig ökonomisch inspirierten Nützlichkeitsdenken unterworfen ist. Vordergründig deshalb, verehrte Kolleginnen und Kollegen, weil ein Denken, das Kultur nicht angemessen fördert und pflegt, volkswirtschaftlich gesehen das Unökonomischste darstellt, was man sich nur vorstellen kann. Kunst und Kultur sind nicht nur Basis unseres intellektuellen Potenzials, nicht nur Grundlage von Wissensvermittlung, sondern eine immer notwendiger werdende Klammer im Prozess einer immer noch fortschreitenden Individualisierung – eine integrierende Kraft, oft der einzige Weg, die Bildung von Parallelgesellschaften zu verhindern.

Deshalb hatte Lothar Späth seinerzeit recht, als er die Auffassung vertrat, dass die sich entwickelnde Industrie- und Wissensgesellschaft ohne nachhaltige Kulturpolitik durch deren Zentrifugalkräfte gesprengt würde. Kulturhistorisch knüpft die Landesregierung gern an Lothar Späth an. Nur finanzpolitisch wird der Ziehvater völlig ignoriert.

(Heiterkeit des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Er hat damals zusammen mit seinem kulturpolitischen Mentor Hannes Rettich dafür gesorgt, dass die hoffnungsvolle Saat auch den notwendigen Dünger und das notwendige Wasser erhielt. Heute jedoch werden die Kultureinrichtungen in Einsparrunden gezwängt. Die Zuwendung zur Kultur und zu den Künsten beschränkte sich auf einen Auftritt des Ministerpräsidenten im Wahlkampf bei einem Kongress in Karlsruhe, bei dem die Landesregierung die Kunst zur Hauptsache emporhob. Wenn Herr Oettinger auf diesem Kongress erklärt, ein regionales Angebot von hoher Qualität sei der Ausweis eines Kulturstaats, zu dem er sich bekenne, dann ist das – mit Verlaub, Herr Ministerpräsident; auch wenn er nicht hier ist, er möge es hören, wo immer er jetzt weilt –

(Lachen des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Er lebt doch wohl noch!)

wohlfeil gesprochen, aber nicht wirklich nahrhaft für unsere Theater, unsere Bibliotheken, unsere Orchester, unsere Museen und schon gar nicht für die freie Kulturszene, die der Nährboden jeder kulturellen Entwicklung innerhalb unserer Kommunen und unseres Landes ist.

(Beifall bei der SPD)

Das wirkliche Kulturverständnis unseres Landesvaters brach in dem Moment durch, als ihn erste kritische Berichte zum drohenden Schicksal der badischen Kulturgüter verärgerten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Zeit ist um!)

Ich erinnere daran: Nicht das Feuilleton interessierte ihn, sondern der Wirtschaftsteil. Das war, verehrte Kolleginnen und Kollegen, nicht nur vor dem Hintergrund dieser Ausführungen, sondern auch in Bezug auf das nationale und internationale Echo ein beschämender Vorgang für unser ganzes Bundesland.

(Beifall bei der SPD)

Ein solches Kulturverständnis ist unökonomisch.

(Zuruf von der CDU: Die drei Minuten sind um! –  
Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein  
gütiger Präsident!)

Warum ist es unökonomisch? Es nutzt nicht die gestaltende und gemeinschaftsbildende, integrierende Kraft der Kunst und Kultur, und es lässt eines völlig außen vor: die Möglichkeit, Voraussetzungen für einen Bereich der Bildung zu schaffen, der das im Menschen freisetzt, was Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft voranbringt, nämlich Kreativität.

Der Haushaltsentwurf zeigt im Kulturbereich folgendes Bild: Hier ein wenig mehr, dort ein bisschen weniger. Was er vermissen lässt, ist ein Konzept, bei dem ein eigenes und konsequentes kulturpolitisches Profil erkennbar wird. Das Thema Schwerpunktsetzung hat der Kollege Tappeser ja bereits in einem anderen Bereich angemahnt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Kollege Palm!)

– Nein, es war Herr Tappeser, der über die Bildung gesprochen hat. Ich bin da völlig im Bilde.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie müssen sich ein  
bisschen kürzer fassen! Sie müssen nicht alles vor-  
tragen!)

Vielleicht gibt es ja eine Chance, über alle Fraktionsgrenzen hinweg in einem kreativen Prozess eine gemeinsame Leitschnur für eine thematische Koalition zu bilden. In diesem Fall wäre das eine übergreifende Koalition für eine zeitgemäße Kulturpolitik. Ich würde mich freuen, wenn sich ein solches Projekt in dieser Legislaturperiode anbahnen ließe, und lade dazu ganz herzlich ein.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und sage auch dem Präsidenten noch einmal herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der kriegt auch ei-  
nen Zuschlag!)

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Fangen wir einmal mit dem Positiven an: Der Haushalt ist nahezu unverändert. In Zeiten, in denen stark gekürzt wird, hätte das ja auch anders sein können. Sie haben, Herr Kollege Palm, zu Recht darauf hingewiesen.

Außerdem möchte ich positiv vermerken, dass Sie ähnliche Anträge gestellt haben wie wir, nämlich im Hinblick auf die Förderung der Theater- und der Kulturpädagogik. Auch die Jugendkunstschulen sind letztendlich von Kürzungen verschont geblieben. Das ist ebenfalls ein positiver Aspekt.

Die Kulturpädagogik – da sind wir uns hoffentlich einig – wird zukünftig immer wichtiger werden. Aber dazu will ich anmerken: Es reicht nicht, lediglich die entsprechenden Gelder zu geben, sondern wir müssen die Kulturpädagogik auch entsprechend ausgestalten. Um in diesem Bereich erfolgreich zu sein, brauchen wir eine Vernetzung aller Ebenen. Kultusministerium und Kunstministerium müssen stärker miteinander

(Jürgen Walter)

der vernetzt werden. Dasselbe gilt für die Beteiligten auf kommunaler Ebene und für die kulturellen Einrichtungen, die sich an dieser Pädagogik beteiligen wollen. Alle diese Institutionen müssen besser zusammenarbeiten als in der Vergangenheit; hier müssen wir mehr vernetzen.

Meine Damen und Herren, es besteht auch kein Zweifel daran – Herr Palm hat schon darauf hingewiesen –, dass wir in diesem Land sehr viele herausragende und bundesweit beachtete kulturelle Einrichtungen haben. Hätten wir von diesem Plenarsaal aus einen freien Blick, müssten wir nur Richtung Opernhaus schauen und könnten eine Einrichtung sehen, um die uns die ganze Republik beneidet.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Oder auch in die entgegengesetzte Richtung!)

– Auch in diese Richtung.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Meinen Sie die Königstraße? – Abg. Martin Rivoir SPD: Der einzige Tiefpunkt ist hier im Zentrum!)

Das wäre noch ein weiterer Teil der Parlamentsreform. Und wenn man von hier aus einen besseren Blick auf die Kultur hätte, würde man vielleicht auch eine bessere Kulturpolitik machen.

Aber, meine Damen und Herren, das reicht für die Zukunft einfach nicht aus. Auch die warmen Worte von Herrn Palm werden in Zukunft nicht ausreichen, um die kulturelle Szene und die kulturelle Landschaft, die wir haben, noch stärker zu fördern als in der Vergangenheit. Wir haben seit Jahren eine Closed-Shop-Mentalität. Das heißt, diejenigen, die Förderung bekommen, bekommen diese Förderung auch in Zukunft. Das ist schon einmal gut, denn die meisten bekommen diese Förderung zu Recht. Aber all diejenigen, die mit etwas Neuem, etwas Innovativem kommen, bleiben auf der Strecke. Gerade im Kulturbereich ist dies aber kontraproduktiv. Kultur lebt von Innovation, Kultur lebt von Neuem. Es reicht nicht, wie Herr Minister Frankenberg es getan hat, zu sagen: „Kunst hat für die Landesregierung nichts mit Subvention zu tun, in Kunst wird investiert.“ Da hat er zwar völlig recht, aber davon können sich all diejenigen, die etwas Neues machen wollen, nichts kaufen.

Schauen Sie sich den Hickhack um das World New Music Festival an. Nach meinen Informationen fehlen immer noch 50 000 € zur endgültigen Finanzierung. Das ist eine Blamage für dieses Land.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Auch der Hickhack um das Forum Neues Musiktheater hätte Ihnen die Augen öffnen sollen. Es kann doch nicht sein, dass wir zukünftig SWR 2 oder Deutschlandradio Kultur hören müssen, um über wirkliche Innovationen im Kulturbereich informiert zu werden – und zwar aus anderen Bundesländern!

Um aus diesem Dilemma – und jeder, der sich mit der Kulturpolitik und der Kulturlandschaft beschäftigt, erkennt doch dieses Dilemma im Land – herauszukommen, haben wir einen konstruktiven Vorschlag gemacht, nämlich den, einen eigenen Kulturfonds in der Landesstiftung zu bilden. Dann erwarte ich, dass man, wenn man einen solchen Vorschlag auf

den Tisch bekommt, nicht nur zwölf Zeilen Blabla als Antwort schreibt und dass man nicht nur sagt: „Das müssen die Gremien in der Stiftung entscheiden“, wo man doch selbst schon eine Stiftung Kinderland gegründet hat, die nicht in den Gremien der Landesstiftung, sondern in der Politik geboren wurde. Wir können doch nicht so tun, als hätte die Landesstiftung mit uns nichts zu tun. Landtag und Regierung müssen doch so selbstbewusst sein, dass sie sagen: Bei dem, was in der Landesstiftung passiert, wollen wir ein Wörtchen mitreden.

(Beifall bei den Grünen)

Der Herr Minister sitzt im Aufsichtsrat der Landesstiftung, und Herr Birk entscheidet mit über die Kulturprojekte. Trotzdem haben wir massive Kürzungen. Es ist wohl die klare Absicht der Landesstiftung, den Kulturbereich immer weiter zurückzufahren.

Jetzt hätten wir die Möglichkeit, den Kulturfonds zunächst einmal für zehn Jahre mit jährlich 10 Millionen € auszustatten. Herr Palm, Sie haben die Verlässlichkeit angesprochen. Aber genau diese Verlässlichkeit fehlt doch. Es war nicht Verlässlichkeit, sondern Beliebigkeit, mit der die Landesstiftung in den letzten Jahren Projekte gefördert hat. Davon müssen wir wegkommen.

Deshalb, meine Damen und Herren, erwarte ich von Ihnen – es ist ja oft so, dass ein Vorschlag der Opposition erst einmal abgebügelt wird –,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein!)

dass Sie – wir werden an dieser Stelle und auch im Ausschuss noch darüber diskutieren – eine konstruktivere Haltung dazu einnehmen, wie wir das Innovative zukünftig besser fördern wollen.

Wir sind uns doch einig, dass Sie nicht zum Finanzminister gehen können – Lothar Späth, der große Schuldenmacher, ist ja nicht mehr da –

(Abg. Ernst Behringer CDU: Schon lange nicht mehr!)

und sagen können: „Gib mir mal 10 Millionen € im Jahr.“ Das wird nicht funktionieren. Deswegen wird es nur Geld geben, wenn Sie, Herr Birk, als der zuständige Staatssekretär, der Sie das Erbe eines Hannes Rettich und eines Michael Sieber verwalten, dafür kämpfen und nicht nur sagen: „Das müssen die Gremien entscheiden.“ Sie sind dort vertreten, also kämpfen Sie für mehr Geld für mehr Innovatives. Das ist Ihre Aufgabe; das erwarte ich von Ihnen. Staatssekretär im Kunstbereich ist kein Minijob, sondern da muss man wirklich kämpfen.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, der Herr Präsident war so freundlich, mir etwas mehr Redezeit zuzugestehen, als die Kollegin Bauer übrig gelassen hat. Ich muss trotzdem zum Ende kommen.

Schauen Sie in andere Bundesländer, z. B. nach Nordrhein-Westfalen oder nach Berlin.



(Jürgen Walter)

(Lachen bei der CDU – Zurufe von der CDU, u. a.  
Abg. Ernst Behringer: Besonders Berlin!)

– Dass ihr keine Ahnung habt, was dort kulturell läuft, weiß ich.

(Beifall des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE –  
Heiterkeit bei den Grünen)

Schauen Sie sich die dortigen Stiftungen oder die Bundeskulturstiftung an. Dort werden innovative Projekte gefördert. Dort wird in Bildung für Kinder investiert. Aber – das ist noch ein Unterschied zu uns – dort haben Kulturschaffende auch einen Einfluss. Bei uns entscheiden vier Politiker darüber – ich will die Namen jetzt nicht nennen –, was die Stiftung an Geldern letztendlich zur Verfügung stellt.

Deswegen, meine Damen und Herren: Wenn wir uns über die Fraktionsgrenzen hinweg über die Bedeutung der Kultur einig sind, dann müssen wir uns auch einig sein, dass wir nach neuen Mitteln suchen müssen, um die Kulturszene weiterhin lebendig zu gestalten. Wir haben Ihnen einen konstruktiven Vorschlag gemacht. Ich hoffe, Sie gehen im Ausschuss damit anders um als bei der Beantwortung meines Antrags.

Danke.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind uns alle einig: Kunst und Kultur bedeuten nicht nur Lebensqualität und Wertefragen, sondern stellen auch einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Für uns gehören Kunst und Kultur genauso zur Infrastruktur wie Straßen, Bahnlinien und Schifffahrtswege.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Aufgabe des Landtags besteht darin, dafür zu sorgen, dass wir es schaffen, Leuchttürme und Lichtermeer gleichermaßen strahlen zu lassen, weil sich ohne das Lichtermeer keine Leuchttürme entwickeln können und umgekehrt.

Mir ist klar: Kunst und Geld, das ist wie Feuer und Wasser. Eigentlich lässt sich Kunst mit Geld nicht bewerten. Sie braucht aber Geld, um entstehen zu können, und sie soll nicht unbedingt am Geldmangel scheitern. Trotzdem muss ich schon auch an alle, die da tätig sind, meine Erwartung äußern, dass man in Bezug auf Organisation und bestmöglichen Einsatz der Finanzmittel auch Effizienzkriterien gelten lässt. Frau Kollegin Heberer, Sie haben jetzt so getan, als ob Sie gar nicht bemerkt hätten, dass wir – anders als in vielen anderen Haushaltsbereichen – im Kunstbereich massiv zugelegt haben.

(Abg. Helen Heberer SPD: Aber keine Schwerpunkte gesetzt!)

– Nein, Sie haben das zunächst einmal richtig heruntergemacht. – Es ist mir wirklich wichtig, deutlich zu machen: Wir haben hier im Vergleich zu allen anderen Bereichen außerordentlich zugelegt, und zwar sehr bewusst.

Ich sage Ihnen ein Zweites – das ist Ihnen vielleicht ein Trost –: Schon in den letzten Legislaturperioden hatten wir gerade im Bereich von Kunst und Kultur eine gute, fraktionsübergreifende Zusammenarbeit.

(Abg. Helen Heberer SPD: Schön!)

Ein erstes Gespräch – da konnten Sie leider nicht dabei sein – hat ja auch schon stattgefunden. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir das auch diesmal wieder schaffen.

Eines ist klar: Kunst ist immer personalintensiv. Dessen waren wir uns schon in der Haushaltsstrukturkommission bewusst. Deshalb haben wir, bevor es überhaupt darum ging, Änderungsanträge einzureichen, schon im Urhaushalt z. B. den kommunalen Theatern einen Aufschlag gegeben, um Personalkostenentwicklungen auffangen zu können. Dabei bin ich mir durchaus bewusst, dass die Gegenfinanzierung insbesondere für das Staatstheater Stuttgart eine ganz schwierige Aufgabe dargestellt hat. Dort gab es bisher eine Spitzabrechnung der Tarifentwicklung, und nun hat man ausgerechnet hier eine Kürzung bekommen, als schon ein Tarif mit einer im Vergleich zu früher riesigen Erhöhung ausgehandelt war. Ich würdige die Anstrengungen, und ich denke, wenn wir da eine Unterstützung geben können, sollten wir dies auch tun.

Wir haben gleichermaßen auch Verbesserungen für die freien Theater, für die Kleintheater, für Kulturinitiativen und die Soziokultur – auch dies war uns sehr wichtig – sowie zur Vertiefung der internationalen Beziehungen vor allem zu Osteuropa erreicht.

Auch die FDP/DVP-Fraktion ist der Meinung, dass wir zügig eine Novellierung der Kunstkonzeption Baden-Württembergs brauchen. Ich möchte dazu allerdings abwarten, was uns nun der noch gar nicht so lange bestehende Kunstbeirat mit auf den Weg gibt. Ich erwarte mir von da durchaus Wegweisungen.

Eine Schlussbemerkung noch zum Stil und in diesem Fall auch zur Landesstiftung: Wir haben mit Freude vernommen, dass der Literatursommer 2008 nun zum Thema „Dialog der Kulturen“ stattfinden wird. Wir haben uns aber auch ein wenig darüber gewundert. Denn wir hatten schon für 2006 einen entsprechenden Antrag gestellt und hatten das Thema sogar mit einem Motto versehen: „Was kann uns die Königin von Saba heute noch sagen?“

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Das würde mich auch einmal interessieren!)

Sie taucht auch heute noch sehr, sehr interkulturell immer wieder auf. Allerdings wurde uns damals bescheinigt, dass das ein nicht besonders hohes innovatives Potenzial habe. Wir freuen uns, dass die Landesstiftung lernfähig ist.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: „Stiftung Moser“! Moser ist lernfähig!)

Wir gehen aber davon aus, dass sie diesmal – so, wie bei Projekten der Landesstiftung immer verlangt wird, dass man auf die Förderung durch die Landesstiftung verweist – selbst darauf aufmerksam macht, dass dieses Thema auf Vorschlag des runden Tisches der Kunst, initiiert von der FDP/DVP, dargestellt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)



(Heiderose Berroth)

Mein Dank gilt zum Schluss allen, die sich für Kunst und Kultur im Lande einsetzen, gerade auch im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Der Staatssekretär muss jetzt nichts mehr sagen!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Birk.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Frau Berroth hat aber schon alles gesagt, Herr Staatssekretär! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rück CDU)

**Staatssekretär Dr. Dietrich Birk:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kunsthauhalt, über den wir heute sprechen, ist in seinem Wesen geprägt von Solidität und von der Zuverlässigkeit, die die Landesregierung hier einmal mehr zum Ausdruck bringt. Kurzum: Wir haben Wort gehalten. Das Landesbudget für Kunst und Kultur in Baden-Württemberg konnte gegenüber dem Jahr 2006 nicht nur gehalten werden, sondern es konnte sogar erhöht werden. Ich vermute einmal, die Reden der Opposition waren

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Gut!)

vor dieser Erhöhung schon anders vorbereitet. Sie haben in einer breiten Front mit einer Kürzung gerechnet.

(Zuruf der Abg. Helen Heberer SPD)

Deshalb ist es umso besser und zeigt auch den Stellenwert, den Kunst und Kultur für die Landesregierung haben,

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Herr Kollege Walter, wenn wir nicht nur davon reden, wie wichtig uns das ist, sondern wenn wir auch solide, planbare und damit zuverlässige Zahlen in den Haushalt einstellen und zeigen, welche Perspektiven Kunst und Kultur in Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Hört, hört!)

Wir wollen den Kunst- und Kulturschaffenden ein verlässlicher Partner sein. Wir wollen ihnen sagen, dass wir die Bedeutung ihrer Arbeit kennen und schätzen. Meine Damen und Herren – Kollege Palm und andere haben es angesprochen –, Kunst ist nicht brotlos und darf nicht brotlos sein. Ihre Förderung ist insofern keine Subvention und auch kein Luxus, sondern sie ist existenziell für das menschliche Zusammenleben. Kunst schafft Bewegung, sie gibt Freiräume, und sie verbindet Menschen. Lyonel Feininger hat einmal richtig gesagt: „Kunst ist nicht Luxus, sondern Notwendigkeit.“

Ich sage dies insbesondere auch in einem Bundesland wie Baden-Württemberg, das wirtschaftlich sehr erfolgreich ist: Die Rohstoffe unserer modernen Wissensgesellschaft heißen Kreativität, Aufgeschlossenheit, Innovationsbereitschaft und Toleranz – all die Faktoren, die letztendlich der Nährboden für Kunst und Kultur im Lande sind. Ich denke deshalb, dass beides, sowohl wirtschaftliche Stärke als auch kulturelle und

künstlerische Vielfalt, ein Markenzeichen Baden-Württembergs ist.

Meine Damen und Herren, mit der Einsetzung des Landeskunstbeirats hat die Landesregierung eine weitere Zusage von Ministerpräsident Oettinger auf dem Kunstkongress eingehalten. Uns liegt sehr viel am ständigen Dialog mit Experten aus allen Branchen und Sparten, die uns Impulse für unsere Politik geben. Zu den Aufgaben des Landeskunstbeirats gehören die Bewertung der bestehenden Kunst- und Kulturförderung, konzentriert auf den professionellen Bereich aller Sparten einschließlich der Soziokultur, die Beratung der Landesregierung bei der Gestaltung der Kunst- und Kulturförderung – bei einer Fortschreibung des Etats auf gleicher Höhe – und die Unterstützung beim Finden von Spielräumen und neuen Förderungen.

Deshalb, Herr Kollege Walter, würde ich einfach darum bitten, jetzt die Vorschläge des Landeskunstbeirats abzuwarten und auf dieser Grundlage dann natürlich auch über Fragen der neuen Spielräume für die Kunst- und Kulturförderung in Baden-Württemberg zu diskutieren.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das machen wir!)

Ich rate hier zu mehr Gelassenheit, weil die Vorschläge, die der Landeskunstbeirat unterbreitet, sicherlich auch eine hervorragende Grundlage für die weitere parlamentarische Beratung sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Bis wann ist mit den Vorschlägen zu rechnen?)

Wir sprechen mit dem Landeskunstbeirat genau über den Punkt, den Sie angesprochen haben, nämlich die künftige Entwicklung unserer Kunstpolitik. Letztendlich geht es um die Fragen: Wie sehen Kunst und Kultur in den nächsten Jahrzehnten aus, auf welche neuen Herausforderungen müssen wir uns einstellen, und welche Möglichkeiten gibt es, die neuen Modelle und auch die neuen Entwicklungen im Bereich der Kunst und Kultur so aufzunehmen, dass wir sie trotz begrenzter finanzieller Ressourcen hier in Baden-Württemberg fördern können?

Meine Damen und Herren, Stabilität ist nicht gleich Stillstand, und ein stabiler Kunsthauhalt ist keineswegs die bloße Fortschreibung des Vorhandenen. Was wir erreichen wollten und erreicht haben, ist ein verlässlicher Rahmen, der zugleich Kontinuität sichert und neue Akzente ermöglicht. Kunst braucht Freiräume, aber auch Entwicklungsperspektiven.

Ich möchte einige Vorhaben ansprechen, die bereits laufen und die in diesem Jahr oder in den nächsten beiden Jahren realisiert werden.

Da ist zum einen das Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim. Wir geben gemeinsam mit der Stadt eine rückzahlbare Liquiditätshilfe, um dieses Museum nach modernen Maßstäben zu erneuern und damit wieder zu einem Blickpunkt im Bereich Technik für alle Generationen zu machen. Ich glaube, dies ist eine gute Investition und steht einem Technikstandort wie Baden-Württemberg sehr gut an.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

*(Staatssekretär Dr. Dietrich Birk)*

Mit der Sanierung der Räume des Schiller-Nationalmuseums wird das Deutsche Literaturarchiv in Marbach seine literarischen Schätze noch besser und zeitgemäßer präsentieren können. Auch hier haben wir eine Einrichtung mit einem bundesweiten Alleinstellungsmerkmal, die entsprechend gefördert werden soll.

Im Frühjahr 2008 werden die Ausstellungsräume in der Alten Staatsgalerie endgültig saniert sein und wieder eröffnet werden, wo wir neue, auch zeitgenössische Kunst präsentieren wollen. Darüber hinaus wollen wir natürlich auch die hohen Besucherzahlen der Staatsgalerie, sowohl im Dauerausstellungsbereich als auch bei den Wechselausstellungen, stabil halten und sogar noch ausbauen.

Ich nenne weiter den Spatenstich für den Erweiterungsbau des Generallandesarchivs in Karlsruhe – eine überfällige Investition, die für unsere Archivverwaltung wichtig ist, um zeitgemäß arbeiten zu können. Denn nur wenn wir unsere geschichtlichen Bestände sammeln und systematisch und chronologisch anlegen, schaffen wir einen Mehrwert für nachkommende Generationen.

*(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)*

Meine Damen und Herren, wir investieren aber nicht nur in Räume, sondern auch in neue Ideen und Köpfe. Mit Sean Rainbird in der Staatsgalerie Stuttgart, mit Albrecht Puhlmann in der Staatsoper in Stuttgart und mit Karola Grässlin in der Kunsthalle Baden-Baden haben wir renommierte Persönlichkeiten, die hier im Land Aufbruchstimmung verbreiten, neu für Landeseinrichtungen gewinnen können. Sie gehen mit hohem Engagement und viel Motivation daran, die Konzeption unserer Museen weiterzuentwickeln. Ich glaube, dies ist für den Kulturstandort Baden-Württemberg sehr gut. Es zeigt auch, welche hohe Attraktivität in diesem Standort liegt, wenn wir international bedeutende Leute für diesen Kulturstandort gewinnen konnten.

*(Beifall bei der CDU)*

Kunst und Kultur, meine Damen und Herren, agieren unter nicht einfachen Rahmenbedingungen. Auch bei stabilen öffentlichen Ausgaben üben steigende Kosten Druck auf die Budgets aus. Umso wichtiger ist es, dass wir dieses und das kommende Jahr nutzen, um neue Organisationsformen für unsere Einrichtungen zu schaffen, die mehr Flexibilität in der Wirtschaftsführung ermöglichen. Die Form des Landesbetriebs ist dafür sicherlich richtig. Sowohl beim Staatstheater Stuttgart als auch beim Badischen Landesmuseum wird dies erfolgreich praktiziert. Wir wollen die Staatsgalerie Stuttgart, das Württembergische Landesmuseum und die Kunsthalle Baden-Baden zum 1. Januar 2008 in Landesbetriebe umwandeln, damit genau diese Einrichtungen, die ohnehin schon sehr erfolgreich sind, mehr Eigenständigkeit, mehr Wirtschaftlichkeit und damit auch mehr Freiräume gewinnen, so wie es Minister Frankenberg für die Universitäten und Hochschulen gesagt hat. Wir brauchen mehr Freiräume, wir brauchen Globalhaushalte, wir brauchen mehr Verantwortung

*(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sehr richtig!)*

im Hinblick auf die Aufgaben und die Umsetzung der Haushalte vor Ort. Das wollen wir gemeinsam mit ihnen umsetzen.

Lassen Sie mich eine weitere Einrichtung erwähnen, die dieser Tage in Gründung ist, die Akademie für Darstellende Kunst. Sie ist bundesweit einmalig und hat europaweite Ausstrahlung. Ich glaube, auch hier, Herr Kollege Walter, liegen wir genau richtig, indem wir sagen,

*(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)*

wir möchten den Schauspieler der Zukunft in Baden-Württemberg ausbilden, der eine Kombinationsausbildung in den Bereichen Bühne, Film und Fernsehen hat. Ich denke, das ist zeitgemäß und damit auch ein großartiges Konzept mit Perspektive. Es ist erfreulich, dass wir unter dem Dach der Akademie die Filmakademie Ludwigsburg, die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Stuttgart und die Kunstakademie Stuttgart gewinnen konnten, um gerade hoch qualifizierte Kultur- und Medienschaffende in Baden-Württemberg entsprechend ausbilden zu können. Damit leisten wir auch einen ganz wichtigen Beitrag für die junge Generation, nämlich die Heranbildung junger Talente für Kunst- und Kulturberufe in Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, die Jugend steht aber auch anderweitig im Mittelpunkt einer Initiative der Regierungsfractionen. Ich danke dafür sehr der CDU und der FDP/DVP. Wir können mit den zusätzlichen Mitteln, die jetzt über die Fraktionen bewilligt werden sollen, Modellprojekte der kulturellen Bildung im Theaterbereich fördern. Ich bin davon überzeugt, dass es richtig ist, die Jugend für Kunst und Kultur zu gewinnen. Deshalb wollen wir z. B. die Zusammenarbeit zwischen Schulen und professionellen Theatern durch gemeinsame Inszenierungen und besondere Workshopangebote ausbauen. Für die Kultureinrichtungen des Landes ergeben sich aus dieser Kooperation mit Kindern und Jugendlichen sowie Schulen vielfältige Chancen, sich zu engagieren und zu präsentieren. Wir begrüßen deshalb auch nachhaltig die Einbindung dieser Einrichtungen z. B. in das Jugendbegleiterprogramm des Landes Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir müssen auch in Zukunft gerade im Bereich der Kinder- und Jugendtheater einen Schwerpunkt setzen. Ich hatte unlängst ein Gespräch mit der Arbeitsgemeinschaft der Kinder- und Jugendtheater, und dort wurde die Befürchtung geäußert, dass sich die Kommunaltheater zunehmend aus dieser Arbeit zurückziehen. Dagegen müssen wir hier ein Zeichen setzen; denn wir brauchen mehr denn je die Kinder und Jugendlichen als die Besucher von heute und morgen in unseren Kultureinrichtungen, in unseren Theatern. Wenn man sieht, wie schön man Kreativität und Spielfreude von jungen Menschen mit dem Jugend- und Kindertheater fördern kann – auch in Zusammenarbeit mit Arbeitsgemeinschaften an den Schulen –, dann weiß man, dass dies eine hervorragende Investition in die Zukunft ist. Ich bin dankbar, dass die Regierungsfractionen die erforderlichen Mittel eingebracht haben, und würde mich freuen, wenn wir diesem über alle Fraktionsgrenzen hinweg zustimmen könnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch auf dem Gebiet der dezentralen Kunst- und Kulturförderung haben wir in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 mehr Geld zur Verfügung als 2006. 45 privat getragene Klein- und Figurentheater, 50 soziokulturelle Zentren – das zeigt, dass das Land im Bereich der Kunst- und Kulturförderung nicht nur zentral, sondern

(Staatssekretär Dr. Dietrich Birk)

auch dezentral vorgeht. Uns ist wichtig, dass Kunst und Kultur sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum und in allen Regionen des Landes stattfinden können, damit man überall daran teilhaben kann. Deshalb bin ich froh, dass wir dieses dichte Netz an Kunst- und Kultureinrichtungen halten können.

Lieber Kollege Walter, auch in folgendem Punkt sind Sie mir viel zu pessimistisch. Wenn man unser Bundesland mit anderen Bundesländern vergleicht, dann muss man sagen: Wir haben hier wirklich eine der höchsten Dichten an Theatern, an Museen, an Bühnen, an Chören und Orchestern, an vielfältigen Aktivitäten im Bereich der bildenden, der darstellenden Kunst, und deshalb müssen wir uns auch überhaupt nicht verstecken. Ihre Kassandrarufer sind völlig deplatziert. Sie entsprechen nicht der Realität des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aber die Cassandra hat ja recht gehabt! Keiner hat sie hören wollen, aber sie hat recht gehabt! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich sage das auch deshalb, weil wir dieses Jahr – die Frau Kollegin Heberer und die Frau Kollegin Berroth haben es ja angesprochen – die Zuschüsse für die Kommunaltheater erhöhen. 2004 gab es eine schmerzhaft Kürzungsrunde, aber in diesem Jahr wollen wir wieder unseren Beitrag dazu erbringen, dass auch die Kommunaltheater ihre Arbeit mit einer besseren finanziellen Grundlage fortsetzen können.

(Zuruf von der SPD: Auf Kosten der Staatstheater!)

Ich denke, mit dieser maßvollen Anhebung kommen wir den Kommunen entgegen. Zu Recht erwarten wir jetzt natürlich auch von den Kommunen, dass sie ihre Anteile für Kunst und Kultur im Bereich der Kommunaltheater entsprechend erhöhen.

Ergänzend zu den Haushaltsmitteln werden Mittel der Landesstiftung bereitgestellt. In den letzten Jahren wurden Kunst- und Kulturprojekte aus Mitteln der Landesstiftung in einer Größenordnung von über 40 Millionen € bewilligt, in erster Linie übrigens Projekte – das werden Ihnen auch die Damen und Herren der SPD bestätigen können; beispielsweise ist Kollege Rust im Kulturunterausschuss der Landesstiftung tätig –, die der jungen Generation zugute kommen sollen, ganz neue Projekte im Bereich der musischen und im Bereich der Theaterausbildung sowie in vielen anderen Bereichen. Ich glaube, auch in diesem Punkt müssen wir uns nicht verstecken.

Ich bin der Landesstiftung auch dankbar dafür, dass sie bereit ist, neben dem Förderzweck der Forschung und der Bildung gerade auch im Bereich von Kunst und Kultur immer wieder mit interessanten Projekten aufzuwarten und diese entsprechend zu unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss kommen. Auch in den Jahren 2007 und 2008 haben wir eine ganze Reihe spannender Projekte im Bereich von Kunst und Kultur, derzeit z. B. eine große Landesausstellung „Vor 12 000 Jahren in Anatolien – Die ältesten Monumente der Menschheit“ in Karlsruhe. Weitere großartige Veranstal-

tungen sind „75 Jahre Ludwigsburger Schlossfestspiele“, „400 Jahre Kommunaltheater in Konstanz“ und „10 Jahre Zentrum für Kunst- und Medientechnologie“.

Darüber hinaus haben wir für 2007 und 2008 all die Spielpläne und Programme unserer Sommerfestivals und der Spielstätten des Landes. Ich kann nicht erkennen, dass wir im Bereich von Kunst und Kultur auf dem Rückzug wären. Nein, wir sind in der Offensive, und wir wollen den Kunst- und Kulturstandort Baden-Württemberg weiterhin lebendig und aktiv halten.

Ich zähle auf die Unterstützung des Parlaments. Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen kunstpölitischen Sprechern für ihre Unterstützung und hoffe, dass wir auch in Zukunft in weiten Bereichen an einem Strang ziehen, damit sich in Baden-Württemberg sowohl die zarten als auch die starken Pflanzen der Kunst und Kultur weiterentwickeln können.

In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön. Ich hoffe auf Ihre breite Zustimmung zum Einzelplan 14 im Bereich der Kunst.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/814.

Ich rufe auf

Kapitel 1401

Ministerium

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1402

Allgemeine Bewilligungen

und dazu zunächst den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/914-2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1402 – Allgemeine Bewilligungen – abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1405

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1406

Internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1407

Allgemeine Aufwendungen für das Bibliothekswesen

Ich bitte um Zustimmung. – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1408

Ausbildungsförderung

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1409

Aufwendungen für die Förderung der Studierenden im Hochschulwesen

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich angenommen.

Mir wurde mitgeteilt, dass ich die

Kapitel 1410, 1412, 1414, 1415 und 1417 bis 1421

gemeinsam aufrufen kann. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich diese Kapitel auf.

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Den Kapiteln ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1423

Allgemeine Aufwendungen für die Universitäten

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/914-4. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Dem Antrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse jetzt über Kapitel 1423 in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1424

Landesbibliothek Karlsruhe

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1425

Landesbibliothek Stuttgart

Ich bitte um Zustimmung. – Einstimmig angenommen.

Mit wurde mitgeteilt, dass über die

Kapitel 1426 bis 1428, 1430, 1432, 1433, 1435, 1440 bis 1447, 1449 bis 1451, 1453 bis 1457, 1459 und 1461 bis 1464

gemeinsam abgestimmt werden kann. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich diese Kapitel auf.

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1465

Allgemeine Aufwendungen für die Fachhochschulen

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 1466

Staatliches Museum für Naturkunde Karlsruhe

Ich bitte um Zustimmung. – Einstimmig angenommen.

Kapitel 1467

Staatliches Museum für Naturkunde Stuttgart

Ich bitte um Zustimmung. – Einstimmig angenommen.

Kapitel 1468

Berufsakademien

Ich bitte um Zustimmung. – Einstimmig angenommen.

Kapitel 1469

Landesarchiv Baden-Württemberg

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 1470

Hochschule für Musik Freiburg

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 1471

Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Mannheim

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich zugestimmt.



Kapitel 1472

Hochschule für Musik Karlsruhe

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich zugestimmt.

(Unruhe)

Kapitel 1473

Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Stuttgart

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? –

(Unruhe)

Mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 1474

Hochschule für Musik Trossingen

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? –

(Unruhe)

Mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 1475

Akademie der Bildenden Künste Karlsruhe

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Dem Kapitel wurde zugestimmt.

(Unruhe)

Kapitel 1476

Akademie der Bildenden Künste Stuttgart

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 1477

Hochschule für Gestaltung Karlsruhe

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 1478

Allgemeine Aufwendungen für Kunst, Literatur sowie die Kunsthochschulen

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1479

Badisches Staatstheater Karlsruhe

Ich bitte um Zustimmung. –

(Unruhe bei der CDU – Abg. Hans-Martin Haller SPD: Herr Präsident, Sie sollten vielleicht einmal die Herrschaften daran erinnern, dass wir nicht auf dem Fasching sind!)

Gegenstimmen? – Dem Kapitel wurde einstimmig zugestimmt.

Kapitel 1480

Württembergische Staatstheater Stuttgart

Ich bitte um Zustimmung. – Das Kapitel ist einstimmig angenommen.

Kapitel 1481

Aufwendungen für nichtstaatliche Bühnen, Festspiele und Orchester

Ich bitte um Zustimmung. – Einstimmig angenommen.

Kapitel 1482

Staatliche Kunsthalle Karlsruhe

Ich bitte um Zustimmung. – Einstimmig angenommen.

Kapitel 1483

Staatsgalerie Stuttgart

Ich bitte um Zustimmung. – Einstimmig angenommen.

Kapitel 1484

Badisches Landesmuseum Karlsruhe

Ich bitte um Zustimmung. – Einstimmig angenommen.

Kapitel 1485

Landesmuseum Württemberg

Ich bitte um Zustimmung. – Einstimmig angenommen.

Kapitel 1486

Archäologisches Landesmuseum Baden-Württemberg

Ich bitte um Zustimmung. – Das Kapitel ist angenommen.

Kapitel 1487

Linden-Museum Stuttgart

Ich bitte um Zustimmung. – Das Kapitel ist angenommen.

Kapitel 1491

Staatliche Kunsthalle Baden-Baden

Ich bitte um Zustimmung. – Einstimmig angenommen.

Kapitel 1492

Haus der Geschichte Baden-Württemberg

Ich bitte um Zustimmung. – Einstimmig angenommen.

(Präsident Peter Straub)

Kapitel 1494

Deutsches Volksliedarchiv Freiburg i. Br.

Ich bitte um Zustimmung. –

(Unruhe)

Einstimmig angenommen.

Kapitel 1495

Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg

Ich bitte um Zustimmung. – Einstimmig angenommen.

Kapitel 1499

Sonstige wissenschaftliche Forschungsinstitute und allgemeine Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Kapitel 1499 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben jetzt noch über die beiden Entschließungsanträge abzustimmen. Ich lasse zunächst über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/914-1, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? –

(Oh-Rufe von der SPD)

Die Gegenstimmen waren die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/914-3, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Der Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/814, abstimmen. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse über Abschnitt III der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/814, abstimmen. Wer Abschnitt III zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Einstimmig zugestimmt.

Ich lasse über Abschnitt IV der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/814, abstimmen. Wer Abschnitt IV zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Abschnitt IV ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratungen des Einzelplans 14.

Ich rufe **Buchstabe c** der Tagesordnung auf:

**Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/804**

**Berichterstatlerin: Abg. Margot Queitsch**

(Große Unruhe)

Das Präsidium hat eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Schebesta das Wort.

(Anhaltende Unruhe)

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn jetzt meine Stimme hier am Mikrofon zu scheppern scheint, dann liegt das nicht wie beim Kollegen Palm an der belegten Stimme, sondern an der Mikrofonanlage. Vielleicht hätte die Beratung zum Einzelplan 01 – Landtag – einen anderen Verlauf genommen, wenn dies nicht der erste Einzelplan gewesen wäre, der am heutigen Tag aufgerufen worden ist, sondern ein späterer und wir unter dem Eindruck der nicht optimal funktionierenden Mikrofonanlage darüber debattiert hätten.

Wir kommen nun zum Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – und damit zu einer weiteren Kernkompetenz der Landespolitik. Das wird am Volumen dieses Einzelplans klar. Mit 7,7 Milliarden € macht dieser Einzelplan knapp ein Viertel des Haushaltsvolumens aus. Es ist der umfangreichste Einzeletat, wenn man von dem Einzelplan der Steuereinnahmen absieht.

Meine Damen und Herren, Kinder erfahren im Land Baden-Württemberg eine gute Bildung. Dies liegt an der guten Arbeit der Lehrkräfte in unseren Schulen, dies liegt am Engagement der Eltern, und dies liegt an der guten Bildungspolitik, die wir hier im Land seit Jahren und Jahrzehnten betreiben. Mit den veranschlagten Haushaltsansätzen setzen wir diese gute Arbeit fort.

Heute wird es bei der finanzpolitischen Diskussion nicht in erster Linie um Inhalte gehen, sondern um die Ressourcen für diese Arbeit. Dazu einige Zahlen vorneweg:

Wir haben im Jahr 1990 knapp 80 000 Lehrerinnen und Lehrer im Land Baden-Württemberg gehabt. Im Jahr 2006 waren es über 90 000 Lehrerinnen und Lehrer. Dies zeigt, in welchem Umfang wir in diesen Bereich investieren.

Die Relation von Schülerinnen und Schülern zu Lehrerinnen und Lehrern hat im Jahr 2000 18,7 betragen. Dieses Verhältnis hat sich gebessert. Im Jahr 2005 hatten wir durchschnittlich 17,5 Schülerinnen und Schüler je Lehrer.

Dies liegt auch daran, dass wir in der letzten Legislaturperiode 5 500 Lehrerstellen geschaffen haben. Diese 5 500 zusätzlichen Stellen stehen auch in dieser Legislaturperiode mit diesem Haushaltsplan in den Jahren 2007 und 2008 in vollem Umfang für bildungspolitische Maßnahmen zur Verfügung. Vonseiten der Grünen wurde im Finanzausschuss gesagt, diese 5 500 Stellen verblieben nicht in vollem Umfang für die Bildungspolitik.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Für die Schulen, habe ich gesagt!)

Dies ist nicht richtig. Die Sperrung von 521 Lehrerstellen wirkt sich auf diese Zahl der 5 500 Lehrerstellen nicht aus. Denn in der letzten Legislaturperiode ist zusätzlich zu den 5 500 neuen Lehrerstellen durch die Deputatserhöhung an

(Volker Schebesta)

Gymnasien und beruflichen Schulen ein Gegenwert von 950 Deputaten in den Schulen zustande gekommen. Diese wurden mit der Deputatserhöhung nicht in Reduzierungen von Stellen umgewandelt, sondern sind im System belassen worden, weil zum selben Zeitpunkt die Schülerzahlenprognose des Jahres 2003 gegenüber der Schülerzahlenprognose des Jahres 2000 einen stärkeren Anstieg der Schülerzahl und ein längeres Verbleiben auf diesem Niveau ergeben hat. Im Jahr 2006 hat die Schülerzahlenprognose diese Entwicklung nicht bestätigt. Deshalb werden jetzt aus dem Ressourcengewinn der Deputatserhöhung 521 Deputate gesperrt – gesperrt und nicht gestrichen, damit man flexibel auf die Entwicklung reagieren kann und bei der nächsten Prognose mit den gesperrten Stellen reagieren könnte.

Auch wir, die Bildungspolitiker der CDU-Landtagsfraktion, wüssten in der Bildungspolitik etwas mit diesen Stellen anzufangen. Auch wir wissen, was man an Maßnahmen damit machen könnte. Wir halten die Entscheidung aber vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung für vertretbar. Inzwischen ist auch in der SPD-Fraktion anerkannt, dass wir um einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung aus dem Bereich der Bildungspolitik nicht herumkommen. Statt der Sperrung schlagen Sie die Absenkung der Eingangsbesoldung vor. Wir in unserer Fraktion treffen Entscheidungen so, dass in solchen wichtigen Fragen eines Themenfeldes Finanzpolitiker mit Fachpolitikern nach Lösungen suchen und man in der Gesamtverantwortung eine Entscheidung trifft.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sehr richtig!)

Bei Ihnen halte ich es für bemerkenswert, dass diese Entscheidung in einer wichtigen bildungspolitischen Frage gegen die ausdrückliche Meinung der Bildungspolitiker Ihrer Fraktion getroffen worden ist.

Ich glaube, Junglehrer haben kein Verständnis für eine solche Absenkung, wenn sie zur Haushaltskonsolidierung beitragen soll. Wenn man sich schon über eine Absenkung des Gehalts der Junglehrer Gedanken macht, dann kann das doch nur dann geschehen, wenn es im Zusammenhang mit Aufstiegsmöglichkeiten, mit Leistungshonorierung im System der Bildungspolitik geschieht, z. B. über Besoldungsstufen. Von uns werden Sie für Ihren Vorschlag zum Zwecke von Haushaltseinsparungen keine Zustimmung erhalten.

Meine Damen und Herren, mit diesen Mitteln, die im Haushalt vorgesehen sind, werden wir auch zusätzliche Lehrerdeputate für Ganztagschulen zur Verfügung stellen. Wir werden das Jugendbegleiterprogramm und das Projekt „Schulreifes Kind“ weiter ausbauen. Es ist das gute Recht der Opposition, zu sagen, man brauche mehr Lehrerinnen und Lehrer für die Unterrichtsversorgung, und dass Sie diese Umgestaltung in bildungspolitische Maßnahmen nicht für richtig halten. Ich möchte aber daran erinnern, dass wir noch vor etwas mehr als einem Jahr in einer Rede des damaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD Drexler hören konnten, dass man ein Drittel des Ressourcengewinns aus der zurückgehenden Schülerzahl für die Haushaltssanierung verwenden wollte. Dies machen wir nicht. Die 5 500 Lehrerstellen der letzten Legislaturperiode stehen in vollem Umfang weiter der Bildungspolitik zur Verfügung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen die Unterrichtsverpflichtung der Referendare erhöhen. Die erhöhte Unterrichtsverpflichtung führt nicht dazu, dass dadurch eingesparte Deputate in der Unterrichtsversorgung fehlen, sondern dass Unterricht jetzt mit einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung von Referendaren gehalten wird. Das ist unsere Reaktion darauf, dass die Zahl der Referendare im Lehramt steigt. 13 andere Bundesländer haben einen Numerus clausus für Referendare. Wir halten diesen Weg nicht für richtig. Denn was es für die Motivation von Lehramtsstudenten bedeutet, wenn sie wissen, am Ende kommt ein Numerus clausus fürs Referendariat, das ist, glaube ich, jedem hier klar.

Dafür sind zusätzlich 60 Millionen € notwendig. Dass zur Finanzierung eines Ziels eine Solidarleistung der Referendare in dieser Form gemacht wird, halten wir für vertretbar und für den richtigen Weg gegenüber einem Numerus clausus. Wir sind auch den Grünen dankbar dafür, dass aus ihren Reihen im Finanzausschuss gesagt wurde, dagegen sei nichts einzuwenden.

Nach diesen Hauptdiskussionspunkten zum Einzelplan des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport will ich auf einige Einzelpunkte noch näher eingehen, die im Verlauf der Diskussion im Finanzausschuss Veränderungen erfahren haben.

Wir haben die Personalstellen im Bereich der schulpсихologischen Beratung verdoppelt. Diese Veränderung ist im Finanzausschuss einstimmig angenommen worden. Wir tragen damit dem in den letzten Jahren deutlich gewordenen höheren Bedarf Rechnung, auch unter dem Eindruck der Amoklaufandrohung im Dezember letzten Jahres.

Auf den Jugendbereich und auf das, was an vielen positiven Veränderungen hierzu im Finanzausschuss zustande gekommen ist, wird die Kollegin Kurtz als jugendpolitische Sprecherin der Fraktion gesondert eingehen. Wir haben unsere Redezeit thematisch aufgeteilt.

Wir stellen für das Landesinstitut für Schulentwicklung mehr Geld zur Verfügung, als im Haushaltsplanentwurf vorgesehen war. Diese Änderung ist im Finanzausschuss ebenfalls angenommen worden. Wir haben im Dezember hier im Landtag die Änderung des Schulgesetzes mit der verpflichtenden Einführung der Evaluation einstimmig beschlossen. In dieser Aufbauphase wollten wir keine Kürzung für das Landesinstitut für Schulentwicklung und haben deshalb die Beträge um 135 000 € bzw. 160 000 € erhöht.

Es wird für Blockschüler nicht, wie im Haushaltsplanentwurf vorgesehen, eine Kürzung geben. Hierfür stehen je 300 000 € mehr zur Verfügung.

Wir machen auch Ernst damit, dass wir mit einer guten Bildung so früh wie möglich beginnen wollen. Dazu gehören Orientierungsplan, Sprachförderung und das Projekt „Schulreifes Kind“. Wir stellen über den Haushaltsplanentwurf hinaus zusätzliche Mittel für vorschulische Sprach- und Lernhilfe, für außerschulische Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfe und für die vorschulische Bildung zur Verfügung. Dies ist, glaube ich, ein deutliches Zeichen dafür, dass wir diesen Bereich ernst nehmen.

Im Bereich der Weiterbildung ist aus unserer Sicht keine weitere Veränderung vertretbar. Sie von der SPD haben bei den

(Volker Schebesta)

Beratungen im Finanzausschuss im Zuge der Behandlung Ihrer Anträge von weiteren Kürzungen im Bereich der Weiterbildung gesprochen. Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle noch einmal klarstellen, dass die Ansätze im Haushaltsplanentwurf 2007/2008 dem Iststand der Ausgaben im Jahr 2006 genau entsprechen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Nach der Haushaltssperre!)

– Dem Ist, habe ich gesagt, Herr Kollege. Sie wissen, dass das eine richtige Aussage war.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Ja, aber nach der Haushaltssperre!)

Es entspricht dem Ist 2006.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie verschleiern die wahren Sachverhalte!)

Es wird also keine weitere Kürzung über die Maßnahme hinaus, die im Juni/Juli letzten Jahres vorgenommen worden ist, geben. Keine weitere Kürzung!

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ist Verschleierung!)

Auch hier können Sie von der Opposition natürlich mehr fordern. Das ist Ihr gutes Recht. Aber an der Diskussion geht das vorbei. Denn die Diskussionen darüber, ob es tatsächlich eine weitere Kürzung gibt, haben wir im Herbst letzten Jahres geführt. Diese Kürzung ist schon im Entwurf der Regierung nicht vollzogen worden, sondern wir haben denselben Betrag wie das Ist 2006 zur Verfügung gestellt. Dafür hat sich der Volkshochschulverband auch ausdrücklich bedankt. Dies ist ein vertretbarer Weg, den wir gegangen sind, und dabei kann es unserer Ansicht nach bleiben.

Auch der Sport verdient Erwähnung. Darauf wird die Kollegin Brunnemer in einem weiteren Redebeitrag eingehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen jetzt einen Vorschlag zum Verfahren besprechen. Wenn wir die laufende Debatte zum Einzelplan 04 einschließlich aller Stellungnahmen der Regierung nun fortsetzen, werden wir erst gegen 14 Uhr oder 14:30 Uhr zum Ende gekommen sein. Wir haben inzwischen nämlich eine Stunde Verspätung.

Allerdings findet in der Mittagspause die Eröffnung einer Ausstellung der Evangelischen Kirche statt. Ich denke nicht, dass wir die Kirche nun verprellen und die Ausstellungseröffnung erst um 14:30 Uhr stattfinden lassen sollten. Daher sind wir jetzt übereingekommen, die Sitzung an dieser Stelle nach der hervorragenden Rede des Kollegen zu unterbrechen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das haben wir mit den Geschäftsführern der Fraktionen gerade so besprochen. Wir setzen die Beratung des Einzelplans 04

nach der Mittagspause fort, und dann kann auch der Herr Minister direkt auf die Redebeiträge antworten. Die Alternative wäre gewesen, erst die Abgeordneten reden zu lassen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nicht so viele Alternativen in den Raum stellen!)

und der Minister hätte nach der Mittagspause das Wort erhalten. Das wäre jedoch wenig sinnvoll gewesen.

Insofern schlage ich Ihnen vor, dass wir jetzt in die Mittagspause eintreten und die Sitzung um 13:45 Uhr wieder aufnehmen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Oh nein, wir brauchen doch keine anderthalb Stunden! – Weitere Zurufe)

– Dann setzen wir die Sitzung nach der Mittagspause um 13:30 Uhr fort. So kann jeder an der Ausstellungseröffnung teilnehmen und trotzdem noch ein Mittagessen einnehmen. Ich bitte darum, pünktlich um 13:30 Uhr wieder hier zu sein.

Vielen Dank.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:14 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:32 Uhr)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Aussprache über den Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – fort.

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abg. Dr. Mentrup das Wort.

**Abg. Dr. Frank Mentrup SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie sehen, Herr Schebesta, ich habe jetzt auch keinen leichten Job. So teilen wir uns heute das Leid.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ist das eine Entschuldigung?)

– Ich habe mich nicht zu entschuldigen. Da müssen Sie mit anderen diskutieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bildungspolitik ist Zukunftspolitik. Daher geht es um die Beantwortung der Frage: Ist dieser Bildungshaushalt zukunftsfähig, und ist dieser Bildungshaushalt ein Zukunftshaushalt?

Aus den Ausführungen des Kollegen Schebesta – und das deckt sich auch mit den Ausführungen der Regierungsfaktionen im Ausschuss und anderswo – haben wir vor allem ein großes Maß an Zufriedenheit verspürt: ein großes Maß Zufriedenheit, das Sie eint, ein großes Maß Zufriedenheit, das aber mit den Erfahrungen vor Ort für mich nicht in Einklang zu bringen ist. Denn Sie müssen sich fragen lassen: Woher nehmen Sie diese Zufriedenheit angesichts von nach wie vor 30 % Kindern mit Sprachförderbedarf beim Übergang vom Kindergarten zur Schule?

Woher nehmen Sie diese Zufriedenheit angesichts eines Unterrichtsausfalls von zum Teil über 10 % über Monate? Frau Dr. Arnold und Frau Brunnemer haben sich kürzlich bei einer



(Dr. Frank Mentrup)

gemeinsamen Veranstaltung davon überzeugen lassen müssen.

Woher nehmen Sie die Zufriedenheit angesichts eines Ganztagschulprogramms, das die meisten Kosten auf die Kommune abwälzt und jetzt schon von der Antragslage her sozusagen übererfüllt ist? Denn es gibt ein internes Papier in der Kommunikation zu den Regierungspräsidien, aus dem hervorgeht: Es muss jetzt sehr streng geprüft werden. Es muss klargemacht werden, dass alle Betreuungskosten zusätzlich von der Kommune zu tragen sind. Man muss auch noch einen Nachweis der Jugendhilfe erbringen, dass es sich wirklich um eine Schule im sozialen Brennpunkt handelt. Außerdem sollte es ein ungebundenes Angebot sein. Das sind nicht die Antworten auf die Frage, wie wir ein Ganztagschulprogramm flächendeckend umsetzen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Nikolaos Sakellariou  
SPD: So ist es!)

Woher nehmen Sie die Zufriedenheit, dass Sie angesichts des angekündigten Amoklaufs selbst erkennen, dass wir Schulsozialarbeit brauchen, und 50 Schulpsychologen an zentraler Stelle einsetzen? Ich habe einmal ausgerechnet: Das ist pro Pädagogin/pro Pädagogen eine zusätzliche Stunde Beratung pro Jahr. Wenn ich das auf die Schüler herunterbreche, sind es sechs Minuten. Ich glaube nicht, dass man damit die sozialpädagogischen Probleme vor Ort an den Schulen lösen kann.

(Beifall bei der SPD)

Woher nehmen Sie schließlich die Zufriedenheit angesichts des peinlichen Befundes, dass wir in der Weiterbildung Schlusslicht im ganzen Bundesgebiet sind und daher in der Diskussion über lebenslanges Lernen nicht mehr glaubhaft sind und uns aus dieser Diskussion völlig verabschiedet haben?

Jetzt sagen Sie: Aber wir haben das doch alles im Haushalt berücksichtigt; wir haben doch eine Reihe von Projekten eingestellt, die genau diese Themen bearbeiten. – Meine Damen und Herren, wir brauchen keine „Generation P“ jetzt auch bei den Schülerinnen und Schülern, wo sich aufteilt, wer zufällig an Projekten teilnehmen kann und wer nicht. Wir haben auch schon in genügend Projekten ausprobiert, wie Ganztagschularbeit funktioniert, wie Unterrichtsausfall begegnet werden kann, wie Sprachförderbedarf aufgeholt werden soll, wie Schulsozialarbeit organisiert werden muss und wie man Weiterbildung macht. Nein, wir brauchen endlich eine flächendeckende Versorgung mit all diesen Angeboten. Nur dann haben wir ein gerechtes, ein konzeptionell überzeugendes und ein nachhaltiges Bildungssystem.

(Beifall bei der SPD)

Denn in zweierlei Hinsicht ist diese Lösung ungerecht: Es gibt die Kinder, die sich dann beim Abitur darüber unterhalten können: „In welchem Projekt warst du denn? In dem mit der Sprachförderung oder in dem zum Übergang vom Kindergarten in die Schule oder in dem Projekt über zusätzlichen Unterricht oder in dem Ganztagschulprogramm?“ Das ist schon per se ungerecht. Ungerecht ist aber auch die Gegenfinanzierung, denn all diese Projekte werden finanziert, indem man

dem aktiven Unterricht – wir haben das einmal zusammengezählt – bis zu 3 000 Lehrerinnen und Lehrer entzieht. Auch das ist ungerecht, denn das ist dann auf die ganze Fläche verteilt. Dann haben wir die Kinder, die an Projekten teilnehmen und einen Vorteil haben, und wir haben alle anderen Kinder, die darunter leiden müssen, dass das zulasten der Unterrichtsversorgung geht und nichts mit einer positiven Weiterentwicklung zu tun hat.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer interessanter Aspekt ist durch eine Kollegin – ich verrate jetzt nicht, ob sie Nichtraucherin oder Raucherin ist – im Finanzausschuss angemerkt worden. Auf unser drängendes Nachfragen hat sie nämlich erklärt, das alles seien doch nur gegriffene Zahlen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn selbst die Regierungsfraktionen sich nicht sicher sind, ob es sich hier um gegriffene Zahlen oder um nicht gegriffene Zahlen handelt, und wenn man zusätzlich noch die globale Minderausgabe berücksichtigt, die nicht wegzukriegen war und dazu führt, dass nicht alles, was auf dem Papier steht, auch umgesetzt werden kann, dann kann das nicht die Grundlage einer Aussage der Regierungsfraktionen sein und auch nicht einer Aussage eines Ministeriums sein, wir hätten es hier mit einem Zukunftshaushalt zu tun.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD:  
Die bringen alles durcheinander!)

Jetzt hätte ich gern Herrn Stratthaus angesprochen, der bei dieser „gegriffenen“ Diskussion natürlich sehr erschrocken geguckt hat. Wir haben uns angesichts des „Sechstagerens“, das er im Ausschuss ja offensichtlich zum letzten Mal absolviert hat, natürlich schon auch gefragt: Warum muss denn er gehen? Es gab doch auch einige andere, die sich in diesen sechs Tagen für diesen Job des „Weggeheimisters“ sicherlich besser qualifiziert hätten. Es ist absolut nicht nach draußen zu vermitteln, dass hier im Rahmen einer Art russischen Kabinett-Rouletts ausgerechnet der Finanzminister die Patronenkammer mit der Kugel gezogen hat.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Dieter Kleinmann  
FDP/DVP: Na ja!)

Auch von seinem designierten Nachfolger haben wir im Ausschuss weder etwas gehört noch etwas gesehen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzlar FDP/DVP: Wer ist das?)

Insofern auch an dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön an den Herrn Finanzminister und die Frage: Warum müssen Sie eigentlich gehen?

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Der genießt die Kulturautonomie! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Nachdem wir jetzt die Regierungsfraktionen durchhaben, schauen wir uns einmal an, was die Opposition zum Thema „Zukunftshaushalt im Bildungsbereich“ präsentiert hat.

(Dr. Frank Mentrup)

(Abg. Volker Schebesta CDU: Sie müssen ganz schön viel Redezeit haben!)

Meine Damen und Herren, da ging dann die Tür des Johann-Jakob-Moser-Saals auf, und herein spazierte Herr Metzger, der grüne „Finanztiger“ unserer Grünen-Fraktion hier.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Nicht zu viel des Lobes! – Zurufe von den Grünen)

Wir alle haben uns gefragt: Wird er jetzt zum Sprung ansetzen? Wird er sich ducken und springen? Wird er uns ein Konzept präsentieren, bei dem wir endlich auch im Land bundespolitische Finanzkompetenz erleben dürfen? Nein, er duckte sich, und dann sank er dahin zu einem leicht patinierten Bettvorleger.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Herr Metzger, da ist auch persönliche Enttäuschung dabei.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Halten Sie gerade eine Trauerrede, oder was?)

Aber mit Ihrem Sondersoli-Bildungszukunftsfonds-Pakt reklamieren Sie ein Instrument aus der finanzpolitischen Motte. Wir können Bildungspolitik in Zukunft nicht wieder mit voller Verschuldung finanzieren wollen. Das sollten wir hier ein für alle Mal abgehakt haben.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

Wenn man das historisch einordnete, würde man sagen: Das ist ein Projekt „Oswald 1“. Ein „Oswald 2“ wird es nicht geben, denn Sie werden für dieses Projekt „Oswald 1“ hier nie eine Mehrheit finden.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Abwarten!)

Damit sind Sie, denke ich, dort verankert, wo Sie hingehören, nämlich in der Opposition – so leid es mir tut, das hier zu sagen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Also ist er mit Ihnen in bester Gesellschaft! – Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU – Heiterkeit – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es tut mir ja leid, aber um aus dem Bildungshaushalt noch einen Zukunftshaushalt zu machen, bleibt Ihnen gar nichts anderes übrig, als unseren Anträgen zuzustimmen – nicht, weil wir hier die großen Konzepte umsetzen können, sondern weil wir die richtigen Schwerpunkte vertiefen und weil wir lauter Dinge aufgreifen, die Sie selber schon vor und nach der Wahl versprochen haben. Sie möchten Krippenausbau; dann hätten Sie uns gestern zustimmen müssen. Sie möchten das beitragsfreie Kindergartenjahr, zumindest Ihr Herr Ministerpräsident. Wir zeigen Ihnen, wie das finanzpolitisch geht. Sie möchten die Unterrichtsversorgung verbessern; dann stimmen Sie unserem Antrag zu, und wir besetzen die Stellen wieder neu.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Unser Antrag!)

Sie möchten und haben anerkannt, dass Schulsozialarbeit wichtig ist. Dann stimmen Sie unserem Antrag zu, damit Schulsozialarbeit endlich dort hinkommt, wo sie hingehört, nämlich direkt an die Schule!

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Den Wählern müssen Sie das sagen, damit Sie eine Mehrheit bekommen!)

Und Sie wollen lebenslanges Lernen und Weiterbildung; dann stimmen Sie unserem Antrag zu.

Wir machen Bildungspolitik. Ich lade Sie dazu ein, hier mitzumachen. Wir bringen die Anträge, die Ihre Ankündigungen umsetzen, nachdem Sie selbst dies nicht hingekriegt haben. Stimmen Sie zu. Dann haben wir einen Zukunftshaushalt, den das Land Baden-Württemberg verdient.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zur SPD wollten Sie auch noch sprechen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter für die Fraktion GRÜNE.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt wird es wenigstens pädagogisch! – Gegenruf der Abg. Ute Vogt SPD: Nur kein Neid!)

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen in der Bildungspolitik in der Tat vor riesigen Herausforderungen. Wir müssen erstens unser Bildungssystem so ausgestalten, dass kein Kind verloren geht und dass die Begabungspotenziale aller Kinder optimal gefördert werden.

(Beifall des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Zugangsgerechtigkeit, meine Damen und Herren, beginnt im Kindergarten.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Wir Grünen haben ein Konzept zu einer flächendeckenden Implementierung des Orientierungsplans und zur Sprachförderung im Kindergarten vorgelegt. Danach erhalten Kindergärten bei uns Bildungsbudgets für Fortbildungs- und Bildungsmaßnahmen. Insgesamt brauchen wir dafür 51 Millionen €.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Nur?)

Wir wollen bereits in diesem Haushaltsjahr und im nächsten Haushaltsjahr die ersten Tranchen von 10,6 Millionen € und 14,6 Millionen € in den Haushalt einstellen.

Meine Damen und Herren, ich sage aber ganz deutlich an die Adresse von denjenigen, die immer von gebührenfreien Kindergärten reden: Qualitätsverbesserung ist der erste Schritt, und Gebührenfreiheit kommt erst im zweiten. Zur dringend notwendigen Qualitätsverbesserung im Kindergarten gehört nämlich auch der notwendige Einstieg der Erzieherinnen auf Hochschulniveau und gehören flexible Öffnungszeiten im Kindergarten und die Verbesserung der Bildungsqualität. Damit schaffen wir Bildungszugangsgerechtigkeit und nicht, in-

(Renate Rastätter)

dem wir zuerst versuchen, den Kindergarten beitragsfrei zu machen, und die Qualität auf die lange Bank schieben.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Meine Damen und Herren, zur Verbesserung der Bildungschancen von benachteiligten Kindern gehört aber auch dringend die Landesförderung für die Schulsozialarbeit an den Schulen. Vor Weihnachten war im „Offenburger Tagblatt“ ein Artikel mit der Überschrift zu finden: „Oettinger entdeckt Schulsozialarbeit“. Herzlichen Glückwunsch, kann ich da nur sagen, Herr Ministerpräsident. Aber eine solche Entdeckung muss doch auch Konsequenzen haben. Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, Sie haben heute die Gelegenheit, unserem Antrag auf 7 Millionen € im Landeshaushalt für den Wiedereinstieg des Landes zuzustimmen.

Gerechtes Bildungswesen heißt auch, die Versprechen gegenüber den Schulen in freier Trägerschaft einzuhalten. Ich vermisste Frau Berroth jetzt heute in der Bildungsdebatte. Frau Berroth hat gemeinsam mit der FDP/DVP-Fraktion in der letzten Legislaturperiode versprochen, dass nach dem Bruttokostenmodell der Einstieg in das Stufenmodell für die Anhebung der Zuschüsse noch im Haushaltsjahr 2008 folgen wird.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Deshalb ist sie heute nicht da, weil sie das Versprechen nicht eingehalten hat!)

Das, was Sie hier mit den Schulen in freier Trägerschaft machen, ist ein ganz klarer Bruch Ihres Wahlversprechens. Ich fordere Sie hiermit auf: Sie können dies noch verhindern, indem Sie heute unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie machen uns ein schlechtes Gewissen!)

Meine Damen und Herren, Bildungsgerechtigkeit schaffen wir aber auch nicht, wenn wir an dieser rigorosen Trennung von Kindern nach nur vier Jahren gemeinsamer Grundschulzeit festhalten.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Das ist das Ende der Grundschule auf dem Land, Frau Kollegin!)

Denn diese Trennung erfolgt in unserem Bildungssystem nach sozialer Herkunft.

Und schließlich zweitens: Die demografische Entwicklung mit dem Schülerrückgang ist die zweite große Herausforderung in unserem Bildungswesen. Rita Süßmuth hat beim Bildungskongress der Bertelsmann-Stiftung in Hannover kurz vor Weihnachten gesagt:

*Warum haben wir in Deutschland eigentlich eine solche Angst vor einem längeren gemeinsamen Lernen von Kindern? ... Aber*

– hat sie hinzugefügt –

*die Demografie wird es schon richten.*

In der Tat, Herr Kultusminister Rau, die demografische Entwicklung wird dazu führen, dass Sie diesem Druck, der schon längst von den Kommunen, von den Schulen, von den Krei-

sen bis hin zum Städtetag kommt, nachgeben müssen und dass Sie endlich integrative Schulmodelle in der Fläche dort, wo der Wunsch besteht, zulassen müssen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich fordere Sie deshalb auf: Lassen Sie endlich Ihre Strukturbesessenheit, und entlassen Sie dafür die Schulen in die Freiheit. Lassen Sie endlich zu, dass in den Gemeinden und in den Kreisen vor Ort neue Schulmodelle mit individueller Förderung der Schüler und Schülerinnen und eine neue Unterrichtskultur entstehen können und dass diese neue Unterrichtskultur mit einer neuen integrativen Schulentwicklung zusammenkommt.

(Beifall bei den Grünen)

Drittens: Die allergrößte Herausforderung besteht in der Finanzierung der Qualitätsverbesserung unseres Bildungswesens. Wir stehen in der Bildung nicht in einem nationalen Wettbewerb, sondern wir stehen in einem globalen Wettbewerb. Führende Ökonomen weltweit, wie gerade der Bildungsökonom und Nobelpreisträger Stiglitz, haben gesagt: Hohe Bildungsinvestitionen sind die einzige Chance, um im globalen Wettbewerb zu bestehen und sich zu behaupten. Er hat die Länder aufgefordert, alles zu tun, um die Bildungsausgaben zu erhöhen.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Deswegen tun wir das auch!)

Nun besetzen Sie 521 Lehrerstellen nicht. Da hilft auch nicht, Herr Kultusminister Rau, dass Sie immer wiederholen: Diese 521 Lehrerstellen haben nichts mit den 5 500 zu tun, die Sie in der letzten Legislaturperiode geschaffen haben.

Die Eltern erleben doch jeden Tag: Unterricht fällt aus, Lehrerstunden fehlen für die Ganztagschulen, Förderstunden und Stützkurse fehlen. Ich sage Ihnen: Wo in Baden-Württemberg „Ganztagschule“ draufsteht, muss auch Ganztagschule drin sein. Da muss es gute pädagogische Konzepte geben, und diese brauchen qualifiziertes pädagogisches Personal. Sie sind bis jetzt die Antwort schuldig geblieben, wo Sie diese Lehrerstellen hernehmen wollen,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

um die Versorgung mit qualifiziertem Personal zu leisten.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, die Eltern erleben auch jeden Tag den Druck, der auf dem Bildungswesen lastet. In den „Badischen Neuesten Nachrichten“ in Karlsruhe stand gerade ein Artikel unter der Überschrift: „Irrsinniger Druck auf die Familien“. Dabei geht es um den Druck, der in der Grundschule aufgrund der frühen Auslese der Kinder besteht. Auch da fehlen die Förderstunden. Inzwischen steigen in Baden-Württemberg die Volkshochschulen in den lukrativen Nachhilfemarkt ein. Das kann doch so nicht weitergehen. Wir brauchen deshalb jetzt in diesem Bildungssystem vernünftige Investitionen.

(Beifall bei den Grünen)



(Renate Rastätter)

Meine Damen und Herren, es ist für mich – und ich bin schon elf Jahre im Landtag – ein Novum, dass der Landesschulbeirat – der immerhin ein Gremium ist, das Sie berufen haben, welches die Landesregierung und das Kultusministerium in Fragen der Bildungspolitik beraten soll – jetzt gebeten hat, dass die Landesregierung uns, den Gremien des Landtags, und dem Ministerpräsidenten seine Empfehlung, die an das Kultusministerium geht, weitergibt. In dieser Empfehlung steht:

*Der Landesschulbeirat fordert zum wiederholten Male, die Sperrung der 521 Stellen mit sofortiger Wirkung aufzuheben und die Schulen entsprechend zu versorgen. Bei allem Verständnis für den sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln muss ein Zeichen gesetzt werden für den Vorrang der Bildungsinvestitionen in Baden-Württemberg, und deshalb muss der Kultusbereich aus den Sparmaßnahmen herausgenommen werden.*

Jetzt kommt der entscheidende Satz:

*Kostenneutral ist eine erfolgreiche Bildungsreform nicht zu verwirklichen.*

Was schlägt nun die SPD vor? Ist dieser Vorschlag nun „Menstrup 1“? Ich glaube das eigentlich nicht. Ich will Ihnen zugehen, dass Sie sicher auch zu den Bildungspolitikern gehört haben, die diesen Vorschlag intern abgelehnt haben. Aber die SPD-Fraktion schlägt vor, die Junglehrer sozusagen als Opfer heranzuziehen und ihnen die Eingangsstufe ihrer Gehälter für drei Jahre zu kürzen. Was Sie hier machen, ist eine Steilvorlage für die Landesregierung, die ja längst schon plant, die Einstiegsgehälter für die Grund- und Hauptschullehrkräfte zu verringern. Das halte ich für mehr als fahrlässig. Das ist ein völlig verfehlter bildungspolitischer Ansatz.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wenn das Ihr finanzpolitischer Vorschlag ist, dann muss ich dazu sagen: Sie sollten sich wirklich einmal moderne und nachhaltige Finanzkonzepte gründlich anschauen.

Jetzt komme ich zu unserem Bildungspakt.

(Abg. Ute Vogt SPD: Schulden sind doch nicht nachhaltig! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sind Schulden besser? – Unruhe)

Wir haben ja folgende Situation: Wir haben die demografische Entwicklung mit einem dramatischen Schülerrückgang in den nächsten Jahrzehnten. Dieser Schülerrückgang beginnt aber zeitversetzt. Wir haben heute die hohen Bedarfe. Wir können diese durch den Schülerrückgang finanzieren. Aber der deutliche Schülerrückgang beginnt erst in der nächsten Legislaturperiode, nämlich ab dem Jahr 2011. Wenn wir aber heute die Mittel brauchen, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass wir den Schülerrückgang dazu nutzen, heute die zusätzlichen Lehrerstellen zu schaffen. Wir machen einen Sonderfonds für Bildungsfinanzierung,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Schulden! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: 500 Millionen € Schulden! – Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

und dieser Sonderfonds beinhaltet, dass wir einen Aufwuchs machen zu der Zeit, in der wir diese zusätzlichen Mittel brauchen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Schulden!)

Wir beginnen mit einem ganz klaren Tilgungsplan,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Schulden!)

weil wir nämlich genau wissen, wie viele Lehrerstellen rechnerisch frei werden. Nur als Beispiel: Bis zum Jahr 2020 werden rechnerisch rund 15 000 Lehrerstellen frei.

(Zurufe von der CDU)

Wir können diesen Sonderfonds Bildungspakt refinanzieren, wenn der Schülerrückgang beginnt.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie haben doch erst einmal mehr Schulden!)

Das ist ein modernes, ein nachhaltiges Finanzierungssystem, das wir hier einführen,

(Unruhe)

und Ihre deutlichen Proteste oder Zwischenrufe zeigen mir nur, dass Sie unruhig werden, wenn Sie von neuen, nachhaltigen Finanzierungskonzepten hören.

(Beifall des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Schulden!)

Wir werden diese Debatte über ein neues, nachhaltiges Finanzierungskonzept weiterführen. Im Grunde genommen machen wir ja nichts anderes als das, was Sie ohnehin mit Ihren Solidarpakten machen. Der Solidarpakt für die Hochschulen und der Solidarpakt für den Sport sind ja langfristig angelegte Pakte, und genau das Gleiche wollen wir jetzt auch in der Bildungspolitik tun.

Meine Damen und Herren, Sie werfen uns zweierlei vor: Sie werfen uns zum einen vor, einen Schattenhaushalt zu eröffnen. Das ist kein Schattenhaushalt, weil wir die Refinanzierung ganz klar festlegen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Nein, das sind Schulden!)

Sie werfen uns vor, wir würden künftig Lehrerstellen abbauen. In der Tat. Aber wir wollen in der laufenden Legislaturperiode einen Aufwuchs von 7 000 zusätzlichen Lehrerstellen, und diese zusätzlichen Stellen bleiben im Bildungssystem und dienen der Qualitätsverbesserung, während Sie bis heute noch nicht erklärt haben, welche zusätzlichen Stellen Sie für den Schulbereich beibehalten wollen. Wir sagen hier ganz klar: Wir brauchen diese zusätzlichen Stellen auch dauerhaft.

Deshalb, meine Damen und Herren, beschäftigen Sie sich bitte intensiver mit nachhaltigen Finanzierungskonzepten, wie sie auch weltweit von Ökonomen vorgeschlagen werden. Kurzfristiges Denken führt entweder dazu, dass die Stellen nicht besetzt und eingespart werden, oder es führt zu solchen fehlgeleiteten Finanzierungskonzepten, wie sie die SPD-Fraktion jetzt vorschlägt.



(Renate Rastätter)

Ich komme zum Schluss: Bildungsgerechtigkeit unabhängig von der sozialen Herkunft, die Weiterentwicklung der Bildungslandschaft angesichts des Schülerrückgangs und die Finanzierung der zusätzlichen Aufgaben im Bildungsbereich sind unsere zentralen Herausforderungen. Wir können sie bewältigen, wenn wir mutig sind, wenn wir überkommene Strukturen verlassen, wenn wir neue Wege gehen und auch bei der Bildungsfinanzierung über den Tellerrand traditioneller, kurzfristiger Finanzierungskonzepte hinausdenken.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der FDP/DVP erhält Herr Abg. Kleinmann das Wort.

**Abg. Dieter Kleinmann** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst einmal auf meine Vorrednerin eingehen, die sehr viele interessante Dinge erwähnt hat. Nur in einem Punkt, Frau Kollegin Rastätter, gibt es Probleme: Wenn Sie die Grundschule von vier Jahren auf sechs Jahre verlängern wollen,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das will ich gar nicht! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Rastätter will alles!)

müssen Sie wissen, dass dies gerade auf dem flachen Land nicht möglich ist, sondern bedeuten würde, dass Grundschulen geschlossen werden müssten. Ganz konkret: In meiner eigenen Gemeinde gibt es eine Grundschule mit exakt fünf Klassenräumen. Für sechs Klassen würde man sechs Klassenräume brauchen. Wie sollte ein verantwortlicher Kommunalpolitiker einen Anbau vertreten, wenn er weiß, dass die Schülerzahlen zurückgehen? Wem ist das zuzumuten? In der Konsequenz wollen Sie mit Ihrem Konzept eine Verlängerung von vier Jahren auf sechs Jahre.

(Zurufe von den Grünen: Nein! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das sind doch wir! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Die Sozis wollen sechs Jahre! – Weitere Zurufe)

– Ach, Sie sind das. Aber Frau Rastätter hat die sechs Jahre gerade in ihrer Rede angesprochen. – Wenn Sie sechs Jahre Grundschule fordern, dann wollen Sie im Grunde genommen die Grundschulen auf dem flachen Land schließen.

(Unruhe)

Sie sagen, der Druck in den Grundschulen sei immens, weil es darum gehe, auf welche weiterführende Schule die Kinder anschließend kommen: Hauptschule, Realschule oder Gymnasium. Dann sollten Sie einmal einen Vorschlag machen, wie dies zu ändern ist, um diesen Druck zu beseitigen. Ich halte von diesem Druck genauso wenig wie Sie; da sind wir uns völlig einig. Aber dieser Druck wird ja eher von den Familien, von den Eltern ausgeübt.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Wie wollen Sie das ändern?)

Ich habe damals zu meiner Frau gesagt: Ob unsere Tochter jetzt auf das Gymnasium oder die Realschule geht, ist mir unterm Strich eigentlich völlig wurscht, solange die Durchlässigkeit gegeben ist und man mit einem guten Realschulabschluss auch einen entsprechenden Fachhochschulabschluss erreichen kann.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das war einmal!)

– Nein, das war nicht nur, das ist immer noch so! Man kann nachher z. B. auf ein Wirtschaftsgymnasium, auf ein biotechnologisches Gymnasium usw. gehen und kann dort die Fachhochschulreife erlangen. Solange das gewährleistet ist, ist es eigentlich nicht notwendig, diesen Druck auszuüben.

Bei dem, was Sie zu den Ganztagschulen gesagt haben, Frau Rastätter, stimme ich Ihnen zu. Es wäre schön, wenn wir die Schulsozialarbeit wieder einführen könnten. Kollege Wacker und ich haben dafür ja immer gekämpft. Die Frage ist natürlich: Wer hat die Schulsozialarbeit zu finanzieren? Ist das eine Sache der Betreuung und damit der Kommunen, oder ist das Sache des Unterrichts und damit des Landes Baden-Württemberg?

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das gehört zur Schule!)

Da sind wir uns natürlich einig, Herr Kollege Rau, dass das im Grunde eigentlich eine Sache der Betreuung ist und damit eine Sache der Kommunen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist doch keine Betreuungsangelegenheit!)

Dass Ganztagschulen nicht kostenneutral zu erreichen sind, ist uns auch klar; das wissen wir.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wo sind die Lehrer? Ihr streicht doch Lehrerstellen!)

– Wir streichen doch keine Lehrerstellen. Das resultiert aus der zusätzlichen Unterrichtsstunde, die von Gymnasiallehrern erteilt werden muss. Das schlägt sich in 521 Lehrerstellen nieder.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich wollte gerade sagen: Wir wollen eben keine Stellen streichen, auch wenn die Schülerzahlen zurückgehen, sondern diese frei werdenden Kapazitäten zum Ausbau der Ganztagschulen nutzen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Eine gestrichene oder eine nicht besetzte Lehrerstelle ist für die Schüler das Gleiche! Der Lehrer ist nicht da!)

In der Tat geht das nicht kostenneutral; in der Tat geht das nicht personalneutral, und in der Tat muss es sich auch um pädagogisch geschultes Personal handeln. Das können nicht irgendwelche Leute sein, die das mehr oder weniger als Betreuung machen.

Meine Damen und Herren, Bildung ist grundsätzlich die Basis für eine gelingende, selbstbestimmte Lebensführung jedes einzelnen Menschen – so die Auffassung der FDP/DVP. Das gilt im persönlichen Leben, im Beruf und in der Gesellschaft. Bildung ist ebenso Grundlage der gesellschaftlichen wie auch

(Dieter Kleinmann)

der wirtschaftlichen Existenz unseres Landes. Daher gilt in beiderlei Hinsicht: Bildung ist Existenzsicherung. Investition in Bildung ist Zukunftsvorsorge.

Der Kultusetat für die Jahre 2007 und 2008 belegt, dass wir dieser Aufgabe nachkommen und in Bildung investieren. Wir investieren in die Sicherung und Stärkung der Qualität von Bildung, und zwar an unseren Schulen ebenso wie bei der frühen Förderung von Kindesbeinen an, also im vorschulischen Bereich. Sozusagen „am anderen Ende“ gilt das auch für die Förderung der Erwachsenenbildung und der allgemeinen Weiterbildung.

Wir tun dies freilich nicht – und dürfen dies nicht tun –, ohne das von dieser Koalition aus guten Gründen vereinbarte Ziel aus den Augen zu verlieren. Damit meine ich, die Nettoneuverschuldung bis zum Jahr 2011 auf null zurückzuführen. Wir alle wissen, dass auch dies ein unumgänglicher Beitrag zur Zukunftssicherung unseres Landes und zur Sicherung der Zukunftschancen junger Menschen, der Schülerinnen und Schüler und der folgenden Generation, ist.

Klar sein müsste auch jedem, dass sich dieses wahrlich anspruchsvolle Ziel letztlich nur dann erreichen lässt, wenn Aufgaben und Ausgaben jedes Bereichs auf den Prüfstand gestellt werden und wenn jedes Ressort hierzu seinen Beitrag leistet – auch das Kultusressort kann hiervon leider nicht ausgenommen sein.

Wenn wir die Qualität der Bildung in unseren Schulen durch schulische und insbesondere auch vorschulische Förderung weiter verbessern wollen, ist dies in der Tat ein nicht leichter Spagat. Ich will daher als Erstes darauf hinweisen, dass die Fraktionen der Regierungskoalition aus CDU und FDP/DVP eine Reihe vorgesehener Kürzungen wieder zurückgenommen haben – haushaltspolitisch durchaus schweren Herzens, aber letztlich in der Sache begründet und davon überzeugt.

Das betrifft die Kürzungen, von denen ein Teil der frei getragenen Schulkindergärten aufgrund ihrer Organisationsform, in der sie sich von anderen frei getragenen Schulkindergärten unterscheiden, betroffen gewesen wären. Sie wären insoweit zufällig oder, wenn man so will, versehentlich von der Kürzung im Bereich der Ergänzungsschulen betroffen gewesen. Die FDP/DVP hat sich nachdrücklich und mit Erfolg dafür eingesetzt, dies sachgerecht zu bereinigen. Die Kürzungen sind damit für die Jahre 2007 und 2008 vom Tisch. Ich wiederhole an dieser Stelle, dass wir auch dafür Sorge tragen werden, dies so rasch wie möglich auch von der rechtlichen Seite her und damit dauerhaft zu lösen.

Wir haben eine Vielzahl vorgesehener Kürzungen im Jugendbereich zurückgenommen und so die Förderung der außerschulischen Jugendbildung und der Laienkultur auf dem Niveau des Jahres 2006 gesichert.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Das geht von den Mitteln für Schüler- und Jugendbegegnungen bis hin zur Förderung der Laienmusik sowie der Volks- und Amateurtheater. Durch die Anhebung der Mittel – das ist von ganz entscheidender Wichtigkeit – für die Jugendkunstschulen erreichten wir, dass dort künftig ebenso wie bei den

Jugendmusikschulen ein Zuschuss in Höhe von 10 % der Personalkosten gewährt werden kann; er lag bisher eindeutig niedriger.

Neben den Mitteln für den Blockunterricht im Bereich der beruflichen Schulen will ich noch die Aufstockung für die vorschulischen Sprach- und Lernhilfen sowie für die Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte in den Kindergärten zur Implementierung und Umsetzung des Orientierungsplans nennen; denn das sind wichtige Beiträge zur Bewältigung einer der großen zentralen Aufgaben, die wir bereits am Ende der vergangenen Legislaturperiode angegangen sind, die wir im Jahr 2006 massiv eingeleitet haben und die wir nun in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 mit verstärktem Mitteleinsatz weiterführen. Diese Aufgaben heißen Stärkung von Bildung, Erziehung und Betreuung in der Schule und in den vorschulischen Einrichtungen und Stärkung der frühen Förderung und hierbei insbesondere der frühen sprachlichen Förderung; denn der Erwerb sprachlicher Kompetenz – darin sind wir uns sicherlich einig – ist und bleibt der Schlüssel für den gesamten weiteren Bildungsweg und damit auch für den gesamten weiteren Lebensweg.

Zentral gehört hierzu das Programm zum Ausbau der Ganztagschulen, das darauf abzielt, dass 40 % der allgemeinbildenden Schulen, Frau Rastätter, ein Ganztagsangebot unterbreiten, für das dann im Endausbau vom Land pro Jahr 40 Millionen € bereitgestellt werden, die den Schulen als Budget zur Verfügung stehen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Jugendbegleiter!)

Die neben die ebenfalls weiter ausgebauten klassischen Ganztagschulen getretenen Ganztagschulen neuen offenen Typs sind manchem ein Dorn im Auge. Auch für sie wird jedoch zusätzliches pädagogisches Personal bereitgestellt, nämlich bis zu vier zusätzliche Lehrerwochenstunden je Ganztagsklasse. Qualifizierte Ehrenamtliche aus den vor Ort vorhandenen Strukturen der Bereiche von Sport und Musik bis hin zur Wirtschaft und engagierte Einzelpersonen in die Schule hineinzuholen und die Schule damit umgekehrt ihrem kommunalen Umfeld zu öffnen war schon immer wünschenswert und ist daher auch jetzt sinnvoll.

Das Jugendleiterprogramm ist so verstanden richtig. Nach allem, was ich sehe und was auch der vorgelegte erste Erfahrungsbericht ausweist, sind allerdings die bislang im Rahmen dieses Programms tatsächlich laufenden Angebote noch recht „sportlastig“. Ich halte es daher für erforderlich, im Bereich Arbeitswelt/Wirtschaft noch ein Stück weit zuzulegen. Hier gibt es sicher regionale Unterschiede, aber die Situation scheint mir in dieser Hinsicht insgesamt noch nicht ganz befriedigend zu sein.

Zu den noch viel zu schwach besetzten Feldern gehört auch und insbesondere der Bereich Kultur und Theater. Die eminente Bedeutung gerade dieses Bereichs wird in den Beschreibungen und Erläuterungen zum Jugendleiterprogramm ausdrücklich herausgestellt. Ich muss das daher hier nicht noch einmal im Einzelnen ausführen. Von der Möglichkeit, in diesem Bereich vorhandene örtliche Einrichtungen und Strukturen zu nutzen, muss künftig, so meine ich, verstärkt Gebrauch gemacht werden. Im Zweifel muss hier auch das Prinzip der Ehrenamtlichkeit noch einmal überdacht werden.

(Dieter Kleinmann)

Meine Damen und Herren, es gibt keinen empirischen Nachweis dafür, dass ein anders strukturiertes Schulwesen grundsätzlich besser und leistungsfähiger wäre als das unsere.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Nicht nur von Professor Prenzel, dem Leiter des deutschen PISA-Konsortiums „PISA 2003“, gibt es ausdrücklich gegen-  
teilige Aussagen, wie z. B. – ich zitiere mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident –:

*Nüchtern betrachtet ist die Frage der Schulstruktur ein Faktor neben vielen anderen.*

Ich weiß, viele von Ihnen hier im Haus wollen das immer wieder so nicht wahrhaben.

Wir halten daher am baden-württembergischen gegliederten Schulwesen fest. Wir wollen und werden es weiter verbessern, z. B. durch verstärkte und vor allem früher einsetzende Förderung, insbesondere im sprachlichen Bereich. Ich habe davon bereits gesprochen. Wir wollen auch die Durchlässigkeit, die essenzieller Bestandteil eines chancengerechten gegliederten Schulwesens ist, weiter voranbringen. Und wir müssen alle gemeinsam das Thema „Zukunft der Hauptschule“ angehen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Die hat keine Zukunft!)

Da sind zum einen die Probleme, die aus dem Sinken der Schülerzahlen – weit rascher, als noch vor Kurzem angenommen – resultieren. Vor allem die Hauptschulen und unter diesen vor allem die jetzt schon kleinen Hauptschulen, insbesondere in den ländlichen Räumen, geraten hierdurch in Bedrängnis.

Wer die Zukunft der Hauptschule sichern will, muss flexibel sein für sich vor Ort anbietende Lösungen, z. B. die Kooperation und Kombination möglicherweise auch von Haupt- und Realschulen, wie das der Herr Kultusminister ja auch schon angeregt hat. Es geht darum, Schulen und örtliche Schulträger dazu zu ermuntern, solche und weitere Modelle zu finden und zu erproben. Sie müssen nicht zuletzt auch dazu ermuntert werden, sich der ausweislich der Schülerzahlenentwicklung unumgänglichen Aufgabe einer Optimierung der Standorte zu stellen.

Es geht aber nicht minder um die Frage der Qualität und der Inhalte. Die Arbeitgeberseite bemängelt Schwächen der Hauptschulabsolventinnen und -absolventen im Theoriebereich, also hinsichtlich Sprache und Rechnen. Hier müssen wir verstärkt ansetzen. Wir sollten zugleich aber auch den Bereich der Praktika und der schulischen Kooperation mit den örtlichen Betrieben und Unternehmen stärken. Dies ist ein besonders geeigneter Weg, den Übergang in die Arbeitswelt zu erleichtern und zu verbessern.

Es muss natürlich auch darum gehen, die Attraktivität des Berufs des Hauptschullehrers zu stärken.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Hierzu gehört, Frau Rastätter, durchaus auch der Gedanke einer Spreizung der Bandbreite der Eingruppierung von einem Eingangsamt in A 11 – was ja von der SPD gefordert wird – bis zu einem zu schaffenden Beförderungssamt in A 13. Die Koalitionsvereinbarung sieht dies vor, sobald dies rechtlich möglich ist.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Lassen Sie mich noch kurz zur Realschule sagen: Wir als FDP/DVP halten an der Realschule fest, insbesondere auch an deren Profilen. Aber eine Kooperation mit Hauptschulen ist möglich im Bereich Sport, im Bereich Musik, natürlich auch im Bereich Religion.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

An den Profilen der Realschulen soll sich aber nichts ändern, weil wir nach wie vor der Meinung sind, dass an den Realschulen ein sehr qualifizierter mittlerer Abschluss erreicht wird,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Abg. Norbert Zeller SPD:  
Darum geht es nicht!)

der es den Schülerinnen und Schülern ermöglicht, anschließend auch eine entsprechende Ausbildung zu bekommen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Darum geht es nicht, Herr Kleinmann!)

Bei den Gymnasien, meine Damen und Herren, mahne ich an: Auch dort gilt das Motto „Fördern und Fordern“, und es gilt nicht der Satz „Der einzelne Schüler muss schauen, wie er durch die Schule kommt“. Unser ganzes persönliches Bemühen kann nur Sinn haben, wenn die Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt allen Bemühens stehen. Das gilt auch für Gymnasien.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ein großes Augenmerk – der Herr Kultusminister wird mir da recht geben – wird auch auf die Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule zu legen sein. Es gibt mit dem Institut von Herrn Spitzer in Ulm derzeit vier Modelle. Eines dieser Modelle läuft in meinem Wahlkreis, in Aichhalden. Man versucht dort, zwischen Kindergarten zum einen und Schule zum anderen – also beim letzten Jahr vor Eintritt in die Grundschule und beim ersten Jahr in der Grundschule – Kooperationen zu machen, indem die Kinder gemeinsame Stunden miteinander verbringen und so gegenseitig voneinander lernen.

Ich glaube, wenn man das weiter ausbauen kann – wir haben im Moment, wie gesagt, vier Modelle –, ist das sinnvoll. Herr Spitzer vertritt ja die Meinung, dass jeder individuell zu betrachten und dort abzuholen ist, wo er seine Schwächen und seine Stärken hat. Dies entspricht dem berühmten Bild der Hand mit den fünf Fingern, die alle ungleich sind. Es bringt nichts, die Finger abzuhacken oder sie zu ziehen. Nein, man muss zu den Einzelnen hingehen und sie dort abholen, wo sie gerade stehen, und versuchen, sie auf diese Art und Weise zu fördern und zu fordern. Da sind wir uns, Frau Rastätter, sicherlich einig.



(Dieter Kleinmann)

Ich freue mich auch, dass es gelungen ist, die Hochbegabtenzüge, Herr Kultusminister Rau, nun umzusetzen. Man soll tatsächlich in besonderen Fächern besonders begabten Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben, in besonderer Weise gefördert zu werden. Zwölf Standorte sind im Moment ausgewiesen. Wir werden zunächst einmal auswerten müssen, ob es sinnvoll ist, noch weitere Standorte zu suchen oder nicht. Jedenfalls starten wir jetzt einmal mit zwölf Standorten in den ersten Versuch.

Dann darf ich noch das Schülermentorenprogramm hervorheben. Die große Resonanz auf das Ausbildungsangebot zeigt, dass junge Menschen Verantwortung übernehmen wollen und bereit sind, sich aktiv an der Gestaltung des schulischen Lebens zu beteiligen. Weit über 10 000 Schülerinnen und Schüler nehmen an diesem Mentorenprogramm teil. Das Mentorenprogramm ist auch eine Brücke zum Ehrenamt und zeigt, dass dabei auch für die Schülerinnen und Schüler, die das ausüben, gewisse Schlüsselqualifikationen entwickelt werden können.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, möchte ich noch an eines erinnern. Schlüsselkompetenzen wie Rechnen, Lesen und Schreiben, um es einmal deutsch auszudrücken, sollten aus meiner Sicht in Zukunft wieder stärker in den Mittelpunkt des Unterrichts rücken.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann  
SPD: Dann muss man Lehrer zur Verfügung stellen!)

Es muss repetiert werden. Üben, üben und noch einmal üben! Das sage ich als Vater von zwei schulpflichtigen Kindern. Wir brauchen keine Verwissenschaftlichung der Schule, sondern wir brauchen eine Ausbildung unserer Schülerinnen und Schüler, bei der diese im Mittelpunkt der Arbeit stehen.

(Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Es ist mir wichtig, das zu betonen. Ich habe nämlich gerade bei den Gymnasien manchmal den Eindruck, dass dort das Repetieren sehr kurz gehalten wird nach dem Motto „Vogel friss oder stirb“. Das kann es nicht sein. Auch Gymnasiasten sind Schülerinnen und Schüler, die der Obhut der Lehrerinnen und Lehrer anbefohlen sind und die genauso pädagogisch behandelt werden müssen wie andere Schülerinnen und Schüler auch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber ganz sicher,  
Herr Kollege!)

Ganz am Schluss ein Dankeschön an die Lehrerinnen und Lehrer. Sie leisten in der Tat eine Kärnerarbeit, vor allem an den Hauptschulen mit dem großen Problem der Migration und der großen sozialen Unterschiede.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Und was macht ihr?  
Ihr lasst sie allein!)

Wir sind froh, dass sie bereit sind, diese Arbeit zu machen, und dafür danke ich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der  
CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Kultusminister Rau.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

*Wenn ich überlege, was bei meiner Erziehung entscheidend gewirkt hat, ist es der Glaube, den meine Eltern stets in mich hatten, und das hohe Vertrauensverhältnis zwischen ihnen und mir.*

Das schreibt der 17-jährige Dustin Klinger, Sprecher der Kollegstufe im Internat Salem, in einer Erwiderung auf das Buch von Bernhard Bueb „Lob der Disziplin“. Das ist übrigens eine glänzende Replik dieses Schülers auf seinen ehemaligen Schulleiter.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Bueb ist aber für Ganztagschulen! Wissen Sie das?)

Ich stelle diese Aussage an den Anfang meiner Ausführungen zum Haushalt 2007/2008, weil es eine Grundaussage ist, die alles Handeln in der Bildungspolitik, in der Schulverwaltung und in den Schulen selbst prägen muss: das Vertrauen der Erziehenden in die jungen Menschen. Wenn wir dieses Vertrauen nicht haben, wenn wir es – aus welchen Gründen auch immer – verweigern, dann können wir noch so viel Geld in bildungspolitische Vorhaben stecken; es wäre zu nichts nütze. Aber wenn wir dieses Vertrauen in die jungen Menschen haben, wenn wir auf ihre Talente und Begabungen setzen, wenn wir Selbstvertrauen wecken, dann können wir viel erreichen.

Das Vertrauensverhältnis zwischen Lehrenden oder Erziehenden und jungen Menschen ist ein Grundelement unserer Bildungsplanreform, die mit dem Jahr 2004 wirksam geworden ist. Unsere Bildungspläne sind geprägt von dem Vertrauen, dass die Lehrenden nicht Vorschriften bis ins kleinste Detail brauchen, sondern dass die großen Linien gezeichnet sein müssen, um daraus einen guten und bereichernden Unterricht zu machen. Unterricht ist das Kerngeschäft der Schule. Wenn wir uns über die Verbesserung von Schule unterhalten, dann reden wir immer und zuerst über Unterricht.

Ich bin überzeugt und höre es bei vielen Besuchen vor Ort, dass die Schulen in der Umsetzung dieser Bildungspläne auf einem guten Weg sind. Trotzdem brauchen sie Zeit dazu, denn sie müssen Prozesse erarbeiten, die sie bisher so nicht gekannt haben. Sie haben mehr Verantwortung übernommen, und sie haben mehr Gestaltungsspielräume. Die Schulentwicklung gewinnt an Dynamik, und wir haben vor wenigen Wochen hier im Landtag den Schlussstein dieses Prozesses, die Selbst- und Fremdevaluation der Schulen, beschlossen. Diese Form der Rückmeldung und Vergewisserung aller Schulen wird zum kommenden Schuljahr verpflichtend. Die Fremdevaluation befindet sich noch zwei Jahre lang in der Pilotphase, dann wird auch diese verpflichtend. Ich bin sicher, dass die Ergebnisse der Evaluation als Rückmeldung für die Schulen allen Schulen nützen werden.

Vor wenigen Wochen haben wir die Modellphase der sogenannten operativ-eigenständigen Schule im beruflichen Schulwesen abgeschlossen. Bis zum Jahr 2010 wird dieses Konzept an allen Schulen des Landes umgesetzt sein. Eine ganze Rei-



(Minister Helmut Rau)

he von beruflichen Schulen haben sich bereits in den vergangenen Jahren fremdevaluieren lassen. Sie haben davon außerordentlich viel für ihre eigenen Ziele und ihre eigenen Konzepte gelernt.

Ein wichtiges Element der Schulentwicklung ist in meinen Augen die Öffnung der Schule nach außen. Ich bin froh, dass die Schulen viele Partner gefunden haben und die Chance haben, weitere zu finden – in der Gemeinde, in der Wirtschaft, in Vereinen und bei einzelnen Personen, die schulische Arbeit unterstützen. Wir haben ein großes Netz von Organisationen, die sich darum kümmern, dass die Schulen ergänzende Angebote machen können, die ihnen gut zu Gesicht stehen und die ihr Kerngeschäft unterstützen.

Schule ist Teil der Gesellschaft. Sie darf sich nicht isolieren. Genauso wenig darf die Gesellschaft ihr Interesse an der Schule verlieren. Je besser Schulen vor Ort vernetzt sind, desto besser können sie arbeiten und desto größer sind die Chancen, die die jungen Menschen in diesen Schulen bekommen können.

So, wie der Unterricht im Mittelpunkt des Schullebens steht, so steht die Unterrichtsversorgung im Mittelpunkt der Bildungspolitik. Seit dem Jahr 2000 haben wir in Baden-Württemberg 34 000 junge Lehrerinnen und Lehrer in den Schuldienst des Landes eingestellt. Das sind rund ein Drittel aller Lehrerinnen und Lehrer, die an unseren Schulen unterrichten, und das zeigt, dass wir das Mögliche getan haben, um in den Schulen für die personelle Versorgung zu sorgen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm  
CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Ergebnis dieser Einstellungspolitik ist, dass die Schüler-Lehrer-Relation in Baden-Württemberg unter allen Flächenländern der alten Bundesländer am besten ist. Ergebnis ist, dass wir sowohl bei den allgemeinbildenden Schulen als auch bei den beruflichen Schulen die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben für die Schüler haben, die in den Flächenländern der alten Bundesrepublik bestehen. Die neuen Bundesländer sind hier aufgrund der Bevölkerungsentwicklung statistisch einfach noch nicht vergleichbar.

Ich bin dem Finanzminister sehr dankbar, dass er bei aller Härte der zu führenden Verhandlungen doch immer wieder deutlich gemacht hat, dass er den politischen Schwerpunkt Bildungspolitik im Land Baden-Württemberg unterstützen will. Das spiegelt sich auch in diesen Zahlen.

Gelegentlich tun wir uns trotzdem schwer, Lehrerstellen zu besetzen, weil wir zum einen den Lehrerarbeitsmarkt mit den genannten 34 000 Einstellungen in den letzten Jahren ziemlich abgegrast haben, aber auch, weil Bewerberinnen und Bewerber nicht an jedem Ort in Baden-Württemberg ihren Dienst aufnehmen wollen. Ich finde, ein wenig mehr Mobilität und Flexibilität würde den Bewerberinnen und Bewerbern gut anstehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Wir können nicht alle an ihren Studienstätten in die Schulen schicken,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und wir werden in den nächsten Jahren sicher auch deutlich machen müssen, dass eine allgemein vertretbare Unterrichtsversorgung im ganzen Land sichergestellt werden muss. Die notwendigen Instrumentarien dazu müssen geschärft werden.

Dass Sie, Frau Vogt, gestern behauptet haben, dem regulären Unterricht würden 2 900 Lehrerstellen entzogen – Herr Mentrup hat diese Zahl heute noch ein bisschen aufgerundet und hat 3 000 daraus gemacht –, ist abenteuerlich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Diese Behauptung wird auch nicht wahrer, wenn Sie jede Woche noch weitere 100 draufschlagen. Verkehrter kann man Sachverhalte nicht darstellen.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Das dient der Verwirrung der Menschen draußen im Lande. Sie wissen, dass Sie diese Zahlen hier wider besseres Wissen in den Raum stellen, und das, meine ich, ist einer solchen Debatte nicht würdig.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm  
CDU: Bravo! – Zurufe der Abg. Reinhold Gall und  
Ute Vogt SPD)

– Ich komme noch darauf. – Sie haben gestern von 2 900 Stellen gesprochen. Wir haben festgehalten, dass die 5 500 Stellen, die wir in der letzten Legislaturperiode nach Absprache zu Beginn der Legislaturperiode erhalten haben, in vollem Umfang für die Weiterentwicklung des Bildungswesens in Baden-Württemberg zur Verfügung stehen werden. Daran wird auch nicht gerüttelt.

(Beifall bei der CDU)

Tatsächlich haben wir aber 6 450 Stellen erhalten, das ist ein Zuschlag von 950 Stellen. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre – Sie hatten immerhin 5 000 vor –, hätten wir heute schon einmal rund 1 500 Lehrerstellen weniger, als es bei uns möglich geworden ist.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Auch das ist falsch!)

Sie rechnen jede Weiterentwicklung im Bildungswesen als ein Streichen von Stellen, als ein Entziehen von Unterrichtskapazität aus den Schulen heraus. Das ist unzulässig. Wir haben immer gesagt, dass bei rückläufigen Schülerzahlen die vorhandenen Potenziale für die Veränderungen eingesetzt werden. Es ist doch ganz normal, dass wir nicht einfach den Status quo weiterpflegen, sondern dass wir Veränderungen vornehmen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Also doch nicht im Unterricht!)

Dann tun Sie so, als würde das Ausbauziel der Veränderungen, nämlich 900 Stellen für das Projekt „Schulreifes Kind“ oder 800 Stellen für die Jugendbegleiter, heute dem Unterricht entzogen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Also doch!)

(Minister Helmut Rau)

Das ist doch völliger Unsinn. Schauen Sie sich die Zahlen an. Es sind 40 und 45, die aufgrund des Rückgangs der Schülerzahlen für bildungspolitische Projekte umgewandelt werden, die die Schulen und die Schülerinnen und Schüler voranbringen. Das, was Sie tun, ist ein wirklich unmöglicher Akt der Irreführung. So sind Sie in der Bildungspolitik nicht verhandlungsfähig, wenn Sie so billig Stimmung machen wollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir schicken Ihre  
Rede an die Schulleiter!)

Wenn ich vorhin davon gesprochen habe, dass es die Zukunftschancen junger Menschen zu wahren gilt, dann gilt das auch für diejenigen, die künftig als Lehrerinnen und Lehrer in unseren Schulen Dienst tun. Ich bin froh, dass wir einen Numerus clausus für Lehramtsbewerber verhindern konnten.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg.  
Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Er stand zur Debatte.

(Abg. Stephan Braun SPD: Wer hat ihn denn zur Debatte gestellt?)

13 Länder haben einen Numerus clausus für Lehramtsbewerber. Wir können aber nicht pausenlos dafür werben, dass die Erstausbildung zügig über die Bühne gebracht wird, um dann dort, wo wir ein Ausbildungsmonopol haben, zu sagen: Jetzt müsst ihr leider ein, zwei Jahre warten. Das hat sich das Land eine ganze Menge kosten lassen, und einen Teil dessen haben wir von denen, denen wir die Ausbildung ermöglichen, durch zusätzliche Unterrichtsverpflichtungen zurückgeben lassen.

Wir geben in diesem Doppelhaushalt 61 Millionen € zusätzlich aus, um weitere Referendarstellen zu schaffen. Der Gegenwert dessen, was die Referendare bei uns durch die eine Stunde, die sie zusätzlich unterrichten, erwirtschaften, liegt bei lediglich 27 Millionen €. Die Differenz ist das, was wir tatsächlich zusätzlich in die Schulen geben, damit die Referendarinnen und Referendare sofort ihre Ausbildung vornehmen können. Es kann überhaupt nicht die Rede davon sein, dass wir auf Kosten der Referendare sparen würden, sondern wir haben für sie eine Möglichkeit geschaffen, die sie woanders nicht haben und die uns auch Geld kostet.

Meine Damen und Herren, wir gestalten eine kraftvolle und zukunftsorientierte Bildungspolitik, und dies auch im Rahmen eines Sparhaushalts. Das bedeutet trotzdem, dass nicht mehr alles realisierbar ist, was wünschenswert wäre. Denn der Fantasie sind ja Gott sei Dank keine Grenzen gesetzt, schon gar nicht, wenn es um Konzepte für Erziehung und Bildung geht.

Deshalb haben wir auch die 521 Lehrerstellen gesperrt, um zu zeigen, dass wir einen Beitrag zu diesem Sparhaushalt leisten. Ich habe vorhin deutlich gemacht: Die 5 500 Stellen sind unangetastet, und von den 950 Stellen, die wir zusätzlich bekommen haben, werden 521 gesperrt. Die sachliche Begründung habe ich auch schon vorgetragen, aber manche müssen sie, glaube ich, ein paar Mal hören, bevor sie sie richtig wiedergeben können, wenn sie es denn wollen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Begründung akzeptieren wir halt nicht!)

Die 521 Stellen sind der rechnerische Gegenwert für das, was die Prognosen von 2003 und 2006 unterscheidet. Deswegen kann ich diese Entscheidung sehr gut verantworten.

Ich will mich jetzt gar nicht darüber auslassen, was Sie in den vergangenen Zeiten selbst an Vorschlägen gemacht haben, wie viele Stellen gestrichen werden sollen. Ich erinnere daran, dass der gerade amtierende Präsident – ist der Präsident noch da? –

(Heiterkeit)

kurz vor der letzten Landtagswahl schon einmal die Streichung von 3 300 Stellen angekündigt hatte.

Ich will einen kleinen Beitrag zur Vermittlung zwischen den Finanzierungskonzepten und Wünschen der Grünen und der SPD leisten. So neu, lieber Herr Metzger, ist das, was Sie vorgeschlagen haben, gar nicht.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Wir haben das, was Sie uns hier vorschlagen, in unserem Vorgriffsstundenmodell nämlich schon einmal umgesetzt.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja, genau!)

Wir haben uns von den Lehrerinnen und Lehrern in den Jahren 1998 ff. den Gegenwert von 1 100 Stellen durch vorgeholte Arbeit geben lassen,

(Abg. Ute Vogt SPD: Genau! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber nicht durch Schulden!)

und wir werden ihnen das jetzt in den nächsten Jahren wieder zurückgeben. Ich halte das für eine sehr intelligente Form, mit Personal umzugehen, Personalkosten zu bewirtschaften und Potenziale zu schaffen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Auf 15 Jahre angelegt!)

– 15 Jahre, ja. Dagegen spricht doch nichts.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber das sind doch Schulden, was die Grünen wollen! Selbst Herr Strathaus sagt, das seien Schulden!)

Ich habe vorhin gesagt, wir müssen jungen Menschen Vertrauen entgegenbringen

(Abg. Stephan Braun SPD: Lassen Sie sich das von Herrn Strathaus einmal erklären! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und ihnen die Chance zur Persönlichkeitsbildung geben.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Als ich als Minister begonnen habe, wurde ich gefragt, wie viele Jugendliche ich abschreiben würde. Ich finde, bei aller Schwierigkeit, die wir erkennen, dürfen wir niemanden abschreiben. Das muss man sich versagen.

(Minister Helmut Rau)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP)

Deswegen arbeiten wir auch an der Weiterentwicklung des Bildungswesens: durch frühe Sprachförderung, durch die Stärkung der Kompetenzen der Kinder beim Übergang vom Kindergarten in die Grundschule, durch Ganztagschulen, durch die Verdopplung der Zahl der Schulpsychologen. Wir haben 617 Ganztagschulen im Land. Wir haben jetzt 113 neue Anträge für Schulen mit besonderen sozialen und pädagogischen Aufgabenstellungen und 145 Anträge auf offene Ganztagschulen erhalten.

Aber Sie, Herr Mentrup, werden es uns doch nachsehen, dass wir Anträge wenigstens auf ihre sachliche Richtigkeit prüfen, bevor wir zusätzliche Personalkosten und auch Sachkosten auf den Weg bringen. Es ist doch ganz normal, dass man sich die Dinge auf ihre Schlüssigkeit hin anschaut.

Zum Glück ist inzwischen nicht mehr umstritten, dass wir mit der Bildung früher beginnen müssen und dass schon der Kindergarten eine Bildungseinrichtung ist.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Mit dem Orientierungsplan für die Kindertageseinrichtungen haben wir ein Bildungskonzept für die Kindergärten auf den Weg gebracht, das weit über unsere Landesgrenzen hinaus großes Ansehen genießt.

Sie, Frau Vogt, haben gestern das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr angesprochen.

(Abg. Ute Vogt SPD: So ist es!)

Von all den Ländern, die Sie genannt haben, gehört allein Hessen zu den Geberländern im Länderfinanzausgleich. Die anderen Länder kassieren. Wir zahlen 2 Milliarden € im Jahr ein. Rheinland-Pfalz bekommt davon 300 Millionen €. Die können mit unserem Geld gut spendabel sein und haben trotzdem eine fast doppelt so hohe Pro-Kopf-Verschuldung wie wir.

(Abg. Ute Vogt SPD: Welche Arroganz!)

Ich wäre einmal vorsichtig, wenn man so etwas in einer Rede als vorbildlich anführt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Genau! – Abg. Ute Vogt SPD: Sie wären froh, wenn Sie die absolute Mehrheit hätten! – Abg. Reinhold Gall SPD: Es gibt CDU-Länder, die das auch tun!)

Es sind genau diese Kinder, die die heutige Beitragsfreiheit später durch den Schuldendienst in Ländern, die keine Rücksicht auf die Entwicklung ihrer Verschuldung nehmen, abbezahlen müssen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Ihr Ministerpräsident hat das doch gepriesen!)

Der Ministerpräsident hat das gestern in einem ganz vernünftigen Zusammenhang hier angeführt, indem er nämlich auch auf die finanzielle Machbarkeit verwiesen hat. Das oberste Ziel, das wir für junge Menschen erreichen müssen, ist, dass

sie die Eintrittskarte ins Berufsleben lösen können. Ich habe vorhin den Schüler von Bernhard Bueb zitiert. Jetzt zitiere ich Bueb selber, und zwar nicht aus seinem Buch. Er hat vor zwei Jahren in der „Stuttgarter Zeitung“ geschrieben:

*Man führe sich vor Augen, was es für junge Menschen bedeutet, wenn ihnen der Königsweg zu sich selbst, die Arbeit, verweigert wird. Wir alle definieren uns über Arbeit.*

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ich mich nicht! – Heiterkeit – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Jetzt wird mir einiges klar! – Erneute Heiterkeit – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Schuftent!)

*Arbeit stiftet Sinn im Alltag.*

– So kann man reden, wenn man auch noch das Recht auf eine Planstelle hat.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das hieße ja, meine sinnhafte Existenz würde aufhören, wenn ich in Pension ginge! – Gegenruf der Abg. Ute Vogt SPD: Sie können auch unbezahlt arbeiten, Herr Kretschmann!)

– Ich habe doch nicht davon gesprochen, Herr Kollege Kretschmann, dass Sie 24 Stunden am Tag arbeiten wollen. Aber für das, was man Ihnen hier bezahlt, werden es ja wohl wenigstens acht sein dürfen.

(Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lebensleistung!)

Ich glaube, dass es für die Hauptschüler und Hauptschülerinnen, dass es für alle Schüler in der Tat richtig ist, dass wir unsere Bemühungen darauf abstellen, dass sie eine Eintrittskarte in das Berufsleben lösen können. Unsere Hauptschulen arbeiten sehr engagiert und ideenreich daran, junge Menschen aufs Berufsleben vorzubereiten. Aber wir werden die Hauptschule inhaltlich weiterentwickeln müssen, damit die Chancen der jungen Menschen, in Ausbildung zu kommen, wieder steigen. Wir reden über eine enge Kooperation mit den Realschulen, über die Verstärkung der Praxiszüge, über die Einführung von Kompetenzanalyse in den Hauptschulen, damit wir nicht nur feststellen, was sie nicht können, sondern damit wir feststellen, was sie können, und das in einer beruflichen Perspektive verwertbar machen.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP)

Ich denke, all diejenigen, die leichtfertig über die Auflösung der Hauptschule reden, gefährden die Schullandschaft in Baden-Württemberg ganz erheblich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Überhaupt nicht!)

Von wohnortnahen Schulen kann da nicht mehr die Rede sein.

Ich appelliere aber hier auch ganz eindeutig an die Wirtschaft des Landes, wieder mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)



(Minister Helmut Rau)

Es macht keinen Sinn, zu sagen, es gebe nicht genügend Jugendliche, die wir ausbilden können, wenn die Zahl der Ausbildungsplätze in Jahrzehnten um ein Drittel zurückgegangen ist. Wir hatten einmal 105 000 Ausbildungsplätze pro Jahr in Baden-Württemberg, und wir haben noch 70 000 – bei allen Anstrengungen, neue zu schaffen. Deswegen ist es wichtig, dass die jungen Menschen eine Perspektive erhalten. 50 % derer, die sich heute um eine Lehrstelle bewerben, sind bereits mindestens im zweiten Suchlauf. Das heißt, wir haben eine hohe Zahl an Altbewerbern, und wir können diese nicht einfach sich selbst überlassen.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Stephan Braun SPD: Ja, aber was machen Sie da?)

– Ich habe gerade ein paar Beispiele dafür genannt, was wir in den Hauptschulen konzeptionell weiterentwickeln. Ich kann Ihnen auch sagen, dass wir das, was die Bundesbildungsministerin in die Diskussion eingeführt hat, nämlich die Schulabbrecherquote – konkret wird diese daran gemessen, wie viele Schülerinnen und Schüler keinen Hauptschulabschluss haben – zu senken,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da hätte die Frau Bundesbildungsministerin schon in Baden-Württemberg sinnvoll wirken können!)

schon erreicht haben. Wir haben in Baden-Württemberg die niedrigste Quote im Ländervergleich. Aber entscheidend ist, dass es nicht nur um einen Abschluss, sondern dann auch um einen Anschluss geht. Deswegen konzentrieren wir uns auf die Bereiche, die für einen beruflichen Einstieg maßgeblich sind. Wir müssen uns gerade in den Hauptschulen – wir tun es auch im Berufseinstiegsjahr – darauf konzentrieren, dass zentrale Dinge wie Mathematik, Deutsch, Sozialverhalten und Berufsnähe von den Jugendlichen intensiv erworben werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich will Ihnen auch sagen, dass unser Bildungssystem in Baden-Württemberg ein System ist, das Aufsteigerbildung beinhaltet. Wir wollen, dass junge Menschen Ziele erreichen können, die auch jenseits der jeweiligen Schule liegen, die sie gerade besuchen. 45 % unserer Hauptschüler machen einen mittleren Bildungsabschluss, eine mittlere Reife, und 50 % der Zugangsberechtigungen zu Fachhochschulen und Universitäten in diesem Land werden nicht mehr an allgemeinbildenden Gymnasien, sondern an beruflichen Schulen erworben.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Das ist doch ein Merkmal für ein Bildungswesen, das weit über dem steht, was Sie uns hier gelegentlich in Strukturdebatten zumuten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich sehe, dass ich schon ganz erhebliche Zeit in Anspruch genommen habe.

(Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war notwendig! – Abg. Alfred Winkler SPD: Es geht um den Inhalt!)

Herr Staatssekretär Wacker wird als Beauftragter der Landesregierung für die Bereiche Weiterbildung und Ehrenamt auch noch einige Anmerkungen machen.

Ich möchte deshalb lediglich noch einige Worte zu den Leistungen für den Sport sagen. Der Sport wird in Baden-Württemberg vorbildlich gefördert.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja! – Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Wir haben in der Sportförderung auch für Kontinuität gesorgt, indem wir einen Solidarpakt Sport über vier Jahre abgeschlossen haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der Sport dankt dafür!)

Wir wissen, was der Sport zum Gelingen in dieser Gesellschaft beizutragen hat. Junge Menschen lernen Begeisterung, Fairness, Einsatzbereitschaft, Leistungsbereitschaft, Kameradschaft. Der Sport leistet natürlich auch seinen Beitrag zur Gesundheitspolitik. Deswegen ist es für uns wichtig, dass wir das Rückgrat des Sports im Land, die Vereine, mit dieser Haushaltsstruktur absichern. Es wird keine Diskussionen um Übungsleiterzuschüsse geben, denn sie sind sichergestellt. Somit werden die Sportvereine auch in Zukunft für das Land das leisten können, was sie schon heute bringen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der ehemalige Präsident der Harvarduniversität, Derek Bok, hat einmal gesagt: „Wenn Du denkst, Bildung ist zu teuer, versuche es mit Dummheit.“

(Heiterkeit bei der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Guter Tipp!)

Das war in Baden-Württemberg noch nie unser Weg. Wir geben nahezu 50 % unserer öffentlichen Gelder in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Das ist deutlich mehr, als jedes andere Bundesland ausgibt. Wir liegen beim Anteil am Landeshaushalt, den wir für den Bereich Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur ausgeben, an der Spitze aller Bundesländer. Jeder Euro, den wir dort investieren, ist gut angelegt. Aber wir können nicht nur auf das schauen, was wir von öffentlicher Seite her investieren. Wir brauchen eine Bürgergesellschaft, die sich ebenso um diese Bereiche kümmert und sich dort einbringt. In diesem Sinne danke ich allen, die uns hier als gute Partner zur Verfügung stehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Kurtz.

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Monaten schon sprechen wir von der CDU-Fraktion bei sämtlichen öffentlichen Auftritten und auch hier im Haus davon, dass wir uns die Nullnettoneuverschuldung bis zum Jahr 2011 zum Ziel gesetzt haben. Ich spüre für dieses



(Sabine Kurtz)

Ziel ein großes Verständnis und Unterstützung bei den Bürgerinnen und Bürgern. Ich habe den Eindruck, die Zeit ist reif.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Wir wollen das!)

Die Menschen nehmen das Thema ernst und sind bereit, dafür auch in der Gegenwart Einschnitte hinzunehmen. Wir stellen uns dieser Aufgabe.

Sparen ist nicht gleich Sparen, uns geht es um intelligentes Sparen. Ich meine, der vorliegende Haushaltsentwurf ist ein Beweis dafür, dass man intelligent sparen kann. Das wird im Bereich der Jugendpolitik besonders deutlich.

Für uns ist klar: Jugendbildung ist kein unnötiger Luxus. Wenn wir hier Geld ausgeben, dann investieren wir in die Zukunft und stärken den Ast, auf dem wir sitzen. Deswegen haben wir verschiedene Anträge gestellt, um den Haushaltsentwurf in diesem Sinne noch einmal zu verbessern. Ich freue mich sehr, dass diese Anträge im Finanzausschuss einstimmig – auch mit den Stimmen der Opposition – angenommen wurden. Immerhin darf man sagen, dass die Anträge, die Sie zu diesen Titeln gestellt haben, doch weit hinter dem zurückgeblieben sind, was wir bereit sind, dafür einzusetzen.

Wir müssen uns vor Augen führen, was davon alles betroffen ist. Kollege Kleinmann hat vieles schon angesprochen: die Jugendleiterschulung – ein Herzstück der Jugendarbeit –, die Bildungseinrichtungen, die wir institutionell stärken wollen, die Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule – ganz wichtig für das Schülermentorenprogramm –, auch Maßnahmen im Bereich der Drogenbekämpfung, Studienfahrten zu Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts und etliche Projekte zur Ausländerintegration.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Es handelt sich da um ganz viele, durchaus auch kleinteilige, aber dafür eben auch sehr basisnahe Maßnahmen, die im Kapitel 0465 – Jugend und kulturelle Angelegenheiten – stecken. Bei den Jugendkunstschulen – sie sind schon angesprochen worden – gehen wir noch über die Ansätze von 2006 hinaus, weil wir einfach sagen: Die musische Bildung ist uns wichtig, das gehört zu unserem umfassenden Bildungsbegriff; deswegen auch die Stärkung der Jugendmusik, der Laienmusik, des Volks- und Amateurtheaters.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben sehr, sehr positive Rückmeldungen vom Landesjugendring erhalten. Ich muss sagen, ich nehme die sehr ernst, weil ich auch die Kritik und die Anregungen von dort sehr ernst nehme, weil ich den Eindruck habe, dass dort sehr kompetent und verantwortungsvoll Politik gemacht wird. Der Landesjugendring hat uns in der gemeinsamen Anhörung des Schulausschusses und des Sozialausschusses bestätigt, dass er die Haushaltslage sehr realistisch sieht und es deshalb besonders zu schätzen weiß, dass wir die Ansätze des Jahres 2006 auch in den nächsten beiden Jahren halten wollen.

Die CDU-Fraktion hat also mit ihren Anträgen wichtige Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir das Bündnis für die Jugend, das ja auch in der Koalitionsvereinbarung als Ziel verankert ist, umsetzen können. Ich halte das für ein ausgesprochen wichtiges Ziel. Die Jugendverbände brauchen Planungssicherheit, wenn sie weiterhin solide Arbeit, die ja schwerpunktmäßig auf der Arbeit von Ehrenamtlichen beruht, leisten wollen. Ich bin dem Ministerpräsidenten ausgesprochen dankbar dafür, dass er auch einen sehr hohen persönlichen Einsatz für diese Sache bringt.

Es haben schon verschiedene Gespräche stattgefunden; die Sache ist auf einem guten Weg. Ich glaube, unsere heutigen Haushaltsberatungen können die Basis dafür legen, dass dieses Bündnis für die Jugend wirklich auf den Weg gebracht werden kann.

Ich bin in diesem Zusammenhang sehr froh über ein Signal, das ich gestern vom Landesjugendring bekommen habe. Es betrifft nämlich ein Problem des Haushaltsvollzugs als Resultat aus der Verlagerung der Jugenderholung aus dem Kultusministerium in das Sozialministerium. Wir haben darüber in dieser schon genannten Anhörung etwas gehört und das durch Nachfragen von CDU-Seite noch einmal sauber herausgearbeitet. Es gibt mittlerweile Gespräche auf Verwaltungsebene, die uns beweisen, dass das finanztechnisch zu lösen ist und dass somit auch in diesem Bereich Jugenderholung, in dem es ja noch eine Kürzung um 200 000 € gibt, eine Abmilderung dieser Kürzung erfolgen kann, weil man das eben haushalts-technisch umstellen kann.

Ich denke also: Wenn wir das, was wir uns vorgenommen haben, nämlich das Bündnis für die Jugend, umsetzen wollen – und ich glaube, das stößt ja auch bei den Oppositionsfraktionen auf ungeteilte Zustimmung – und wenn wir den Jugendverbänden Planungssicherheit und Verlässlichkeit anbieten wollen, dann müssen wir heute diesem Haushalt so zustimmen, und ich bitte Sie, daran mitzuwirken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Zeller.

**Abg. Norbert Zeller SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bildung zielt im umfassenden Sinn auf ein gelingendes Leben in einer demokratischen Gesellschaft.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Ich glaube, Herr Kleinmann, darin sind wir uns alle einig.

Wir sind uns sicherlich auch darin einig, dass Bildung nicht erst in der Schule, sondern eigentlich bereits mit der Geburt beginnt und über den Kindergarten bis zur Hochschule geht.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Vergessen Sie die Schwangerschaft nicht, Herr Kollege!)

Ich konzentriere mich in meinen Ausführungen nun schwerpunktmäßig auf die Schule. Auch hier sind wir uns, denke ich, einig, wenn es darum geht, die besten Lernbedingungen für

(Norbert Zeller)

unsere Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Erfolgreiches Lernen müssen wir gestalten. Die Frage ist nur: Wie können wir das erreichen? Immer wieder, auch von diesem Pult aus, wurde gesagt: Individuelles Lernen ist der zentrale Schlüssel für erfolgreiches Lernen. Herr Röhm, ich denke, da können Sie mir auch zustimmen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da stimme ich Ihnen gern zu, Herr Kollege!)

Die Frage ist aber, wie wir dies erreichen können.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Genau!)

Da hilft der Blick zu den erfolgreichen PISA-Ländern durchaus, um zu erkennen, wie dort individuelle Förderung und erfolgreiches Lernen organisiert sind. Ich kann Ihnen sagen: Dort gibt es – Sie waren bei der Reise des Ausschusses dabei – heterogene Lerngruppen. Dort werden die Kinder nicht bereits nach der vierten Klasse getrennt, sondern die Kinder lernen gemeinsam. Deshalb fordert der Städtetag auch zu Recht eine Offenheit für Alternativen zur jetzigen Schulstruktur.

Aber wie reagieren Sie von der CDU, von der FDP/DVP und seitens des Kultusministeriums? Wir haben es ja gerade eben wieder erlebt: Sie jubeln das dreigliedrige Schulsystem als das beste der Welt hoch, obwohl Sie erkennen müssen, dass dieses gegliederte Schulwesen eine sehr extreme soziale Auslese fördert und vor allem Migrantenkinder extrem benachteiligt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Sie jubeln dieses gegliederte Schulwesen hoch, obwohl Sie erkennen, dass ein Hauptschulstandort nach dem anderen wegbricht – außer vielleicht Amtzell; der Kollege Locherer ist jetzt nicht da. Amtzell ist aber eine Besonderheit.

Erkennen Sie endlich, meine Damen und Herren: Das dreigliedrige Schulsystem ist überholt. Es ist am Ende. Die Hauptschule ist ein Auslaufmodell. Kommunen haben diese Situation im Übrigen erkannt und haben – zu Recht – sehr undogmatisch den Satz geprägt: „Wir wollen die Schule im Dorf lassen.“ Man weiß inzwischen, dass es ein Standortvorteil ist, wenn die Schule am Ort gehalten werden kann – für Firmen, aber auch für Familien.

Ziel der SPD ist es, eine wohnortnahe Schule mit einem breiten Angebot an Bildungsabschlüssen zu schaffen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Keine Regionalschule mehr?)

Nur noch in Baden-Württemberg, und vor allem durch Sie, Herr Röhm, geprägt, scheinen die letzten Verhinderer einer notwendigen Schulentwicklung zu sitzen.

(Beifall bei der SPD)

Schauen Sie sich einmal an, was andere Bundesländer machen. Schauen Sie sich einmal das Saarland an – ein von der CDU alleinregiertes Land. Dort wurden die Hauptschulen und Realschulen schon längst zu sogenannten Sekundarschulen zusammengelegt.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Schauen Sie sich einmal die PISA-Ergebnisse an!)

Bremen und Sachsen-Anhalt sind auf dem gleichen Weg.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Um Gottes willen! Bremen! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Thüringen hat bei der letzten PISA-Studie Baden-Württemberg überholt, Frau Berroth. Thüringen hat ein Sekundarschulwesen mit Gymnasien und Realschulen, Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls. Rheinland-Pfalz hat die Regionale Schule, und ich nenne auch Brandenburg. Hamburg als jetzt allein von der CDU regiertes Land führt die Hauptschulen und Realschulen zusammen. Schleswig-Holstein mit einer CDU/SPD-geführten Regierung hat sein Schulgesetz geändert und hat jetzt die neunjährige Schule als Regelschule sowie Gymnasien und Regionalschulen.

Eine breite Front an Bundesländern hat also erkannt, dass sich das ideologische, dogmatische Festhalten an diesem dreigliedrigen Schulwesen längst überholt hat. Das Problem ist, dass Sie das nicht erkennen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ideologen seid ihr!)

Im Übrigen gibt es weitere Belege dafür. Ich will es nur andeuten. Ich könnte Ihnen hier alle möglichen Zitate bringen. Der baden-württembergische Handwerkstag hält nichts mehr von der Schulstruktur, die wir haben. Professor Baumert, der für Sie, Herr Rau, sozusagen immer der Papst war, was PISA und Schulentwicklung angeht, sagt ebenfalls, dass auch wir in Baden-Württemberg ein zweigliedriges Schulwesen brauchen; von den OECD-Bildungsexperten ganz zu schweigen.

Sie machen sich an unseren jungen Menschen schuldig, wenn Sie an Ihrem Konzept starrköpfig festhalten. Sie nehmen den jungen Menschen wichtige Lernchancen, die sie brauchen.

Hinzu kommt – und damit gehe ich jetzt gern auf Ihre Einlassung ein –, dass wir einen massiven Entzug von Deputaten für den Unterricht haben. Sie, Herr Rau, haben gesagt – und da stimme ich Ihnen zu –: „Unterricht ist das Kerngeschäft der Schule.“ Aber wie sieht die Situation konkret aus? Sie entziehen der Schule Unterrichtskapazitäten – obwohl Sie sagen, dass der Unterricht eigentlich das Zentrale ist. Vor noch nicht allzu langer Zeit haben Sie gesagt:

*Ich bin der Auffassung, dass angesichts der bildungspolitischen Herausforderungen dieser Legislaturperiode eine Streichung von Lehrerstellen noch nicht möglich ist.*

Daran sieht man auch die Halbwertszeit Ihrer Aussagen.

(Abg. Ute Vogt SPD: August 2006!)

Diese Aussage ist in der „Heilbronner Stimme“ nachzulesen.

Nachdem Sie bestritten haben, dass – wie Frau Vogt gestern zu Recht betont hat – dem Unterricht 3 000 Lehrerstellen entzogen werden, rechne ich Ihnen das einmal vor: Zum einen

(Norbert Zeller)

sind das die 521 Stellen, die Sie ja auch nicht bestritten haben. Dazu kommen weitere 349 Stellen im nächsten Jahr. 270 Stellen fallen durch die Referendare weg.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Da sind doch noch ein paar Stellen für Referendarstunden dabei!)

800 Stellen widmen Sie für das Jugendbegleiterprogramm um.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wann? Wann 800?)

Das bedeutet, dass 800 Stellen dem Unterricht entzogen werden und damit praktisch nicht mehr für Unterricht zur Verfügung stehen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: 800 in welchem Jahr?)

Bis zu 280 Stellen werden durch die Evaluation umgewidmet.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ihr wollt doch mehr!)

– Wir sind nicht gegen Evaluation, Herr Schebesta, aber diese Stellen dürfen nicht dem Unterricht entzogen werden, sondern müssen dazukommen! Das muss die Devise sein.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Punkt. Das haben Sie offensichtlich immer noch nicht kapiert. Es kann nicht angehen, dass Sie hier großspurig auftreten und sagen: „Wir brauchen Stellen für den Unterricht“, wenn Sie gleichzeitig hergehen und kaltschnäuzig Stellen streichen. Das ist unehrlich, sage ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Dann sind 900 Stellen für das Konzept „Schulreifes Kind“ umgewidmet.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wann?)

Dann schlägt das Konzept die „Operativ Eigenständige Schule“ mit 90 Stellen zu Buche. Gerade hat der Kultusminister zudem gesagt: 1 100 Stellen des Vorgriffsstundenmodells müssen wieder abgebaut werden.

All dies, meine Damen und Herren, bedeutet, dass der Schule Stellen für den Unterricht entzogen werden. Das ist Ihre Politik, die wir für unverantwortlich halten.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Zögerlicher Beifall bei der SPD!)

Im Übrigen sage ich Ihnen: Auch für den Bereich der Ganztagschulen, in dem Sie sich immer so hervortun, haben Sie ein Konzept entwickelt, das im Grunde genommen lautet: Halbtagschulen plus Aufbewahrung am Nachmittag. Sie verweigern sich der Aufgabe, in diesem Lande für alle Schulkarten wirklich effektiv gebundene Ganztagschulen zu schaffen. Sie weigern sich, obwohl wir wissen, dass genau diese Schularten zu einem höheren Lernerfolg führen, vor allem für diejenigen Kinder, die aufgrund der familiären Struktur sozial benachteiligt sind.

(Beifall bei der SPD)

Sie verweigern sich weiter, eine ausreichende Lehrerreserve zu schaffen, die diesen Namen wirklich verdient, um Unterrichtsausfall zu verhindern. Sie verhindern auch die Bildung von kleinen Klassen. Sie wehren sich gegen eine moderne Lehrerbildung. Sie reduzieren Poolstunden, statt deren Zahl zu erhöhen. Sie sind auch für den Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen verantwortlich. Lesen Sie heute einmal die Zeitung. Falls Sie es noch nicht begriffen und kapiert haben – auch heute steht nochmals etwas hierzu in der Zeitung: Kiel kippt das dreigliedrige Schulsystem. Alles im Lande bewegt sich, weil dies notwendig ist, um die Qualität unserer Schulen zu erhalten; nur Sie bleiben starrköpfig und verhindern die notwendige Entwicklung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Interessant ist auch, dass Sie, Herr Rau, offensichtlich sehr gern Herrn Dr. Bueb zitieren. Ich kann Ihnen nur sagen: Sprechen Sie einmal mit Herrn Bueb. Wir waren ja auf einer gemeinsamen Podiumsdiskussion in Salem; Herr Bueb war auch dort. Er ist ein klarer Verfechter einer gebundenen Ganztagschule für alle Schularten. Es ist schon interessant: Sie picken sich das heraus, was Ihnen gerade passt, während Sie die Dinge verschweigen, die für unsere Schullandschaft und Schulentwicklung wichtig sind.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen brauchen wir in Baden-Württemberg einen Weg, der in Richtung sechsjährige Grundschule geht. Wir brauchen die Zweigliedrigkeit hin zu einem neunjährigen Schulwesen. Wir brauchen die gebundenen Ganztagschulen für alle Schularten.

Wenn Sie jetzt mit dem Argument der knappen Ressourcen kommen, dann sage ich Ihnen noch eines: Ich empfehle Ihnen, die Berliner Rede des Bundespräsidenten einmal nachzulesen, die er im September 2006 gehalten hat. Darin sagt der Bundespräsident eindeutig, dass er Verständnis für die Haushaltssituation der Länder hat. Trotz dieses Verständnisses fordert er aber mehr Mittel, mehr Ressourcen für den Bildungsbereich. Dem können wir uns nur anschließen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aber keine sozialistische Einheitsschule! – Gegenruf des Abg. Norbert Zeller SPD: Sie haben nichts verstanden!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Lehmann.

**Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Mit der sozialistischen Einheitsschule wurde jetzt ein Stichwort genannt.

(Zuruf von FDP/DVP: Recht hat er auch!)

Ich muss Ihnen sagen: Der Zwischenruf, der vorhin von Herrn Bachmann zur Bildungspolitik, zur Schulpolitik gekommen ist, reduziert die bildungspolitischen Perspektiven der FDP auf einen Punkt. Er hat nämlich gesagt: Wir brauchen Kinder, keine Lehrer.

(Abg. Werner Raab CDU: Aber aus Kindern werden Lehrer!)



(Siegfried Lehmann)

So einfach ist anscheinend die Welt aus der Sicht der FDP, was Bildungspolitik angeht.

Ich wollte oder sollte heute aber eigentlich zu einem anderen Thema sprechen,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Seien Sie so gut!)

nämlich zur Jugendpolitik. Frau Kurtz hat dazu ja auch schon ein paar Sätze gesagt. Einen Satz muss man dazu natürlich sagen: Die Springprozedur, die die CDU-FDP/DVP-Landesregierung und die sie stützenden Fraktionen in den letzten sieben Monaten aufgeführt haben, ist sicher kein Beispiel dafür, wie man das Vertrauen der Jugend in die Politik zurückgewinnen kann. Herr Oettinger hat in der Regierungserklärung gesagt: Wir wollen die Förderung der Jugendpolitik langfristig sicherstellen. Wenige Tage später ist durchgesickert, man möchte die Mittel für Jugendberufshilfsmaßnahmen fast gänzlich streichen, nämlich im Umfang von 2 Millionen €. Dann kam die Postkartenaktion, auch den Regierungsfractionen ist offensichtlich klar geworden, dass in diesem Bereich jährlich im Sommer über 20 000 junge Menschen im Ehrenamt über 160 000 Kinder und Jugendliche betreuen. Also hat man gesagt: „Da müssen wir wieder was machen.“ Trotzdem hat die Regierung einen Haushaltsentwurf vorgelegt, in dem diese Streichungen weiter vorgesehen waren; nicht mehr in vollem Umfang, aber Kürzungen um 10 % – und gleichzeitig sagt man, man möchte ein Bündnis für die Jugend machen. Ich frage Sie: Was steckt dahinter? Gleichzeitig wird im Bericht zum Staatshaushaltsplan ausgeführt: „Wir müssen die Ehrenamtlichkeit stützen, und die Landesregierung ist ein Garant dafür.“

Nun lese ich – genauso wie dies Herr Mappus tut; ich habe mittlerweile gelernt: man soll auch Presseerklärungen der anderen Fraktionen lesen und auf die entsprechenden Internetseiten gehen – in einer Presseerklärung zu den Beratungen im Finanzausschuss zu dem Thema, dass diese Kürzungen im Jugendbereich wieder zurückgenommen worden seien, Folgendes:

*Dabei ist es der CDU-Fraktion gelungen, im Haushaltsentwurf geplante Kürzungen durch den Einsatz sogenannter Fraktionsmittel zu verhindern.*

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das haben wir gestern schon gehabt!)

Da frage ich Sie erst einmal: Haben Sie da eigene Fraktionsmittel,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben das Letzte gegeben! – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Spielgeld!)

oder ist das Spielgeld, das Ihnen die Landesregierung gibt, um hier jetzt irgendwelche Wohltaten zu verteilen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das letzte Hemd haben wir gegeben!)

Offensichtlich ist es doch so mit Ihren sogenannten Fraktionsmitteln. Oder sind die irgendwo ausgewiesen? Wir zumindest haben keine Fraktionsmittel, die wir einfach einmal in den

Haushalt stecken können, wie Sie sie offensichtlich als Spielgeld bekommen.

Das ist – so sage ich einmal – der Endpunkt dieser unwürdigen Diskussion. Ich hoffe, dass die Diskussion vielleicht dazu geführt hat, dass wir jetzt gemeinsam hier im gesamten Haus, was den Landesjugendring angeht, wirklich eine Neuaufstellung des Parlaments zur Jugendarbeit erreichen. Das würde mich freuen – wenn man einmal all diese Dinge, die im letzten halben Jahr passiert sind, beiseite lässt. Aber die Art und Weise, wie dieser Weg beschritten wurde, war schlecht; das muss ich Ihnen einfach sagen.

Lassen Sie mich einen letzten Satz sagen – meine Redezeit ist, glaube ich, schon abgelaufen –: Eine Bemerkung, Herr Rau, muss ich hier doch machen. Sie haben die Sinnstiftung der Arbeit in die Diskussion gebracht, was die berufliche Bildung angeht. Da gebe ich Ihnen recht. Man muss aber auch handeln. Wenn wir 71 000 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge haben und sich gleichzeitig 73 000 Jugendliche in Warteschleifen befinden – im Berufsvorbereitungsjahr, in Berufskollegs –, dann stimmt etwas nicht. Dann können wir lange sagen: „Wir sind in Deutschland spitze.“ Wir sind vielleicht im Bundesvergleich spitze.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen noch besser werden!)

Aber die Situation ist sehr unbefriedigend. Hier fehlen entsprechende Konzepte, die aufzeigen, wie man die Situation verbessern kann. Das Berufseinstiegsjahr wird es nicht sein; das muss ich Ihnen sagen. Wir brauchen wirklich eine Reform der beruflichen Bildung. Dies muss hier auf den Tisch, und dies müssen wir auch hier sehr bald diskutieren; davon bin ich fest überzeugt.

Ein allerletzter Satz zum Bildungspakt: Wir haben einen Bildungspakt vorgestellt, der bis zum Jahr 2016 läuft. Die Laufzeit geht also über den Veranschlagungszeitraum des Haushalts hinaus. Gleichzeitig sagen Sie aber in der Diskussion über den Vertrauensschutz der Bürgermeister im Parlament, hier müsse eine langfristige Linie bis 2016 verfolgt werden. Ich vermisse im Bereich der Bildungspolitik – demografischer Wandel, Einführung der Ganztagschule, Ausbau der Hochschulen –, dass hier eine Perspektive vorgelegt wird – sowohl von der SPD-Opposition als auch von den Regierungsfractionen.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE:** Sie dürfen uns nicht kritisieren, weil wir einen Entwurf vorgelegt haben. In den nächsten Jahren muss hier ein Konzept auf den Tisch gelegt werden. Wir haben einen Entwurf vorgelegt. Geben Sie bitte eine Antwort darauf, die sich nicht auf solche Plattitüden beschränkt.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Brunnemer.



**Abg. Elke Brunnemer** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben 2006 eine bis dahin nicht gekannte Sportbegeisterung erlebt. Die Fußball-WM hat unser Land richtig beflügelt. Und was jetzt unsere Handball-Weltmeister geleistet haben,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war spitze!)

das war einfach spitze.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth  
FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Das zeigt, Sport begeistert Menschen nicht nur als Schlachtenbummler und als Fernsehzuschauer. Sport ist ansteckend, Sport motiviert zum Mitmachen.

Bei gleichbleibender Bevölkerungszahl haben wir steigende Mitgliederzahlen in den Sportvereinen. Daher ist es für die CDU von allergrößter Bedeutung, dem organisierten Sport einen verlässlichen Finanzrahmen zu geben. Das, meine Damen und Herren, ist in der bewährten Zusammenarbeit gelungen. Mit dem Sportpakt zwischen der Landesregierung und dem Landessportverband erhalten die Sportorganisationen über vier Jahre Planungs- und Handlungssicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Damit haben wir eine verlässliche Förderung geschaffen, auch in finanziell schwierigen Zeiten. Damit ist auch bewiesen: Der Sport hat in Baden-Württemberg auch in Zeiten knappen Geldes einen hohen Stellenwert. Wir erkennen die vielfachen Leistungen des Sports für unsere Gesellschaft an und unterstützen sie.

Wichtig war uns dabei, dass sich der Landessportverband verpflichtet hat, die Fördermittel für die Übungsleiter nicht zu kürzen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist das Ergebnis unseres Beschlusses bei den letzten Haushaltsberatungen!)

Jedem von uns ist klar, dass die Übungsleiterzuschüsse das Rückgrat des Breiten- und Freizeitsports sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Wichtig ist auch Folgendes: Die Sportorganisationen in Baden-Württemberg gehen sehr verantwortungsvoll mit den Fördergeldern um. Das zeigt der Landesrechnungshof in seinem abschließenden Bericht. Darin wird klar der Sportselbstverwaltung sparsames und wirtschaftliches Verhalten bescheinigt. Der Rechnungshof sieht keinen Anhaltspunkt dafür, dass durch die Zusammenführung der vier Spitzenverbände die Wirtschaftlichkeit weiter verbessert werden könnte. Mit dieser Feststellung werden auch diejenigen korrigiert – auch einige Landtagskollegen –, die bei den letzten Haushaltsberatungen immer wieder gesagt haben, der Sport verschwende Steuermittel.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! So war es!)

Heute steht fest: Der Sport geht bewusst und sparsam mit dem Geld um, das ihm das Land zuweist. Darüber sind wir froh. Wir haben die ganze Zeit gesagt, der Sport ist verantwortungsbewusst; und jetzt ist der Beweis erbracht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Keine Hetze gegen den Sport!)

Mit der Selbstverwaltung des Sports haben wir einen wichtigen Partner – nicht zuletzt bei Erziehung und Bildung. Man kann nicht oft genug wiederholen: Erziehung zu Sport und Bewegung ist auch Erziehung zu Gesundheit, zur Leistungsbereitschaft und zu einem selbstverantwortlichen Leben. Hinzu kommen Fairness, Teamfähigkeit und soziale Kompetenz – das alles lernen unsere Kinder und Jugendlichen beim Sport.

Daher fördern wir die Bewegungserziehung im Kindergarten, und wir bringen das Thema Sport und Bewegung in den Schulen neben dem regulären Sportunterricht weiter voran. Berichte über ausgefallene Sportstunden nehmen wir ernst, und wir tun alles dafür, dass ein ausreichendes Angebot an Sportstunden besteht.

Gerade im Bereich der Ganztagsangebote liegen hervorragende Chancen, Kinder und Jugendliche mit Sport und Bewegung zu begeistern. Die Sportvereine stellen Jugendbegleiter und Übungsleiter für außerunterrichtliche Zeiten zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, ich denke, Sie stimmen mir zu, wenn ich abschließend feststelle: Wir werden dem Sport in all seiner Vielfalt weiterhin den notwendigen Stellenwert einräumen und die notwendigen Entscheidungen treffen – zugunsten der Menschen im Land, die Sport treiben und sich damit gesund und leistungsfähig halten. Allen ehrenamtlichen Trainern und Helfern im Sport sprechen wir unsere Anerkennung aus und sagen ihnen unsere unverminderte Unterstützung zu und danken ihnen sehr herzlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte:** Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Beitrag zum Thema Sport kann wirklich kurz ausfallen, zum einen, weil Frau Kollegin Brunnemer schon sehr vieles Richtige gesagt hat, das ich nicht wiederholen will,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sie hat nur Richtiges gesagt!)

und zum Zweiten, weil wir es in der Tat – und daran war die FDP/DVP-Fraktion maßgeblich beteiligt – geschafft haben, auch mit dem Sport einen Solidarpakt zu schließen.

Jetzt muss man wissen, dass dies einem Finanzpolitiker gar nicht so leicht fällt, weil man sich damit natürlich für die nächsten Jahre festlegt.

(Heiderose Berroth)

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen ja verlässlich bleiben!)

Aber es war in diesem Moment unerhört wichtig, dass die Zusage besteht. Wir haben die Finanzen so zu einem großen Teil in die Verantwortung der Verbände übergeben, und diese haben damit die lange geforderte Planbarkeit und Sicherheit der Mittel erhalten. Herr Dr. Mentrup – ich sehe gerade, dass er doch hier ist –, die Mittel im Rahmen des Solidarpakts Sport sind, ebenso wie das auch für die anderen Solidarpakte gilt, die einzigen wirklich sicheren Mittel im Haushalt. Alle anderen Zahlen, die in die Zukunft gehen, sind – so lautet jedenfalls meine Definition – „gegriffen“. Denn man weiß heute noch nicht sicher, wie sie in Zukunft genau aussehen werden. Eine Planung reicht immer in die Zukunft, und deshalb kann hier nur ganz selten von sicheren Zahlen die Rede sein – es sei denn, es handelt sich, wie hier, um einen Solidarpakt.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

– Ich wollte jetzt nur meine Definition des Begriffes nennen; Sie haben offensichtlich eine andere.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sind das alles Phantomzahlen?)

– Nein, das ist ein großer Unterschied. Sie haben vielleicht noch nicht so viele Pläne aufgestellt wie ich. Es ist immerhin mein Beruf, Planberechnungen für Betriebe aufzustellen. Ich habe mich immer geweigert, dabei Zahlen hinter dem Komma auszuweisen, weil das niemals sichere Zahlen sind, sondern es sich dabei um eine solide Schätzung handelt und damit um gegriffene Zahlen. Das heißt aber überhaupt nicht, dass dies unsolide wäre.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Machen Sie weiter!)

Aber nun zurück zum Sport. Die Diskussion im Finanzausschuss zum Thema Sport war sehr kurz; es ging lediglich darum, dass die Grünen bemängelt haben, dass die Renovierung des Wildparkstadions vom Land gefördert wird. Ich möchte dem entgegenreten: Das ist ebenso eine überregionale Sportstätte, wie es auch das Daimler-Stadion ist. Ich wünsche dem KSC, dass er, wenn das Stadion erst einmal renoviert ist, wieder in der ersten Bundesliga mitspielt, damit dieses Stadion dann auch voll zur Geltung kommt. Allen anderen, die darin Sport treiben, wünsche ich natürlich ebenfalls Erfolg.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zum Schluss: Die hervorragenden Ergebnisse baden-württembergischer Sportlerinnen und Sportler – als letzten nenne ich Mimi Kraus im Handball, aber für viele, viele andere gilt das auch – sind das Ergebnis hervorragender Arbeit in unseren Schulen und vor allem auch in unseren Vereinen. Unser Dank gilt daher allen, die dort tätig sind, und ganz besonders den ehrenamtlich Tätigen.

Ein allerletzter Satz, weil die Grünen den Antrag zur Privatschulförderung noch einmal eingebracht haben. Sie sollten sich über Folgendes im Klaren sein: Wenn wir das alte System noch gehabt hätten, hätte es wieder geheißen, der Staat habe weniger Lehrer, also müssten die Zuschüsse an die Schulen in freier Trägerschaft gekürzt werden. Dadurch, dass wir jetzt das Bruttokostenprinzip haben, ist das nicht der Fall. Vielmehr

ist der Betrag erhalten geblieben. Das halte ich für einen riesigen Erfolg für die Schulen in freier Trägerschaft, und ich bin stolz darauf, daran mitgewirkt zu haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte:** Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Wacker.

**Staatssekretär Georg Wacker:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Manfred Rommel hat einmal geschrieben:

*Das Prinzip Verantwortung erfordert nicht nur, das zu unterlassen, was schädlich ist, sondern auch, das zu tun, was nützlich ist.*

(Abg. Michael Föll CDU: Sehr richtig!)

Das ist ein Satz, über den wir nachdenken sollten. Die bürgerliche Ordnung, der Respekt und die Achtung vor Recht und Gesetz sind die eine Seite. Aber echter Bürgersinn zeigt sich noch anders. Echter Bürgersinn ist die Überzeugung, dass das Leben in unserer Gemeinschaft nicht nur aus Rechten und Ansprüchen, sondern vor allem auch aus Pflichten und aus Verantwortung gegenüber anderen besteht. Ich darf noch einmal Manfred Rommel zitieren:

*Wenn ich meine, in meiner Umgebung sollte etwas besser oder anders gestaltet werden, dann warte ich nicht einfach ab.*

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Gespräche nach draußen zu verlegen.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Sehr gut!)

**Staatssekretär Georg Wacker:** Ich setze das Zitat von Rommel fort:

*Und dann zeige ich auch nicht bloß auf andere, sondern tue selbst etwas.*

Im freiwilligen bürgerschaftlichen Engagement steckt die Idee der demokratischen Teilhabe und des sozialen Miteinanders als Kennzeichen einer Gesellschaft, die den Umbau des Sozialstaats in Richtung auf eine eigenverantwortliche und doch solidarische Bürgergesellschaft voranbringen will – mit weniger Erwartungen an den Staat und breitem Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Nur so können demokratische Kultur und demokratische Werte in unserer Gesellschaft fest verwurzelt und weiter gefördert werden.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Wie wichtig dies ist, meine Damen und Herren, zeigen niedrige Wahlbeteiligungen, zurückgehende Mitgliederzahlen bei gesellschaftlichen Organisationen, auch bei Parteien.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Bei uns steigen sie!

– Gegenruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD: Von 70 auf 72!)

(Staatssekretär Georg Wacker)

– Das ist aber nur ein Stroheffekt, und ich glaube, dass sich auch die Liberalen mit diesem gesellschaftlichen Phänomen durchaus ernsthaft auseinandersetzen sollten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist kein Phänomen!)

Wenn wir also der Überzeugung sind, dass mehr Eigenverantwortung zu mehr Gemeinwohl führt, bedarf es eines durchgängigen gesellschaftspolitischen Ansatzes, den wir als aktive Bürgergesellschaft bezeichnen. Alle Maßnahmen unserer Politik müssen darauf abzielen, Anreize zu geben und Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Menschen aktiviert werden und ihre Möglichkeiten entfalten können. Die aktive Bürgergesellschaft eröffnet uns einen Weg, auf dem unser Land sowohl leistungsfähiger als auch menschlicher wird. Sie hilft uns, eine Weltsicht zu überwinden, in der die meisten unserer Mitbürger davon ausgehen, dass diese Welt zwangsläufig und unaufhaltsam immer härter und immer kälter wird.

Diese Bürgergesellschaft wird jedoch nur möglich, wenn alle an einem Strang ziehen, sich an dieser Aufgabe beteiligen. Gerade hierin hat sich Baden-Württemberg besonders ausgezeichnet. Dass sich 4,5 Millionen Menschen in Baden-Württemberg im Ehrenamt engagieren, ist ein Verdienst derjenigen, die diese wichtigen ehrenamtlichen Strukturen über die letzten Jahre hinweg aufgebaut haben. Kommunen, Verbände, viele Unternehmen, viele Einzelpersonen haben diese Entwicklung unterstützt, und deswegen können wir heute auf diese stolze Zahl verweisen.

Natürlich hat auch das Land Baden-Württemberg, das mit dem vorliegenden Haushalt wiederum verlässliche Rahmenbedingungen für das Ehrenamt geschaffen hat, auch schon in den letzten Jahrzehnten maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen. Der Solidarpakt Sport, der eben ausführlich zitiert wurde, ist nur ein Beleg dafür, dass Planungssicherheit und Glaubwürdigkeit im Umgang miteinander und auch beim Ehrenamt ein wichtiges Markenzeichen in dieser Richtung sind. Immerhin haben wir eine Planungssicherheit bis zum Jahr 2010 festgeschrieben.

Sehr froh und dankbar bin ich, dass mit den Änderungsanträgen der Regierungsfractionen im Bereich Jugendbildung und kulturelle Angelegenheiten ein ähnliches Signal gesetzt werden konnte, nämlich dass keine Kürzungen vollzogen

(Abg. Norbert Zeller SPD: Was?)

und die Maßnahmen für den Doppelhaushalt 2007/2008 fortgeschrieben werden. Angesichts der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung ist dies wahrlich keine Selbstverständlichkeit. Die Initiative ist ein umso wichtigeres Signal für die gesellschaftspolitische Bedeutung dieser Bereiche.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus darf ich darauf aufmerksam machen, dass das Ehrenamt, das wir tagtäglich in vielen Reden loben, im Grunde dann zu einem glaubwürdigen Bereich der Landespolitik wird, wenn seine Unterstützung letztlich auch im Haushalt zum Ausdruck kommt.

Die Dispositionen für ein späteres bürgerschaftliches Engagement entstehen natürlich im Jugendalter. Jeder, der sich in der Jugend für das Ehrenamt erwärmt, schafft im Grunde mit

die Voraussetzung dafür, dass die ehrenamtlichen Strukturen in unserem Land gestärkt werden. Aus dem zweiten Freiwilligensurvey der Bundesregierung aus dem Jahr 2004 geht hervor, dass sich nirgendwo in Deutschland so viele junge Menschen zwischen dem 14. und dem 19. Lebensjahr engagieren wie in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das geschieht deswegen, meine Damen und Herren, weil wir eine Landespolitik gestalten, die darauf zielt, Vorbilder zu produzieren und Menschen – in erster Linie junge Menschen, aber natürlich auch Erwachsene – in die Lage zu versetzen, verantwortungsbewusst Aufgaben auszufüllen, damit sie für andere Vorbilder sein können und dadurch auch ein wichtiger Multiplikatoreffekt entsteht.

Wir haben deswegen entsprechende Maßnahmen in die Wege geleitet, die wegweisend sind. Drei darf ich kurz skizzieren.

Das Jugendbegleiterprogramm wird heftig diskutiert. Ich will in diesem Zusammenhang gern noch einmal auf eine Aussage von Frau Kollegin Vogt eingehen, die sie gestern während ihrer Haushaltsrede gemacht hat.

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja, ich erinnere mich!)

Bereits am 1. Februar letzten Jahres konnten wir die Voraussetzung dafür schaffen, dass sich schließlich 250 Schulen an der Modellphase beteiligt haben. Die Voraussetzung dafür war, dass über 80 Verbände des Ehrenamts Ja gesagt haben zu diesem Projekt, auch mit dem Ziel, junge Menschen sehr früh mit Verantwortung zu betrauen und diese damit auch in das Schulleben einzuführen. Im Ergebnis konnten wir im ersten Modelljahr 2 700 Jugendbegleiter gewinnen.

Ich bin schon etwas verwundert, meine Damen und Herren, wenn die SPD-Fraktionsvorsitzende in diesem Zusammenhang von einem „Rohrkrepierer“ spricht. Wenn wir feststellen, dass wir im letzten Jahr 250 Modellschulen in diesem Bereich hatten und dass wir ein Jahr nach dem Start der Modellphase, sehr geehrte Frau Kollegin Vogt, diese Zahl nachweislich mehr als verdoppeln konnten, dann müssen wir sagen: Dieses Programm ist kein Rohrkrepierer, sondern ein Volltreffer!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: 1 und 1 ist auch 2! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

**Staatssekretär Georg Wacker:** Ja, zu diesem Thema sehr gern.

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

**Abg. Norbert Zeller SPD:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Stimmen Sie mir zu,

(Zurufe von der CDU: Nein!)



(Norbert Zeller)

dass Jugendbegleiter professionelle Kräfte nicht ersetzen können, sondern immer nur zusätzlich in der Schule sein können? Sie können letztendlich die professionellen Kräfte nicht ersetzen. Stimmen Sie mir darin zu?

**Staatssekretär Georg Wacker:** Herr Kollege Zeller, es ist selten der Fall, dass ich Ihnen recht gebe. Aber in diesem Fall tue ich das gern; denn das Jugendbegleiterprogramm ist der vierte Baustein im Rahmen eines Ganztagschulkonzepts. Der Jugendbegleiter hat die Aufgabe, im Rahmen der Entwicklung unserer Ganztagschulen auf ehrenamtlicher Basis ergänzend tätig zu sein. Deswegen hat der Jugendbegleiter keineswegs die Aufgabe – er darf dazu auch nicht verpflichtet werden –, ordentliche Lehrkräfte an unseren Schulen zu ersetzen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber er wird dazu verpflichtet! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber er wird finanziert aus dieser Quelle!)

Damit ist klar, meine Damen und Herren: Wir haben keineswegs die Aufgabe darin gesehen, massiv für Jugendbegleiter zu werben. Die Schulen haben sich freiwillig beworben. Die Aufwärtsentwicklung bei den Zahlen zeigt, dass wir mit diesem Programm durchaus auf dem richtigen Weg sind.

Im Übrigen werden wir jetzt natürlich verstärkt Gespräche mit der Wirtschaft führen, um auch andere Bereiche stärker einzubinden. Im November ist ein Fachkongress geplant, und wir können bereits heute feststellen, dass auch ein bundesweites Interesse an diesem Programm zu verzeichnen ist.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Tappeser?

**Staatssekretär Georg Wacker:** Gern.

**Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

**Abg. Klaus Tappeser** CDU: Herr Staatssekretär, heißt das im Umkehrschluss, dass Jugendbegleiter unprofessionell arbeiten würden?

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Laichen bei Abgeordneten der SPD)

**Staatssekretär Georg Wacker:** Ich nehme einmal an, dass der Kollege Zeller dies mit seiner Frage nicht unterstellen wollte. Aber ich bin Herrn Kollegen Tappeser sehr dankbar für seine ergänzende Frage.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Damit es noch länger geht!)

Völlig klar ist, dass im Rahmen des Jugendbegleiterkonzepts auch ein Qualifizierungsprogramm besteht. Das heißt, Jugendbegleiter haben die Möglichkeit, sich im Rahmen des Qualifizierungsprogramms fachlich und überfachlich noch einmal auf ihre Aufgabenstellung vorzubereiten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Übungsleiter sind qualifiziert!)

Die erste Bestandsaufnahme, die wir vorgenommen haben, hat ergeben, dass die meisten Persönlichkeiten bereits ehrenamtlich gewonnene Erfahrungen im Umgang mit jungen Menschen im Ehrenamt haben. Das belegt, dass wir durchaus erfahrene und qualifizierte ehrenamtliche Personen für diesen Bereich gewinnen konnten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der zweite Bereich ist das Schülermentorenprogramm. Auch hier befinden wir uns auf dem richtigen Weg. Mit dem Schülermentorenprogramm gewinnen wir junge Menschen für das Ehrenamt. Das Schülermentorenprogramm stellt den Nährboden für eine aktive Bürgergesellschaft dar. Es bildet auch wichtige Brücken zum Ehrenamt.

Im Zusammenhang mit den aktuellen Vorkommnissen durch den angedrohten Amoklauf in einer baden-württembergischen Schule zeigt sich, dass gerade Schülermentoren ein wichtiges Bindeglied zwischen leistungsstarken und leistungsschwächeren Schülern sowie gerade zu denjenigen Schülern sein können, die besonderen sozialen Halt in einer schulischen Gemeinschaft benötigen, und deswegen auch eine wichtige präventive Arbeit im Umgang mit jedem einzelnen Jugendlichen leisten können. Dies, meine Damen und Herren, kann ein Jugendsozialarbeiter nicht besser leisten als ein Schülermentor, der diese Arbeit engagiert ausübt. Deswegen ist es meines Erachtens vermessen, in diesem Bereich Professionalität und Ehrenamt gegeneinander auszuspielen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Ja-wohl!)

Menschen lernen am Modell. Deswegen ist unsere Ehrenamtspolitik darauf ausgerichtet, Modelle im positiven Sinne zu fördern und zu unterstützen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Unsere Ehrenamtspolitik zielt nicht darauf ab, in erster Linie bestimmte Strukturen am Leben zu erhalten. Strukturen sind vielmehr Mittel zum Zweck. Durch sie sollen junge Menschen im Ehrenamt qualifiziert und gefördert werden. Deswegen haben wir gerade jüngst im Kabinett beschlossen, die Zahl der Schülermentoren in den nächsten Jahren auszuweiten. Bisher haben wir insgesamt 17 000 von ihnen ausgebildet, und wir wollen durchaus die Zahl von 20 000 anstreben.

Meine Damen und Herren, der dritte Bereich, den ich hier in Kürze anführen darf, ist die Novellierung des Sonderurlaubs-gesetzes.

(Abg. Reinhold Gall und Abg. Claus Schmiedel SPD: In Kürze wäre gut!)

Wir haben das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts in der Jugendarbeit jetzt politisch auf den Weg gebracht.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! Sehr gut! Seit zehn Jahren kämpfen wir dafür!)

Wir werden jetzt das Gesetzgebungsverfahren einleiten. Zugegeben, lieber Kollege Kleinmann: „Gut Ding braucht Weile.“ Oder: „Was lange währt, wird endlich gut.“ Wir haben



(Staatssekretär Georg Wacker)

endlich die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, indem wir mit dem neuen Gesetz die Altersgrenze der Jugendlichen, die einen gesetzlichen Anspruch auf Sonderurlaub haben, von 18 Jahren auf 16 Jahre senken. Wir schaffen damit die Möglichkeit, zehn Arbeitstage im Jahr Sonderurlaub zu nehmen. Im Übrigen wird diese Förderung nicht mehr abhängig, sondern unabhängig von Fördertöpfen geschehen.

Damit haben wir eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, Herr Kollege Lehmann, dass das Bündnis für Jugend zustande kommen kann, weil wir finanzielle Rahmenbedingungen als verlässliche Größe vorgeben und gleichzeitig wichtige gesetzgeberische Schritte auf den Weg gebracht haben, die die persönlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dieses Bündnis mit der Jugend zum Abschluss bringen zu können.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Zur Stärkung des Ehrenamts! – Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, damit schaffen wir im Doppelhaushalt für die nächsten zwei Jahre günstige Rahmenbedingungen für die Förderung des Ehrenamts. Auch aufgrund dieses Haushaltsplans können wir sagen: Wir dürfen ein Stück weit stolz sein auf das Ehrenamtsland Baden-Württemberg. Auch bezogen auf den Bereich der Weiterbildung haben wir, glaube ich, weise Entscheidungen gefällt, indem wir keine weiteren Kürzungen für die nächsten beiden Jahre vornehmen und den Trägern der Weiterbildung in Baden-Württemberg damit Planungssicherheit für diesen Zeitraum gewährleisten.

Ich danke Ihnen sehr herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/804. Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0401

Ministerium

Wer Kapitel 0401 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0401 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0402

Allgemeine Bewilligungen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/904-1. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Kapitel 0402 – Allgemeine Bewilligungen – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte

ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 0403

Obere Schulaufsichtsbehörden

Sie stimmen zu.

Ich rufe auf

Kapitel 0404

Untere Schulaufsichtsbehörden

Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0404 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0405

Grund- und Hauptschulen

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0408

Sonderschulen, Staatliche Sonderschulen und Staatliche Heimsonderschulen

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0410

Realschulen

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0416

Gymnasien und Staatliche Aufbaugymnasien mit Heim

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0420

Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen)

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0428

Staatliche Berufliche Schulen Villingen-Schwenningen und Furtwangen

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0435

Förderung von Schulen in freier Trägerschaft

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/904-4. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0435 abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0436

Allgemeine Schulangelegenheiten

und dazu die vorliegenden Änderungsanträge der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD.

Zunächst zum Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/904-5. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/904-6. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/904-2, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/904-7, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0436 abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0440

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer möchte zustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0441

Überregionale und internationale Kulturpflege und Bildungshilfe für Entwicklungsländer

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0442

Landesinstitut für Schulentwicklung, Landesmedienzentrum und Medienförderung

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0445

Staatliche Seminare für Didaktik und Lehrerbildung sowie Pädagogische Fachseminare

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0448

Zentrale Lehrerfortbildung und Akademie Schloss Rotenfels

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0453

Weiterbildung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/904-3. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich lasse nun über das Kapitel 0453 abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0455

Pauschalleistungen an die Kirchen und Aufwendungen für andere Religionsgemeinschaften und sonstige kirchliche Zwecke

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0460

Sportförderung

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0465

Jugend und kulturelle Angelegenheiten

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben nun noch abzustimmen über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/804. Wer diesem Abschnitt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Abschnitt II ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit ist die Beratung des Einzelplans 04 abgeschlossen.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter für eine kurze persönliche Erklärung.

(Zuruf: Sie soll sich kurz fassen!)

– Ich habe „kurze“ betont.

**Abg. Renate Rastätter** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur eine kleine Klarstellung: Frau Kollegin Berroth hat fälschlicherweise geäußert, dass die Grünen im Finanzausschuss die Zuschüsse für das Wildparkstadion kritisiert hätten. Dem ist nicht so. Sonst hätten wir einen Antrag auf Streichung der Mittel gestellt.

Ich möchte betonen, dass mein Kollege Kretschmann im Finanzausschuss lediglich seiner Verwunderung darüber Ausdruck verliehen hat, dass die CDU-Fraktion nicht eine Streichung der Mittel beantragt, so, wie sie es bei der Förderung der Schulsozialarbeit getan hat, die nämlich auch eine übergreifende, für das ganze Land bedeutsame Aufgabe darstellt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist ja keine Erklärung! Frau Präsidentin, ist das erlaubt, stellvertretend persönliche Erklärungen abzugeben? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ja Wortklauberei! – Unruhe)

In diesem Fall hat sie sich darauf bezogen, dass es eine kommunale Aufgabe sei.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Ich rufe den **Buchstaben d** der Tagesordnung auf:

**Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium – Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/807**

**Berichterstatterin: Abg. Veronika Netzhammer**

**Berichterstatter für die Bereiche Wohnungs- und Städtebau sowie Denkmalpflege: Abg. Claus Schmiedel**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 07 – Wirtschaftsministerium – eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünschen die Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Frau Abg. Netzhammer das Wort.

**Abg. Veronika Netzhammer** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

*Die Lebenskraft eines Zeitalters liegt nicht in seiner Ernte, sondern in seiner Aussaat.*

So schrieb schon vor 200 Jahren der Schriftsteller Ludwig Börne. In diesem Sinne ist es uns wichtig, dass der vorliegende Haushaltsplan wie auch der Einzelplan 07 – Wirtschaftsministerium – den Kriterien Nachhaltigkeit, Generationengerechtigkeit und Zukunftschancen gerecht werden und selbstverständlich ihren Beitrag zur Nullnettoneuverschuldung im Jahr 2011 leisten.

Mit der Regierungsbildung im letzten Jahr hat das Wirtschaftsministerium einen neuen Zuschnitt erhalten, der sich natürlich in den Zahlen widerspiegelt. So werden z. B. die Bereiche Wohnungsbau, Wohngeld und Denkmalpflege wieder integriert, und im Ergebnis erhöhen sich die Gesamtausgaben des Einzelplans auf 597 Millionen €, was ein gutes Drittel ausmacht. Ich glaube, Herr Schmiedel, damit ist auch jede Diskussion über die Notwendigkeit eines Staatssekretärs, die wir ja im Rahmen der Beratungen des letzten Haushaltsplans hatten, obsolet geworden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Konjunktur läuft in unserem Land wieder rund. Darüber sind wir alle sehr erleichtert. Das Wachstum betrug im Jahr 2006 in Deutschland 2,5 % und in Baden-Württemberg 3,5 %. Baden-Württemberg

(Veronika Netzhammer)

nahm damit wieder den zweiten Platz bundesweit ein. Wachstumsmotor hier war der Fahrzeugbau mit einem Zuwachs von 11,5 %.

Auch in diesem Jahr wird Baden-Württemberg mit 2,5 % Wachstum dem Deutschlandtrend von 2,1 % wieder voraneilen. Die Unternehmen haben ihre Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Jahren verbessern können und Marktanteile zurückgewonnen. Die Menschen – Unternehmer, Investoren und Konsumenten – haben wieder Vertrauen in die Zukunft. Die unaufgeregte und verlässliche Politik unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie die zukunftsorientierte Wirtschafts-, Technologie- und Bildungspolitik des Landes Baden-Württemberg können sich hier sicher ein Stück Mitbeteiligung und Mitverantwortung zuschreiben, auch wenn wir nicht so vermessen sind, zu sagen – wie es ein ehemaliger Bundeskanzler getan hat –, das sei „unser“ Aufschwung. So weit gehen wir nicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ist es ja auch nicht!)

Ganz besonders erfreulich ist, dass sich dieser Aufschwung endlich auf dem Arbeitsmarkt auswirkt. Im Jahr 2006 gab es allein in Baden-Württemberg 37 000 Erwerbstätige mehr, und im Jahr 2007 werden wir 40 000 Beschäftigte mehr haben. Mit 5,6 % Arbeitslosigkeit haben wir in Baden-Württemberg wieder bundesweit die niedrigste Arbeitslosenquote. An diesen Tatsachen kommt auch die Opposition nicht vorbei. In Baden-Württemberg haben die Menschen die mit Abstand besten Beschäftigungschancen innerhalb Deutschlands. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Erleichtert sind wir darüber, dass nach vier Jahren ständiger Abnahme der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze deren Anzahl erstmals wieder gestiegen ist. Dies ist eine Trendwende: Regierungswechsel in Berlin war Ende 2005. Das hilft den Menschen, den Sozialversicherungsträgern und den öffentlichen Kassen. Diesen Erfolg gilt es zu halten, ja sogar auszubauen durch eine weitsichtige Tarifpolitik.

Von der durch die Bundesregierung angekündigten Unternehmen- und Erbschaftsteuerreform erwarten wir uns eine weitere Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen im Land. Entsprechende Vorkehrungen sind im Haushaltsplan bereits getroffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der vorherigen Debatte ging es um berufliche Bildung. Auch für uns ist berufliche Bildung eine zentrale Zukunftsaufgabe. Wir brauchen im Land gut ausgebildete Menschen als Facharbeiter, als Handwerksgehilfen, als Meister oder als Kaufleute. Mit Blick auf den globalen Wettbewerb und den technologischen Wandel halten wir es für unbedingt erforderlich, nicht nur die Qualität der schulischen Ausbildung zu verbessern und die Hochschullandschaft zu stärken. Genauso wichtig ist es, Fachkräfte in genügender Zahl und mit guter Qualifikation zu haben, die eine duale Ausbildung durchlaufen haben.

Das „Bündnis für Ausbildung“ der Landesregierung war richtig, und es war ein Erfolg. Die Wirtschaft hat ihre Zusage, um neue Ausbildungsplätze zu werben, mehr als erfüllt. Aber wir

müssen mehr tun. Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze. Deswegen ist es richtig, das „Bündnis für Ausbildung“ im Jahr 2007 neu aufzulegen. Die Gewerkschaften sind herzlich eingeladen und gut beraten, sich diesmal – im Gegensatz zum letzten Mal – einzubringen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Wir halten es auch für sehr wichtig, dass diesmal die Probleme der Qualifikation und der Integration in den Mittelpunkt des Bündnisses gestellt werden. Jeder von uns kennt die Klagen der Unternehmer über die mangelnde Qualifikation von Bewerbern. Zusätzliche Qualifikationsmaßnahmen, finanziert mit ESF-Mitteln oder Mitteln der Landesstiftung, sind in diesem Haushalt bereits eingeplant.

Qualifikation und Innovation in kleineren und mittleren Unternehmen wollen wir aber auch dadurch verbessern, dass die überbetrieblichen Ausbildungsstätten zu Kompetenzzentren weiterentwickelt werden.

Die CDU-Fraktion hat sich in den Haushaltsplanberatungen auch dafür eingesetzt, dass die Kontaktstellen „Frau und Beruf“ in der bestehenden Form weitergeführt werden können. Diese Kontaktstellen leisten einen exzellenten Beitrag zur Qualifizierung von Frauen, gerade für Frauen nach der Familienphase. Das zusätzliche Förderprogramm „Chancengleichheit“ mit einem Volumen von 2 Millionen € wird diese Arbeit weiter stärken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in einer lebendigen, innovativen Wirtschaft ist nichts so beständig wie der Wandel. Es ist wichtig, dass sich immer wieder junge, innovative, leistungsbereite Menschen mit guten Ideen dazu entschließen, sich unternehmerisch selbstständig zu machen. Die Wirtschaftspolitik des Landes hat diese Existenzgründer immer unterstützt: durch Beratung, mit finanziellen Förderprogrammen und mit Bürgschaften. Diese Politik ist erfolgreich. So konnte die Anzahl der Betriebsgründungen in den letzten Jahren auf über 90 000 gesteigert werden. Das ifex hat unter 52 beteiligten Initiativen in Deutschland den Wettbewerb um die Europäischen Unternehmerpreise gewonnen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Aber was gut ist, kann natürlich noch besser werden. Deswegen werden wir die Beratende Äußerung des Rechnungshofs zur Förderung von Existenzgründungen und Existenzfestigungen intensiv prüfen. Wenn es Möglichkeiten zur Reduzierung von Mitnahmeeffekten gibt, werden wir diese aufgreifen.

Die Föderalismusreform gibt uns die Chance, neue Akzente in der Wohnraumförderung zu setzen. Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass Familien, die mit Kindern leben, besonders förderungswürdig sind. Deswegen stehen diese im Mittelpunkt der Landesförderung: junge Familien mit Kindern, die Wohneigentum schaffen oder erwerben wollen. Darüber hinaus werden wir den sozialen Wohnungsbau fortsetzen.

Für den Mietwohnungsbau wird die L-Bank unter Einbeziehung des Programms „Ökologisch bauen“ der KfW und unter Beachtung des Aspekts „Kinderland“ ein Mietwohnraumförderprogramm auflegen. Dieses Programm ist familiengerecht, ökologisch und vor allem nach oben nicht begrenzt und



(Veronika Netzhammer)

damit eine deutliche Verbesserung gegenüber der bisherigen Förderung.

Nach eingehender Prüfung werden wir auch die Fehlbelegungsabgabe abschaffen. Sie hat drastisch auf ein Drittel des ursprünglichen Aufkommens abgenommen. Mit einem Verwaltungsaufwand von rund 32 % ist sie nicht mehr gerechtfertigt.

Frau Vogt hat gestern die Frage gestellt, wo der Beitrag des Landes zum Klimaschutz sei. Ich bin sicher: Nach der heutigen und morgigen Debatte ist diese Frage erschöpfend beantwortet.

(Lachen des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

– Warten Sie nur einmal ab; Sie werden hier auch noch etwas lernen.

Der 19. Januar 2007 war ein guter Tag für die Energiepolitik und den Klimaschutz in Baden-Württemberg. Am 19. Januar erfolgte der erste Spatenstich für das neue Wasserkraftwerk am Hochrhein in Rheinfelden, das in vier Jahren das älteste Flusskraftwerk Europas ersetzen wird. Jahrelang haben wir dafür gekämpft, dass die Große Wasserkraft in das EEG aufgenommen wird – endlich mit Erfolg.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Und im Bundestag hat man nicht zugestimmt!)

In diesem Wasserkraftwerk wird ab 2010 das Dreifache der bisherigen Strommenge produziert. Dies entspricht einer Leistung von 300 Windkraftanlagen und erspart jährlich sage und schreibe 348 000 t CO<sub>2</sub>.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Und wie viele Kernkraftwerke?)

Wir stehen zu dem Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2020 auf 20 % zu steigern; derzeit liegen wir bei 9,5 %. Um dies zu erreichen, bedarf es eines ganzen Bündels von Maßnahmen. Auch hier bringt sich das Wirtschaftsministerium neben anderen Ministerien ein. Das Land unterstützt einige innovative Leuchtturmprojekte für neue Anwendungsmöglichkeiten erneuerbarer Energien.

Erstes Beispiel: Anlagen zur solaren Erwärmung von Brauchwasser sind inzwischen Standardprodukte. Warum nicht auch Solarwärme zur Erwärmung in Heizungsanlagen einsetzen?

Zweites Beispiel: Gemüse- und Pflanzenanbau in Gewächshäusern erfordert derzeit noch den Einsatz von Öl. Das ist teuer und klimaschädlich. Geht es nicht auch mit Erdwärme und Solarwärme bei Anwendung einer anderen Gebäudetechnik? Der Württembergische Gärtnereiverband arbeitet an einem Projekt für Landwirte und Umwelt – eine interessante Alternative.

Neu ist, dass wir eine gesetzliche Grundlage dafür schaffen wollen, dass bei Neubauten der Einsatz von erneuerbaren Energien mit einem gewissen Prozentsatz festgeschrieben wird. Begleitet wird dies mit einem Förderprogramm in Höhe von über 3 Millionen €.

Die überbetrieblichen Ausbildungsstätten sollen zu Kompetenzzentren für erneuerbare Energien und effiziente Technologien weiterentwickelt werden.

Wir müssen auch die Bürgerinnen und Bürger besser darüber informieren, wie viel Klimaschutz bereits heute beim derzeitigen Stand der Technik möglich ist. Dies soll mit einem Energietag passieren.

Wir müssen aber auch das Bewusstsein für Energiesparen wieder stärken. Abschalten des Stand-by, etwas niedrigere Raumtemperatur und kontrollierte Geschwindigkeit beim Autofahren sind einfache und effektive Beiträge, die jeder Einzelne bereits heute wirksam zum Klimaschutz leisten kann.

Sie sehen: Wir diskutieren nicht nur, wir handeln auch. Der bereits gestern zitierte Professor Wicke wird der Landesregierung auf dem nächsten Parteitag der Grünen nicht nur eine gute, sondern eine sehr gute Arbeit in der Umweltpolitik bescheinigen können.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

**Abg. Veronika Netzhammer CDU:** Nur, wenn es nicht auf die Zeit angerechnet wird. Ich meine, er kann nachher fragen. Wir machen es nachher; kein Problem. Wir machen das im Anschluss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin jetzt mit der Energiepolitik fertig.

Der großflächige, autogerechte Einzelhandel auf der grünen Wiese ist für unsere historisch gewachsenen Innenstädte eine gewaltige Herausforderung. Mit Mitteln der Städtebauförderung helfen wir den Kommunen, innerstädtische Bereiche für Wohnen, Dienstleistungen und Handel wieder attraktiver zu machen. Dieses Programm ist den Kommunen sehr wichtig. Es wirkt aber auch als Baukonjunkturprogramm. Mit dem eingeplanten Bewilligungsvolumen von 120 Millionen € wird letztendlich ein Investitionsvolumen von knapp 1 Milliarde € ausgelöst.

Die neue Messe Stuttgart öffnet im Oktober 2007 ihre Pforten. Damit erhält die baden-württembergische Wirtschaft eine Messe, die ihrer Leistungskraft ebenbürtig ist: modern, kompakt, übersichtlich, mit optimaler Verkehrsanbindung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Den letzten Satz würden wir nicht unterschreiben wollen!)

Wie können wir aus unserer sehr guten Messeinfrastruktur aus neuer Landesmesse und Regionalmessen mehr machen, internationaler werden, Mehrwert schaffen? Dies wollen wir gutachterlich untersuchen lassen und daraus dann die entsprechenden Handlungsanweisungen ableiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, kurz noch einige Worte zum Tourismus: Mit 30 000 Betrieben, 140 000 Beschäftigten, 40 Millionen Übernachtungen und 400 Millionen Tagesgästen erwirtschaftet der Tourismus in Baden-Württemberg 8 % des Bruttosozialprodukts. Dabei sind die Heilbäder und Kurorte ein wichtiges Standbein. Der Wettbewerb im Tourismus ist nach wie vor hart. Deutschland ist kein Billigtou-

(Veronika Netzhammer)

rismusland. Andere Länder, z. B. in Osteuropa, haben aufgeschlossen. Das Angebot muss stimmen, die Infrastruktur muss stimmen. Deshalb stehen wir nach wie vor zur Projektförderung und unterstützen diese mit knapp 5 Millionen € im Jahr sowie die Tourismus-Marketing Baden-Württemberg zur Durchführung ihrer Werbemaßnahmen mit jährlich 4 Millionen €.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mich auf einige Themen der Wirtschaftspolitik beschränkt. Weitere Tätigkeitsbereiche müssen wir in einer gesonderten Debatte beleuchten.

Zum Abschluss möchte ich, auch im Namen der CDU-Fraktion, Herrn Minister Pfister, Herrn Staatssekretär Drautz und allen Ministeriumsmitarbeitern für ihre Arbeit danken.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Einzelplan 07 zu.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Darf er jetzt fragen?)

– Ja, jetzt darf er fragen.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Winkler, Sie erhalten das Wort für eine Nachfrage.

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Frau Kollegin, ich wollte Sie nur höflichkeitshalber auf einen Versprecher aufmerksam machen: Sie haben im Zusammenhang mit der KWR Rheinfelden vorhin gesagt, dass Sie jahrelang dafür gekämpft hätten, dass die Große Wasserkraft in das EEG aufgenommen wird. Ihr Versprecher liegt darin, dass Sie jahrelang dagegen gekämpft haben, dass das EEG überhaupt verabschiedet wurde.

**Abg. Veronika Netzhammer CDU:** Diesen Versprecher habe ich nicht gemacht. Sorry!

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Eben! – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Schmiedel.

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem das mit dem EEG jetzt klar gestellt ist, wollen wir zunächst einmal klarstellen, welchen Einfluss Frau Merkel auf den Aufschwung in Deutschland und in Baden-Württemberg hat.

(Zuruf von der CDU: Einen ganz großen! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist aber auch Ihre Kanzlerin!)

Frau Netzhammer hat völlig recht: Der Anteil, den Frau Merkel am Aufschwung in Deutschland und in Baden-Württemberg hat, ist nicht zu unterschätzen.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Denn nur mit Frau Merkel war es möglich, die rot-grüne Reformpolitik konsequent fortzusetzen.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD)

Wir bedauern natürlich, dass der Kollege Merz sich nicht mehr in der Lage sieht, diese Politik mitzutragen. Aber wir denken: Das, was Rot-Grün gemeinsam begonnen hat und was Schwarz-Rot jetzt gemeinsam fortsetzt,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Rot-Schwarz!)

trägt Früchte. Schade ist, dass die FDP nicht dabei ist.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da wollen wir gar nicht dabei sein!)

– Aber Sie wollen nicht dabei sein, und deshalb haben Sie auch keinen Anteil am Aufschwung.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall des Abg. Dr. Nils Schmid SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Unser Aufschwung ist größer als Ihrer!)

Meine Damen und Herren, zur Landeswirtschaftspolitik: Landeswirtschaftspolitik ist im Kern Wirtschaftsförderpolitik. Vor dem Hintergrund der guten Wirtschaftsdaten, die das Land Baden-Württemberg hat – in vielen Bereichen sogar Spitzenwerte –, muss man sich ja die Frage stellen: Bedarf es angesichts der guten Situation eigentlich noch einer Wirtschaftsförderung?

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das ist das Ergebnis einer guten Wirtschaftsförderung!)

Ich stelle für die SPD-Fraktion fest: Natürlich brauchen wir auch in Zukunft eine Wirtschaftsförderpolitik im Land.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Nur: Sie muss sich an den gegebenen guten Verhältnissen ausrichten, die wir im Land haben.

Das heißt für uns: Wirtschaftsförderpolitik in Baden-Württemberg muss zwei Bedingungen erfüllen. Wenn wir über die Spitzenwerte oder auch über gute Werte reden, dann sind das immer aggregierte Größen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da hat er recht! – Abg. Reinhold Gall SPD: Immer recht!)

Das heißt, es sind Durchschnittswerte. Und die setzen sich zusammen aus sehr guten Werten, aber auch inakzeptabel schlechten Werten. Die Wirtschaftsförderpolitik des Landes muss einen Beitrag dazu leisten, dass diejenigen, die am unteren Ende der Skala sind, eine Chance haben, in die Mitte, in den Durchschnitt zu kommen.

Zweitens: Diese Daten sind Momentaufnahmen. Die Wirtschaftsförderpolitik muss sich daran messen, ob sie heute die Grundlagen dafür schafft, dass wir auch morgen und künftig diese Spitzenstellung behalten.

Unter diesen beiden Fragestellungen will ich vier Felder der Wirtschaftsförderpolitik des Landes beleuchten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

Es wird Sie nicht wundern, dass ich das kritisch mache. Ich will aber vorweg bemerken, dass nicht alles, was das Wirtschaftsministerium anpackt, zwangsläufig missrät.

(Claus Schmiedel)

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein, es gibt auch ein paar gute Sachen! – Heiterkeit bei der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: Ein größeres Lob ist gar nicht möglich!)

Ich rede deshalb nicht über die gute Außenwirtschaftsförderung, die wir in Baden-Württemberg haben. Ich rede auch nicht über die gute Vernetzung, die beispielsweise BIOPRO mit den Bioregionen macht. Sie haben nachher selber Gelegenheit und Zeit, darüber Auskunft zu geben. Ich will natürlich den Finger darauf legen, wo wir Schwachpunkte sehen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Damit es endlich wehtut!)

Beim ersten Punkt, Frau Netzhammer, muss ich Ihnen total widersprechen. Er betrifft die Wohnbauförderung in Baden-Württemberg.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die ist ja lächerlich!  
– Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das ist mir schon klar, dass das jetzt kommt!)

Wir haben schon gestern kritisiert, dass die Einschnitte bei der Wohnbauförderung inakzeptabel sind. Wir kritisieren heute zudem, dass auch das noch vorhandene Wohnbauförderprogramm eine inakzeptable soziale Schieflage hat. Sie haben sich im Kern bis auf winzige Restbestände aus der Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus verabschiedet.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Verabschiedet! Nicht mehr vorhanden! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Des sozialen!)

Sie begründen das damit, dass wir im Großen und Ganzen ausgeglichene Verhältnisse hätten, und verweisen auf das anstehende Programm der L-Bank. Ich will Sie, Herr Minister, mit der Wirklichkeit konfrontieren, mit einem Ausschnitt der Wirklichkeit, den Sie bei der Betrachtung der Wohnungssituation in Baden-Württemberg regelmäßig ausblenden. Die Stadt Stuttgart hat städtische Belegungsrechte für 17 000 Wohnungen. In der Notfallkartei der Stadt Stuttgart stehen 3 000 Familien, von denen die Hälfte nach Ansicht der Stadt extreme Notfälle sind. Extreme Notfälle heißt, es leben vier Menschen in einem Zimmer, oder eine Familie ist Gesundheitsbeeinträchtigungen ausgesetzt, weil die Wände schimmeln oder sonstige unhaltbare Zustände herrschen. 1 500 Familien allein in der Stadt Stuttgart! Diese 1 500 Familien sind ungefähr 4 000 Menschen, davon 2 000 Kinder.

Herr Ministerpräsident, das Hohelied vom „Kinderland“ Baden-Württemberg ist eine Inszenierung für Schönwetterperioden. Sie blenden aus, dass Kinder natürlich Familien brauchen. Aber Familien brauchen ein Dach über dem Kopf, Familien brauchen eine Wohnung. Glauben Sie, die Vier-Personen-Familie in einem Zimmer wartet auf einen Gutschein zum Beratungsgespräch bei der Volkshochschule über die richtige Kindererziehung?

(Beifall bei der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Die brauchen Verhältnisse, in denen diese Kinder in der Lage sind, ihre Hausaufgaben zu machen, zu lernen und sich vorzubereiten, damit sie eine Chance haben, dranzubleiben. Bildung

wird nicht allein durch Schule garantiert, sondern durch die Lebensumstände insgesamt. Allein in Stuttgart leben 2 000 Kinder in solch untragbaren Situationen. Wenn wir das aufs Land hochrechnen, dann sehen wir:

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Stuttgart ist überall!)

In allen Großstädten mit Ausnahme von Mannheim haben wir solche Extremsituationen. Sie stellen im Wohnraumförderungsprogramm des Landes für das ganze Land gerade einmal 240 Wohnungen in Aussicht. Da sieht man, dass Sie die Wirklichkeit ausblenden und diesen Kindern und diesen Familien keine Chance geben, in Baden-Württemberg den Durchschnitt und die Mitte der Gesellschaft zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Die Kollegin Netzhammer hat über die Ausbildungssituation gesprochen und hat das „Bündnis für Ausbildung“ gelobt und gesagt: „Ziel erreicht!“

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wir können noch besser werden, aber das war ein Erfolg! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Lamentiert!)

Auch hier blenden Sie wesentliche Teile der Wirklichkeit aus. Wir haben jedes Jahr folgenden Umstand: Zu Beginn des Ausbildungsjahrs fehlen 20 000 bis 30 000 Ausbildungsplätze; man weiß das nicht so genau, weil es keine Meldepflicht gibt, aber die Zahl liegt in dieser Größenordnung. Von September bis Dezember schrumpft diese Zahl kontinuierlich, und – oh Wunder! – am 31. Dezember sind nur noch wenige junge Menschen unversorgt.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das ist doch gut so! – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das ist doch klasse! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Was ist daran schlecht?)

Dann kommt der Januar, der Februar und der März und schließlich der September, und das nächste Ausbildungsjahr beginnt. Dann sagt uns die Arbeitsagentur: Von den 90 000 Bewerbern auf dem Ausbildungsmarkt in Baden-Württemberg sind die Hälfte Altbewerber. Altbewerber! Die Hälfte!

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo waren die vorher?)

Wo waren denn diese Altbewerber? Herr Minister, wo waren denn die? Was passiert mit denen? Wo gehen sie hin?

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: In die Warteschleife! – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Was haben denn die für Noten?)

Davon hat man offenbar keine Ahnung! Sie können unsere Anträge heute ablehnen. Sie können heute so tun, als hätten wir überall heile Welt. Aber stellen Sie sich darauf ein, und schicken Sie ihre Beamten schon los, die Notfallkarteien im Wohnungswesen der Städte zu analysieren. Schicken Sie sie los, um die Ausbildungsverhältnisse zu analysieren. Wir werden noch in diesem Jahr Auskunft darüber verlangen, was mit den jungen Menschen passiert, die zum ersten, zum zweiten oder zum dritten Mal anstehen und keine Chance auf eine ad-



(Claus Schmiedel)

äquate berufliche Ausbildung in Baden-Württemberg bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Es handelt sich hierbei nicht nur um ein soziales Thema; das will ich sagen. Wir sind hier beim Wirtschaftshaushalt. Es ist ein eminent wirtschaftspolitisches Thema, weil wir mittlerweile ja quer durch die Bank darin einig sind, dass wir auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen sind und jeden mitnehmen müssen und jeden brauchen können, und dass wir mit jeder Begabung, die wir verschenken, Wachstum und Wohlstand in unserem Land verschenken.

Für Wachstum und Wohlstand ist auch das dritte Feld, das ich nun ansprechen will, von eminenter Bedeutung. Das ist die Innovationsförderung. Wir loben uns immer dafür, Patentweltmeister zu sein, und die Europäische Union bestätigt, dass wir das sind.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ja!)

Wir wissen aber natürlich auch, dass 80 % der Patente aus dem Automobilbau kommen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Jawohl! Und deshalb dürfen wir die Automobilindustrie nicht kaputt machen!)

Wenn wir diese Zahl beispielsweise einmal auf die Region Stuttgart herunterbrechen und dabei die großen Player – Daimler, Bosch und Porsche; nur diese drei – herausnehmen, dann sehen wir, dass alle anderen Unternehmen zusammen in den vergangenen Jahren nicht mehr, sondern weniger Patente angemeldet haben. Das heißt, wir haben ein Problem des Technologietransfers in die kleinen und mittleren Unternehmen. Diese Tatsache ist, nehme ich an, auch akzeptiert, denn der Ministerpräsident selbst hat – ich zitiere – ausgeführt:

*Außerdem will ich in den nächsten Wochen einen Innovationsbeauftragten vorschlagen, der die Regierung auf diesem Feld weiter kompetent beraten soll.*

An diesem Satz, meine Damen und Herren, sind drei Dinge bemerkenswert. Erstens sagt der Ministerpräsident: „Ich will“. Das ist also offenbar Chefsache, also wichtig. Zweitens sagt er: „in den nächsten Wochen“. Also besteht offenbar Handlungsbedarf, und es ist eilig. Drittens sagt er, die Landesregierung solle „kompetent beraten“ werden. Da gibt es also wohl ein Defizit.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wir wollen es noch besser machen!)

Jetzt ist die Frage: Wann hat er das gesagt? Er hat es in seiner Regierungserklärung am 21. Juni 2006 gesagt. Seitdem war September, Oktober, November, Dezember, Januar, Februar.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Zählen können Sie!)

Seitdem sind nicht einige Wochen, sondern viele Monate vergangen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Eine halbe Ewigkeit ist das ja schon her!)

Die Ankündigung des Ministerpräsidenten ist mitnichten erfüllt, es sei denn, Sie würden diesen Berater vor uns verstecken. Wir können ihn jedenfalls nicht entdecken. Deshalb, Herr Minister, mache ich Ihnen einen Vorschlag: Bevor noch einmal ein paar Monate ins Land gehen

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Herr Schmiedel bietet sich selbst an!)

und Sie weiter nach einem kompetenten Innovationsberater suchen, nehmen Sie doch einfach mich!

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD – Zuruf von der CDU: Dann gute Nacht!)

Der hat was, der kann was, der bringt was.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Eigenlob stinkt!)

Als kleine Vorleistung möchte ich auch gleich eine kompetente Beratung anbieten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Kostenlos! – Zurufe von der CDU)

Diese kompetente Beratung greift die Diskussion auf, die wir gestern bei der Grundsatzaussprache zum Haushalt des Staatsministeriums hatten: Wie viel Ökologie verträgt unsere Industrie?

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das reimt sich sogar! – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Vor allem die Automobilindustrie!)

Mein Tipp, Herr Minister, ist, das Land erkennbar zu machen, zu positionieren in seiner Innovationsförderung sowie in den Schwerpunkten Energieeffizienz, Materialeffizienz, Weltklimaverträglichkeit und soziale Verträglichkeit. Das sind die Kriterien, unter denen Wertschöpfung künftig beurteilt werden wird, unter denen Wachstum und Wohlstand gedeihen werden. Wir hätten alle Potenziale in unserem Land, um wirklich erkennbare Schwerpunkte zu bilden. Warum können wir eigentlich nicht das, was Schwarzenegger in Kalifornien kann?

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Jetzt bewerben Sie sich auch noch als Terminator!)

Deshalb empfehlen wir eine Schwerpunktbildung und die Bündelung einzelner Aktivitäten, die es in diesen Feldern gibt. Wir sollten deutlich machen, dass wir das Land sind, das diese Themenstellungen nicht nur im Mund führt, sondern voranbringt und vor allem mit der Industrie zusammen umsetzt. Dabei sind 120 g oder 130 g technische Normen, die morgen Gültigkeit haben werden. Das ersetzt eine Ausrichtung, eine Zielmarke für die Politik der Innovationsförderung nicht.

(Beifall bei der SPD)

Der letzte Punkt betrifft nicht die Zukunft, sondern die Zeugen der Vergangenheit, die Denkmalpflege, das kulturelle Erbe, das beim Wirtschaftsministerium angesiedelt ist. Es ist nicht nur die interessierte Öffentlichkeit, beispielsweise der Schwäbische Heimatbund, die konstatiert, dass die Denkmalpflege in Baden-Württemberg durch die Verwaltungsreform

(Claus Schmiedel)

geschwächt wurde. Es sind vor allem die hauptamtlich Verantwortlichen, die unhaltbare Zustände beklagen und Notsignale aussenden, beispielsweise aus Konstanz:

*Bagger zertrümmert Paradieser Tor*

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: „Paradiestor“, lese ich!)

Dazu wird ausgeführt:

*Um die Archäologie ist es nach der Verwaltungsreform des Landes nicht mehr so gut bestellt.*

Es fehle das Geld, begründete Joachim Müller-Bremberger, Sprecher des Regierungspräsidiums Freiburg. Die bescheidenen Mittel seien bereits verplant. Bis 2004 war die Stadt Schwerpunktbereich der archäologischen Denkmalpflege mit fest angestellten Mitarbeitern.

*Mit der Verwaltungsreform*

– wörtliches Zitat des Sprechers des Regierungspräsidiums –

*wurde der Schwerpunkt Konstanz auf das Römerprojekt am Münster reduziert.*

Bei der derzeitigen personellen und finanziellen Situation gebe es keine Möglichkeit zu Feuerwehreinsätzen in solchen Fällen.

Ralph Röber vom Archäologischen Landesmuseum: „Für Konstanz ist dies eine Katastrophe.“

Es ist aber nicht nur für Konstanz so. Ein anderes Regierungspräsidium schreibt:

*Wie die Kirche ins Dorf kommt. Zu einem Notruf in eigener Sache nutzte Hauptkonservator Ingo Stork gestern die Eröffnung der Ausstellung „Von Wotan zu Christus“.*

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Die Landesarchäologie sei in Gefahr, sagte der oberste Denkmalpfleger im Regierungsbezirk Stuttgart und verwies im Weiteren auf ähnliche personelle Defizite.

Dass Sie da grinsen, das verstehe ich.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Mir ist bei diesem Thema nicht zum Grinsen. Ich weiß aber auch, warum Sie grinsen. Das mit den Handschriften war kein Betriebsunfall. Es war kein Fauxpas, dass Ihr stellvertretender Ministerpräsident von „Kellerware“ gesprochen hat, die man da auf dem Markt feilbiete. Sie haben nichts am Hut mit unserem kulturellen Erbe und unserer historischen Vergangenheit!

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das ist ja Quatsch! – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Württembergische Landesbibliothek! Sie haben keine Ahnung, von was Sie sprechen! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wir machen einmal eine Führung durch Baden, was alles schon gerettet wurde! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Unruhe)

Das ist der Punkt. Sie sind reduziert auf die Betrachtung von Zahlen. Sie reden über Effizienzrendite, über Nettonull und über Kennziffern, aber Sie vergessen die Inhalte, die hinter diesen Zahlen stehen. Deshalb – weil Sie mir das ja nicht glauben – lasse ich diejenigen sprechen, denen Sie die Autorität hierzu nicht abstreiten können.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Welche Bedeutung dies hat? Dazu Stork:

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Immer weiterlesen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Lesen Sie weiter! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Weiterlesen!)

*Die Landesarchäologie habe wesentliche Beiträge zur Identitätsfindung des deutschen Südwestens geleistet.*

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wer sollte das bestreiten? – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Dies ist deshalb wichtig, weil nur der, der seine Geschichte kennt, zu seiner Vergangenheit stehen, sich in der Gegenwart einordnen und sich für die Zukunft positionieren kann. Sie haben sich für die Zukunft nicht so positioniert, wie es die Spitzenstellung des Landes Baden-Württemberg gebietet. Wenn Sie das nächste Mal – oder auch Sie, Herr Minister – hier stehen und alle Spitzenwerte des Landes in den Vordergrund rücken,

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Die stimmen alle! Die sind alle sachlich richtig! – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

dann werden Sie jedes Mal die Frage gestellt bekommen: Und weshalb ist dieses reiche und wohlhabende Land Baden-Württemberg nicht in der Lage, alle Menschen in diesem Land in die Mitte der Gesellschaft zu bringen?

(Beifall des Abg. Thomas Knapp SPD)

Weshalb ist es nicht in der Lage, allen Kindern eine Zukunftsperspektive zu bieten?

(Beifall der Abg. Thomas Knapp und Nikolaos Sakellariou SPD)

Weshalb sind wir nicht in der Lage, unser historisches Erbe so zu behandeln, wie wir das tun sollten, und weshalb sind wir nicht in der Lage, ausreichende Voraussetzungen schaffen zu helfen, damit unsere Industriegesellschaft auch unter schwierigeren Weltbedingungen eine gute Zukunft hat?

(Beifall bei der SPD – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wenn es so einfach wäre! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Schmiedel, wollen Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck beantworten?

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Schlussfrage! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Ja! – Zurufe von der SPD)

– Bitte, Herr Abg. Kluck.

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Herr Kollege Schmiedel, teilen Sie meine Auffassung,

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Nein!)

dass alle anderen Bundesländer bei den von Ihnen angesprochenen Defiziten viel größere Defizite aufweisen als Baden-Württemberg? Sind Sie mit mir der Meinung, dass wir tatsächlich auch in den von Ihnen angesprochenen Bereichen weit vorn liegen? Kennen Sie vielleicht die Verhältnisse in den von Ihnen und Ihrer Partei regierten Ländern, oder soll ich Ihnen von dort jetzt auch die endlosen Klagen der dortigen Leute vorlesen?

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Schmiedel, bitte.

**Abg. Claus Schmiedel** SPD: Danke, Herr Präsident. Wenn Sie die Uhr anhalten, dann bin ich auch bereit zu antworten.

(Vereinzelt Heiterkeit – Minister Ernst Pfister: Wie beim Handball!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Die Uhr läuft weiter. Sie dürfen trotzdem antworten.

(Heiterkeit – Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und Dr. Bernhard Lasotta CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ob er dann noch bereit ist, die Frage zu beantworten? – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

**Abg. Claus Schmiedel** SPD: Also gut. Ich brauche aber möglicherweise nachher noch ein bisschen Restredezeit.

Ihre Frage beantworte ich wie folgt: Das Schielen auf Situationen in anderen Ländern ist einem Land, das in weiten Bereichen eine Spitzenstellung hat, nicht angemessen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Also! Da sind wir doch einig! Spitzenstellung!)

Wir wollen, dass wir diese Spitzenstellung auch dazu verwenden,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dass wir noch besser werden! Das ist auch richtig! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

den Menschen, von denen ich geredet habe, eine Perspektive zu bieten. Was macht der Wirtschaftsminister?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Was?)

Jetzt muss ich noch einmal mein Blättle holen.

(Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da hätte ich auch noch eines! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Wer hat das aufgeschrieben? – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Die Zeit läuft!)

Weil Sie nach anderen Ländern fragen, will ich Ihnen einmal eine Antwort geben: „Was hat Beckstein, was Pfister nicht hat?“

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das ist ja interessant! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein anderes Parteibuch! – Unruhe)

Jetzt sage ich Ihnen, was Beckstein hat. Beckstein fördert in Bayern 4 000 Wohnungen neben den Wohnheimplätzen. Diese unterteilen sich in 1 660 Miet- und Genossenschaftswohnungen

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Der Beckstein ist doch Innenminister!)

und 2 400 selbst genutzte Eigentumswohnungen und Eigenheime. Das ist also nicht ganz pari-pari, wie wir uns das vorstellen, aber immerhin. Und jetzt sagt Herr Beckstein wörtlich:

*Geförderte Miet- und Genossenschaftswohnungen werden vornehmlich in den größeren Städten und Ballungsräumen entstehen. Vor allem hier haben Familien mit Kindern nach wie vor große Probleme, angemessenen Wohnraum zu bezahlbaren Preisen zu finden.*

– So Beckstein. Deshalb lieben die Bayern den Beckstein. Die Baden-Württemberger lieben den Pfister nicht,

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Er gibt die Antwort nachher!)

weil der Pfister mit der Gießkanne übers Land geht

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP und Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

und seine spärlichen Wohnbaufördermittel im ganzen Land ausstreut und die Familien mit Kindern in den Ballungsräumen in Baden-Württemberg im Stich lässt. Das ist meine Antwort. Beschäftigen wir uns hier mit der Problemlage, und lassen wir einmal die anderen Länder außen vor.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Er hat aber nach SPD-Ländern gefragt, nicht nach CDU-Ländern!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann das Wort.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Die hat es jetzt aber schwer! – Heiterkeit – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Nach dem Innovationsberater hat sie es schwer! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wie viele Zeitungsartikel gibt es?)

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will hier keine Bewerbungsrede halten wie der Kollege Schmiedel,

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Für was? Wo wollen Sie sich bewerben?)

sondern mich ganz uneigennützig mit der Wirtschaftspolitik hier in Baden-Württemberg beschäftigen. Wir alle wissen, Baden-Württemberg ist ein starker Wirtschaftsstandort. Das ist gut so.



(Edith Sitzmann)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP und Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Aber – schön, dass Sie applaudieren; jetzt kommt allerdings das Aber – die Weltwirtschaft entwickelt sich sehr dynamisch. Damit Baden-Württemberg so stark bleibt, wie es heute ist, darf es sich nicht auf den Erfolgen von gestern ausruhen,

(Beifall der Abg. Winfried Kretschmann und Theresia Bauer GRÜNE sowie der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da kann man klatschen!)

sondern muss sich den entscheidenden Herausforderungen stellen, Herr Kollege Noll. Sie wissen, um welche es sich handelt: Globalisierung,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja, wir wissen es wohl!)

Alterung der Gesellschaft und auch der Erwerbsbevölkerung in Baden-Württemberg durch den demografischen Wandel, Technologisierung und schließlich der Klimawandel. Das sind die Herausforderungen! Das heißt, dass das Wirtschaftsministerium und die Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg sich mit folgenden zentralen Punkten auseinandersetzen müssen, von denen ich jetzt nur vier nennen kann: fairen Wettbewerb sichern und faire Marktzugangschancen schaffen, Unternehmertum und Existenzgründung fördern, neue und innovative Entwicklungen anstoßen und Baden-Württemberg zum Vorreiter machen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und für eine ökologische Modernisierung. Das sind die Aufgaben, die Ihnen gestellt sind.

Wenn wir aber z. B. lesen, was der Wirtschaftsminister kurz nach der Klimakonferenz gesagt hat, müssen wir leider feststellen: Sie, Herr Wirtschaftsminister, haben nicht ansatzweise verstanden, worum es bei der Energiepolitik und beim Klimaschutz geht. Deswegen wird Ihnen gleich mein Kollege Untersteller erklären, was hier im Land diesbezüglich zu tun ist.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Brauchen wir das überhaupt?)

Wir müssen immer wieder feststellen, dass von Ihnen eine Politik der Seifenblasen, die sehr schnell zerplatzen, betrieben wird. Nach wie vor agiert das Wirtschaftsministerium gern als Veranstalter von Tagungen und Auslandsreisen. Wir suchen immer wieder klar definierte Ziele. Wir fragen immer wieder: Was sind die Kernaufgaben?

Es gibt eine Vielzahl von Subventionsprogrammen, die äußerst fragwürdig sind und dennoch mit hohem administrativen Aufwand im Land verteilt werden. Auch Hochglanzbroschüren, Herr Minister Pfister, in denen immer wieder versucht wird, das schön darzustellen, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass vieles fragwürdig ist, z. B. die Förderung von Regionalmessen. Wir wissen, Sie reisen gern durchs Land. Es fällt Ihnen wirklich schwer, sich davon zu verabschieden, dass im Koalitionsvertrag von CDU und FDP/DVP festgelegt wurde, dass eine Fortsetzung der bisherigen Investitionsförderung nicht erforderlich ist, weil das Land genügend hochwertige Ausstellungs- und Präsentationsflächen hat.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Dann müssten Sie doch zustimmen können!)

– Da stimme ich zu. Aber es ist nach wie vor Geld für Regionalmessen im Haushalt eingestellt.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das ist versprochen! Das letzte Programm!)

Es gibt dazu keine Verpflichtungsermächtigungen. Wir haben das im Finanzausschuss mehrfach nachgefragt. Insofern ist diese Zusage eine Seifenblase, die hier zerplatzt. Das kritisieren wir.

Es geht noch weiter. Wir lesen z. B., dass der Wirtschaftsminister in Kressbronn war und dort ein klares Bekenntnis zur Unterstützung der Messe in Friedrichshafen abgelegt hat.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja, das ist doch auch richtig! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Aha! Herr Pfister! – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Da war er auch?)

– Genau. – Er sagt: Die Landesregierung lässt Friedrichshafen auf keinen Fall im Stich. Wenn es nicht über diesen Topf geht, dann gibt es zumindest Infrastruktur oder Straßenbau.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Er hat nur von Infrastruktur gesprochen!)

Also doch wieder Förderung der Regionalmessen – durch die Hintertür.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Keine Regionalmesse! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja und? Aber kein Messebau!)

Das lehnen wir entschieden ab, weil es eine Fehlinvestition ist und weil Sie damit einen Wettbewerb im eigenen Land angetrieben haben. Deswegen appellieren wir an Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei den Grünen)

Nun wird in diesem Jahr die neue Messe eingeweiht. Über 800 Millionen € an öffentlichen Mitteln werden dafür aufgebracht. Im Doppelhaushalt 2007/2008 kostet dies 31 Millionen € pro Jahr. Wir waren und sind der Ansicht – Sie wissen es –, dass es keine Kernaufgabe des Landes ist, Messen zu fördern und damit die Konkurrenz unter den baden-württembergischen Messen zu befördern. Es führt zu einer Verschuldung, die wir über viele Jahre mit uns mitschleppen und den nachkommenden Generationen vererben.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wir haben doch die Nullnettoneuverschuldung im Jahr 2011!)

Jetzt wird die neue Messe dieses Jahr eingeweiht. Nun erwarten wir doch zumindest, Herr Wirtschaftsminister, dass Sie sich um die zukunftsfähigen Leitmessen, die es hier im Land gibt, tatsächlich bemühen. Das, was Hannover für die IT-Branche ist, hätte Stuttgart für die Solarbranche werden können. Aber stattdessen wird jetzt die Intersolar nach München abwandern,

(Edith Sitzmann)

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Machen wir doch eine Konkurrenzmesse!)

und Baden-Württemberg hat ein weiteres Mal von dieser boomenden Solarbranche mit Wachstumsprognosen von 25 bis 30 % nichts abbekommen. Baden-Württemberg schaut in die Röhre.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Herr Salomon hat die vertrieben!)

– Nein, die Kapazität der Freiburger Messe reicht nicht aus, weil die Intersolar derart boomt. Da hätten Sie sich bemühen müssen, sie tatsächlich auf die neue Messe zu bekommen. Dafür haben Sie sich aber nicht eingesetzt, Herr Minister. Mit Ihrer Messepolitik setzen Sie auf die Vergangenheit und nicht auf die Zukunft.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: So ist es!)

Ich hatte eingangs von einer Politik der Seifenblasen gesprochen. Da schließe ich auch den Herrn Fraktionsvorsitzenden Noll mit ein. Er hat gestern z. B. gesagt: Bei den überbetrieblichen Ausbildungsstätten würden die Mittel erhöht, und das hätte etwas mit Klimaschutz zu tun.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die Kompetenzzentren!)

Ich habe genau zugehört. Deshalb möchte ich Ihnen einmal sagen, was der Hintergrund ist: Der Hintergrund ist, dass es die Investitionsmittel des Bundes nur mit der Kofinanzierung des Landes gibt. Sie haben immer versucht, diese Kofinanzierung über die Landesstiftung zu bekommen. Das hat aber wegen der Gemeinnützigkeit nicht funktioniert. Deshalb werden jetzt die Mittel erhöht. Mit Klimaschutz hat das nichts zu tun, Herr Noll.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Doch! Mit der Einführung neuer Technologien!)

Diese Seifenblase ist zerplatzt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ach Quatsch! Erhöht ist erhöht!)

Ein zweites Beispiel – der Kollege Schmiedel hat es gerade angesprochen –: das Landeswohnraumförderungsprogramm. Auch das, Herr Noll, haben Sie versucht, uns unter dem Aspekt Klimaschutz zu verkaufen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Unter anderem!)

Das, was tatsächlich hier in diesem Programm stattfindet, das uns jetzt vorliegt –

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das kann gar nicht da drinstehen, das ist alt! – Die Rednerin hält das Wohnraumförderungsprogramm 2007 hoch.)

– Ist das alt? Das ist 2007!

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das kommt doch erst, das Programm!)

In diesem Wohnraumförderungsprogramm wird tatsächlich der soziale Mietwohnungsbau abgeschafft. Das ist mit uns Grünen nicht zu machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sie sagen nur die halbe Wahrheit!)

Was Sie hier tun, ist: Sie fördern nur noch Wohnungseigentum. Sie wollen damit die Abschaffung der Eigenheimzulage auf Bundesebene kompensieren. Insofern haben Sie auch hier, Herr Noll, gestern zum Thema Klimaschutz eine Seifenblase in die Luft gesetzt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ach!)

Mit „Kinderland“ Baden-Württemberg hat das auch nichts zu tun, Frau Kollegin Netzhammer.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Das Gegenteil wäre richtig.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist doch abstrus! Abstrus!)

Wir sollten nämlich die Mittel, wenn sie knapper werden, Herr Kollege Noll, auf die Bereiche konzentrieren, die absolut notwendig sind. Das ist der Mietwohnungsbau in den Groß- und Universitätsstädten. Aber genau diese Konzentration auf die Ballungszentren schaffen Sie jetzt ab.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das heißt, dass Sie Zukunft verbauen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir bauen für die Zukunft der Familien! Und ökologisch!)

– Nein, Sie bauen nicht für die Zukunft der Familien. Sie wollen weiterhin die Eigentumsförderung aufrechterhalten und sich aus dem Mietwohnungsbau zurückziehen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dass Sie grundsätzlich etwas gegen Eigentumsförderung für Familien haben, glaube ich!)

Deshalb appelliere ich an Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Auch deshalb, weil es eine wachsende Zahl von Studierenden gibt, muss in den Universitätsstädten Wohnraum geschaffen werden.

Lassen Sie mich hier noch eine letzte Seifenblase anführen. Die FDP redet immer gern von weniger Staat. Bei den Haushaltsberatungen zeigt sich, dass das immer nur für die anderen gilt. Für FDP-geführte Wirtschaftsressorts kann es gar nicht genug Staat geben. Wir haben das unter anderem wieder bei der Debatte um das Haus der Wirtschaft gesehen, bei dem das Land als Veranstalter auftritt, weil das Haus der Wirtschaft angeblich Schaufenster der baden-württembergischen Wirtschaft ist. Das Haus der Wirtschaft wird mit 31 Vollzeitstellen des Landes betrieben.

(Edith Sitzmann)

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das muss man sich einmal vorstellen!)

Wir werden auch zukünftig für eine Privatisierung eintreten. Das, was Sie, Herr Noll, da machen, hat nichts mit weniger Staat zu tun, sondern hat mit mehr Staat zu tun.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Jetzt wird es wirklich abstrus!)

Da stellen wir uns ganz klar dagegen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Nachher beschwerten Sie sich, dass kein Mensch Wirtschaftsförderung macht! Wie man es macht, passt es Ihnen nicht! – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Fazit, meine Damen und Herren: Sie praktizieren eine Politik der Seifenblasen. Es werden große Worte verwendet, am Ende kommt aber nichts heraus. Die Subventionsprogramme, die es gibt – –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: 3,5 % Wachstum! Das zweithöchste Wachstum aller Bundesländer kommt heraus bei den „Seifenblasen“!)

– Dieses Wirtschaftswachstum ist sicherlich nicht auf die Förderprogramme,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nicht nur!)

die Sie in Ihrem Wirtschaftsministerium haben, zurückzuführen.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Die waren aber auch nicht schädlich!)

– Die waren vielleicht in manchen Bereichen nicht schädlich, Frau Netzhammer, aber genützt haben sie auch nichts. Insofern sollten Sie sie doch endlich einmal infrage stellen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vielleicht vorausschicken, dass es schon bemerkenswert ist, wie sich die Kritik der Opposition jetzt mittlerweile orientiert. Nachdem es offensichtlich schwierig ist, sich sachlich mit der Politik der Landesregierung und den Erfolgen der Wirtschaftspolitik auseinanderzusetzen, kapriziert sich das Ganze auf Nebenkriegsschauplätze.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Was? Wohnungsbauprogramm! Das ist doch kein Nebenkriegsschauplatz!)

Wir erleben, dass Herr Schmiedel eine Liebeserklärung für Herrn Beckstein abgibt.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: Das muss man einmal im Bayerischen Landtag sagen!)

Wenn das, was wir gerade gehört haben, bis nach Bayern vordringt, haben Sie morgen eine Beitrittserklärung der CSU in Ihrem Briefkasten.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Oder eine Beraterfunktion! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Das ist aber unvereinbar mit dem Landtagsmandat hier!)

Dann empfehlen Sie das noch unserem Wirtschaftsminister und sagen: Die Bayern lieben Beckstein, aber Pfister lieben sie nicht.

(Heiterkeit der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Wer in den letzten Wochen gesehen hat, mit welchem herben Charme die Bayern ihre Liebe betreiben, Herr Minister,

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das ist halt bayerisch!)

kann Sie nur beglückwünschen, wenn Sie davon verschont bleiben.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Und die Grünen konzentrieren sich auf das Haus der Wirtschaft

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

und sagen, die FDP sei eine Partei des Staatssozialismus, weil sie das Haus der Wirtschaft nicht privatisiere.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: So krass haben wir es gar nicht formuliert! Aber das ist ein guter Vorschlag!)

– Ja, Herr Kretschmann, aber Sie könnten sich hinter diese Formulierung stellen. Oder nicht?

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ich neige nicht zu solchen Übertreibungen!)

Das Interessante ist: Sobald wir etwas privatisieren, kommen die Grünen und sagen: Die FDP, das sind Privatisierungsideologen. Privatisieren wir aber einmal etwas nicht, dann sind wir schon wieder Staatssozialisten.

(Heiterkeit der Abg. Veronika Netzhammer CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die Mitte ist richtig! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich möchte einmal wissen: Wie kann man es denn den Grünen recht machen?

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Indem man sich an der Sache orientiert!)

Meine Damen und Herren, die Zielsetzung des Einzelplans 07 war einerseits, einen Beitrag zu zentralen und übergeordneten politischen Zielsetzungen dieser Legislaturperiode, nämlich



(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

der Nullnettoneuverschuldung, zu leisten, und andererseits, weiterhin sicherzustellen, dass Baden-Württemberg in seiner wirtschaftlichen Entwicklung Spitzenreiter unter den Bundesländern bleibt.

Mit einem Volumen von jährlich rund 600 Millionen € beansprucht der Einzelplan 07 knapp 2 % eines Doppelhaushalts von mehr als 60 Milliarden €. Niemand kann behaupten, dass es verschwenderisch ist, 2 % eines Haushalts für die wirtschaftliche Entwicklung der Nummer 1 unter den Bundesländern aufzuwenden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Mit wenig Einsatz viel erreicht!)

Angesichts unserer wirtschaftlichen Spitzenposition kann aber auch niemand behaupten, dass die Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg ineffizient sei. In unserem Land ist es bisher mit dem Einsatz vergleichsweise geringer Ressourcen gelungen, die niedrigste Arbeitslosenrate mit dem höchsten Wirtschaftswachstum zu verbinden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der Einzelplan 07 hat in der Vergangenheit, meine Damen und Herren, Sparsamkeit und Effizienz verbunden. Auch in der Zukunft wird der Einzelplan 07 Sparsamkeit und Effizienz verbinden. Noch im vergangenen Jahr hat die Opposition an dieser Stelle kritisiert, das Wirtschaftsministerium sei zu wenig kompetent, es sei so schmalbrüstig, dass man den Staatssekretär streichen könne. Meine Damen und Herren, die Fraktion der FDP/DVP hat sich diese Kritik zu Herzen genommen.

(Heiterkeit der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Durch unser Wahlergebnis und erfolgreiche Koalitionsverhandlungen konnten wir das Ministerium deutlich aufwerten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die SPD hat zu diesem Erfolg einen wichtigen Beitrag geleistet: Durch einen zurückhaltenden Wahlkampf und durch ein noch zurückhaltenderes Wahlergebnis hat sie sich bleibende Verdienste um die Stärkung dieses Hauses erworben.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, machen Sie weiter so!

(Heiterkeit)

Als einziges Ministerium hat das Wirtschaftsministerium eine grundlegende Neustrukturierung erfahren, um trotz der Sparbemühungen innovativ, kreativ und schlagkräftig zu bleiben. Das Haus wurde inhaltlich und finanziell aufgewertet. Das Wirtschaftsministerium ist mit zwei neuen Kernkompetenzen – Energie und Wohnungsbau – ausgestattet worden. Neue Referate wurden geschaffen – z. B. das Referat „Innovation und Technologietransfer“ –, um den Anforderungen der Zeit gerecht zu werden.

Bundesweit einmalig ist auch die Abschaffung der veralteten Struktur einer Verwaltungsabteilung ohne Fachaufgaben zugunsten einer völlig neuen Abteilung mit wesentlichen ordnungspolitischen Aufgaben im Bereich der Aufsicht und Kontrolle. Allen Abteilungsleitern wurden neue Aufgaben zugewiesen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sind Sie jetzt Verwaltungschef, oder was ist da los?)

um durch neue Perspektiven Innovationspotenziale zu generieren. Trotz zusätzlicher Aufgaben wurde im Zuge der Umstrukturierung des Wirtschaftsministeriums eine Abteilung aufgelöst. Damit wird auf Dauer eine Abteilungsleiterstelle eingespart werden können. Es ist zu begrüßen, dass auch bei den „Verwaltungshauptlingen“ auf eine Verschlinkung hingearbeitet wird.

Die Landesregierung hat ihre energiepolitischen Kompetenzen im Wirtschaftsministerium gebündelt.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie sollten noch den Organisationsplan verteilen, damit wir es auch behalten können!)

Hier wollen wir einen Schwerpunkt unserer Politik setzen und die vorhandenen Mittel möglichst effektiv einsetzen. Beide Regierungsfractionen haben dafür gesorgt, dass der Haushaltsansatz in diesen Bereichen nochmals aufgestockt wurde.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Zukunftsfrage lautet: Wie kann Baden-Württemberg auch weiterhin sicher, umweltfreundlich und preiswert mit Energie versorgt werden? Hier stehen wir noch am Anfang eines steinigen Weges. Neben gutem Willen und Geld brauchen wir eben auch Zeit. Wie wir diese gewinnen können, gilt es zu diskutieren. Aber nur ein ideologiefreies Suchen in alle Richtungen verspricht Erfolg.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das Beispiel Erdwärme zeigt, wie beschwerlich die Entwicklung erneuerbarer Energien ist.

Die unterbrochenen Öllieferungen aus Russland machten deutlich, dass wir die Energieversorgung in Deutschland zunächst weiterhin auf eine breite Grundlage stellen müssen. Bei einem klugen Energiemix darf zudem auch die weltweit führende deutsche Kerntechnologie nicht abgewickelt werden. Sonst würde Deutschland bei der Energieversorgung zunehmend abhängiger und erpressbar.

Ein aus der Fraktion der FDP/DVP angeregter Bioenergie-Wettbewerb wird vom Wirtschaftsministerium erarbeitet. Ziel ist es, die Energiegewinnung aus allen nachwachsenden Rohstoffen voranzubringen und einen Wettbewerb der Ideen zu entfachen.

Solange die Bundesregierung übrigens keine niedrigen Energiekosten will, sind sie auf Landesebene auch nicht zu schaffen. Der hohe Energiepreis hat eine Reihe von Gründen: zunächst natürlich die ganz bewusste staatliche Verteuerung von Energie mit der Ökosteuer, der EEG-Umlage und der KWK-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Umlage. Damit hat Rot-Grün den Energiepreis bewusst in die Höhe getrieben.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie sind also gegen diese Gesetze! – Unruhe bei den Grünen)

Dass die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik ab 1. Januar dieses Jahres auch die Energiepreise nach oben treibt, ist offensichtlich politisch gewollt.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sollen wir das EEG doch wieder abschaffen, oder was? Ihr wisst wirklich nicht, was ihr wollt!)

Die hohen Energiepreise können wir einzig und allein durch mehr Wettbewerb, das heißt bessere kartellrechtliche Möglichkeiten, bekämpfen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: 170 000 Arbeitsplätze!)

– Wir haben nicht gesagt, dass man das abschaffen muss, aber man darf die Augen nicht davor verschließen, dass dies die Preise nach oben treibt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist halt nun einmal Fakt!)

Ein zweites Schwerpunktthema in unserem Land ist die Ausbildungsplatzsituation. Mit mehr als 44 000 bei der IHK neu eingetragenen Ausbildungsverhältnissen verzeichnet Baden-Württemberg ein Plus von 5,5 %.

(Glocke des Präsidenten)

Die Industrie- und Handelskammern im Land haben 8 768 neue Ausbildungsplätze eingeworben und mehr als 4 000 Unternehmen neu als Ausbilder gewonnen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Dr. Rülke, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Ich gestatte sie.

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Herr Rülke, ich habe mich eingangs schon gemeldet, wollte Ihnen aber zur Unterbreitung Ihrer Darlegungen noch etwas Zeit lassen.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Das ist sehr rücksichtsvoll von Ihnen.

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Ich wollte Ihnen zwei Fragen zum Thema Privatisierung stellen. Erste Frage: Können Sie sich erinnern, dass Sie im Wirtschaftsausschuss selbst einen Vorschlag eingebracht haben, das Haus der Wirtschaft zu privatisieren? Das war die erste Frage. Ich kann Ihnen das auch anhand des Protokolls belegen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wenn Sie es wissen, ist es keine Frage!)

Zweite Frage: Welchen konkreten Antrag zur Privatisierung hat die FDP/DVP-Fraktion in dieser oder in der letzten Legislaturperiode in diesem Haus denn tatsächlich eingebracht?

(Zuruf von der SPD: Gefängnisse!)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Sitzmann, Ihre erste Frage war, ob ich mich daran erinnern kann, dass ich dies selbst gefordert hätte. Die Antwort lautet nein, weil ich selbst dies nicht gefordert habe.

Als Zweites haben Sie die Privatisierung angesprochen. Dazu könnte ich Ihnen eine ganze Menge sagen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wenigstens drei!)

Nehmen wir zum Beispiel die Psychiatrischen Landeskrankenhäuser.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo ist der Antrag? Nicht einfach daherreden! Ein richtiger Antrag!)

– Herr Schmiedel, schreiben Sie ihn, wir stimmen zu.

(Beifall des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie sind aber mutig! Ich habe gesagt, ich berate nur, ich schreibe nicht selbst!)

Mit den Ausbildungsverbünden haben wir die Möglichkeit, Betriebe zu gewinnen, die bisher aus irgendwelchen Gründen nicht ausgebildet haben, vielleicht weil sie nicht die gesamte Palette der Ausbildungsmöglichkeiten hatten. Das Land Baden-Württemberg hat im letzten Jahr die finanziellen Mittel dafür in vollem Umfang zur Verfügung gestellt und wird dies auch in diesem Jahr tun, damit es solche Ausbildungsverbünde geben kann. Ich betone nochmals: Die Mittel wurden in vollem Umfang zur Verfügung gestellt.

Seit zwei Jahren haben wir einen Ausbildungspakt. Dieser sieht vor, dass bei den Ausbildungsplätzen ein Plus von 3 800 und bei den Praktikumsplätzen ein Plus von 3 200 erreicht werden soll. Diese Verpflichtung gilt sowohl für 2004 als auch für 2005 und 2006. Die Wirtschaft und nicht die Politik stellt Ausbildungsplätze zur Verfügung. Die Wirtschaft hat die Zahl der Ausbildungsplätze in den vergangenen Jahren mehr als verdoppelt, und sie wird sie – das zeigen schon jetzt alle Zahlen – auch in diesem Jahr weiter erhöhen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Als zusätzliches Instrument hat das Wirtschaftsministerium noch einmal 2 Millionen € als Sofortmaßnahme zur Verfügung gestellt, um den mittelständischen Betrieben ganz gezielt ein zusätzliches finanzielles Angebot zu machen – jedenfalls dann, wenn sie bereit sind, einen weiteren, zusätzlichen Ausbildungsplatz anzubieten. Die Erfolge sprechen für sich. Mit nur 4,9 % sind wir auch im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit bundesweit Spitze.

Im Bereich der Wohnraumförderung – einem Ihrer Schwerpunkte – gehen wir neue Wege. Das Förderprogramm wurde grundsätzlich neu ausgerichtet. So stehen nun Familien – Stichwort „Kinderland“ Baden-Württemberg – mehr im Fokus der Förderung, als dies vorher der Fall war. Mit einem Volumen von fast 50 Millionen € werden junge Familien gefördert. Die neue Einkommensgrenze von 4 900 € pro Monat richtet sich gezielt auch an die Mittelschicht. Im Gegenzug haben wir uns keineswegs aus der Mietwohnraumförderung zurückgezogen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Jetzt zuhören!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Mit der L-Bank wurde ein ungedeckeltes Förderprogramm vereinbart.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ungedekelt!)

Das Programm finanziert entsprechend dem Leitbild „Kinderland“ Baden-Württemberg den Neubau von Mietwohnungen für Familien mit Kindern.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Eine Bindung an bestimmte Einkommensgrenzen wird es nicht geben.

In der Vergangenheit mussten wir feststellen, dass das Mietwohnraumförderungsprogramm des Wirtschaftsministeriums nicht voll ausgeschöpft wurde. Das Problem der fehlenden Mietwohnungen in Baden-Württemberg ist aber weniger in der fehlenden Subventionierung durch das Land zu sehen als vielmehr darin, dass die Rahmenbedingungen für den Mietwohnraumbau bei uns so miserabel sind, dass niemand mehr gewillt ist, sein Geld in Mietwohnungen zu investieren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth  
FDP/DVP: Das ist es!)

Die wohnungswirtschaftlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für den Bau und den Erhalt von Mietwohnungen haben sich nämlich mit den Jahren zusehends verschlechtert. Am 29. März 2001 hat der Bundestag mit seiner rot-grünen Mehrheit das Mietrecht einseitig zulasten der Vermieter geändert, und das war der zentrale Fehler.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel  
SPD: Frau Merkel sieht das anders!)

Wenn es darum geht, eine Mehrheit für unsere baden-württembergische Bundesratsinitiative zu organisieren, das Mietrecht wieder zu verändern, sind sämtliche SPD-geführten Bundesländer willkommen.

Von zentraler Bedeutung für die landespolitische Gestaltungskraft unserer Wirtschaftspolitik ist das Programm zur Städte-sanierung. Mit jährlich knapp 150 Millionen € an Haushaltsmitteln werden in jedem Jahr Gesamtinvestitionen von über 1 Milliarde € ausgelöst. Es gibt kein besseres Konjunkturprogramm.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Darüber hinaus leistet dieses Programm einen hervorragenden Beitrag zur Rückführung des Flächenverbrauchs. Wer nämlich seine Immobilie saniert, der baut nicht neu.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Michael Theurer  
FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Dienstleistungswirtschaft hat in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich zur wirtschaftlichen Leistung und vor allem zur Beschäftigung in Baden-Württemberg beigetragen. Inzwischen entfallen auf den Dienstleistungssektor 62 % der Wertschöpfung und 64 % der Beschäftigung. Die Dienstleistungswirtschaft des Landes zählt inzwischen 3,4 Millionen Beschäftigte. Unter anderem werden auch die personenorientierten Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheitswirt-

schaft und Freizeitwirtschaft wie Tourismus, Sport und Kultur zunehmend zu Wachstums- und Beschäftigungsträgern.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir werden in den nächsten Monaten die magische Schwelle von 5 % Arbeitslosigkeit unterschreiten. Die meisten Volkswirte sprechen in Zeiten der Globalisierung dann von Vollbeschäftigung. Problematisch sind und bleiben aber die Geringqualifizierten. Da sind wir uns einig: Die Geringqualifizierten verdienen unsere besondere Beachtung. Im Dienstleistungsbereich haben sie die besten Chancen – allerdings nur dann, wenn nicht eine völlig fehlgeleitete Bundespolitik dieses zarte Pflänzchen durch die Einführung von Mindestlöhnen zertrampelt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Widerspruch bei der  
SPD)

Im Oktober 2007 startet die Messelandschaft Baden-Württembergs mit der Eröffnung der neuen Messe auf den Fil dern.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Richtig!)

Bereits heute ist für 2008 im neuen Messegelände kaum noch ein Zeitfenster verfügbar. Zwei Drittel der für Stuttgart neuen Veranstaltungen entfallen auf die Hightechbranche. Schon jetzt lässt sich feststellen: Die Investition hat sich gelohnt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Baden-Württemberg hat endlich wieder eine Messe, die internationale Ausstrahlung besitzt.

Wenn die Bundesregierung nun noch die Finanzmittel für den Ausbau der europäischen Hochgeschwindigkeitsstrecke Paris–Budapest, an die auch die neue Messe angebunden sein soll, zur Verfügung stellt, wird Baden-Württemberg einen der attraktivsten Messestandorte Europas sein Eigen nennen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ganze Land profitiert davon, nicht nur Stuttgart.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das werden wir  
sehen!)

Der Tourismus ist und bleibt ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für unser Land. Baden-Württemberg muss mit Kurorten in Osteuropa konkurrieren.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Deshalb bleibt es auch bei der entsprechenden Förderung. Teile der Opposition verstehen nicht, dass sich die Kurorte nicht gleichmäßig über das Land verteilen. Das liegt aber an den regionalen Gegebenheiten. Zwischen den Geschlechtern kann man vielleicht Quotenregelungen einführen, aber bei Kurorten wird das eher schwierig.

Auch die Denkmalförderung stellt einen nicht zu unterschätzenden Standort- und Wirtschaftsfaktor für den Tourismus und die Unternehmensansiedlung dar. Darum kümmern wir uns durchaus. Daher begrüßt auch die FDP/DVP-Fraktion die



(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Stärkung der Denkmalpflege im Haushaltsplan des Wirtschaftsministeriums.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nachdem die Mittel für den Denkmalschutz in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgefahren wurden,

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ja!)

wurde der Trend im vorliegenden Doppelhaushalt gestoppt. Im Vergleich zu den letzten beiden Jahren stehen der staatlichen Denkmalpflege in den Jahren 2007 und 2008 rund 1,2 Millionen € mehr zur Verfügung. 2007 und 2008 ist daher von einem erhöhten Bewilligungsvolumen von rund 13 bis 13,5 Millionen € auszugehen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Plus Landesstiftungsmittel, die es ohne Privatisierung nicht gäbe!)

– So ist es.

Letzter Punkt: Eine verantwortliche Wirtschaftspolitik darf in unserem Lande nie den eigentlichen Quell unseres Wohlstands aus den Augen verlieren – auch da sind wir wieder beieinander, Herr Schmiedel –: Das sind die kleinen und mittleren Unternehmen, hoch innovativ und oftmals familiär geführt. Deren Flexibilität und Innovationskraft zeichnet uns aus. Wir müssen ihnen weiter helfen, innovativ bleiben zu können – wo es Liquiditätsengpässe gibt, wo es Probleme mit der Betriebsübergabe gibt, vor allem aber bei ihrem Hauptproblem, dem Moloch der Bürokratie.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie haben es vorhin angesprochen: Wirtschaftspolitik ist Wirtschaftsförderpolitik. Unser Ziel wird es weiterhin sein, Wirtschaftsförderpolitik insbesondere für den innovativen Mittelstand zu betreiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es versteht sich darüber hinaus von selbst, dass wir im Plenum die Änderungsanträge zum Einzelplan 07 genauso behandeln wie im Finanzausschuss, und selbstverständlich wird die FDP/DVP-Fraktion dem Einzelplan 07 in der vorliegenden Fassung zustimmen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erhält Frau Abg. Dr. Brenner das Wort.

**Abg. Dr. Carmina Brenner** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur wenige Ergänzungen. Herr Kollege Schmiedel, ich stimme Ihnen zu:

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Schön!)

Wir haben hervorragende Wirtschaftsdaten. Das sollten wir auch nicht unter den Tisch kehren.

Die Ausbildungsplätze sind erwähnt worden. Ich stimme Ihnen zu: Jeder junge Mensch, der keinen Ausbildungsplatz bekommt, ist einer zu viel.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist eine Verpflichtung! Dafür ist doch Herr Rau zuständig! Das ist doch dieselbe Firma!)

Aber auch Sie kennen die Klagen der ausbildenden Betriebe. Auf die möchte ich nun nicht näher eingehen. Allerdings verändert sich jetzt die Lage aufgrund der demografischen Entwicklung. Die Situation wird demnächst so sein, dass der, der nicht ausbildet, in fünf Jahren keine Fachkräfte mehr bekommt.

(Zuruf von den Grünen: Stimmt!)

Die Unternehmen merken das inzwischen auch.

Noch ein Wort zum Tourismus. Auch hier wird immer wieder kritisiert, die Investitionen seien nicht zielgerichtet. In dieser Woche konnten wir in der Presse lesen, dass die Deutschen auch in diesem Jahr wieder Reiseweltmeister sein werden. Viele fahren ins Ausland; das mag man beklagen, aber erfreulicherweise steigen auch die Buchungen für das Inland, vor allem bei uns in Baden-Württemberg. Das kommt natürlich nicht von ungefähr. Das liegt an den jahrelangen Investitionen, die wir getätigt haben: im Bereich Wellness, bei den Staatsbädern, bei den kommunalen Projekten – auch über das ELR-Programm – und bei kleinen privaten Projekten. Jetzt kommt der Erfolg aus diesen Investitionen. Zudem gibt es Sportangebote aller Art, auch für junge Leute. Es gibt viele Angebote für Familien mit Kindern. Das Wellnessangebot, dessen Ausbau wir gefördert haben, führt jetzt für solche Häuser, die entsprechend saniert haben, dazu, dass sie auch während der Woche gut ausgelastet sind. Bisher war das nicht so. Jetzt zeigt sich, dass diese Investitionen richtig waren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Innovation ist ein wichtiges Zukunftsfeld, und es bedarf der Innovationsförderung, der Technologieförderung. Ich glaube, dass wir in diesem Bereich noch mehr auf die Anwendbarkeit der Ergebnisse achten müssen, noch mehr auf die Erreichung der Marktreife, noch mehr darauf, dass das Land bei geförderten Ergebnissen das Eigentum an Patenten und Lizenzen behält. Man kann z. B. als Maßnahme der Wirtschaftsförderung Lizenzen kostenfrei vergeben. Das ist eine Möglichkeit, die wir viel zu wenig nutzen.

Wir haben Studien darüber vorliegen, wo die sogenannten Cluster für Baden-Württemberg sind. Cluster sind Bereiche, in denen wir vom Wissen her, von den Technologien her, von den Unternehmen und ihren Mitarbeitern her im weltweiten Vergleich und mit Blick auf die Zukunft gut aufgestellt sind. Die Cluster sind die wirtschaftlichen Erfolgsbereiche für unsere Zukunft.

Es gibt sehr gute Beispiele, z. B. Brennstoffzellen. Wir sind hervorragend in der Forschung, aber wir müssen jetzt aufpassen, dass wir in der Anwendung nicht ins Hintertreffen geraten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! Wer macht was?)

Im Automobilsektor haben wir einen hervorragenden Cluster. Aber es gibt einiges nachzuholen. Was in den letzten Wochen

(Dr. Carmina Brenner)

diskutiert wurde, stimmt: Wer weltweit die besten Autos baut, der muss auch Autos bauen, die weniger Sprit verbrauchen, die weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wir dürfen beim Hybridantrieb nicht schlafen. Deswegen kann man eigentlich nur sagen: Daimler-Chrysler, Audi, Porsche, jetzt macht mal! Wie lange wollt ihr euch noch die Butter vom Brot nehmen lassen von den Koreanern und Japanern?

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Wo Daimler-Chrysler gut ist – was aber viel zu wenig bekannt ist –, das ist bei der mobilen Brennstoffzelle. Da wird sehr viel Geld ausgegeben, aber jetzt muss die Marktreife kommen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Die Rede hätte man sich vom Ministerpräsidenten gewünscht!)

Ein weiteres tolles Gebiet ist die Fotonik. Hier sind wir in Baden-Württemberg hervorragend aufgestellt. Die Medizintechnik ist einer unserer wirklich exzellenten Cluster. Dünnschichtsolarzellen gehen jetzt auf den Markt, und schon wird in unseren Instituten weitergeforscht, z. B. bei biologischen Materialien, bei Farbstoffen, die Sonnenlicht in Strom umwandeln können.

Was meiner Meinung nach noch fehlt und was wir uns alle gemeinsam überlegen müssen, ist: Wie funktioniert der Technologietransfer besser? Wir brauchen eine Plattform für die einzelnen Cluster, und das müsste eigentlich mithilfe des Internets hervorragend zu machen sein. Die Frage ist dabei: Wer macht was? Wer ist mein Ansprechpartner? Wer hat welche Laboreinrichtungen, in denen auch ein kleineres Unternehmen einmal einen Ablauf, ein Verfahren oder ein Material testen kann? Das läuft meines Erachtens noch zu unkoordiniert. Hier haben wir noch Aufgaben zu erledigen. Das sind unsere strategischen Erfolgsbereiche, die wir gemeinsam beackern sollten.

Was recht amüsant ist: Offensichtlich hat Herr Gouverneur Arnold Schwarzenegger hier fraktionsübergreifend seinen Fanklub – so, wie es aussieht, hauptsächlich bei den Frauen. Ich darf anregen, dass wir diesen Herrn einmal in Kalifornien besuchen. Dort soll es schön sein. Vielleicht können wir von Herrn Gouverneur Schwarzenegger auch noch etwas lernen.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie bei Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erhält Herr Abg. Untersteller das Wort.

**Abg. Franz Untersteller GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Rülke, Sie haben vorhin ja das Thema „Kernkompetenz Energie im Wirtschaftsministerium“ angesprochen. Letzte Woche haben Sie eine Presseerklärung herausgegeben, in der Sie geäußert haben, das Wirtschaftsministerium sei zukünftig gleichzeitig auch Energie-

ministerium. Ich habe bei mir gedacht, solche Jokes macht normalerweise nur Harald Schmidt zu Beginn seiner Late-Night-Show, und ich will Ihnen einmal sagen, warum ich das so sehe:

Wenn Sie den Haushalt des Wirtschaftsministeriums im Bereich Energie anschauen, dann stellen Sie fest, dass für den Energiebereich 3,5 Millionen € für 2007 und 2,65 Millionen € für 2008 veranschlagt sind. Wenn jetzt noch die Mittel für das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Ulm hinzugenommen werden, die jährlich noch einmal 3 Millionen € betragen, dann sind wir bei plus/minus 6 Millionen € pro Jahr. Die Kollegin Netzhammer hat darauf hingewiesen: Der Haushalt des Wirtschaftsministeriums umfasst insgesamt 590 Millionen €. 1 % dieses Haushaltsvolumens haben wir in diesem Kernfeld, das zukünftig einen entscheidenden Faktor dafür darstellt, ob die Menschheit eine Zukunft hat oder nicht. Spätestens seit dem Bericht des IPCC von vorletzter Woche muss doch dem Letzten klar sein, dass die Klimafrage die zentrale Frage der nächsten Jahrzehnte ist. Sich dann hier hinzustellen und selbstgerecht zu sagen: „Wir sind da auf einem guten Weg und machen alles“,

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das sind wir doch! Es läuft doch einiges! – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das ist doch nicht nur eine Frage des Geldes!)

ist angesichts der Zahl von 1 % des Haushaltsvolumens ziemlich gewagt; das muss ich schon einmal sagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich will das noch einmal an einer anderen Zahl im Haushalt festmachen, die die Dimensionen auch deutlich macht. An einer anderen Stelle des Wirtschaftshaushalts finden Sie nämlich die Information darüber, wie viel wir für den Abriss der Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe ausgeben. Das Land allein gibt für den Abriss dieser einen Anlage 208 Millionen € aus! Allein in diesem Haushalt stehen 6 Millionen € pro Jahr, um dieses Ding abreißen zu können.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sollen wir es stehen lassen?)

Das heißt, wir haben für den Abriss dieser einen Anlage so viel Geld veranschlagt, wie wir angesetzt haben, um die gesamte Energiepolitik in diesem Land auf neue Schienen zu setzen. Da können Sie sich doch nicht hier hinstellen und sagen: „Wir sind auf gutem Weg“! Das ist doch einfach lächerlich, verstehen Sie?

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Nun geht – das gestehe ich zu – natürlich nicht alles über Geld. Nicht alles kann gefördert werden. Es geht dabei aber durchaus auch um die Frage: Welche Strukturen setzen wir,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wir setzen die richtigen!)

und welche Rahmenbedingungen schaffen wir mit diesem „Energieministerium“, wie Sie es nennen? Ich empfehle, sich einmal die Presseerklärung des Wirtschaftsministers vorzunehmen, die er 48 Stunden nach der Veröffentlichung des IPCC-Berichts herausgegeben hat. Da war ja die Tinte von

(Franz Untersteller)

diesem Bericht noch nicht trocken. Er hat eine Pressekonferenz veranstaltet und eine Presseerklärung vorgelegt, von der man angesichts der Überschrift „Grundzüge für zukunftsgerichtete Energiepolitik“ ja einiges hätte erwarten können. Wenn man sich den ersten Punkt, um den es dabei geht, anschaut, stellt man fest: Das sind die Laufzeitverlängerungen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das hat alles mit Klimaschutz zu tun!)

Das ist der ausführlichste Punkt. Nehmen wir nur einmal diesen Punkt Laufzeitverlängerungen. Dass wir diese angeblich brauchen, begründet er mit drei Argumenten, nämlich erstens um die Strompreisentwicklung in Grenzen zu halten, zweitens wegen der Versorgungssicherheit und drittens aufgrund der Anforderungen des Klimaschutzes, Herr Kollege Noll.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nicht nur, sondern auch! Auch wegen des Klimaschutzes!)

Ich empfehle Ihnen, einfach einmal folgende Zahlen zur Kenntnis zu nehmen und in Ruhe darüber nachzudenken. Das sind jetzt nicht meine Zahlen, sondern es sind Zahlen des Zentralorgans der Kernenergiewirtschaft mit dem Titel „atw – Internationale Zeitschrift für Kernenergie“. Das Ding kommt jeden Monat neu heraus, und man gibt dort am Ende des Jahres immer Zahlen darüber heraus, wie viele Kernkraftwerke weltweit am Netz sind.

Am Ende des Jahres 2006 hatten wir demnach weltweit 437 Atomkraftwerke. Das sind übrigens sieben weniger als im Jahr davor – so viel zur „Renaissance“ der Kernenergie. Diese 437 Kernkraftwerke haben zu 3,8 % zur Bereitstellung der weltweit verbrauchten Endenergie beigetragen.

Selbst dann, wenn man nun für alle 437 Atomkraftwerke die Laufzeiten verlängern würde – einmal abgesehen von den Problemen, die man sich damit einhandeln würde –, käme man zu dem Ergebnis, dass damit kein relevanter Beitrag zum Klimaschutz geleistet würde.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Deshalb will er ja immer neue bauen!)

Es ist einfach lächerlich, was Sie sagen. Und wenn Sie mir in dieser Frage nicht glauben, dann empfehle ich Ihnen: Reden Sie einmal mit jemandem wie Professor Klaus Töpfer, bekanntermaßen nicht Mitglied meiner Partei, oder mit dem derzeitigen Präsidenten des Umweltbundesamts, Herrn Dr. Troge, ebenfalls Mitglied der CDU. Troge sagt in einem Interview mit der „Zeit“ vom 5. Oktober 2006:

*Kernenergie ist aber keine Lösung für unser Energieproblem. ... Wer sich*

– gut zuhören! –

*von der Laufzeitverlängerung niedrige Strompreise erhofft, dürfte enttäuscht werden – die Energieversorger können derzeit Strompreise bis zu den Kosten des teuersten Kraftwerks am Markt durchsetzen.*

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber zum Klimaschutz sagt er nichts!)

Wenn Sie wie der Kollege Müller mit mir gemeinsam auf dem Klimaschutzkongress in Ludwigsburg gewesen wären, wo

Troge gesprochen hat – fragen Sie einmal den Kollegen Müller, was Troge dort zum Klimaschutz und zum Einsatz der Kernkraftwerke gesagt hat –, dann würden Sie dieses Argument auch nicht mehr anführen.

Man kann fragen: Was ist an perspektivischen Dingen in der Presseerklärung des Wirtschaftsministers enthalten? Dazu will ich Ihnen ein anderes Beispiel nennen, bei dem ich mich, als ich das las, erst einmal hinsetzen musste. Es geht um die Stichworte „Energieministerium“ und „Kompetenzen wahrnehmen“. In dieser Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums heißt es:

*Schließlich forderte Pfister einen verstärkten Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung ...*

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür ist er zuständig. Wir sind Opposition, wir fordern. Er muss es machen.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Haben Sie da jetzt etwas dagegen?)

Er hat seit vier Jahren in der Schublade ein Gutachten darüber liegen, worin die Potenziale der Kraft-Wärme-Kopplung liegen: 20 % des Energieverbrauchs in Baden-Württemberg im Strombereich können Sie über Kraft-Wärme-Kopplung abdecken. Allein im industriellen Bereich haben wir ein Volumen von 1 500 Megawatt. Das ist mehr, als das GKN II im Jahr bringt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das stimmt doch nicht! Hören Sie nachher zu!)

Und es passiert halt nichts.

Ich fordere von ihm, endlich einmal einen Wärmeatlas vorzulegen, der deutlich macht, wo die Kapazitäten der Kraft-Wärme-Kopplung in diesem Land sind und wo es sich lohnt, Blockheizkraftwerke zu bauen, Rahmenbedingungen zu setzen für die kleinen Versorger und nicht jede Woche von Neuem das Geschäft der EnBW zu betreiben. Das bringt uns in diesem Land energiepolitisch nun wirklich nicht weiter.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich ein Letztes sagen. Die Kollegin Netzhammer hat bereits den Anteil von derzeit 9,5 % erneuerbare Energien für Baden-Württemberg genannt.

(Minister Ernst Pfister: Das ist falsch!)

Eine Zahl nur: Zur Jahreswende hatten wir bundesweit 11,9 %. Wir hinken hinterher. Wir spielen in dieser Frage in der Regionalliga, und Sie müssen erst einmal zusehen, dass wir wieder Anschluss an den Bund gewinnen,

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Aber wir haben ja als Ziel 20 %!)

bevor Sie hier große Töne spucken.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wir sind ja dabei! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Lauter Unterstellungen, Herr Untersteller!)



**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Pfister.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nichts gegen Claus Schmiedel, nichts gegen Günther Beckstein, aber volle Sympathie für das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Was ich überhaupt nicht verstehen kann, ist, dass Oppositionsfaktionen – die natürlich dafür bezahlt werden, dass sie die Regierung kritisieren; was ja völlig in Ordnung ist –,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Kontrollieren! – Abg. Reinhold Gall SPD: Die werden nicht dafür bezahlt, dass sie die Regierung kritisieren! Das machen die umsonst!)

nicht anerkennen wollen, dass es gerade dieses Land Baden-Württemberg ist, das in diesen Wochen, Monaten und Jahren hervorragend dasteht. Dies nicht anzuerkennen, meine Damen und Herren, das kann ich nicht begreifen. Ich finde, auch eine Oppositionsfraktion sollte über den Schatten springen können und einmal zugeben, dass dieses Land Baden-Württemberg in vielen Bereichen – auch in der Wirtschaftspolitik – eine Spitzenposition hat. Das kann man doch zugeben, und man sollte sich auch darüber freuen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir kritisieren doch nicht das Land, sondern Sie!)

Natürlich ist es richtig – das ist doch wohl eine pure Selbstverständlichkeit –, dass dieser Erfolg nicht in erster Linie ein Erfolg der Politik ist – das gebe ich ja auch gern zu –, sondern dass er ein Erfolg der Menschen in diesem Lande ist.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

Er ist ein Erfolg der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Weil sie tüchtig sind, haben sie diesen Erfolg erzielt. Das ist doch eine pure Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Vor vielen Jahren hat es einmal einen Spitzenkandidaten der SPD gegeben, der gesagt hat: „Wir schaffen Arbeitsplätze.“ Pustekuchen! Arbeitsplätze schaffen nicht die Politiker, sondern diejenigen, die in ihren Betrieben tätig sind, die Unternehmerinnen und Unternehmer.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber Spöri hat dafür gesorgt, dass die welche schaffen konnten! Das ist der kleine Unterschied! Der zehnfache Einsatz für Wohnungsbau als Beispiel! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Der Spöri hat Arbeitsplätze vernichtet!)

Sie schaffen Arbeitsplätze. Deshalb gebe ich dem Kollegen Schmiedel völlig recht –: Der Erfolg, den wir im Augenblick haben, ist nicht für alle Ewigkeit garantiert. Es wird darauf ankommen, dass dieser Erfolg aus der Vergangenheit auch in

der Zukunft fortgesetzt wird. Dazu gehört, dass der Bund seine Hausaufgaben erledigt. Die sind längst noch nicht erledigt; ich will dazu aber jetzt nichts mehr sagen. Dazu gehört als Voraussetzung, dass das Land Baden-Württemberg auch in der Zukunft das tut, was notwendig ist, um diesen Erfolg auch zukünftig zu garantieren.

Hierbei kann man durchaus den Haushalt 2007/2008 heranziehen. Er ist nicht das einzige Element, weil nicht alles über Geld geht. Aber man kann diesen Haushalt heranziehen. Da sage ich Ihnen, meine Damen und Herren: Ich glaube, dass dieser Haushalt zweierlei in Anspruch nehmen kann:

Der erste Punkt ist, dass wir uns natürlich an der Haushaltskonsolidierung beteiligen mussten. Wir haben dies auch getan. Wir brauchen die Debatte über die Notwendigkeit ausgeglichener Haushalte an dieser Stelle jetzt nicht noch einmal zu führen. Ich stehe voll dahinter. – Das ist die eine Seite.

Aber natürlich muss zweitens ein Haushalt auch für die Zukunft die notwendigen Impulse setzen, die geeignet sind, um zu erreichen, dass die Zukunft des Landes Baden-Württemberg gewährleistet ist. Da will ich jetzt einfach einmal auf fünf oder sechs Punkte eingehen, die in dieser Debatte erwähnt worden sind.

Ich nenne als Erstes das Thema Mittelstandspolitik, und zwar ganz bewusst deshalb, weil Baden-Württemberg ein Land ist, in dem die Mittelstandspolitik, wie man weiß, in besonderer Form und Weise ausgeprägt ist. Man muss es sich immer wieder auf der Zunge zergehen lassen, um zu wissen, worüber man spricht: 95 % der Unternehmen in Baden-Württemberg haben weniger als 50 Beschäftigte. Und 99 % aller Unternehmen in Baden-Württemberg haben weniger als 500 Beschäftigte. Das aber sind die Betriebe, die 80 % der Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Das sind die Betriebe, die zwei Drittel der Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Das sind die Betriebe, die dafür sorgen, dass dem Finanzminister 70 % des gewerblichen Steueraufkommens in die Kasse gespült werden. Das sind also die Betriebe, die wirklich die Korsettstangen dieses Landes sind.

Deshalb muss das Thema Mittelstandspolitik im Vordergrund eines baden-württembergischen Wirtschaftshaushalts stehen. Das tut es übrigens auch. Ich bin froh, sagen zu können, dass in diesen Bereichen nicht gekürzt worden ist. Wenn in diesen Zeiten in einem Bereich nicht gekürzt wird, dann ist das schon aller Ehren wert – zumal Sie ganz genau wissen, dass auch ich dazu beitragen musste, dass diese Haushaltskonsolidierung auf den Weg gebracht wird.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, worum geht es? Es geht z. B. um die Existenzgründung und auch um die Existenzübernahme, die in dieser Mittelstandspolitik eine große Rolle spielen. Auf die berufliche Bildung komme ich nachher zurück.

Zunächst zur Existenzgründung. Vorhin ist gesagt worden – Frau Kollegin Netzhammer hat darauf hingewiesen –, dass in den letzten Jahren in Baden-Württemberg rund 90 000 Existenzgründungen stattgefunden haben. 80 % aller Existenzgründungen in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren, die gefördert werden – das ist wahr –, sind Gründungen

(Minister Ernst Pfister)

von Unternehmen, die auch nach fünf Jahren noch erfolgreich auf dem Markt waren.

Wenn wir heute feststellen können, dass das Land Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern wirklich nur eine geringe Arbeitslosigkeit hat, dann hängt das auch damit zusammen, dass wir in den vergangenen Jahren eine außerordentlich erfolgreiche Existenzgründungspolitik gemacht haben. Diese werden wir fortsetzen, denn sie ist die Grundlage für unseren Erfolg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das können Sie im Haushalt auch tatsächlich in Heller und Pfennig, in Euro und Cent ablesen.

Ein zweiter Punkt: Was mir wirklich große Sorgen macht, ist die Frage der Unternehmensnachfolge. Übrigens können Sie das im Haushalt auch nachlesen; aber ich will jetzt nicht auf Zahlen eingehen, sondern ich will Ihnen nur sagen, worauf es bei der Unternehmensnachfolge ankommt, damit dieses Land auch in der Zukunft die Spitzenposition hat.

Meine Damen und Herren, in den nächsten fünf Jahren werden allein in Baden-Württemberg 60 000 Betriebe vor der Frage stehen: Wie geht es mit dem Unternehmen weiter? Denn der Seniorchef oder die Seniorchefin geht in den Ruhestand, und es ist noch nicht klar, ob Sohnmann oder Tochter das Unternehmen übernehmen. Da geht es summa summarum um 600 000 Arbeitsplätze. Selbst wenn diese 600 000 Arbeitsplätze aufgrund von Übernahmen durch große europäische Unternehmen – um nicht zu sagen: Heuschrecken – noch gesichert werden könnten, wäre dies ein großer Identitätsverlust für Baden-Württemberg, weil diese 60 000 Betriebe durch die Bank bislang mittelständische Betriebe sind und diese natürlich ganz entscheidend für die Wirtschaftsidentität des Landes Baden-Württemberg sind.

Es kommt hinzu, dass wir vor fünf Jahren noch die Situation hatten, dass in 75 % aller Fälle Sohnmann oder Tochter das Unternehmen übernommen haben. Diese Zahl ist auf 45 % zurückgegangen. Das heißt, wir haben zunehmend das Problem, externe Lösungen zu finden, die aber außerordentlich schwierig sind. Schauen Sie in den Haushalt, in die Pläne hinein. Dann werden Sie feststellen, dass wir mit einem Zwölfpunkteprogramm versuchen, die Existenz, die Weiterführung von Betrieben auch in der Zukunft zu gewährleisten.

Hier kann übrigens auch die Bundespolitik einen wichtigen Beitrag leisten.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Erbschaftsteuerreform!)

– Das ist genau der Punkt. – Wenn wir wollen, dass in der Zukunft den jungen Leuten der Sprung in die Selbstständigkeit nicht erschwert, sondern erleichtert wird, wenn wir wollen, dass wir wieder eine stärkere Unternehmerkultur im Land Baden-Württemberg bekommen, wenn wir wollen, dass die jungen Leute wieder Spaß an einer selbstständigen Existenz haben, dann sollten wir versuchen, all die Lasten, die mit einer Betriebsübernahme verbunden sind, abzuschaffen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts lässt dies ausdrücklich zu. Deshalb fordere ich die Bundesregierung auf, denjenigen

Übernehmern, die nach zehn Jahren noch erfolgreich am Markt sind, die Erbschaftsteuer zu erlassen. Das wäre ein wichtiger Schritt für eine größere Unternehmerkultur auch im Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich nenne einen weiteren Punkt, den auch der Kollege Schmiedel und auch andere angesprochen haben und der natürlich auf der Hand liegt. Natürlich ist es richtig: Allein die Tatsache, dass beim Deutschen Patentamt in München oder beim Europäischen Patentamt Patente liegen, ist noch keine Technologiepolitik. Denn ein vorliegendes Patent ist natürlich noch längst kein Produkt.

Trotzdem behaupte ich – da werden Sie gar nicht widersprechen –, dass wir gerade in Baden-Württemberg eigentlich ideale Voraussetzungen dafür haben, in der Zukunft mit modernen Produkten auf den Markt zu kommen. Wir haben eine sehr großzügige Forschungslandschaft, eine sehr üppige Universitäts- und Fachhochschullandschaft. Das ist ja völlig unbestritten. Das Problem ist in der Tat, dass wir Brücken bauen müssen zwischen dieser Hochschul- und Forschungslandschaft und der Einführung von marktfähigen Produkten und Dienstleistungen. Das ist genau die Aufgabe, hier die entsprechenden Brücken zu bauen.

Ich will es jetzt anders formulieren: Ich behaupte, dass wir in Baden-Württemberg und in Deutschland auf absehbare Zeit kein Lohnniveau, wie es derzeit noch in China herrscht, einführen können und es auch nicht einführen wollen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das bedeutet im Klartext, dass wir auf absehbare Zeit ein Hochlohnland bleiben werden. Klar ist natürlich: Wenn wir schon teurer als die anderen sind, dann müssen wir ein Stück weit besser sein. Sonst wird das nicht funktionieren.

Was heißt das jetzt konkret? Das heißt konkret, dass es längst nicht mehr ausreicht, nur ein innovationsfreudiges Land zu sein; dass es nicht mehr ausreicht, nur Patente zu erfinden und diese auf dem Patentamt zu lagern; dass es auch nicht mehr ausreicht, Patente in marktfähige Produkte und Dienstleistungen umzuwandeln.

Es kommt nicht nur auf Innovationsfreudigkeit an, meine Damen und Herren, es kommt längst schon auf die Innovations-schnelligkeit an. Derjenige, der es schafft, in immer kürzeren Abständen mit neuen Produkten, mit neuen Dienstleistungen auf die Märkte zu kommen, der wird den Erfolg haben.

Auch hier will ich sagen, meine Damen und Herren, dass 50 % der baden-württembergischen Unternehmen es schaffen, in immer kürzeren Abständen mit ihren neuen Produkten auf die Märkte zu kommen. Oder eine andere Zahl: 6 % der bundesdeutschen Unternehmen schaffen es, innerhalb von einem Jahr mit einem völlig neuen Produkt oder einer völlig neuen Dienstleistung auf den Markt zu kommen. Es sind jedoch 15 % der baden-württembergischen Unternehmen, die das schaffen. Sie sehen also, wir haben hier einen Vorsprung, was die Innovationsfreudigkeit und Innovationsschnelligkeit angeht. Dieser Vorsprung ist nicht gottgegeben; er muss verteidigt werden. Deshalb ist es völlig richtig, dass z. B. die Mit-

(Minister Ernst Pfister)

tel für unsere wirtschaftsnahen Institute, die nichts anderes machen, als eine Brückenfunktion zwischen Forschung und Markt auszuüben, selbstverständlich nicht um einen einzigen Cent gekürzt worden sind, damit sie ihre Aufgabe, die Brückenfunktion wahrzunehmen und den Technologietransfer zu gewährleisten – nichts anderes ist es –, fortführen können.

(Beifall der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke und Beate Fauser FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass die Frau Bundeskanzlerin im Augenblick Reklame dafür macht, dass in der Bundesrepublik Deutschland der Anteil für Forschung und Technologie von 2,5 %, gemessen am Bruttosozialprodukt, auf 3 % erhöht werden soll. Das ist völlig in Ordnung. Ich möchte Ihnen aber sagen, dass wir in Baden-Württemberg seit Jahr und Tag bei 4 % sind. Diese Quote ist höher als in Amerika, höher als in Japan, Kalifornien und wo auch immer.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Ich will damit nur zum Ausdruck bringen, Herr Kollege Schmiedel, dass wir die Voraussetzungen dafür, dass dieser technologische Vorsprung auch in der Zukunft besteht, geschaffen haben. Ich will zum Ausdruck bringen, dass wir hier in diesem Haushalt die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, dass dieser Vorsprung auch in der Zukunft gewahrt werden kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Sie haben das Thema Außenwirtschaft angesprochen, haben es auch kritisch angesprochen. Meine Damen und Herren, Außenwirtschaft ist längst nicht mehr nur etwas für die großen Unternehmen des Landes, sondern Außenwirtschaftsförderung ist längst eine Angelegenheit, die in allererster Linie für die mittelständische Wirtschaft stattfinden muss. Sie ist dabei außerordentlich erfolgreich. Wenn ich in Osteuropa bin – und Sie waren schon dabei –, wenn ich in Polen oder in den neuen EU-Ländern bin –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wer war dabei? Herr Schmiedel, bekennen Sie sich!)

– Das ist ja in Ordnung. Ich begrüße das sehr.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Schmiedel hat sich ja auch angeboten als Berater!)

Wenn ich sehe, in welchem Umfang dort die Notwendigkeit besteht, etwa in Umwelttechnologien, Abwasser, Abfallbeseitigung und ähnliche Dinge zu investieren, und wenn ich sehe, welche Chancen die baden-württembergischen Firmen gerade in diesem Bereich der Umwelttechnologie haben, dann schreit es doch geradezu danach, dass die Dinge durch eine entsprechende Außenwirtschaftspolitik zusammengebracht werden.

Ich bin absolut der Meinung, dass das Thema Außenwirtschaftspolitik in den verschiedensten Bereichen in der Zukunft eine viel größere Rolle spielen muss. Ich sage das nur deshalb: Wenn richtig ist, was ich sage, dann muss sich das auch in den Haushalten widerspiegeln; und genau das spiegelt sich auch in den Haushalten wider.

Nehmen Sie auch das Thema „städtebauliche Erneuerung“. Ich behaupte, dass das Thema Städtebausanierung in der Vergangenheit eines der erfolgreichsten Programme der Landesregierung war. Bislang wurden den Kommunen 5 Milliarden € zur Verfügung gestellt.

Deshalb bin ich froh, dass wir auch im Jahr 2007 mit einer ähnlichen Summe in Höhe von roundabout 150 Millionen €, wenn ich alles zusammenrechne und auch den Bundesanteil dazurechne, wieder eine Summe zur Verfügung haben, mit der wir eine Menge machen können – übrigens nicht nur ästhetische Dinge. Bei der Städtebauförderung geht es doch nicht nur darum, dass unsere Städte und Gemeinden schön herausgeputzt sind – das ist auch eine wichtige Sache –, sondern – irgendjemand hat schon darauf hingewiesen – es geht um den Faktor 8. Das heißt, jeder Euro, der in die Städtebauförderung gesteckt wird und zu diesem Zweck der Gemeinde X oder der Gemeinde Y gegeben wird, löst ein Achtfaches an Investitionsvolumen aus. Das bedeutet also: Mit 150 Millionen € lösen wir allein in diesem Jahr und allein über diesen Weg ein Investitionsvolumen in der Größenordnung von 1,2 Milliarden € aus. Meine Damen und Herren, dies tut unserer gebeutelten Bauwirtschaft gut.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Deshalb gilt auch hier, wenn Sie fragen, wo wir mit diesem Haushalt Zeichen setzen: Die Zeichen in diesem Haushalt bestehen unter anderem darin, dass die Städtebauförderung auch in der Zukunft in genau dem Umfang fortgeführt wird, wie es in der Vergangenheit der Fall war, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt komme ich zum Thema Wohnungsbauförderung.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Jetzt!)

Da gilt genau das Gleiche wie das, was ich zum Thema Städtebauförderung gesagt habe. Ich behaupte, dass die Wohnungsbauförderung, die neu akzentuiert, neu zugeschnitten worden ist, sowohl quantitativ als auch qualitativ besser ist als das, was wir in der Vergangenheit hatten. Warum ist das so? Erstens habe ich auch in diesem Jahr 2007 ein Bewilligungsvolumen von 48,5 Millionen € für wohnungsbaupolitische Maßnahmen zur Verfügung. Das sind genau 2 Millionen € weniger als im vergangenen Jahr. Jetzt habe ich zwei Möglichkeiten: Entweder kann ich nach dem Gießkannenprinzip vorgehen,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Eben nicht!)

oder ich kann politische Schwerpunkte setzen. Ich habe den politischen Schwerpunkt so gesetzt – denn ich halte das für richtig –, dass diese 48,5 Millionen € in vollem Umfang für den Erwerb von Wohneigentum zur Verfügung gestellt werden. In vollem Umfang werden sie für den Erwerb von Wohneigentum zur Verfügung gestellt.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wer hat, dem wird gegeben!)

Die Kriterien, nach denen das geht, sind klar: „Kinderland“ Baden-Württemberg, Familienpolitik – ich brauche jetzt nicht mehr zu erklären, wie das alles funktioniert.



(Minister Ernst Pfister)

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Doch, das haben die immer noch nicht begriffen! – Gegenruf der Abg. Ute Vogt SPD: Jetzt aber!)

Das können Sie alles nachlesen. Da gibt es jedenfalls einen ganz betont familienpolitischen Akzent.

Nur ein Beispiel. In der Vergangenheit war es so: Wenn jemand beim Erwerb von Wohneigentum gefördert werden wollte, der zunächst jedoch noch keine Kinder hatte, ist er natürlich entsprechend schlecht oder gar nicht gefördert worden. In der Zukunft wird es so sein, dass, wenn später Kinder kommen, nachträglich gefördert wird. Das heißt, wir unterstützen nicht nur die startende Familie, sondern wir unterstützen auch die wachsende Familie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das ist also ein überaus deutlicher Hinweis darauf, dass wir das „Kinderland“ Baden-Württemberg ernst nehmen.

Die anderen Punkte sind bereits genannt worden.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Gern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er möchte die nächste Reise anmelden!)

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Herr Minister, ich habe nur eine Frage.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Ja.

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Gehören die Kinder, die in den städtischen Notfallkarteien geführt werden – z. B. weil vier Personen in einem Zimmer leben –, auch zu Ihrem „Kinderland“?

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Genau auf diesen Punkt wollte ich jetzt zu sprechen kommen. Sie haben mir eigentlich das Wort aus dem Mund genommen. Ich nehme mir jetzt einfach einmal Zeit, um Ihnen das ein bisschen zu erklären, damit wir wenigstens auf der gleichen Grundlage diskutieren.

In diesen rund 51 Millionen €, die im Jahr 2006 insgesamt für die Wohnungspolitik zur Verfügung standen, waren im Haushalt 12 Millionen € für den sozialen Mietwohnungsbau enthalten. Von diesen 12 Millionen € für den sozialen Mietwohnungsbau sind zum 31. Dezember 2006 genau 6 Millionen € abgerufen worden. Genau 6 Millionen €! Das ist also gerade einmal die Hälfte.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da muss man sich einmal fragen, warum!)

Wenn Sie meine Mitarbeiter fragen, dann werden sie Ihnen sagen, dass selbst diese Mittel nur deshalb abgerufen worden sind, weil man möglichen Empfängern hinterhertelefoniert hat und ihnen signalisiert hat, dass entsprechende Mittel vorhan-

den sind. Das heißt, dieses klassische sogenannte Mietwohnungsbauprogramm der Vergangenheit ist für die kommunalen Träger völlig uninteressant. Ich kann es nicht anders sagen: Es ist für sie völlig uninteressant.

Deshalb habe ich gesagt: Ich versuche jetzt einmal, einen anderen Weg zu gehen. Ich konzentriere die Mittel, wie gesagt, auf das Wohneigentum und versuche, mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau auf der einen Seite und der L-Bank auf der anderen Seite – das ist schon gesagt worden – ein Programm zu machen, das mit Sicherheit das zehnfache Volumen dessen hat – möglicherweise auch noch mehr –, was bisher im sozialen Mietwohnungsbau vorgesehen war. Wenn es uns also gelingt, dieses Darlehensvolumen von etwa 50 Millionen € – Tendenz nach oben – tatsächlich zu verbauen, dann werden wir – das ist meine Antwort auf Ihre Frage – wesentlich mehr günstige Wohnungen im Land Baden-Württemberg bauen. Dann werden die Probleme, die Sie zu Recht angesprochen haben, durch dieses Mehr an Wohnungen abgestellt werden können. Deshalb glaube ich, dass das Wohnungsbauprogramm, das wir jetzt auf den Weg gebracht haben, ein absolut gutes Wohnungsbauprogramm ist und in der Zukunft dazu beitragen wird, dass in Baden-Württemberg mehr Wohnungen zur Verfügung stehen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Zurufe der Abg. Reinhold Gall SPD und Edith Sitzmann GRÜNE)

Zum Thema Denkmalförderung haben Sie Äußerungen getroffen, nach denen man das Gefühl haben könnte, wir wären alle Denkmalbanausen. Das will ich entschieden zurückweisen. Vielleicht kann ich das anhand einer einzigen Zahl noch einmal deutlich machen – weil Sie an Zahlen ja immer so interessiert sind.

(Abg. Claus Schmiedel SPD hält einen Zeitungsartikel in die Höhe. – Abg. Claus Schmiedel SPD: Deshalb habe ich eben ja zitiert!)

Herr Schmiedel, im vergangenen Jahr hatten wir für Denkmalförderung 12,0 Millionen € in den Haushalt eingestellt. In diesem Jahr haben wir 13,5 Millionen € im Haushaltsplan stehen. In einer Zeit, in der an allen Ecken und Enden gespart werden muss, haben wir für die Denkmalförderung ein Plus von 1,5 Millionen € vorgesehen. Ich finde, das ist schon ein deutlicher Beweis dafür, dass wir das Thema Denkmalförderung im Land Baden-Württemberg ernst nehmen – damit das völlig klar ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich gebe zu, dass wir – auch das will ich noch ansprechen: Stichwort Ausbildungsplätze – nicht in der Lage wären, allein mit originären Mitteln des Landeshaushalts die notwendigen Ausbildungsmaßnahmen für die Qualifikation unserer jungen Menschen auf den Weg zu bringen. Als Beispiel nenne ich das Thema Altbewerber. Wir haben das hier so oft besprochen, dass man es nicht zu erklären braucht. Es ist wirklich ein Problem, wenn in der Zwischenzeit 50 % aller Bewerber um Ausbildungsplätze Altbewerber sind. Da muss man etwas tun.

(Minister Ernst Pfister)

Aus diesem Grund habe ich im letzten Jahr, wie Sie alle wissen, ein Altbewerberprogramm auf den Weg gebracht. In der Zwischenzeit sind im Rahmen dieses Programms mehr als 1 500 zusätzliche Ausbildungsplätze ausschließlich für Altbewerber geschaffen worden. Selbstverständlich will ich, dass dieses Programm auch in den Jahren 2007 und 2008 fortgesetzt wird. Wir können das jedoch nicht mit ESF-Mitteln machen, weil diese Mittel aus finanztechnischen Gründen erst Mitte 2007 zur Verfügung stehen. Das heißt, wir hätten darauf verzichten müssen. Deshalb haben wir versucht – auch das ist eine Schwerpunktbildung –, zusätzliche originäre Landesmittel zu finden, damit wir dieses Programm fortsetzen können.

Jetzt nehmen Sie bitte zur Kenntnis: In einem der schwierigsten Bereiche, nämlich bei den Altbewerbern, wird diese Regierung das erfolgreiche Altbewerberprogramm auch in den Jahren 2007 und 2008 fortsetzen. Das ist ein Beweis dafür, Herr Schmiedel – so steht es in den Plänen –, dass wir für die Qualifikation der Benachteiligten in unserer Gesellschaft etwas tun wollen, weil wir natürlich ganz genau wissen, dass wir alle Kräfte brauchen, wenn das Land Baden-Württemberg auch in der Zukunft vorangeführt werden soll.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Bleibt zum Schluss noch das Thema Energiepolitik. Meine Damen und Herren, für mich ist die Geschichte eigentlich ganz einfach. Wir haben bestimmte energiepolitische Ziele zu erreichen – die kennen Sie alle. Sie stehen auch so im Gesetz. Es ist meine feste Überzeugung, dass diese Ziele in der Zukunft nur durch einen Energiemix zu erreichen sind.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Aber was für einen?)

Von der Tendenz her wird eines klar sein: Es gibt bestimmte Bereiche, die in ihrer Bedeutung zurückgehen werden. Das ist die Kernenergie, und das sind die fossilen Energieträger.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wieso? Sie wollen doch neue Atomkraftwerke bauen!)

– Langsam. – Diese Energieträger werden eine abnehmende Tendenz haben. Andere Bereiche haben eine zunehmende Tendenz: Das sind die regenerativen Energien, und das ist vor allem auch die Energieeinsparung.

Deshalb haben wir uns vorgenommen – da darf ich Sie korrigieren –, bis zum Ende dieser Legislaturperiode einen Anteil an regenerativen Energien von 11,5 % zu erreichen. In der Zwischenzeit – am 1. Januar 2007 – sind wir bei 10 % gelandet. Wir werden das Ziel also erreichen. Wir werden auch das Ziel für 2020, den 20-prozentigen Anteil, erreichen. Das will ja auch der Bund. Da aber das Jahr 2020 genau das Jahr ist, in dem die Atomkraftwerke endgültig vom Netz gehen, stellt sich die Frage: Was passiert mit den restlichen 80 %? Was ist mit der Lücke der restlichen 80 %? Deshalb bin ich sehr dafür, dass wir Energiepolitik gewissermaßen im Sinne kommunizierender Röhren verstehen. Das heißt, wir versuchen, die Kernenergie und fossile Energieträger in dem Umfang zurückzudrehen, in dem auf der anderen Seite die Nutzung regenerativer Energien ansteigen wird.

Fritz Vahrenholt, den Sie alle kennen, ist der wahrscheinlich bekannteste Windenergieanlagenbauer Deutschlands.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Kennen Sie auch den größten Aktionär von REpower? – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist doch der größte Vertreter der Atommafia!)

– Fritz Vahrenholt ist durchaus als ein Vertreter regenerativer Energien bekannt. Das kann man so sagen. Ich zitiere Vahrenholt:

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Ich komme auch gleich zum Ende. Ich weiß, dass es etwas zu lang geworden ist. Ich will das Zitat aber gern vorlesen. Vahrenholt sagt:

*Ich glaube, dass eine Verlangsamung des Ausstiegsprozesses auch für die erneuerbaren Energien hilfreich ist.*

Das heißt: Im Grunde genommen macht er damit genau das deutlich, was ich auch will. Ich will erreichen, dass bei einer Verlängerung der Laufzeiten regenerativer Energien mit den dadurch frei werdenden finanziellen Mitteln stärker gepusht werden können.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau!)

Genau das ist das Ziel dieser Landesregierung. Ich glaube, dass wir auf diese Art und Weise erreichen können, den Anteil der regenerativen Energien im Jahr 2050 ohne Weiteres auf 50 % zu erhöhen. Meine Damen und Herren, dies wird aber nur mit einem Energiemix gelingen. Für Baden-Württemberg bedeutet dies, dass wir eine regenerative Energiequelle noch viel stärker in den Fokus nehmen müssen; das ist die Biomasse.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Biothermie!)

Dort besteht noch großer Nachholbedarf. Genau aus diesem Grunde wird das Land Baden-Württemberg die Biothermie – neben Blockheizkraftwerken, neben der Wasserkraft, neben Solarenergie und neben Geothermie – voranbringen. Wir werden noch große Möglichkeiten haben. Der Anteil der Biomasse an der Primärenergie beträgt im Augenblick 3 %. Es ist unser Ziel, ihn auf 10 % zu erhöhen. Sie sehen also, dass im Bereich der regenerativen Energien nicht nur gesprochen, sondern auch gehandelt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will zum Schluss einfach noch einmal sagen – ich meine, dass die Beispiele überdeutlich waren –: Wir haben es auf der einen Seite geschafft, einen Haushaltsplan auf den Weg zu bringen, der dem Gesichtspunkt der Konsolidierung der Haushalte Rechnung trägt; wir haben auf der anderen Seite aber auch eindeutige Schwerpunkte und eindeutige Impulse für die Weiterentwicklung des Landes Baden-Württemberg gesetzt. Ich finde, dieser Haushalt ist geeignet, einen Beitrag dazu zu leisten, dass wir auch noch in zehn Jahren sagen können: Die Spitzenstellung des Landes Baden-Württemberg aus den vergangenen Jahren wird auch in der

(Minister Ernst Pfister)

Zukunft beibehalten werden können. Das sollte unser gemeinsames Ziel sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 07 – Wirtschaftsministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/807. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln zur Abstimmung stellen.

Wir kommen zunächst zu Abschnitt I der Beschlussempfehlung.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0701

##### Ministerium

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0702

##### Allgemeine Bewilligungen

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0707

##### Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/907-4. Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0707 – Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0708

##### Innovation und Technologietransfer

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0710

##### Mittelstandsförderung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/907-1. Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0710 – Mittelstandsförderung – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0711

##### Energie und Wohnungsbau

und dazu die vorliegenden Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/907-2, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/907-5, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/907-3, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Schließlich lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/907-6, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Kapitel 0711 – Energie und Wohnungsbau – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0712

##### Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.



(Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte)

Wir haben noch abzustimmen über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/807. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Abschnitt II ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 07.

Ich rufe **Buchstabe e** der Tagesordnung auf:

**Einzelplan 05: Justizministerium – Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/805**

**Berichterstatter: Abg. Karl Klein**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 05 – Justizministerium – eine Gesamtredezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Schüle das Wort.

(Unruhe)

**Abg. Dr. Klaus Schüle** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die baden-württembergische Justiz – ich stelle das bewusst an den Anfang meines Debattenbeitrags – leistet eine hervorragende Arbeit in allen Bereichen:

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Jawohl!)

bei den Gerichten, den Staatsanwaltschaften, den Justizvollzugsanstalten und den Notariaten. Wir haben die niedrigste Kriminalitätsbelastung und kurze Verfahrensdauern. Diese hervorragenden Leistungen sind für unsere Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Lebenserfahrung, um sich in unserem Land sicher zu fühlen und auch wohlfühlen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Trotz einer knapp bemessenen Personaldecke ist die Dauer von Prozessen in Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich, insbesondere in zivilrechtlichen und strafrechtlichen Verfahren, sehr kurz. Auch die Staatsanwaltschaften ermitteln äußerst schnell. Im Jahr 2005 – auf das Jahr 2006 komme ich gleich zu sprechen – konnte die Verfahrensdauer auf einen historisch niedrigen durchschnittlichen Wert von 46,5 Tagen verkürzt werden. Deshalb sage ich an dieser Stelle zunächst einmal allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justiz Dank für diese hervorragende Arbeit, und unseren Justizminister, Herrn Professor Goll, schließe ich ausdrücklich mit ein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Aber, meine Damen und Herren, im vergangenen Jahr ist die durchschnittliche Verfahrensdauer im Bereich der Staatsanwaltschaften – sicherlich mit bedingt durch den zweithöchsten Stand an Ermittlungsvorgängen – auf 50 Tage gestiegen. Dies stellt zwar immer noch einen exzellenten Wert dar, es

zeigt aber auch, dass die Justiz an einem Punkt angelangt ist, bei dem der Spagat zwischen Haushaltskonsolidierung auf der einen Seite – dazu hat die Justiz einen großen Beitrag geleistet – und personellen Anforderungen auf der anderen Seite klar in die Richtung gehen muss, keine weiteren Personaleinsparungen vorzunehmen.

Genau an dieser Situation hat die Koalitionsvereinbarung angesetzt. Trotz der Spitzenstellung im bundesweiten Vergleich hat sich die Koalition im Hinblick auf die Personalausstattung der Justiz darauf verständigt, keine weiteren Stellenkürzungen ohne qualitative strukturelle Änderungen vorzunehmen. Deshalb hat die Koalition davon abgesehen, die Streichung der 334 Stellen aus dem Programm des Jahres 1998 weiter umzusetzen. Lediglich das sogenannte Einprozentprogramm aus der letzten Legislaturperiode soll im Einzelfall im Lichte der Möglichkeiten nach Jahresraten weiter umgesetzt werden. Was wichtig ist: Darüber hinaus gibt es die klare Vorgabe, dass das Justizministerium in den kommenden Jahren von Personaleinsparmaßnahmen ausgenommen wird. Hierdurch gewinnt die Justiz eine Planungssicherheit, die die herausgehobene Stellung, die der Justiz von der Landespolitik zu Recht beigemessen wird, unterstreicht.

Wir haben aber – das muss man offen ansprechen – ein Sonderproblem bei den Sozialgerichten, das gelöst werden muss. Tatsache ist: Die Sozialgerichte sind nach und vor allem durch die Umstellung auf das Arbeitslosengeld II – es geht also um die Langzeitarbeitslosen – überlastet. 1995 hatten die Sozialgerichte 23 600 Fälle, im Jahr 2005 waren es 31 000 Fälle, und allein von 2005 auf 2006 gab es in diesem Bereich eine Steigerung um 90 %.

Auf der anderen Seite haben wir die Verwaltungsgerichte. Bei den Verwaltungsgerichten hatten wir im Jahr 1995 20 000 und im Jahr 2005 nur noch 4 800 Asylverfahren. Nun versucht der Justizminister, bei den Sozialgerichten mit wenigen Stellen die größten Defizite einigermaßen auszugleichen. Notwendig wären eigentlich 28 Stellen, aber das können wir nicht leisten. Das Vernünftigste wäre doch, dass man aus dem Bereich der Gerichtsbarkeit, in dem im Augenblick Arbeitskapazität genutzt werden kann – von Richtern –, Personalstellen in die Sozialgerichtsbarkeit verlagert.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Genau! Das haben wir beantragt!)

Diese sinnvolle Maßnahme – Zusammenführung von Fachgerichtsbarkeiten – scheitert im Augenblick insbesondere an der SPD auf Bundesebene. Deswegen sollten wir gemeinsam versuchen, das Ziel zu verfestigen und zu unterstreichen, Fachgerichtsbarkeiten zusammenzulegen – im Interesse der Angehörigen der Justiz in den Sozialgerichten, vor allem aber im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, die inzwischen mit einer durchschnittlichen Verfahrensdauer von 11,9 Monaten bei der Sozialgerichtsbarkeit benachteiligt werden.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sagen Sie das den Kollegen im Bund!)

Es geht um das Existenzminimum vieler Menschen. Hier muss dringend gehandelt werden.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ja, was macht ihr dann?)

(Dr. Klaus Schüle)

Herr Müntefering hat sich klar dagegen ausgesprochen. Ich würde Ihnen vorschlagen: Versuchen wir, ihn gemeinsam in die richtige Richtung umzustimmen.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Jetzt kommen Sie nicht mit Müntefering! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Und die CDU, was macht die? Gibt es die auch noch?)

– Sie können das nachher aus Ihrer Sicht darstellen, lieber Herr Stickelberger.

Meine Damen und Herren, das nächste Thema nach der Personalausstattung sind organisatorische Verbesserungen im Justizbereich. Auch hierbei sind wir in den vergangenen Jahren vorangekommen. Wir haben bis Ende 2006 die IuK-Ausstattungen vervollständigt, und wir haben Sorge dafür getragen, dass es bei dieser Ausstattung – wenn auch in etwas reduziertem Maß – in den nächsten Jahren weiter vorangehen kann. Mit vielen Programmen – Stichworte sind die Software JUSTUS für die Verwaltungs- und die Sozialgerichtsbarkeit, FOKUS für die Arbeitsgerichtsbarkeit – versucht das Justizministerium erfolgreich, die Justiz auf Modernisierungskurs zu halten.

Hinzu kommen konzeptionelle und strukturelle Neuorientierungen. Das elektronische Handelsregister wurde eingeführt und auf vier Stellen konzentriert. Die Bewährungs- und Gerichtshilfe wurde nach erfolgreicher Beendigung der Modellversuchsphase flächendeckend einem freien Träger übertragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf feststellen, dass wir – insbesondere auch im Hinblick auf die zusätzlichen Kompetenzen, die wir durch den ersten Teil der Föderalismusreform erhalten haben – auch bei den jetzt anstehenden Gesetzesvorhaben im Justizvollzugs- und Strafrecht mit unserem Justizminister übereinstimmen. Er hat bereits einen sehr guten Entwurf vorgelegt.

Ich darf abschließend aber einen Punkt ansprechen, bei dem wir – im Augenblick zumindest – möglicherweise unterschiedlicher Auffassung sind. Das ist das Thema „Onlinedurchsuchung von Computern“. Es steht aktuell auf der Tagesordnung, und der Kollege Kluck hat es gestern bei der Beratung des Einzelplans des Innenministeriums angesprochen. Der Bundesgerichtshof hat festgestellt, dass die Onlinedurchsuchung von Computern ein erheblicher Eingriff ist und dass hierfür eine gesetzliche Grundlage notwendig ist. Also müssen wir eine klare Entscheidung über die Frage treffen: Wollen wir das, oder wollen wir das nicht?

Die CDU-Fraktion spricht sich klar dafür aus, diese effektive Fahndungsmethode zur Bekämpfung von Schwerstkriminalität unter strengen Voraussetzungen zuzulassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Zu Recht hat die Generalbundesanwältin, Frau Harms, betont, dass die Behörden im Kampf gegen Schwerstkriminelle, insbesondere bei der Terrorismusbekämpfung, auf der Höhe der Zeit bleiben müssen – so hat sie es formuliert. Wir unterstützen es, dass die Bundesregierung so rasch wie möglich einen

neuen Gesetzentwurf vorlegen wird, um die Grundlage für verdeckte Onlinedurchsuchungen zu schaffen – unter Wahrung der rechtsstaatlichen Anforderungen. Das heißt ganz konkret, dass für jede Maßnahme ein richterlicher Beschluss, wie etwa auch für die Telefonüberwachung, notwendig ist.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Zu Recht hat der Präsident des Bundeskriminalamts, Jörg Ziercke, eindringlich klargemacht, in welchem Ausmaß und mit welcher zunehmenden Tendenz das Internet das entscheidende Kommunikationsmittel des internationalen Terrorismus geworden ist. Die Szene arbeitet konspirativ, verdeckt, verschlüsselt, anonymisiert, und gleichzeitig – das ist das Problem – wird es immer schwieriger, in diese Szene verdeckte Ermittler einzuschleusen.

(Zuruf des Abg. Oswald Metzger GRÜNE)

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, hat zusätzlich darauf hingewiesen – und ich glaube, das wird uns nachdenklich machen –, dass zur Bekämpfung von Kinderpornografie verdeckte Onlinedurchsuchungen unerlässlich sind.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Kolleginnen und Kollegen der FDP/DVP – Sie haben das Thema ja gestern selbst angesprochen –, ihre Position noch einmal zu überdenken.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das machen die!)

Ich glaube auch nicht, dass man mit dem pauschalen Argument – es bestehen immerhin juristische Voraussetzungen, und es bedarf richterlicher Anordnungen –, wir würden damit den Polizeistaat, den Überwachungsstaat in Deutschland einführen, dieses notwendige Instrument ablehnen kann. Wir müssen zusätzlich etwas unternehmen, um für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zu sorgen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn es bei diesem Thema zumindest jetzt noch eine sachliche Differenz gibt, so ist doch der entscheidende Punkt: CDU und FDP/DVP arbeiten in der Justizpolitik gut zusammen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Sie haben gerade das Gegenteil gesagt!)

Mit diesem Justizhaushalt schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass unsere Justiz auch in Zukunft an der Spitze in Deutschland bleiben wird.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

Wir werben um Ihre Zustimmung zu diesem Justizhaushalt und empfehlen sie Ihnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Guter Mann! Gute Rede!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Stickelberger für die SPD-Fraktion.

**Abg. Rainer Stickelberger** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem diese Debatte sicher den Höhepunkt des Tages darstellt,

(Heiterkeit – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Tragen Sie dazu bei?)

möchte ich die Schlagzahl, mit der Herr Kollege Dr. Schüle begonnen hat, beibehalten. Herr Dr. Schüle, Ihre markigen Bekenntnisse zur Einheit der Koalition in dieser Frage können die Schwächen dieses Justizhaushalts oder, besser gesagt, die Schwächen der Justizpolitik in diesem Land wirklich nur mühsam überdecken.

Eines möchte ich aber deutlich zum Ausdruck bringen. Ausdrücklich anschließen möchte ich mich dem Lob

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehen Sie!)

an die Bediensteten der Justiz

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wunderbar!)

im Ministerium,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wie der Herr, so's Gescherr!)

bei den Gerichten, in den Strafvollzugsanstalten, auf allen Ebenen der Justiz, die bei knappen Haushaltsmitteln und zunehmender Belastung

(Abg. Reinhold Gall SPD: So ist es!)

hervorragende Arbeit leisten.

(Beifall bei der SPD und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP und der Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: An ihrer Spitze der Justizminister!)

Die Situation ist nicht so rosig, wie Sie sie dargestellt haben. Ich frage mich schon: Was ist in diesem Land eigentlich los, wenn die Sozialrichter in der Weise Alarm schlagen, wie es in den letzten Wochen geschehen ist?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dann habt ihr falsche Hartz-Gesetze gemacht!)

– Herr Dr. Noll, jetzt hören Sie einmal zu, und dann reden wir weiter. Wir sind gespannt, wie nachher Ihre Vorschläge zur Lösung der Probleme, die in diesem Land anstehen, aussehen.

Die Staatsanwaltschaften sind überlastet. Der Generalstaatsanwalt im OLG-Bezirk Stuttgart hat sich entsprechend geäußert. Die Staatsanwaltschaften ersticken in Verfahren. Was ist los in diesem Land?

Wir konzedieren Ihnen, dass Sie sich Mühe gegeben haben, weitere Personaleinsparungen zu verhindern.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: 4 bis 5!)

Insofern schließe ich Sie in das vorhin ausgesprochene Lob ausdrücklich ein, damit auch Herr Noll zufrieden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Aber damit hat es sich schon mit dem Lob.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Eben! Jetzt geht's los! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: „4 bis 5“ ist ja kein Lob!)

Ich möchte nämlich auf die Baustellen eingehen, die wir haben. Sie haben aufgezeigt, dass Sie neue Wege gehen müssen – natürlich, dafür ist das Thema Privatisierung ein Stichwort; ich komme darauf noch zurück. Wir haben viele Baustellen. Umso wichtiger ist es, einen guten Bauleiter zu haben, und den haben wir nicht.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Den haben wir!)

Wir haben halbfertige Baustellen, wir haben stillgelegte Baustellen, und wir haben erhebliche Baumängel.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber das Geschäft läuft!)

Vielleicht im Einzelnen dazu. Baustelle 1: die badischen Notariate. Die Privatisierung der Notariate in Baden ist bisher fehlgeschlagen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Weil sie klagen!)

Die 25 Stellen sind von nahezu 200 Konkurrentenklagen begleitet. Die Entlastung, die man sich versprochen hatte, ist bisher nicht eingetreten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das liegt doch nicht an uns!)

Gleichzeitig schwächt man das noch vorhandene staatliche Notariat, indem man es personell ausdünn. Wo bleibt da der Service für den Bürger? Insgesamt ist das eine Verschlechterung – ein schlechter Bau.

Die württembergischen Notariate stehen auch vor einer Umstrukturierung. Sie wird kommen, ist seit Langem angekündigt. Wir warten darauf. Die Bediensteten sind unsicher und fragen sich: Wie geht es weiter? Was passiert mit ihren erworbenen Versorgungsansprüchen? Wie werden die Zuständigkeiten im Einzelnen geregelt? Welche Aufgaben gehen auf die Rechtspfleger über?

Fragen über Fragen. Auf die Antworten warten wir seit Langem. Sie haben sie schon lange angekündigt, und ich bin gespannt, was für einen Zeitplan Sie nachher vorstellen werden.

Wir sind uns, glaube ich, einig, dass das bestehende Gerichtsvollzieherwesen in seiner Struktur sicher verändert werden wird. Die Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens – ich sage jetzt einmal sehr pauschal: Privatisierung – ist für uns kein guter Weg. Ob es schließlich eine Beleihung sein wird, wird man sehen. Wir meinen, die Tätigkeit des Gerichtsvollziehers gehört zu einem Kern hoheitlicher Tätigkeit, der in staatlicher Hand bleiben muss.

(Beifall bei der SPD)



(Rainer Stickelberger)

Wir alle wissen, dass hierfür der Bund zuständig wäre und dass – das wissen wir seit dem Triberger Symposium, Herr Minister – durchaus von namhaften Verfassungsrechtlern gerade verfassungsrechtliche Bedenken geäußert werden, wenn es um die Privatisierung in diesem Bereich geht.

Dabei lassen wir als SPD-Fraktion uns natürlich nicht pauschal in die Ecke der Privatisierungsgegner stellen.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Herr Dr. Noll, es gab von Ihnen sogar Vorschläge zur Privatisierung, die mit unseren identisch waren. Aber Sie haben sie in Ihrer Koalition bisher nicht durchsetzen können. Das ist der entscheidende Punkt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Weiter dranbleiben!  
– Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Das klappt auch zukünftig nicht!)

– Gut. Ich wünsche Ihnen viel Glück. – Wir haben durchaus eine differenzierte Haltung zur Privatisierung. Das gilt auch für mich persönlich. Ich sehe natürlich die vielfältigen Möglichkeiten einer Privatisierung, für die man dann auch – je nach dem Feld, auf dem man die Reformen angeht – entsprechend tätig werden kann.

(Beifall des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ein Punkt bei der Privatisierung macht uns natürlich besondere Sorge. Das ist die Privatisierung des Betriebs von Haftanstalten.

Mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt Offenburg wurde begonnen. Die neue Anstalt in Offenburg muss kommen. Das ist ganz klar, weil wir mehr Haftplätze brauchen, schon um den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Unterbringung von Häftlingen gerecht zu werden, damit es in diesem Bereich keine weiteren Schadenersatzklagen gegen das Land gibt.

Wir haben aber Bedenken an der Nahtstelle zwischen den unkritischen Bereichen im Strafvollzug und den Bereichen, in denen Sicherheitsbelange entscheidend beeinträchtigt sind. Den Weg, dort die Privatisierung zu riskieren, können wir nicht mitgehen.

(Beifall bei der SPD)

Für uns hat die Sicherheit in diesem Bereich absoluten Vorrang. Wir gehen mit diesem Sicherheitsthema, das die Bediensteten, die in diesen Haftanstalten arbeiten, sowie die Bürger elementar betrifft, auch nicht leichtfertig um.

Natürlich wissen auch wir, dass wir, wenn wir das Thema Privatisierung angehen, neue Wege gehen müssen. Aber gestatten Sie mir gleichwohl, Herr Minister, den Hinweis: Das Ganze läuft ja bei Ihnen auch unter dem Thema „schlanker Staat“. Das, was der Staat an Aufgaben erledigen muss, soll er auch erfüllen; andere Aufgaben soll er abgeben.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

Aber schlanker Staat heißt für uns nicht schwacher Staat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Für uns auch nicht!)

Wir stehen zu einem starken Staat. Und wenn Sie, Herr Dr. Wetzel und Herr Dr. Noll, gerade den Kopf schütteln, möchte ich sagen:

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nein! Wir haben Ihre Aussage bekräftigt!)

Wenn ich mich an das erinnere, was Ihr Kollege Theurer gestern gesagt hat – wenn da von „staatlicher Schnüffelei“ die Rede ist, wenn es um polizeiliche Präventivarbeit etwa im Bereich von Bankkonten oder Steuergeldern, die verschoben werden, geht –, dann muss ich mich schon ernsthaft fragen, welches Staatsverständnis Sie eigentlich haben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das habe ich nicht gesagt!)

Beim Themenkomplex Privatisierung stellt sich natürlich auch die Frage: Wie bewerten wir die Privatisierung der Bewährungshilfe? Wir waren, was die Übertragung angeht, anderer Auffassung. Das Thema ist abgehakt. Die Privatisierung ist erfolgt.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ich habe eine persönliche Erklärung abgegeben!)

Wir haben uns immer vorgestellt, dass man die Pilotversuche vorher auswertet. Das ist leider nicht geschehen. Jetzt haben Sie NEUSTART mit ins Boot genommen und dieser Gesellschaft die Bewährungshilfe übertragen. Sie haben in den letzten Wochen des vergangenen Jahres am Parlament vorbei, ohne das Parlament einzuschalten, Gelder für diese Privatisierung zur Verfügung gestellt. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, für die Mittelbereitstellung einen verfassungskonformen Weg zu wählen. Ich glaube, der Herr Finanzminister hat das genauso gesehen. Weil Sie das nicht gemacht haben, haben Sie uns gezwungen, vor den Staatsgerichtshof zu ziehen, um diese Frage klären zu lassen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Formell!)

Wenn Sie Privatisierung so organisieren, können Sie nicht erwarten, dass Sie von der Opposition Beifall bekommen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Was die Sozialgerichte angeht, besteht in der Tat aktueller Handlungsbedarf, weil die Sozialgerichte durch die vielen Hartz-IV-Verfahren überlastet sind.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Also eine schlechte Gesetzgebung, würde ich einmal sagen!)

Herr Dr. Schüle, Sie haben in diesem Zusammenhang natürlich wieder den alten Hut einer Zusammenlegung von Fachgerichtsbarkeiten vorgebracht.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Was heißt „alter Hut“?)

– Das ist ein alter Hut. Reden Sie einmal mit den Kolleginnen und Kollegen aus Ihrer Fraktion im Bundestag. Die verspüren in ihrer Mehrheit überhaupt keine Neigung, einer solchen Zusammenlegung näherzutreten.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

(Rainer Stickelberger)

Das ist ein langwieriger Prozess. Das kann vielleicht in vielen Jahren kommen. Die Sozialgerichte müssen aber jetzt entlastet werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, diese Entlastung kann man nicht dadurch erreichen, dass man den Prozessbeteiligten in sozialgerichtlichen Verfahren jetzt Prozesskosten oktroyiert. Denn gerade aus dem Hartz-IV-Bereich werden wir traditionell Kläger haben, die Prozesskostenhilfe in Anspruch nehmen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wer hat eigentlich Hartz IV beschlossen? Wer hat ein Gesetz beschlossen, das so viele Prozesse verursacht?)

Dann verlagern Sie die Belastung nur von den regulären gerichtlichen Verfahren in die Prozesskostenhilfe.

Was die Staatsanwaltschaften angeht: Ich glaube, das ist ein Thema, das der Generalstaatsanwalt angerissen hat und das wir zu Recht weiterverfolgen sollten, nämlich die Frage: Wie können wir es mit dem Legalitätsprinzip vereinbaren, dass wir die vielen Bagatelverfahren herausnehmen oder zumindest ihre Zahl reduzieren können, um die Staatsanwaltschaften zu entlasten? Ich sehe hier eine bessere Investition in Staatsanwälte, die organisierter Kriminalität nachgehen, die die Abschöpfung von

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Gewinnen!)

Gewinnen aus Straftaten anstreben. – Herr Zimmermann, Sie sind in der Abschöpfung Spezialist. Vielen Dank für das Stichwort.

Hier sehe ich Handlungsbedarf für uns. Deswegen sollten wir diese Anregungen aufgreifen und uns gemeinsam Gedanken machen, wie wir hier einerseits die Justiz entlasten und andererseits wirksam gegen große Kriminalität vorgehen können und wie vielleicht noch der Landeshaushalt profitieren kann.

(Beifall bei der SPD)

Herr Justizminister – ich schaue immer nach links; ich muss mich erst daran gewöhnen, dass Sie nach rechts gerückt sind; entschuldigen Sie –,

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er ist dort, wo er hingehört!)

die Justizministerkonferenz ist in vielen Bereichen dabei, neue Überlegungen anzustellen, und Sie haben ja auch schon viele Initiativen auf den Weg gebracht. Aber die Justizministerkonferenz ist kein Ersatzgesetzgeber und kein Ersatzbundestag. Deswegen stellen wir uns vor: Bitte machen Sie Ihre Hausaufgaben erst im Land Baden-Württemberg. Da gibt es derzeit genug zu tun.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Thomas, jetzt musst du dich anstrengen! Herr Stickelberger hat Maßstäbe gesetzt!)

**Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen zu später Stunde! Es macht manchmal ja doch Sinn, die Vorberichte zu den einzelnen Haushaltsplänen zu studieren.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das macht immer Sinn!)

Der des Justizministeriums beginnt ganz interessant, und das will ich auch als Anknüpfungspunkt für meinen Beitrag hier benutzen. Er beginnt mit einem chinesischen Sprichwort: „Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen.“

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Dieses Zitat bringen Sie jedes Mal!)

Dass wir diejenigen sind, die Windmühlen bauen, viel mehr, als Sie vielleicht wollen, steht außer Frage. Dass aber auch das Ministerium und allen voran natürlich der Minister, der die politische Verantwortung dafür trägt – Kollege Stickelberger, er ist ja nicht nur Bauleiter, er müsste eigentlich Architekt sein –, eher Mauern bauen,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: In Offenburg baut er Mauern!)

das will ich Ihnen jetzt anhand einiger Beispiele dartun.

Ich will mit dem Thema „Sinnvolle Strukturveränderungen“ beginnen. Wenn wir Winde der Veränderung verspüren,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Verspüren Sie Winde? – Heiterkeit bei der CDU)

dann heißt das ja auch, dass wir Veränderungen auch umsetzen müssen. Ich kämpfe in diesem Parlament seit vielen Jahren für eine Strukturveränderung innerhalb der Justiz. Ich nenne Ihnen zwei Bereiche.

Erstens: die ordentliche Gerichtsbarkeit. – Kollege Zimmermann, vielleicht hören Sie einfach zu. Dann können Sie es sich besser merken,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich leide mit Ihnen, Herr Oelmayer!)

und dann haben Sie beim nächsten Mal auch die Denke, die die Grünen-Fraktion prägt, besser drauf.

Ich erwähne einmal die 108 Amtsgerichte. Es gibt seit vielen Jahren ein Gutachten des Rechnungshofs, wonach wir von den 108 wenigstens 27 abbauen sollten. Der Ministerialdirektor im Justizministerium hat mir bestätigt, dass das auch eine Effizienzrendite ergibt. Ganz unabhängig davon, dass es auch eine Innovation wäre, wenn sich Richterinnen und Richter in einem anderen Umfang austauschen könnten als bei Einmann- oder Einfragerichten, wie wir sie derzeit in Baden-Württemberg noch haben, gibt es auch materielle Vorteile. Aber was tut sich in diesem Bereich? Gar nichts. Es bewegt sich überhaupt nichts.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Nicht alles schlechtreden! Wir haben auch gute Gerichte! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Welche wollen Sie auflösen?)

(Thomas Oelmayer)

Das hat nun die Konsequenz – da habe ich mir erlaubt, beim Ministerium nachzuboahren –, dass infolge der nicht durchgeführten Strukturreformen Personalabbauprogramme gefährdet werden, Personalabbauprogramme, die in den Jahren bis 2012 1 500 Stellen bei der Justiz zum Abbau bringen. Ich habe mir einmal erlaubt – Kollege Dr. Schüle, ich weiß nicht, ob Sie das alles draufhaben; ich hatte das nicht –, eine Anfrage an das Ministerium zu richten und habe mitgeteilt bekommen, dass es sieben Personalabbauprogramme mit unterschiedlichen Zahlen und mit unterschiedlichen Ausprägungen gibt. Tatsache ist, dass bisher 925 Stellen abgebaut worden sind.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das habe ich doch alles gesagt! Das ist doch richtig!)

Damit komme ich zum nächsten Punkt. Von der Staatsanwaltschaft wird offiziell und ganz offen vorgetragen, dass dort inzwischen Stellen fehlen, um den Arbeitsanfall auch bewältigen zu können. Das wird hier auch dokumentiert: Nach dem Personalbedarfsberechnungssystem PEBB§Y und Gutachten, die Sie vonseiten des Ministeriums haben machen lassen, fehlen allein bei den Staatsanwaltschaften 91 Stellen. Das ist die Konsequenz Ihrer Politik. Da kann man gar nicht davon reden, dass Sie keine Mauern, sondern Windmühlen bauten. Genau das Gegenteil ist der Fall: Sie mauern sich ein in den Strukturen, die Sie seit vielen Jahrzehnten in diesem Land vorfinden, und Sie sind nicht bereit, an diesen Strukturen Veränderungen vorzunehmen.

Da kann ich gleich mit einem weiteren Punkt anschließen. Herr Minister, das verbinde ich auch mit einer Frage. Es geht um die Sozialgerichtsbarkeit. Wir alle haben davon gesprochen, dass der Arbeitsanfall, die Zahl der Fälle bei den Sozialgerichten extrem zugenommen hat. Das will ich gar nicht im Detail vortragen; das ist – glaube ich – unstrittig. Auch Sie, Herr Minister, haben das durchaus eingeräumt. Sie haben aber auch des Weiteren – wenn es denn so stimmt, und das frage ich Sie – der Präsidentin des Landessozialgerichts am 31. Januar im Rahmen eines Gesprächs mit ihr – das entnehme ich einer Pressemitteilung des Landessozialgerichts vom 7. Februar; Herr Minister, die haben Sie sicher auch, denn Sie sind ja durchaus derjenige, der dazu vielleicht auch Zugang hat – zugesagt –

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wären Sie bereit, sie ihm zur Verfügung zu stellen?)

so teilt sie das jedenfalls mit –, fünf bis sechs zusätzliche Richterstellen auf die Sozialgerichtsbarkeit zu übertragen. Da ich aber heute vom Kollegen Schüle jedenfalls dazu noch gar nichts gehört habe,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Zuhören! Sie haben nicht zugehört!)

möchte ich Sie, Herr Minister, bitten, zu dieser Frage nachher Stellung zu nehmen. Wir haben dazu einen Antrag gestellt, weil wir der Auffassung sind, dass wir in diesem Bereich nicht nur mit fünf zusätzlichen Stellen arbeiten können, sondern dass wir zehn zusätzliche Stellen brauchen und dass wir die nicht erst dann brauchen, wenn die Zusammenführung der Fachgerichtsbarkeiten gelungen ist. Herr Minister, auch Sie wissen, dass das unter Umständen noch Jahre dauern kann.

Herr Dr. Schüle, das wissen auch Sie. Das können Sie uns nicht vorwerfen. Wir sind eher auf der Seite der Befürworter.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! Ja! Klar!)

Wenn wir da noch warten wollen, dann haben wir bei den Sozialgerichtsbarkeiten noch über Jahre hinweg einen Missstand. Wir müssen jetzt dort handeln; das erwarten wir auch. Deswegen haben wir auch einen Antrag zu diesem Haushaltsplan eingebracht. Herr Minister, wie Sie die Stellen, die Sie zugesagt haben, dann aus dem Hut zaubern, spielt letztendlich keine Rolle. Hauptsache ist, dass Sie dem Parlament heute zusagen, dass sich auch im Bereich der Sozialgerichtsbarkeit etwas bewegt. Dann können Sie vielleicht ganz bescheiden, partiell davon sprechen, dass Sie, jedenfalls in diesem Bereich, auch eine kleine Windmühle gebaut haben.

Ein weiterer Punkt ist Effizienz und Kostenkontrolle. Das ist im Prinzip ein Lieblingsthema von mir, weil ich festgestellt habe, dass die Ausgaben in einem Bereich, nämlich den Auslagen in Rechtssachen, doch immerhin über 18 % der Gesamtausgaben des Justizetats ausmachen. Das ist ein sehr spezielles Thema; ich weiß es, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich will Sie auch gar nicht damit nerven,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sie tun es aber!)

aber zwei Punkte will ich doch dazu benennen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Also doch!)

– Herr Kollege Noll, hören Sie zu! Das ist für den Vorsitzenden einer Fraktion auch interessant.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ich kenne das!)

Es geht in dem jetzt vorliegenden Einzelplan um über 200 Millionen € an Auslagen in Rechtssachen. Seit zehn oder elf Jahren fordere ich ein, dass wir hier auch einmal dokumentiert bekommen, wie denn der Rückfluss aussieht. Auslagen in Rechtssachen sind ja Gebühren für Sachverständige, das sind Prozesskostenhilfen, Vergütungen für Rechtsanwälte etc. pp. Das sind viele Ausgabenpositionen, und ich hätte eigentlich erwartet, dass Sie jetzt nach den vielen Jahren, in denen wir SAP und andere wichtige EDV-Unternehmen im Land haben, die Organisation der Transparenzmachung dieses Rückflusses auch bewerkstelligen können, weil wir nur dann auch konkret sagen können, wo wir sparen müssen.

Sie sagen jetzt, wir müssten bei der Prozesskostenhilfe zurückfahren. Wenn ich aber gar nicht weiß, wie viel vielleicht doch in diese Haushaltsposition zurückfließt, und Sie sich dann hinter der Landesoberkasse verstecken, ist das aus meiner Sicht ein Armutszeugnis. Das hat dann eher mit Mauern als mit Windmühlen zu tun.

(Beifall bei den Grünen)

Ein weiterer Punkt, den ich noch vorbringen möchte. Als Strafvollzugsbeauftragter meiner Fraktion mache ich mir hier und da die Mühe, vor Ort auch Justizvollzugsanstalten zu besuchen.

(Heiterkeit des Abg. Jörg Döpper CDU)



(Thomas Oelmayer)

– Ja, das ist wichtig, Kollege Döpper. So, wie andere sich Windmühlenstandorte anschauen, besuchen wieder andere auch Strafvollzugsanstalten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Zimmermann macht beides!)

– Zimmermann macht beides. Ja, klar. Aber das lassen wir jetzt einmal dahingestellt sein.

Ich habe vor Kurzem die Justizvollzugsanstalt Adelsheim besucht, wie andere Kolleginnen und Kollegen aus diesem Haus auch. Wir haben dort festgestellt, dass diese Jugendjustizvollzugsanstalt künftig, weil wir ja auch die Gesetzgebungskompetenz für das Jugendstrafvollzugsgesetz haben, noch einmal eine ganz andere Bedeutung hat. Ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass der Minister kundgetan hat, dass es in diesen Anstalten in Zukunft ein Recht auf Ausbildung geben soll, auch auf Berufsausbildung. Das ist sozusagen der Kern der Sozialisierung und der Resozialisierung der jungen Menschen, im Fall Adelsheim der jungen Männer. Es sind über 400 an der Zahl, die dort einsitzen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Die Lehre dauert dreieinhalb Jahre!)

Das heißt aber, dass wir das gesamte Potenzial, das in diesen Anstalten zur Verfügung steht, nutzen sollten. In Adelsheim stehen im neu erstellten sogenannten Q-Bau Räumlichkeiten zur Verfügung, um dort Werkstätten einzurichten, in denen man die jungen Männer in einer Art Berufstest auch einmal ausprobieren lassen kann, welcher Beruf denn für sie in Betracht kommt. Diese Räumlichkeiten stehen jedoch leer, wie ich bei meinem Besuch zu meinem Erschrecken feststellen musste.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jetzt würde es doch meines Erachtens auch im Sinne der Äußerungen des Ministers im Hinblick auf das Jugendstrafvollzugsgesetz liegen – Kollege Zimmermann, diese Debatte werden wir hier ganz ernsthaft führen müssen; das ist gar nichts Lustiges –, wenn geprüft würde, ob wir die vorhandenen Kapazitäten bereits in vollem Umfang ausschöpfen. Denn jeder Jugendliche, der im Vollzug sozialisiert oder resozialisiert wird, spart perspektivisch, weil er dann eher nicht mehr rückfällig wird, der Volkswirtschaft und der Gesellschaft unheimlich viel, auch materielles Potenzial. Deswegen bin ich der Meinung, dass unser Antrag, den wir hier eingebracht haben, aufgrund der ganz konkreten Situation vor Ort – –

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich komme demnächst zum Schluss, Frau Präsidentin. Ich bin aber eigentlich noch in der Zeit, Frau Präsidentin. Leuchtet die Anzeige immer so früh auf?

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Ich habe darauf aufmerksam gemacht, dass die Zeit läuft.

**Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE:** Ah, Sie wollen aufmerksam machen. Okay, das lasse ich zu. Das machen wir.

(Heiterkeit)

Ich bin der Auffassung, dass Sie den beantragten drei zusätzlichen Stellen auf jeden Fall nicht weißes Licht, das Sie, Frau Präsidentin, gerade haben aufleuchten lassen, sondern grünes Licht erteilen sollten. Geben Sie sich da einen kleinen Ruck, und geben Sie den jungen Menschen, die dort sitzen und auf Ausbildung warten, eine Chance. Das wäre, glaube ich, eine gute Aktion, auch im Rahmen dieser Haushaltsplanberatungen.

Angesichts eines Volumens von 60 Milliarden €, das der Doppelhaushalt für beide Haushaltsjahre zusammen umfasst und über den wir nun zu beschließen haben, wäre der von uns geforderte Mehrbetrag ein kleiner „Bonsaibetrag“, der aber gerade auch Zeichen in Richtung einer liberalen Jugendstrafvollzugspolitik setzen würde. Insofern hoffe ich auf Ihre Zustimmung zu diesem Antrag und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Viele Bonsais geben einen Mammutbaum!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Wetzel.

**Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedauere, dass der Justizhaushalt erst am Ende eines langen Plenartags behandelt wird.

(Zuruf von der SPD: Früher war es der Schulhaushalt! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Der Höhepunkt kommt immer am Schluss! – Heiterkeit)

– Das Beste kommt zum Schluss. So kann man es auch sagen, ja.

Ich denke, die Wichtigkeit der Justiz in unserem Land wird dadurch nicht genügend gewürdigt. Denn ohne eine gut funktionierende Justiz könnten wir im Land alle einpacken. Die beste Sozialpolitik, die beste Finanzpolitik, die beste Europapolitik, die beste Hochschulpolitik und die besten Gesetze würden nicht funktionieren, wenn es die Justiz nicht gäbe, welche die von den Politikern beschlossenen Gesetze auch durchsetzt.

Die Wichtigkeit einer unparteiischen Instanz zeigt sich bereits im Sport. Wenn es keine Schiedsrichter gäbe, Herr Kollege Oelmayer, würde jedes Fußballspiel – oder, um aktuell zu bleiben, jedes Handballspiel – im Chaos enden. Aber genauso ist es ja auch in unserem Leben. Wenn wir keine gut ausgebildeten, motivierten Richter, Rechtspfleger, Staatsanwälte, Gerichtsvollzieher, Justizbeamte und Justizangestellte hätten, könnten wir hier bei uns alle einpacken.

Dies erkennen wir bereits, wenn wir einmal versuchen – Sie sind Rechtsanwalt, Herr Kollege Oelmayer –, in einem Land, in dem die Justiz nicht so gut funktioniert wie bei uns in Baden-Württemberg, Rechtsschutz zu bekommen. Versuchen Sie doch einmal in Russland, in Kasachstan, in der Türkei, im Senegal oder in Uganda eine Forderung einzutreiben oder gar zu vollstrecken. Sie werden sehr schnell Ihre Grenzen erkennen und sich nach einer gut funktionierenden Justiz wie bei

(Dr. Hans-Peter Wetzel)

uns in Baden-Württemberg oder in Deutschland sehnen. Es liegt also in unserem gemeinsamen Interesse, die Rahmenbedingungen für eine effektive Justiz und einen effizienten Strafvollzug zu schaffen.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Dieses Ziel hat die Justiz in Baden-Württemberg in der Vergangenheit gut erreicht. Denn, meine Damen und Herren, in keinem anderen Bundesland sind die Menschen sicherer als bei uns, sind die Verfahrensdauern kürzer als bei uns und erhalten die Menschen schnelleren und effektiveren Rechtsschutz als bei uns in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dies ist eindeutig auch ein Standortvorteil, meine Damen und Herren. Wir haben den Haushaltsplan für die Wirtschaftspolitik beschlossen, und dazu gehört natürlich auch eine gut funktionierende Justiz. Mit diesem Thema hat sich im vergangenen Herbst übrigens auch der Deutsche Juristentag beschäftigt. Neben der Herstellung von Rechtsfrieden, Rechtssicherheit und Gerechtigkeit hat der Deutsche Juristentag als wesentliches Qualitätsmerkmal auch die Rechtsgewährung in angemessener Zeit als Standortvorteil genannt.

Die Justiz hat in den vergangenen Jahren ihren Beitrag zu den Einsparvorhaben und Einsparvorgaben der Landesregierung durch Personaleinsparungen und durch die Optimierung des Einsatzes von Personal und Technik geleistet. Diese Einsparpotenziale sind weitestgehend ausgeschöpft. Darin waren wir uns im Übrigen im Ständigen Ausschuss quer über alle Fraktionen hinweg einig. Um zu weiteren Einsparungen zu kommen, müssten wir andere, neue Wege gehen.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Herr Kollege Oelmayer, es ist natürlich nicht damit getan, wenn Sie die Zahl der Landgerichte von 17 auf 12 reduzieren wollen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Waldshut ist kleiner als Ulm!)

Haben Sie das vergessen? Das steht auf Ihrer Homepage.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ja, klar!)

Wenn Sie die 108 Amtsgerichte auf insgesamt 44 Amtsgerichte beschneiden wollen, Herr Kollege Oelmayer – nicht 27 weniger, sondern auf 44 reduzieren –

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das war die teuflische Verwaltungsstrukturreform!)

– Ja, das ist abgeschrieben, aber ich darf Sie einfach einmal daran erinnern und daraus zitieren.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Die haben wir nicht abgeschrieben! Das hat er bei mir abgeschrieben! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Herr Kollege, vielleicht haben Sie das in der Zwischenzeit vergessen. Ich zitiere aus Ihrer Homepage:

*Die derzeit 17 Landgerichte wollen wir entlang der neuen geografischen Einteilung*

– was immer das auch heißt –

*zukünftig auf 12 Landgerichte*

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: 12 Regionalkreise heißt das! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das hat er bei uns abgeschrieben!)

*reduzieren.*

– Hören Sie doch zu!

*Des Weiteren streben wir an, die Zahl der Amtsgerichte von derzeit 108 auf 44 zu reduzieren. Damit schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass in jedem der derzeit 44 Stadt- und Landkreise ein Amtsgericht angesiedelt werden kann. Die Bürgernähe*

– die haben Sie nicht vergessen –

*der Justiz kann durch Außenkammern der Gerichte und insbesondere durch das Abhalten von Gerichtstagen an den bisherigen Gerichtsstandorten hergestellt werden.*

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ist doch klasse! Das können wir gleich so übernehmen!)

– Herr Kollege, hören Sie doch zu! Sie in Ulm haben natürlich leicht reden,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

weil nicht damit zu rechnen ist, dass Ihr Amtsgericht –

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Hätten Sie uns gelassen, hätten wir das umgesetzt!)

– Moment. Hören Sie doch einmal zu! Lassen Sie mich einmal meinen Gedanken zu Ende führen, dann können Sie weiterreden.

Sie in Ulm haben natürlich leicht reden, wenn Sie sagen, man solle die Zahl der Amtsgerichte von 108 auf 44 reduzieren, weil natürlich nicht damit zu rechnen ist, dass das Amtsgericht in Ulm abgeschafft wird.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Aber, Herr Kollege, reden Sie doch einmal mit den Kolleginnen und Kollegen auf dem Land.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das habe ich getan!)

Reden Sie mit ihnen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das mache ich!)

– Offensichtlich machen Sie das nicht; denn diese und ebenso die Parteien müssten dann 40 oder 50 km weit zu den Gerichten fahren. So etwas nennen Sie dann Bürgernähe; so etwas nennen Sie dann Stärkung des ländlichen Raums, so etwas nennen Sie darüber hinaus noch ökologisch. Viel Spaß!

(Dr. Hans-Peter Wetzel)

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wissen Sie, wie oft der durchschnittliche Baden-Württemberger zum Gericht geht? Einmal im Leben geht der durchschnittliche Baden-Württemberger zum Gericht! Er fährt auch mit dem Auto zum Zigarettenshop!)  
(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wissen Sie, wie oft der durchschnittliche Baden-Württemberger zum Gericht geht? Einmal im Leben geht der durchschnittliche Baden-Württemberger zum Gericht! Er fährt auch mit dem Auto zum Zigarettenshop!)

– Herr Kollege, ich weiß nicht, welche Leute Sie kennen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Es geht um Premiumfahrzeuge!)

Herr Kollege, Sie sollten nicht einigen wenigen sogenannten Reformern nach dem Maul reden, sondern Sie sollten – das ist ein Rat von mir – den Menschen auf den Mund schauen. Dann werden Sie merken, dass Sie auf dem Holzweg sind.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Solche Reformen brauchen wir nicht. Wir brauchen moderne, effiziente und bürgernahe Reformen. Beispielsweise werden wir mit der landesweiten Übertragung der Gerichts- und Bewährungshilfe auf einen privaten Träger zum 1. Januar 2007

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Oh ja!)

die fachliche Qualität der Arbeit nachhaltig sichern, weiter optimieren und dabei langfristig auch eine Effizienzrendite erwirtschaften. Mit dem Bau der JVA Offenburg werden wir ebenfalls Kosteneinsparungen erreichen. Der Justizvollzug bleibt natürlich eine hoheitliche Aufgabe, doch einzelne Aufgabenbereiche ohne Eingriffs- und Zwangscharakter können natürlich genauso gut von Privaten erfüllt werden.

Für einen guten Strafvollzug brauchen wir nicht nur gute Gesetze, sondern auch gute Haftbedingungen und eine ausreichende Anzahl von Haftplätzen. Daneben wollen wir das Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ weiter voranbringen. Mit der Vermittlung gemeinnütziger Arbeit an Straffällige konnten wir mit diesem Projekt im Jahr 2005 insgesamt 160 Hafttage vermeiden. Bislang wird diese Aufgabe in Baden-Württemberg in erster Linie von der Gerichtshilfe bei den Staatsanwaltschaften und zum kleineren Teil von örtlichen Vereinen der Straffälligenhilfe wahrgenommen. Die Landesverbände der freien Straffälligenhilfe haben das Angebot unterbreitet, das Projekt über die örtlichen Vereine landesweit und flächendeckend umzusetzen. Voraussetzung für die Realisierung dieses Projekts ist die Aufstockung des Haushaltsansatzes um 500 000 € bzw. 600 000 €. Dazu sind wir bereit. Sie können nachher mitstimmen, Herr Kollege.

(Beifall des Ministers Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Wir konnten auch unser bundesweit beachtetes innovatives Strafvollzugsprojekt sichern. Die Arbeit in der Einrichtung in Creglingen-Frauental – hören Sie zu – mit dem Träger „Projekt Chance e. V.“ und im Seehaus Leonberg im Rahmen des Projekts „Prisma e. V.“ kann fortgesetzt werden. Die Anschubfinanzierung der Landesstiftung Baden-Württemberg läuft zum Jahresende 2007 aus. Die bereitgestellten Haushaltsmittel sind zur Finanzierung von insgesamt 30 Plätzen erforderlich. Auch hier können Sie mitstimmen und mitmachen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das haben wir doch schon im Finanzausschuss! Alles erledigt!)

Beim Vollzug der Jugendstrafe in Baden-Württemberg steht neben der Sicherheit der Bevölkerung vor allem der Erziehungsgedanke im Vordergrund. Wir wollen insbesondere den jungen Gefangenen ein Leben ohne künftige Straftaten ermöglichen. Aus diesem Grunde wird das neue Jugendstrafvollzugsgesetz die heute schon erreichten Standards festschreiben. Ebenso wird der Justizminister noch im ersten Halbjahr 2007 ein Landesdatenschutzgesetz für den Justizvollzug auf den Weg bringen. Folgen werden das Untersuchungsstrafvollzugsgesetz und ein Landesstrafvollzugsgesetz, durch das eine noch effizientere Aufgabenerfüllung durch die Vollzugsbehörden unseres Landes möglich werden soll.

Die Neustrukturierung des Grundbuchwesens ist notwendig,

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Oh ja! Das habe ich auch schon gesagt!)

um zu weiteren Einsparungen zu kommen. Mit insgesamt 677 Grundbuchämtern

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Die kosten Geld ohne Ende!)

haben wir in Baden-Württemberg mehr als alle anderen Länder in Deutschland zusammen, in denen es insgesamt lediglich 665 Grundbuchämter gibt.

Das Notariatswesen – das haben Sie angesprochen – muss neu strukturiert werden, um europäische Maßstäbe zu erfüllen. Ich warne davor, diese Reform auf die lange Bank zu schieben. Jetzt haben wir noch Zeit, um den notwendigen Übergang zu einem flächendeckenden freien Notariatswesen zu schaffen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wo ist denn das Reformkonzept, Herr Kollege? Das steht im Koalitionsvertrag! Haben Sie es dabei?)

– Warten Sie ab! Sie haben dann die Chance, mitzumachen, und sollten es nicht kritisieren.

Auch wollen wir den Übergang zu einem freiberuflichen Gerichtsvollzieherwesen voranbringen. In anderen Ländern funktioniert dies, Herr Kollege. Sie haben vorhin kritisiert, wir würden zu wenig privatisieren. Wenn es um die Gerichtsvollzieher geht, können Sie Flagge zeigen, können Sie mitmachen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das ist doch Bundesgesetzgebung! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Das weiß doch der nicht!)

Wir brauchen effektive Gerichtsvollzieher. Wir müssen schauen, dass die Gerichtsvollzieher die Urteile effektiv vollstrecken können. Es nützt den Menschen wenig, wenn sie ein Urteil erstritten haben und es anschließend nicht vollstreckt werden kann.



(Dr. Hans-Peter Wetzel)

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich bin gleich zu Ende.

Die Gerichtsgebühren werden derzeit von der Landesoberkasse begetrieben, aber nicht effizient. Wir müssen überprüfen, ob es hier nicht auch einen privaten Weg gibt, beispielsweise durch ein Inkassounternehmen oder etwa durch das Anwaltsbüro Oelmayer, das die Forderung dann möglicherweise schneller und effizienter vollstrecken kann.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Aber ruckizucki ginge es da! – Heiterkeit)

– Sie können es dann ja zeigen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Dann wird das ja ausgeschrieben! Das kann ja nicht sein! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit weit überschritten.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Gell, ich habe es doch gedacht!)

**Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel** FDP/DVP: Augenblick. Ich bin gleich zu Ende.

Noch ein Wort zu der Personalsituation an den Sozialgerichten. Der Antrag der SPD hierzu ist meines Erachtens sehr halbherzig und damit auch lau.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Meine Damen und Herren Kollegen von der SPD, auf Bundesebene behindern Sie seit Jahren die Zusammenführung der Fachgerichtsbarkeiten – der Sozialgerichtsbarkeit und der Verwaltungsgerichtsbarkeit.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wo waren Sie vorhin, als Kollege Stickelberger gesprochen hat? – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jetzt ist Schluss!)

Die jetzige Situation an den Sozialgerichten haben Sie gewissermaßen durch die Gesetzgebung zu Hartz IV verursacht.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Ach so? – Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Wenn Sie in Berlin solche Gesetze beschließen, sollten Sie nach dem Prinzip der Konnexität auch das Geld liefern, um dann die Gesetze zu vollziehen; das wäre gut.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Dr. Nils Schmid: Das ist ja lächerlich!)

Wenn dann von Baden-Württemberg ein sinnvoller Vorschlag kommt, dann mauern Sie. Es macht doch keinen Sinn, jetzt einen Haufen Richter einzustellen,

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

die nach zwei Jahren keine Arbeit mehr haben und dann genauso dastehen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Dann würden sie Hartz IV kriegen! – Zurufe: Redezeit!)

Tatsache ist, dass die Verwaltungsgerichte nicht in vollem Umfang ausgelastet sind. Aus diesem Grunde ist diese Zusammenführung der Fachgerichtsbarkeiten sehr sinnvoll.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

**Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel** FDP/DVP: Ich möchte nicht schließen, ohne sämtlichen Bediensteten im Justizwesen, auch denen im Strafvollzug, zu danken, ausdrücklich auch unserem Justizminister.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unser aller!)

– Unserem Justizminister. – Sie haben mit ihrem hohen Einsatz dazu beigetragen, dass das baden-württembergische Justizwesen mit wenig Personal von der Bevölkerung und auch von den Politikern anerkannte Leistungen erbringt.

(Zuruf von der SPD: Redezeit!)

Wir konnten damit einen Spitzenplatz in der Rechtspflege erreichen und wollen diesen auch behalten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Minister Professor Goll.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Dem wird jetzt die Redezeit gekürzt! – Die Redezeit wird angerechnet!)

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade mein Vorredner – nicht nur er, aber gerade er – hat die Bedeutung einer funktionierenden Justiz für ein Gemeinwesen deutlich gemacht. Ich bedanke mich übrigens bei dreien meiner Vorredner, dass sie mich auch noch gelobt haben – nur der Kollege Oelmayer hat das nicht übers Herz gebracht.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das hat nichts mit dem Herzen zu tun! – Heiterkeit)

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Man muss es noch einmal ganz deutlich sagen: Die Justiz ist eine Institution, die vielleicht nicht an jeder Ecke in Erscheinung tritt und einem ins Auge fällt, ohne die aber nichts funktioniert.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: So ist es!)

Es hat sich schon häufig in der Geschichte gezeigt: Ohne eine funktionierende Justiz gibt es kein funktionierendes friedliches Gemeinwesen. Diese Leistung – da wir gerade beim Haushalt sind – kostet jeden Bürger fünf Euro im Monat. Das ist in etwa der Aufwand, den diese in Baden-Württemberg funktionierende Justiz kostet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Mehr als ein Landtagsabgeordneter!)

– Das stimmt. Aber in der Justiz sind halt schon etwas mehr Leute tätig. Von diesen fünf Euro machen die Personalkosten einen Anteil von 68 % aus. Dabei muss man aber sagen, dass wir mit einem unterdurchschnittlichen Personaleinsatz Überdurchschnittliches leisten. In eigentlich allen Gebieten der Justiz kann man sagen: Es wird mit einem unterdurchschnittlichen Personaleinsatz Überdurchschnittliches geleistet.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Dann gibt es, auch wenn das gelegentlich positiv hervorgehoben wird – lieber Herr Stickelberger, ich habe es vorhin schon gehört –, ständig Versuche, aus dieser unterdurchschnittlichen Personalausstattung, die wir im Bundesvergleich haben, auf schlechte Leistungen zu schließen.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das habe ich nicht gemacht!)

– Sie nicht, aber der es gemacht hat, sitzt nicht weit entfernt von Ihnen.

Aber alle diese Versuche sind zur Erfolglosigkeit verurteilt. Vor wenigen Tagen hat in einem, wie ich finde, sehr prekären Bereich Herr Kollege Sakellariou die Selbstmordrate in unseren Anstalten in einen Zusammenhang mit der Behauptung gestellt, wir hätten zu wenig Personal. Er hat die Forderung erhoben, wir müssten mehr Personal in den Anstalten beschäftigen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da hat er auch recht!  
– Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist ja auch richtig!)

Da wird ein Zusammenhang hergestellt, den ich als Vorwurf auch nicht nur für wenige Tage auf dem Strafvollzug sitzen lassen möchte.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der sitzt bei Ihnen, nicht bei den Bediensteten!)

Ich sage Ihnen hier eindeutig: Wenn Sie sich die Statistik der Länder anschauen, dann werden Sie eine interessante Entdeckung machen. Sie können die Zahlen gern haben. Es gibt keinerlei Zusammenhang zwischen der Zahl der Beschäftigten pro 100 Gefangene, dem üblichen Wert, und der Suizidrate. Es ist interessanterweise sogar so, dass die Länder, die das Pech hatten, in den letzten Jahren bei den Suiziden ganz oben

zu sein, diejenigen waren, die zum Teil deutlich mehr Personal einsetzten. Es gibt also keinen Zusammenhang; wenn, dann sogar eher den gegenteiligen. Es ist so, dass in allen Ländern die Zahl der Suizide – das ist eine traurige Sache – schwankt und einmal nach oben und einmal nach unten geht, und übrigens auch bei uns ein bisschen. Aber es ist keineswegs so, dass wir da negativ herausragen würden.

Dass Sie jetzt angekündigt haben, Sie würden künftig jedes Jahr danach fragen, hat mich ein bisschen gewundert. Ich dachte, Sie waren letztes Jahr in Stammheim dabei, als ich gesagt habe, dass wir jedes Jahr berichten werden. Also sparen Sie sich die Mühe.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Sie bekommen die Zahlen, aber Sie ziehen vielleicht doch wieder die falschen Schlüsse daraus.

Wir wissen jedenfalls – damit komme ich zum Ausgangspunkt zurück –, was wir an den Belegschaften in der Justiz haben, und haben das auch zum Ausdruck gebracht. Es gibt nicht nur einen warmen Händedruck, sondern es gibt auch Maßnahmen. Es gibt, auch in schwierigen Zeiten – dafür bedanke ich mich gezielt bei den Regierungsfractionen –, 240 Stellenhebungen – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen –, selbst in heutiger Zeit, und zwar in dem Bereich, wo es am nötigsten ist. 240 Stellen in A 6 und in A 7 werden angehoben. Damit werden wir z. B. erreichen, dass es im Bereich des Strafvollzugs, wo 41 Stellen gehoben werden, keine A-6-Stellen mehr gibt. Das ist gerade eine Sache, die im Strafvollzug eine große Rolle gespielt hat, dass man dort auch im Verwaltungsbereich etwas macht.

Wir haben ferner festgeschrieben, dass es keinen Personalabbau mehr geben wird. Auch das ist in harten Zeiten ein großes Wort.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es hat im Vollzug sowieso schon lange keinen Personalabbau mehr gegeben, und es wird in der Justiz, weil sie wichtige Aufgaben hat, weil die Situation nicht einfach ist, weil wir die Leistungen anerkennen, keinen weiteren Personalabbau geben. Allerdings wird es – da muss man realistisch sein – auch keinen Personalzuwachs geben. Da haben Sie Forderungen aufgestellt, die für mich durchaus nachvollziehbar sind.

Fangen wir bei der Sozialgerichtsbarkeit an. Was passiert in der Sozialgerichtsbarkeit? Sie erlebt eine Klagewelle vergleichbar denen, wie sie schon in anderen Gerichten vorgekommen sind. Es gab bei den Verwaltungsgerichten eine Klagewelle – das liegt schon einige Zeit zurück – beispielsweise zum Numerus clausus und im Asylbereich. Es gab bei den Arbeitsgerichten eine Klagewelle aufgrund des Personalabbaus der letzten Jahre, der Gott sei Dank zum Stillstand gekommen ist. Es kamen dann jedes Mal wieder ruhigere Zeiten. Es gab dann jedes Mal auch die Situation, dass wir rein rechnerisch zu viel Personal an Bord hatten.

Da muss man auch einmal eines sagen: Wir können nicht auf jede Maßnahme des Bundesgesetzgebers reagieren, indem wir einfach an einer Stelle Personal aufstocken, das uns hinterher dann ja bleibt. Das geht so nicht. Wir müssen das intelligenter

(Minister Dr. Ulrich Goll)

hinbekommen. Das heißt, wir müssen den Personalbestand zwischen den Gerichtsbarkeiten ausgleichen. Es ist bereits gesagt worden, aber ich möchte es noch einmal ausdrücklich betonen: Das bei Weitem Einfachste und Richtigste wäre es natürlich, die Verwaltungs- und die Sozialgerichte zusammenzulegen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist ein alter Hut!)

Dagegen gibt es keinen einzigen wirklich in der Sache gerechtfertigten Einwand. In der Tat ist es so: In jeder der beiden Koalitionsfraktionen im Bundestag müssen hierfür Mehrheiten gefunden werden, aber die Zusammenlegung scheitert schon daran, dass die SPD-Bundestagsfraktion abgewunken hat. Hinter den Kulissen haben wir allerdings erfahren – weil es ja kein Sachargument dagegen gibt –, dass das damit zu tun hat, dass „Sozial-“ davorsteht. In dieser Legislaturperiode soll offenbar nichts abgeschafft werden,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Die schaffen alles ab!)

vor dem das Wort „sozial“ steht – egal, ob dies im Einzelfall sinnvoll wäre oder nicht. Das ist es, was da mitschwingt; leider ist das jedoch komplett irrational. Deswegen müssen Sie da schon ein bisschen die Schuld bei Ihrer Partei suchen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Was wir jetzt können, ist, mit den herkömmlichen Methoden der Personalwirtschaft Stellen zu verschieben. Wir haben insgesamt 19 Stellen zur Sozialgerichtsbarkeit bewegt. Lieber Herr Oelmayer, weil Sie danach gefragt hatten: Natürlich habe ich Frau Haseloff-Grupp, der Präsidentin des Landessozialgerichts, gesagt, dass sie im Laufe des Jahres fünf weitere Stellen bekommt.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das stimmt!)

Das wird auch so sein, und das passiert im Laufe des Jahres aufgrund frei werdender Stellen. Die Stellen werden nicht aus der ordentlichen Gerichtsbarkeit kommen, sondern es werden Stellen aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit sein. Es ist möglich, dass auch der eine oder andere aus der Arbeitsgerichtsbarkeit freiwillig bereit ist, sich abordnen zu lassen. Mit diesen Methoden werden wir noch fünf Stellen hinüberschieben. Mehr kann – Stand heute – nicht zugesagt werden; und ich sage eigentlich nur Dinge gerne zu, die ich hinterher auch einhalten kann. So wird das gehen, und insofern wird der Sozialgerichtsbarkeit ein Stück weit geholfen. Übrigens hat die Präsidentin auch ausdrücklich anerkannt, dass da geholfen wird.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Bei acht Standorten! Könnte man da nicht wenigstens acht Stellen verlagern?)

– Es ist so: Wir haben in jüngster Zeit schon an zwei Standorten je eine zusätzliche Stelle eingerichtet. Deswegen kommen wir mit etwas weniger Stellen aus. Wir werden unterm Strich – Sie sprechen es zu Recht an – an nahezu allen Standorten eine Stelle mehr haben.

Ich komme zu einer Forderung, die für den flüchtigen Betrachter natürlich sehr plausibel klingt, nämlich drei zusätzliche Stellen für den Werkdienst in Adelsheim zur Verfügung zu stellen. Ich kann ja verstehen, wenn jemand sagt: „Warum geschieht das eigentlich nicht? Wir sollten doch etwas für die jungen Leute tun!“ Aber selten ist die Realität so weit von dem entfernt, was hier dargestellt wird. Sie haben z. B. gesagt: „Es sollen doch alle einen Ausbildungsplatz bekommen!“ Verzeihung, in Adelsheim kommen 19 Leute von außen in die Anstalt, um dort ihre Ausbildung zu machen. 19 externe Auszubildende!

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Paul Nemeth CDU)

Da kann es doch wohl schwerlich eine Warteliste geben.

(Zurufe von der SPD und des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

– Wir erfüllen den Anspruch jetzt schon.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der ist schon erfüllt!  
– Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Bei 423 Leuten!)

Damit, den Anspruch zu erfüllen, lieber Herr Oelmayer, sind wir in diesem Fall schon fertig.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Da ist die Werkstätte, aber kein Personal!)

In Adelsheim sind 430 Gefangene; davon sind 411 in Ausbildung oder Beschäftigung. Da kommt natürlich jeder in die Ausbildung, die für ihn geeignet ist. Sie sehen aber allein schon an der Zahl von 19 Externen, die da in die Anstalt kommen –

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das wollen wir ja nicht streichen!)

das finde ich ja schön –, dass es da intern keine Warteliste geben kann. Nur 2,5 % der Gefangenen dort sind nicht beschäftigt. Wenn Sie überlegen, dass dort immer ein bestimmter Prozentsatz aus Sicherheitsgründen, aus Gesundheitsgründen nicht beschäftigt werden kann, kann ich hier eigentlich sagen: In Adelsheim gibt es die Vollbeschäftigung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Da reden wir auch nicht über andere Vorschläge zum Jugendstrafvollzug, etwa über die Forderung, mindestens 60 % sollten Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze bekommen. Verzeihung, wir sind bei 97 %.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir können uns an einer solchen Diskussion gar nicht beteiligen.

In diesem Zusammenhang ist auch interessant: In Adelsheim sind alle, die dies wollen und hierfür auch geeignet sind, schon jetzt einzeln untergebracht. Der weitaus größte Teil der jugendlichen Gefangenen – das ist ja auch ganz interessant – in Adelsheim ist schon einzeln untergebracht. Auch da erfüllen



(Minister Dr. Ulrich Goll)

wir jetzt eigentlich weitgehend schon Forderungen, die im Raum stehen. Nicht einzeln untergebracht sind nur diejenigen, die zusammen untergebracht werden wollen und bei denen wir diesbezüglich keine Bedenken haben. Nur diejenigen, die dies wollen und die unbedenklich zusammengelegt werden können, werden zusammen untergebracht, und eben Suizidgefährdete.

Zum Thema Einzelunterbringung muss man übrigens der Fairness halber einmal eines sagen: In dem Artikel über die Suizide wurde uns vorgeworfen, dass der Gefangene einzeln lag. Aber wenn zwei Monate vorbei sind, werden wir wieder aufgefordert, alle einzeln in die Zelle zu legen. Wenn ich einen Suizidgefährdeten habe, brauche ich immer mindestens einen, der es nicht ist, mit dem ich ihn zusammenlegen kann. Schon deswegen kann ich kein durchgängiges Konzept auf Einzelunterbringung verfolgen. Trotzdem halten wir fest: In Adelsheim sind alle, die einzeln untergebracht werden wollen, auch einzeln untergebracht, es sei denn, dass im Einzelfall etwas dagegen spricht.

Im Erwachsenenvollzug sind wir auf dem besten Weg, an manchen Stellen diesen Zustand zu erreichen. Vor allem wird uns Offenburg dabei einen großen Schritt weiterbringen. Ich darf erwähnen, dass wir im Dezember des letzten Jahres mit dem Bau in Offenburg begonnen haben. Dieser wird eine erhebliche Verbesserung bringen. Ich will an dieser Stelle noch einmal sagen: Wir werden prüfen, welche Teile wir dort durch dritte Partner erledigen lassen. Nur eines sei jetzt schon klar gesagt: Ein Sicherheitsproblem darf es nicht geben.

Ich bitte einfach zur Kenntnis zu nehmen, dass in Sichtweite im benachbarten Frankreich, mit dem wir eine lange gemeinsame Grenze haben, 22 Anstalten dieses Prinzip praktizieren. Ich hatte den Eindruck, dass die Sicherheit in diesen Anstalten sogar besser ist als bei uns.

(Abg. Ute Vogt SPD: Aha!)

Die französische Vollzugsphilosophie scheint mir etwas weniger resozialisierungs- und etwas mehr sicherheitsorientiert zu sein als unsere. Das sind nun wirklich Anstalten, in denen kein Grashalm wächst.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das stimmt!)

Ausbrüche waren z. B. im letzten Jahr, als wir dort waren, null, Fehlanzeige. Dafür gab es in einem halben Jahr fünf Suizide, weil die Leute allein liegen. So war es in Avignon; es waren ja etliche dabei.

Jedenfalls werden wir durch die neue Anstalt in Offenburg vorwärtsgelangen.

Für die Jugendlichen kommt das Jugendstrafvollzugsgesetz. Wir haben einen Vorschlag gemacht. Dieser Vorschlag – das sage ich ganz offen – ist nicht dadurch gekennzeichnet, dass er strotzt von Ansprüchen jugendlicher Gefangener. Das hielte ich für ein falsches Signal.

Unser Gesetz fängt damit an, dass wir auch ein Recht der Allgemeinheit, der Gemeinschaft auf Schutz vor Delikten, auf einen sicheren Vollzug statuieren. Darauf aufbauend sagen wir: Natürlich werden die Leute ordentlich behandelt; das ist dort breit beschrieben. Natürlich machen wir mit denen etwas, um

sie zu resozialisieren. Wir geben ihnen sogar – bundesweit einmalig – ein Recht auf Bildung. Das steht da drin. Die anderen trauen sich das nicht, weil es gleich Geld kosten könnte. Außerdem haben wir die neuen Projekte wie das „Projekt Chance“ verankert. Es kann uns also niemand vorwerfen, dass wir dort einen Sparvöllzug betreiben würden, sondern wir sind da eigentlich vorbildlich – das kann man schon sagen – in der Ausstattung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Aber wir legen halt das Gewicht nicht auf einklagbare Ansprüche, die bedeuten würden, dass wir dann sozusagen ständig vor den Ansprüchen herrennen müssen, denn diese Vollzugsphilosophie ist nicht unser Ansatz. Aber auf der Basis unseres Ansatzes machen wir einen gut ausgestatteten Vollzug, den wir weiter ausbauen.

Ich bedanke mich für die Mittel in der externen Drogenberatung, die zuletzt beschlossen worden sind. Das ist eine wunderbare Sache. Wir werden die externe Drogenberatung ausbauen können. Wir werden Maßnahmen wie das Projekt „Schwitzen statt sitzen“ ausbauen können. Das hilft zur Haftvermeidung und dient natürlich auch der Entlastung der Anstalten. Das sind Fortschritte, die den Strafvollzug betreffen.

Wir haben gesagt, 68 % sind Personalausgaben. 18 % sind Auslagen in Rechtssachen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ja, genau! Da bin ich jetzt gespannt!)

Bei den Auslagen in Rechtssachen ist die Entwicklung schwer absehbar; das wissen Sie auch. Im Jahr 2003 z. B. lagen wir schief; da hatten wir auf einmal 7 Millionen € zu wenig und mussten dann in ein umständliches Verfahren.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Es gab auch Jahre, wo es viel zu viel waren!)

Die Entwicklung ist schwer einschätzbar. Es gibt Faktoren, die darauf hindeuten, dass wir im kommenden Jahr leider ziemlich erhöhte Ausgaben haben werden, gerade durch den Betreuungsbereich. Ich möchte jetzt nicht in die Details gehen. Die Entwicklung in diesem Bereich ist natürlich vor allem durch Bundesrecht beeinflusst, was gerade dann klar wird, wenn man die Ausgaben in der Prozesskostenhilfe anschaut. Wenn die Ausgaben dort ausufern und wir ein Prozesskostenhilfebegrenzungsgesetz machen, dann hilft uns der Bund nicht. Er sagt von vornherein: Das wollen wir nicht. Das macht es für uns natürlich auch schwierig.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Es gibt doch auch Prozesskostenhilfe mit der Möglichkeit der Ratenzahlung! Da kommt wieder etwas zurück!)

Meines Erachtens müsste man sich einmal Gedanken machen, ob man bei der Föderalismuskommission II nicht einmal den Umstand anspricht, dass vom Bund ständig allerlei beschlossen wird, was bei den Gerichten und in den Justizverwaltungen jede Menge Kostenfolgen hat. Das ist auch eine schleichende Belastung mit Kosten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Das betrifft das Stundungsmodell bei der Insolvenz, das betrifft z. B. jetzt die Klagen gegen Hartz IV, das betrifft die Entwicklung in der Prozesskostenhilfe. Und wir müssten immer hinterherrennen und die Ansätze steigern. Deswegen wäre es schön, wenn wir beim Prozesskostenhilfebegrenzungs-gesetz Unterstützung nicht nur von der rechten Seite des Hauses bekämen.

Ich sage aber jetzt gern noch etwas zu den Aussagen darüber, was da zurückfließt. Wir sind deswegen zurückhaltend, weil das ältere Zahlen sind. Sie sind nicht von uns erhoben worden, und sie sind nicht in unserem Bundesland erhoben worden. Man hat 1994 einmal durch das BMJ folgende Zahlen aus NRW erhoben: Von der Prozesskostenhilfe kommen etwa 25 % zurück, von den Auslagen für Pflichtverteidigungen 15 %,

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

von den Zeugen- und Sachverständigenauslagen 50 %,

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

und bei der Betreuung – in dem Bereich, in dem die Kosten am stärksten ansteigen – kommt gar nichts zurück.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Jetzt auf einmal NRW!)

– Wir arbeiten auch lieber mit Zahlen, die wir selbst erhoben haben und die jünger sind. Ich sage das aber, weil Sie immer auf diesen Zahlen insistieren. Das sind die Schätzungen, die uns vorliegen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ich habe noch keine Zahlen! Ich höre sofort auf, wenn ich die einmal kriege!)

Aber Sie können natürlich getrost davon ausgehen, dass es nicht allzu viel ist, was bei uns zurückkommt.

Wie reagieren wir auf die Entwicklung? Es bleibt nichts anderes übrig als – das Stichwort wurde genannt – die Konzentration auf Kernaufgaben. Wir übertragen beispielsweise die Bewährungshilfe auf einen freien Träger. Das ist für mich übrigens einer der glücklichen Fälle, bei denen hinterher die Leistung ganz bestimmt nicht schlechter, sondern nach meiner sicheren Einschätzung besser sein wird als jetzt. Das meine ich aus vielen Gründen, über die wir uns bereits unterhalten haben.

Es ist schade, dass ein Streit um die Sache jetzt in einen formalen Streit übergegangen ist. Wissen Sie: Ich respektiere selbstverständlich die Ansprüche und die Rechte des Parlaments. Das ist doch ganz klar. Aber man muss doch trotzdem einmal fragen, wozu es hier eigentlich geht. Die Bewährungshilfe hätte uns in den kommenden Jahren in jedem Fall jedes Jahr Geld gekostet. Sie wird uns so sogar etwas weniger kosten. Da kann niemand sagen, wir hätten am Parlament vorbei Geld ausgegeben. Wir hätten Jahr für Jahr wie bisher Geld ausgegeben, nur etwas mehr, als wir jetzt ausgeben. Wir bräuchten den zusätzlichen Beschluss eigentlich nur, weil wir das Geld jetzt einem Privaten geben. Das ist das, was Ihnen nicht gefällt.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Insofern ist das natürlich ein Stellvertreterkrieg. Sie waren gegen die Sache

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Nein!)

und machen deswegen jetzt ein Problem daraus, obwohl wir natürlich nicht viele Millionen am Parlament vorbei transportiert haben. Ich sage es noch einmal: Die Bewährungshilfe hätte in den kommenden Jahren natürlich auch den Betrag X gekostet.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie kennen den Grundbetrag nicht!)

– Gut.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wir werden das dem Staatsgerichtshof schicken, was Sie gerade gesagt haben!)

Nun komme ich zu den Gerichtsvollziehern. Es wäre schön, wenn wir mit den Gerichtsvollziehern in die Freiheit kämen, wenn wir daraus einen leistungsfähigen freien Beruf machen könnten. Aber auch da liegt das Elend natürlich in Berlin. Auch da hat die SPD von vornherein signalisiert, sie möchte keine freien Gerichtsvollzieher. „Es ist schon genug privatisiert“, heißt es dort.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Damit fange ich „viel“ an. Ich sage Ihnen: Wenn wir es nicht schaffen, bei den Gerichtsvollziehern ein modernes, freies Konzept zu verwirklichen, dann fürchte ich, dass die Gerichtsvollzieher klassischer Prägung in den Hintergrund geraten. Dann macht deren Arbeit halt das Anwaltsbüro Oelmayer. Das ist keine schlechte Sache. Oder das macht das Inkassobüro Moskau. Das wäre eine schlechte Sache.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: War das eine Zusage?)

Wir müssen dringend etwas für diesen Bereich tun, um die Funktionalität zu stärken. Wir könnten das mit einem freien Gerichtsvollzieher machen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das steht im Protokoll!)

Von wegen „verfassungsrechtlich bedenklich“: Die Stimmen mehren sich, die sagen: Wir könnten das sogar ohne eine Verfassungsänderung machen. Sie sagen, wir bräuchten nicht einmal eine Änderung der Verfassung dafür, was natürlich schön wäre. Dann wäre es einfacher, die Mehrheiten zu bekommen.

Die Notariate werden im Laufe der kommenden Jahre ihr Gesicht verändern. Das ist für mich ohne Alternative. Wir erleben dort eine Erosion von außen, sprich EU, und im Gefolge dessen eine Erosion von innen, die für mich zwangsläufig ist, die auch aus Verunsicherung entsteht. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Selber beurteilen ist da immer schwierig!)

Wir haben die Konzepte im letzten Jahr erstellt.

(Minister Dr. Ulrich Goll)

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Meine Kinder kriegen die Zensuren in der Schule auch vom Lehrer!  
– Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir sind im Moment bei der Abstimmung der Konzepte. Wir befinden uns im Moment schon im Prozess der Abstimmung, die naturgemäß und verfassungsgemäß natürlich erst innerhalb der Regierung bzw. der sie tragenden Fraktionen stattfindet.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Abstimmung wäre jetzt gut!)

Aber ich versichere Ihnen, lieber Herr Stickelberger: Sie können unsere Konzepte schon bald ablehnen. Es kommt bald etwas.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das kommt darauf an!)

Leitlinie dafür ist die Sicherung der Funktionsfähigkeit des Notariats in einer Zeit, in der links und rechts ein paar Fragezeichen daran hängen. Ich sage natürlich: Wir müssen die Funktionsfähigkeit in Baden erhöhen. Aber irgendwann einmal werden die 25 Stellen besetzt sein. Dann ist die Frage: Reichen 25 Stellen? Immerhin ist es nach längeren Diskussionen gelungen, dort den Ansatz zu einer Verbesserung zu schaffen. Das Beste ist natürlich eine konsequente Lösung, wie wir sie auch in der Koalitionsvereinbarung als Handlungsgrundlage vorgesehen haben.

Damit bin ich eigentlich schon fast am Ende.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Die Gesichter verändern sich alle!)

Das Originelle ist ja, dass ich jetzt drei Viertel der Zeit gebraucht habe, um Ihre Fragen zu beantworten. Sonst wären wir alle vielleicht schon auf dem Heimweg.

(Abg. Ute Vogt SPD: Man bräuchte eigentlich gar keine Abgeordneten, nur Regierungsmitglieder, die die ganze Redezeit in Anspruch nehmen!)

Deswegen, bevor ich auch zum Dank komme, nur noch drei kurze Bemerkungen rechtspolitischer Art.

Erstens: Ich bin dagegen, dass man sich aus der Verfolgung der Bagatelldelinquenz weiter zurückzieht. Da gibt es andere Wege, und wir werden andere Vorschläge machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das Zweite ist – ich bitte wenigstens hier um Beifall –: Ich habe Bauchweh beim Thema – das will ich jetzt hier nicht vertiefen; das können wir an anderer Stelle tun – Trojaner.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die sogenannten Trojaner könnten sich für meine Begriffe auch als ein trojanisches Pferd für den Rechtsstaat erweisen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Ich meine, es müsste ohne gehen. Ich bin Ihnen diese Andeutung vielleicht schuldig. Aber das diskutieren wir an anderer Stelle weiter.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein, im Parlament!)

– Aber nicht beim Haushalt und nicht an dieser Stelle, wenn wir gerade erst im Begriff sind, uns eine Meinung zu bilden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Im Parlament ist das doch richtig!)

Und der letzte Punkt: Ich wundere mich eigentlich doch immer wieder über die Grünen. Früher haben sie noch gesagt: „Small is beautiful“, und haben von Bürgernähe usw. gesprochen. Ausgerechnet die versuchen ständig, unsere kleinen Amtsgerichte zu „messern“. Ich muss ehrlich sagen: Ich bin jedes Mal positiv beeindruckt, wenn ich die Arbeit dieser kleinen Gerichte anschau. Es kommt nicht nur bei der Polizei, sondern auch bei der Justiz auf Bürgernähe, auf Präsenz vor Ort an. Dass Sie das nicht akzeptieren, wundert mich. Vorhin haben wir über Jugendliche im Strafbereich geredet. Ob der Jugendliche 30 km weit wegfährt und sagt: „Ich gehe da mal einkaufen“, was keiner merkt, und dort in Wirklichkeit zu Gericht geht,

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Aber wenn er doch bloß einmal im Leben dort hinmuss!)

oder ob er zum hiesigen Amtsrichter geht, der seine Pappenheimer kennt, das ist doch ein Unterschied, der jedem einleuchtet.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Darum gäbe ich die Amtsgerichte nur her, wenn es wirklich ordentlich etwas bringen würde. Aber es ist seit Jahren klar, dass es nicht viel bringt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: 1,7-mal im Leben!)

Ich danke allen kleineren und größeren Gerichten im Land. Ich danke aber zunächst einmal natürlich dem Landtag und den die Regierung tragenden Fraktionen, und darüber hinaus danke ich auch für diese ordentliche und faire Diskussion. Ich bedanke mich beim Finanzausschuss. Ich bedanke mich bei der Finanzverwaltung und beim Finanzminister. Ich bedanke mich bei meinen eigenen Beamten aus dem Haushaltsreferat, die eine Menge Arbeit gehabt haben. Ich bedanke mich zum Schluss bei allen Bediensteten der baden-württembergischen Justiz, die mithilfe der Mittel, die Sie heute beschließen, eine hervorragende Arbeit im Dienste des Landes leisten.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Stickelberger. Sie haben noch eine Minute und sieben Sekunden Redezeit.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Bloß die Zeit, die die FDP/DVP überzogen hat!)



**Abg. Rainer Stickelberger SPD:** Frau Präsidentin, ich werde die eine Minute und sieben Sekunden nicht überschreiten.

Herr Justizminister, Sie haben entsprechend dem Antrag, den wir gestellt haben, der Sozialgerichtsbarkeit sechs Stellen zugesagt. Frau Haseloff-Grupp hat das ja auch in einer Pressemitteilung verbreitet. Können Sie hier und heute verbindlich zusagen, dass diese Entlastung kommt? Dann würden wir unseren Antrag zurückziehen, weil unserem Begehren dann Rechnung getragen wird. Wir haben angesichts der Haushaltslage bewusst auf einen Antrag auf Stellenvermehrung verzichtet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr anständig!)

Sie sagen das zu?

(Abg. Ute Vogt SPD: Laut und deutlich Ja fürs Protokoll! – Minister Dr. Ulrich Goll: Es werden fünf Stellen verlagert!)

– Gut. Nach dieser Erklärung ziehen wir unseren Antrag zurück. Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 05 – Justizministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/805. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0501  
Ministerium

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0502  
Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0503  
Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/905-1. Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Kapitel 0503 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0504  
Fachhochschule Schwetzingen – Hochschule für Rechtspflege

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0505  
Verwaltungsgerichtsbarkeit

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0506  
Sozialgerichtsbarkeit

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/905-2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Kapitel 0506 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0507  
Finanzgericht

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0508  
Justizvollzugsanstalten

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/905-4. Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Kapitel 0508 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe auf

Kapitel 0509

Arbeitsgerichtsbarkeit

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0510

Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur  
Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0511

Notariate und Grundbuchämter des badischen Rechts-  
gebiets

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0512

Notariate des württembergischen Rechtsgebiets

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit ist die Beratung des Einzelplans 05 abgeschlossen.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung.

Die nächste Sitzung findet morgen, Freitag, 9. Februar 2007, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen für die disziplinierte Beratung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Ich schließe die Sitzung.

**Schluss: 18:49 Uhr**